53. Jahrgang / Heft 3 / Juli 2005 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz
Horst Möller

Aus dem Inhalt

Eckart Conze
Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte" der Bundesrepublik Deutschland

Britta Scheideler
Albert Einstein in der Weimarer Republik Demokratisches und elitäres Denken im Widerspruch

Katrin Boeckh
Jüdisches Leben in der Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg

Felix Römer
Das Heeresgruppenkommando Mitte und der Vernichtungskrieg

John S. Conway
Flucht aus Auschwitz: Sechzig Jahre danach

Manfred Zeidler
Gab es eine Weisung Hitlers zur deutschen Besatzungspolitik im Kaukasus?

Institut für Zeitgeschichte Oldenbourg

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

53. Jahrgang Heft 3/05

Inhalt

Was heißt schon sicher?

Eckart Conze
Sicherheit als Kultur . . . . . 357 Aufsätze
Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte" der Bundesrepublik Deutschland

War Einstein ein homo politicus?

Britta Scheideler
Albert Einstein in der Weimarer Republik 381
Demokratisches und elitäres Denken im Widerspruch

Weshalb scheiterte die sowjetische Religionspolitik?

Katrin Boeckh
Jüdisches Leben in der Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg 421
Zur Verfolgung einer Religionsgemeinschaft im Spätstalinismus (1945–1953)

Neue Quellen, neue Erkenntnisse

Felix Römer
Das Heeresgruppenkommando Mitte und der Vernichtungskrieg im Sommer 1941 . . . . . 451 Diskussionen
Eine Erwiderung auf Gerhard Ringshausen

Israel und der Vrba-Wetzler-Bericht

John S. Conway
Flucht aus Auschwitz: Sechzig Jahre danach 461

Legende oder Realität?

Manfred Zeidler
Das „kaukasische Experiment" . . . . . 475 Dokumentation
Gab es eine Weisung Hitlers zur deutschen Besatzungspolitik im Kaukasus?

Emigration und Akkulturation . . . . . 501 Notiz
Zum Gedenken an Herbert A. Strauss

511 Rezensionen online

517 Abstracts

521 Autoren

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was ist Sicherheit und wie viel braucht ein Mensch davon, um sich in seiner Welt ‚heimisch zu fühlen? Eckart Conze skizziert das rückwärtsgewandte Sicherheitsstreben in der Ära Adenauer, den optimistischen Glauben an die Sicherheit von Fortschritt und Wachstum in den sechziger und frühen siebziger Jahren, das folgende Jahrzehnt der „Inneren Sicherheit" und schließlich die internationale Sicherheitspolitik. Dabei entwickelt er ein neues Konzept einer „modernen Politikgeschichte" der Bundesrepublik Deutschland, die mit „Sicherheit" als analytischem Leitbegriff sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Ansätze ebenso zu integrieren vermag wie das Potential der Kulturgeschichte und der Geschichte transnationaler Beziehungen, von der in den letzten Jahren viele fruchtbare Ansätze ausgegangen sind.

Eckart Conze

Sicherheit als Kultur

Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte" der Bundesrepublik Deutschland

Sicherheit als historische Kategorie

1944, zwei Jahre nach seinem Freitod in Brasilien, erschienen im Bermann-Fischer Verlag zu Stockholm die Erinnerungen Stefan Zweigs[1]. Es waren, so der Untertitel, „Erinnerungen eines Europäers", Erinnerungen an ein Europa freilich, das es nicht mehr gab, Erinnerungen an ein Europa, das seit 1914 in Krieg, Bürgerkrieg und Diktatur untergegangen war, Erinnerungen an eine „Welt von Gestern". Für Zweig war diese „Welt von Gestern" auch eine „Welt der Sicherheit". Denn in eine „Welt der Sicherheit", wie er das erste Kapitel seines Buches überschrieb, sei er 1881 in Wien hineingeboren worden, in ein „goldenes Zeitalter der Sicherheit". Ein „Gefühl der Sicherheit" sei der „erstrebenswerteste Besitz von Millionen" gewesen, „das gemeinsame Lebensideal", und redlich habe man geglaubt, schon bald würden „Friede und Sicherheit, diese höchsten Güter, der ganzen Menschheit zugeteilt sein". Der Erste Weltkrieg habe diesem „optimistischen Wahn" ein Ende gemacht. In den Jahren seither habe man sich daran gewöhnen müssen, „ohne Boden unter den Füßen zu leben, ohne Recht, ohne Freiheit, ohne Sicherheit". Man habe das Wort „‚Sicherheit' [...] als ein Phantom aus dem Vokabular gestrichen"[2]. In den Erinnerungen Stefan Zweigs können wir,

[1] Vgl. Stefan Zweig, Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers [1944], Frankfurt a. M. 1994. Erweiterte und überarbeitete Fassung meiner Antrittsvorlesung an der Philipps-Universität in Marburg vom 23. 6. 2004. Anselm Doering-Manteuffel (Tübingen) und Marcus Funck (Marburg), meinem Marburger Oberseminar sowie verschiedenen kleineren Gesprächsrunden und einer ganzen Reihe einzelner Gesprächspartner, mit denen ich diesen Beitrag oder Teile desselben diskutieren konnte, danke ich für wertvolle Kritik, Anregungen und ergänzende Hinweise.

[2] Ebenda, S. 17–21.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenn auch in bürgerlicher Perspektive, die Erinnerung einer ganzen Generation erkennen, und aus den von Zweig beschriebenen Verlusterfahrungen können wir einen Schlüssel gewinnen für das Verständnis und die Erklärung individueller und kollektiver Orientierungen und Verhaltensmuster von Menschen im 20. Jahrhundert.

Lassen wir noch einen weiteren Angehörigen der Generation Zweigs zu Wort kommen: den fünf Jahre älteren, 1876 geborenen Konrad Adenauer. In seiner Weihnachtsansprache von 1958 blickte der 82jährige Bundeskanzler im Rundfunk weit zurück, und auch er erinnerte sich „an jene Zeiten vor 1914, in denen noch in Wirklichkeit Friede, Ruhe und Sicherheit auf Erden weilten". Seit 1914 aber seien Sicherheit und Ruhe aus dem Leben der Menschen verschwunden, die Angst sei geblieben. „Ist es nicht traurig, ist es nicht furchtbar zu denken, daß die Mehrzahl der jetzt Lebenden Ruhe, Frieden und Sicherheit, ein Leben frei von Angst, niemals gekannt haben?"[3]

Adenauers Ansprache hat ihren präzisen historischen Ort. Nur wenige Wochen zuvor hatte mit Nikita Chruschtschows Ultimatum die zweite Berlin-Krise begonnen. In der westdeutschen Bevölkerung griffen Kriegsängste um sich. Und doch weisen die Worte des Bundeskanzlers über die konkrete politische Situation der späten fünfziger Jahre hinaus. Sie illustrieren nicht nur Generationserfahrungen und mentale Befindlichkeiten in der frühen Bundesrepublik, sondern in der politischen Rhetorik Adenauers – in seiner Weihnachtsansprache 1958 wie in vielen anderen Äußerungen – begegnen wir mit dem Wort „Sicherheit" auch einem Leitbegriff, ja vielleicht sogar dem Schlüsselbegriff seiner Politik[4].

Das ist zunächst, für sich genommen, keine besonders kühne oder neue These, und es soll im Folgenden auch nicht darum gehen, Adenauers Sicherheits-Politik einer erneuten Analyse zu unterziehen, um damit einem einzelnen Abschnitt der Geschichte der Bundesrepublik eine spezifische Signatur zuzuweisen[5]. Vielmehr geht es um die Frage, ob man nicht mit dem Begriff „Sicherheit" als Analysekategorie Licht auf die gesamte Geschichte der Bundesrepublik werfen könnte, und zwar über die im allerengsten Sinne politikhistorischen Zäsuren von Regierungs- oder Kanzlerwechseln und erst recht über jene Dekadengrenzen hinweg, die immer wieder den Rahmen zeithistorischer Studien bilden. Es geht um die Frage, ob nicht

[3] Rundfunkansprache Konrad Adenauers vom 25. 12. 1958, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 238, 30. 12. 1958, S. 2375.

[4] Vgl. hierzu Arnold Sywottek, „Wohlstand" – „Sicherheit" – „Frieden". Beobachtungen zur westdeutschen Entwicklung, in: Thomas Kühne (Hrsg.), Von der Kriegskultur zur Friedenskultur? Zum Mentalitätswandel in Deutschland seit 1945, Münster 2000, S. 243–261, hier S. 252.

[5] Es ist ja das Problem vieler politikhistorischer Analysen, daß sie ihren Analyserahmen zeitlich an der politischen Ereignisgeschichte orientieren, also insbesondere an Wahlen, Regierungswechseln oder der Amtszeit von wichtigen Politikern. Entwicklungen von politikhistorischer Relevanz, die diese Daten übergreifen, bleiben so oftmals ausgespart. Für die Untersuchung und Darstellung längerfristiger Entwicklungslinien zeichnet dann nicht selten die Sozialgeschichte mit ihren freilich ganz anders gearteten Fragestellungen und Konzeptionen verantwortlich. Das zeithistorische Interesse der Sozialgeschichte ist glücklicherweise mittlerweile erheblich gewachsen wie auch umgekehrt das sozialhistorische Interesse der Zeitgeschichtsforschung zugenommen hat.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Sicherheit" als analytischer Leitbegriff neue Perspektiven auf die Geschichte der Bundesrepublik insgesamt – und dies durchaus über die Epochenschwelle von 1989/90 hinweg – ermöglichen könnte. Da ist das Sicherheitsstreben der fünfziger Jahre, wie es in Adenauers Ansprache zum Ausdruck kommt. Da ist der Glaube an die Sicherheit von Wachstum und Fortschritt, der die sechziger und die frühen siebziger Jahre prägte. Da sind die siebziger Jahre als Jahrzehnt der „Inneren Sicherheit". Und auch für die achtziger Jahre lassen sich wichtige Entwicklungen in der Bundesrepublik unter dem Paradigma der „Sicherheit" analysieren: nicht zuletzt, um nur ein Beispiel zu nennen, im Blick auf die internationale Sicherheitspolitik und ihre Wirkungen in die deutsche Gesellschaft und Politik hinein – Stichworte: NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung.

Die Kategorie „Sicherheit", so sei hier thesenhaft formuliert, besitzt das heuristische wie sachliche Potential für jene „moderne Politikgeschichte", die seit den siebziger Jahren in der deutschen Geschichtswissenschaft immer wieder lautstark gefordert worden ist – nicht zuletzt von den Kritikern einer eher traditionellen, auf Staat und Regierung, auf Staats- und Regierungshandeln und auf Entscheidungen fixierten Politikgeschichte[6]; das Potential für eine Politikgeschichte, die in der Lage ist, die Distanz zwischen „Politik" und „Gesellschaft" zu verringern, wenn nicht zu überwinden, eine Distanz, die dem politischen Prozeß in modernen Gesellschaften analytisch ohnehin nicht gerecht zu werden vermag[7]. Es geht damit freilich auch um eine Politikgeschichte, die – entgegen mancher gesellschaftsgeschichtlicher, mittlerweile allerdings überwundener Radikalauffassung – dem Staat und staatlichem Handeln eine eigene Bedeutung für den historischen Prozeß einräumt, ohne dabei jedoch die Wirkmächtigkeit sozialer oder ökonomischer Strukturen zu unterschlagen; die aber den Staat auch nicht in seinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abhängigkeiten aufgehen läßt und statt dessen auf seinem relativen Eigengewicht und seiner Fähigkeit beharrt, soziale Ver-

[6] Vgl. programmatisch Hans-Ulrich Wehler, „Moderne" Politikgeschichte oder „Große Politik der Kabinette"?, in: Geschichte und Gesellschaft 1 (1975), S. 257–266, in der Auseinandersetzung mit Andreas Hillgruber, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: Historische Zeitschrift 216 (1973), S. 529–552. Zusammenfassend zu der Debatte der siebziger Jahre vgl. Eckart Conze, „Moderne Politikgeschichte". Aporien einer Kontroverse, in: Guido Müller (Hrsg.), Deutschland und der Westen. Festschrift für Klaus Schwabe zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1998, S. 19–30. Nicht sozialhistorisch, sondern in kulturgeschichtlicher Wendung sind die Kritikpunkte der siebziger Jahre jüngst noch einmal aufgegriffen worden von Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 574–606, oder Achim Landwehr, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85 (2003), S. 71–117.

[7] Aufgrund der politikgeschichtlichen Perspektive dieses Beitrags bleiben bestimmte Ausformungen von Sicherheitsstreben oder Unsicherheitswahrnehmung unberücksichtigt. Das gilt insbesondere für den gesamten Bereich des Versicherungswesens und der Versicherungswirtschaft, dessen Entwicklung man geradezu als Gradmesser insbesondere auch für individuelle Sicherheits- bzw. Unsicherheitswahrnehmungen betrachten kann. Siehe hierzu beispielsweise die Studien von Peter Borscheid, Mit Sicherheit leben. Die Geschichte der deutschen Lebensversicherungswirtschaft und der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen, 2 Bde., Münster 1989 u. 1993, oder ders., Sicherheit in der Risikogesellschaft. Zwei Versicherungen und ihre Geschichte, Stuttgart 1999.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hältnisse durch politisch-rechtliche Vorgaben zu gestalten[8]. Und es geht schließlich um eine Politikgeschichte, die die Grenze zwischen Innen und Außen überwindet, die Grenze zwischen innerstaatlichen und innergesellschaftlichen Entwicklungen einerseits und internationalen und transnationalen Entwicklungen andererseits, eine analytische Grenze, die schon immer erkenntnishemmend war und die nun angesichts fundamentaler Entterritorialisierungsprozesse vollends ad absurdum geführt worden ist[9].

In diesem Sinne läßt sich „Sicherheit" nicht nur als Ziel von Regierungshandeln und als gesellschaftliche Politikerwartung historischer Analyse zugrunde legen, sondern auch als umfassender sozialkultureller Orientierungshorizont[10]. Zu untersuchen ist damit auch ein Sicherheitsdiskurs[11]. Das gilt beileibe nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern ebenso für alle anderen modernen und hochkomplexen industriellen beziehungsweise postindustriellen Gesellschaften. Meldet sich nicht in der internationalen gesellschaftlichen Wertbesetzung der Vokabel „Sicherheit" ein strukturelles Problem moderner Gesellschaften zu Wort? Ein Problem, so hat es der Soziologe Franz Xaver Kaufmann schon vor 30 Jahren formuliert, „dessen Name ‚Unsicherheit' freilich ebenso schillernd ist wie die geforderte ‚Sicherheit'"[12]. Das verweist auf in je unterschiedlichen politischen und sozialen Kontexten unterschiedliche Sicherheitsbegriffe und Verständnisse von Sicherheit. Es verweist aber auch auf die Veränderbarkeit und den permanenten Wandel und damit die Historizität von „Sicherheit", von Sicherheitsbewußtsein und Sicherheitsverständnis. Das erfordert diachrone Stu-

[8] Vgl. hierzu die aus eher sozialhistorischer Perspektive entwickelten Überlegungen von Ute Frevert, Neue Politikgeschichte, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), Kompaß der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2002, S. 152–164, besonders S. 155. Man sollte den Bedeutungsverlust des National- bzw. Territorialstaates, wie er sich aus dem Aufstieg des Neoliberalismus ergibt, nicht vorschnell als Rückzug des Staates ganz allgemein deuten, wie es zum Beispiel Mergel, Überlegungen, S. 600, tut. Angemessener erscheint es, über den Wandel von Staatlichkeit in den Prozessen der Neoliberalisierung und Globalisierung nachzudenken.

[9] Vgl. Eckart Conze, Abschied von Staat und Politik? Überlegungen zur Geschichte der internationalen Politik, in: Ders. u.a. (Hrsg.), Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin, Köln u.a. 2004, S. 15–43, sowie ders., Nationale Vergangenheit und globale Zukunft. Deutsche Geschichtswissenschaft und die Herausforderung der Globalisierung, in: Jörg Baberowski u.a., Geschichte ist immer Gegenwart. Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart/München 2001, S. 43–65. Zur historiographisch-konzeptionellen Bedeutung der Territorialität, ihres Aufstiegs und Niedergangs vgl. Charles S. Maier, Consigning the Twentieth Century to History. Alternative Narratives for the Modern Era, in: The America Historical Review 105 (2000), S. 807–831.

[10] Leicht dünkelhaft mokierte sich darüber kürzlich mit Blick auf die Deutschen und ihre Sorge um die „Sicherheit ihrer Nahrung" der bekannte Gastronomiekritiker Wolfram Siebeck, Zartbittere Sicherheit, in: Die Zeit, 12. 2. 2004, S. 56.

[11] Ein Diskurs sei in diesem Sinne – durchaus im Anschluß an Foucault, wenn auch ganz pragmatisch – verstanden als eine Redeweise, die gesellschaftlich institutionalisiert ist, in öffentlicher Kommunikation entsteht und auf diese Weise handlungsrelevant wird. Vgl. dazu Ute Daniel, Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt a.M. 2001, S. 167–178 u. S. 353–359.

[12] Franz-Xaver Kaufmann, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften, Stuttgart ²1973, S. 341.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dien, die nicht zuletzt Erkenntnisgewinn versprechen über Prozesse sozialen Wandels, der mit historisch-gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnissen und dem damit korrespondierenden Sicherheitsbewußtsein eng verschränkt ist. Es ermöglicht aber auch vergleichende, insbesondere international vergleichende Untersuchungen. „Sicherheit" bleibt also als Analysekategorie in ihrem Nutzen mitnichten auf die Geschichte der Bundesrepublik oder die deutsche Zeitgeschichte beschränkt.

Stärker als in anderen historischen Teildisziplinen verdanken sich die Themen und Fragen der Zeitgeschichte dem Impuls der Gegenwart. Das ist mit Blick auf die Sicherheits-Thematik so evident, daß es kaum ausführlicher Erörterung bedarf. Die Erosion von Sicherheit beziehungsweise – genauer gesagt – von Sicherheiten und die Wahrnehmung dieser Erosion charakterisieren den politischen Diskurs unserer Tage. Das gilt für die sogenannte „neue Welt-Unordnung" seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, es gilt, insbesondere seit dem 11. September 2001, für die Bedrohung des internationalen Terrorismus, und es gilt für die Gefährdungen unserer natürlichen Umwelt durch Klimawandel oder die Gefahren von Hochrisikotechnologien. Es gilt aber auch für die vermeintlich oder tatsächlich verstärkte Bedrohung öffentlicher Sicherheit durch Kriminalität, und es gilt nicht zuletzt für den tatsächlichen oder vermeintlichen Verlust von sozialer Sicherheit in den und durch die Reformen des Sozialstaats.

Nicht „Gerechtigkeit" – das stand zwar in der Überschrift –, sondern „Sicherheit" war der Zentralbegriff der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder nach seiner Wiederwahl im Jahr 2002. Seine Regierung verstehe „Sicherheit als ein elementares Bürgerrecht", lautete ein Kernsatz der Erklärung, und Schröder vertrat sodann einen, wie er es nannte, „erweiterten Sicherheitsbegriff": „Dazu gehört die Sicherheit von Leib und Leben vor Krieg und Kriminalität, keine Frage, aber eben auch die materielle, soziale und kulturelle Sicherheit, eben zur Vergewisserung der eigenen Identität, und nicht zuletzt die Sicherheit des Rechts und die Absicherung gegen Krankheit und andere Lebensrisiken. [...] Erst eine Gesellschaft, die in dieser Weise umfassend Sicherheit bereitstellen kann, ist fähig zu guter Nachbarschaft und zu friedlicher Zusammenarbeit nach außen, aber eben auch zu den notwendigen Veränderungsmaßnahmen nach innen."[13]

Zwar haben alle Bundesregierungen seit 1949 „Sicherheit" als ein Ziel ihrer Politik bezeichnet. Keine hat das Wort „Sicherheit" jedoch so oft verwandt und sich zu solch umfassenden Sicherheitsversprechen verstanden wie die Regierung Schröder-Fischer 2002. Wenn Wertschätzungen aus Mangellagen resultieren[14], dann muß also in den letzten Jahren ein Mangel an Sicherheit entstanden sein, muß das Bewußtsein von Sicherheit geschrumpft, das Bewußtsein von Unsicher-

[13] Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag am 29. Oktober 2002 in Berlin: „Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung schaffen – für eine Partnerschaft in Verantwortung", abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 85-1, 29. 10. 2002. Der Begriff „Sicherheit" taucht in dieser Regierungserklärung auch häufiger auf als der Begriff „Gerechtigkeit".

[14] Vgl. Kaufmann, Sicherheit, S. 14.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heit gewachsen sein. Das trifft gewiß nicht nur auf die Bundesrepublik zu. Aber gerade hierzulande unterstreicht der Diskurs über Sicherheit und Unsicherheit, daß einmal mehr ein „goldenes Zeitalter der Sicherheit" zu Ende gegangen zu sein scheint; daß jene Sicherheit, die für die Gesellschaft der Bundesrepublik seit den fünfziger Jahren ein zentraler Teil ihres soziokulturellen Wertsystems geworden war und die die soziopolitische Ordnung entscheidend stabilisiert hatte, gerade auch in der Wahrnehmung der Menschen in Auflösung begriffen ist.

Was ist „Sicherheit"? Es ist unabdingbar, zunächst in aller Kürze den Begriff der „Sicherheit" zu klären, um ihn für eine historische Untersuchung überhaupt handhabbar zu machen. Danach muß es um den Zusammenhang von „Sicherheit" und „Politik" gehen, auch um zu demonstrieren, daß sich die Kategorie „Sicherheit" für eine „moderne" politikgeschichtliche Analyse überhaupt eignet. Und schließlich sollen zumindest einige wenige Schlaglichter auf die Geschichte der Bundesrepublik geworfen werden, die den analytischen Wert und das Erkenntnispotential des hier vorgeschlagenen Ansatzes wenigstens andeutungsweise zeigen sollen[15].

Der Sicherheitsbegriff

Als ein Grundbedürfnis des Menschen wird Sicherheit anthropologisch oder psychologisch immer wieder bezeichnet, und Sicherheit rückt damit, gleichsam biologistisch, in die Nähe anderer Grundbedürfnisse wie Nahrung, Schlaf oder Sexualität[16]. In historischer oder sozialwissenschaftlicher Perspektive wird man dieses Streben nach Sicherheit spezifizieren und Sicherheit als ein Konzept verstehen müssen, das zunächst die Unversehrtheit von Leib, Leben und Eigentum umfaßt. Man sucht Sicherheit vor einer Bedrohung, vor persönlichen oder kollektiven Gefährdungen. Das verweist – gerade in seiner Allgemeinheit – auf die vielen Dimensionen von Sicherheit: von der sozialen Sicherheit vor Krankheit, vor den Unsicherheiten des Arbeitsmarkts oder des Alters über die Sicherheit vor technischen Risiken – Verkehrssicherheit oder Reaktorsicherheit – bis hin zu den Großbereichen von innerer oder äußerer Sicherheit als Kernelementen staatlicher Sicherheitspolitik. In dieser Multidimensionalität liegt auch der Grund dafür, daß Sicherheit in modernen Gesellschaften nicht nur einen bloßen „Triebwert" darstellt, sondern ein soziokulturelles Wertsystem, ähnlich wie die Wertsysteme „Freiheit" oder „Gerechtigkeit"[17]. „Sicherheit" ist also ein Grund- und Wertbegriff der politisch-sozialen Sprache. Die Geschichtswissenschaft hat den Bedeutungswandel von solchen Zentralbegriffen für das 19. Jahrhundert bereits herausgearbeitet; für das 20. Jahrhundert und insbesondere für die Zeit nach

[15] Das kann in diesem Aufsatz nur in recht knappen Andeutungen geschehen. Der Verfasser bereitet jedoch derzeit eine monographische Studie zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vor, die den Begriff der „Sicherheit" als analytische Leitkategorie erproben wird.

[16] Vgl. beispielsweise Wolfgang Bonß, Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit, in: Ekkehart Lippert u.a. (Hrsg.), Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft, Opladen 1997, S. 21–41, hier S. 21.

[17] Vgl. Kaufmann, Sicherheit, S. 28.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1945 bestehen hier noch deutliche Lücken[18]. Aus Wertbegriffen wie „Sicherheit" oder „Freiheit", die bestimmte Vorstellungen symbolisieren, lassen sich individuelle oder kollektive Handlungsmaximen entwickeln, handlungsleitende Ideen, institutionentheoretisch gesprochen: sogenannte „idées directrices"[19].

Das meint nun gerade nicht, daß „Sicherheit" ein statisches Konzept sei. Im Gegenteil: Auch „Sicherheit" ist ein gesellschaftliches Konstrukt, eine im historischen Prozeß variable Größe. Unterschiedliche Gesellschaften weisen höchst unterschiedliche Sicherheits- und Unsicherheitsvorstellungen auf. Und ebenso wie diese Vorstellungen können sich auch gesellschaftliche Sicherheitsgefühle oder Sicherheitswahrnehmungen permanent verändern. So ist das Konstrukt „Sicherheit" in seinen Ausprägungen abhängig von der jeweiligen Gesellschaftsstruktur und ihrer historischen Beschaffenheit. Das Bewußtsein von Sicherheit ist das Ergebnis, so ist es jüngst formuliert worden, eines subjektiven Verarbeitungsprozesses von sozialer Wirklichkeit; es ist somit eine Deutung von „Realität"[20]. Das impliziert – für das Individuum wie für das Kollektiv – einen Abgleich von Vorstellungen über den Ist- und über den Soll-Zustand einer Gesellschaft, und genau daraus erwächst soziales und politisches Handeln, sozialer und politischer Wandel und damit ein genuiner Gegenstandsbereich der Geschichtswissenschaft[21].

Die Geschichte von Sicherheitsvorstellungen, von Sicherheitsbewußtsein oder von Sicherheitswahrnehmungen ist immer auch die Geschichte von Zukunftsvorstellungen, von Zukunftsbewußtsein oder Zukunftserwartungen. Denn Sicherheit bedeutet die Vorstellung einer Zukunft, in der nicht alles möglich ist, in der nicht alles passieren kann, die Vorstellung einer Zukunft, die vielmehr festgelegt und bestimmt ist. Sicherheit meint in diesem Sinne mit Franz Xaver Kaufmann die „Vernichtung der Zeitlichkeit von Zukunft"[22]. Das Streben nach Sicherheit zielt darauf, die Offenheit der Zukunft zu überwinden. Es zielt darauf, jenes Auseinandertreten von „Erfahrungsraum" und „Erwartungshorizont" zu überwinden, das mit Reinhart Koselleck das Neue an der Neuzeit ausmache und das insbeson-

[18] So auch der Befund von Mergel, Überlegungen, S. 598 f. Vgl. aber die Ansätze bei Karin Böke u. a., Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära, Berlin/New York 1996.

[19] Vgl. Kaufmann, Sicherheit, S. 35.

[20] Ekkehart Lippert u. a., Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Sicherheit, S. 7–20, hier S. 14; vgl. auch Bonß, Konstruktion, in: Ebenda, S. 21.

[21] Mit der Entwicklung individuell-subjektiver Wahrnehmung von Sicherheit setzt sich dieser Beitrag nicht oder allenfalls ganz am Rande auseinander. Auf die Bedeutung dieser Thematik sei aber ganz nachdrücklich verwiesen. Emotionale Sicherheit dürfte sich in diesem Zusammenhang als eine wichtige, wenn auch schwer zu fassende Kategorie erweisen. Zu fragen wäre in solcher Perspektive auch noch viel schärfer, als es dieser Aufsatz tut, nach der sozial- und gruppenspezifischen Ausformung von Sicherheits- bzw. Unsicherheitsverständnissen und deren Veränderung bzw. Beständigkeit. Das zielt nicht zuletzt in die Richtung historischer Werteforschung und könnte damit zum Beispiel anschließen an: Manfred Hettling/Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.), Der bürgerliche Wertehimmel. Innenansichten des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000.

[22] Kaufmann, Sicherheit, S. 157. Vgl. auch Daniel Frei/Peter Gaupp, Das Konzept „Sicherheit". – Theoretische Aspekte, in: Klaus-Dieter Schwarz (Hrsg.), Sicherheitspolitik. Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit, Bad Honnef ³1981, S. 3–16.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dere seit den grundstürzenden Entwicklungen und Umbrüchen in der Folge der Französischen Revolution die Menschen zutiefst verunsichert habe[23].

Dem menschlichen Wunsch, sich sicher zu fühlen, entsprechen die Versuche, Schutz gegen Unsicherheit aufzubauen und zu gewährleisten. Solche Sicherheit setzt Schutz und Garantien voraus, die auf konkreten Rechtsgrundlagen beruhen und durchsetzbar sein müssen. Wenn auch nicht ausschließlich, so weist diese Abhängigkeit der Sicherheit von einer Schutzgewalt doch deutlich auf den Staat hin. „Pax", „tranquillitas" und „securitas" gehören zu den zentralen Funktionszuweisungen an den aufsteigenden modernen Staat, die Sicherung des status civilis als Garantie bürgerlicher Sicherheit durch das Monopol legitimer Gewaltsamkeit wird in den Schriften eines Hobbes oder Pufendorf zur raison des Staates[24]. Das ist hier weiter nicht auszuführen, wenngleich die gegenwärtigen Phänomene der Privatisierung von Gewalt und der Entstaatlichung von Sicherheit durchaus von Belang sind für die historische Analyse von Aufstieg und Niedergang des modernen Territorialstaats[25].

Eine „Politik der Sicherheit" ergibt sich indes nicht nur aus der klassischen Schutzfunktion des Staates. Das negative Ziel der Gefahrenabwehr verband sich schon relativ früh mit dem positiven Wohlfahrtsideal oder – anders gewendet: verschiedene Ebenen von Sicherheit, Sicherheitsverständnis und damit auch Sicherheitspolitik begannen sich auszudifferenzieren. So heißt es in einem „Handbuch des Teutschen Policeyrechts" von 1799: „Der Hauptzweck des Staats, Sicherheit der ganzen Gesellschaft und jedes einzelnen Gliedes derselben, schließt den untergeordneten Zweck der allgemeinen Wohlfahrt, der Zufriedenheit und Glückseligkeit der Staatsgenossen nicht aus."[26] Nicht die Über- und Unterordnung ist in unserem Zusammenhang indessen das Entscheidende, sondern die Unterscheidung der beiden Ebenen, die hier als „Sicherheitspolicey" einerseits und „Wohlfahrtspolicey" andererseits bezeichnet werden[27]. Angedeutet

[23] Vgl. Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum" und „Erwartungshorizont" – zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1989, S. 349–375. Hier treten die Bezüge zu Niklas Luhmanns Begriff der „Erwartungssicherheit" als Grundbegriff einer soziologischen Sicherheitsanalyse klar zutage. Erwartungssicherheiten kommen für Luhmann immer dann ins Spiel, wenn es um die Umdefinition von (nicht handhabbarer) Kontingenz in (handhabbare) Komplexität geht. Vgl. hierzu auch Bonß, Konstruktion, in: Lippert u. a. (Hrsg.), Sicherheit, S. 24.

[24] Siehe hierzu im begriffsgeschichtlichen Überblick Werner Conze, Art. Sicherheit, Schutz, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5, Stuttgart 1984, S. 831–862, hier vor allem S. 837–843; vgl. aber auch Wolfgang Reinhard, Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, insbesondere S. 113–122.

[25] Siehe hierzu u. a. Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Reinbek 2002, S. 33–43, Mary Kaldor, Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt a. M. 2000, S. 146–154, oder den politischen Traktat von Erhard Eppler, Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt, Frankfurt a. M. 2002.

[26] Günther Heinrich v. Berg, Handbuch des Teutschen Policeyrechts [1799], Hannover 1802; zit. nach W. Conze, Sicherheit, S. 853.

[27] Ebenda.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ 3 Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist hier die Entwicklung, in deren Verlauf Sicherheit zu einem gesellschaftlichen Wertsymbol werden konnte, das heute viel mehr verspricht als bloßen Schutz, nämlich Gewißheit, Verläßlichkeit, Ruhe und Geborgenheit[28].

Es wäre noch eingehend zu untersuchen, in welchem Maße seit dem 19. Jahrhundert die Legitimität politischer Ordnungen von ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Sicherheitsleistung abhängig war. Es wäre zu untersuchen, in welchem Wechselverhältnis die staatliche Sicherheitsleistung zu anderen Quellen politischer Legitimität wie Freiheitsgewähr oder Gleichheitsstiftung stand und wie sich dieses Wechselverhältnis im historischen Prozeß ausdifferenzierte beziehungsweise veränderte. Das verweist nicht zuletzt – ganz allgemein – auf das Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit, auf die Tendenz zur Einengung von Freiheit um der Sicherheit willen, und darauf, daß die Werte „Freiheit" und „Sicherheit" offensichtlich nicht gleichermaßen zu maximieren sind[29]. Um das zu studieren, könnten wir unseren Blick richten auf die politischen Debatten und Entscheidungen über die sicherheitsbegründeten Einschränkungen von Freiheitsrechten in den USA seit dem 11. September und auf die Aufgaben und Aktivitäten des neu geschaffenen Ministeriums für Heimatschutz, für „Homeland Security". Doch auch in der deutschen Geschichte, nicht zuletzt in der bundesrepublikanischen, gibt es genügend Hinweise auf die politische und gesellschaftliche Relevanz und Brisanz dieses Spannungsverhältnisses[30].

Rückkehr in die Sicherheit

Mit Blick auf die Bundesrepublik läßt sich die Spannung zwischen „Freiheit" und „Sicherheit" nicht nur auf die Politik der sogenannten „Inneren Sicherheit", insbesondere seit den siebziger Jahren, beziehen, sondern auch auf breitere soziopolitische Entwicklungen seit der Gründung des westdeutschen Staates. So ist der angeblich „restaurative" Charakter der Ära Adenauer zeitgenössisch bekanntermaßen immer wieder scharf kritisiert worden, und nicht wenige Historiker haben sich dieser Kritik angeschlossen. Zwar konnte kaum einer der Kritiker genau sagen, was da eigentlich restauriert worden sei, und heute wertet die Forschung einhellig die fünfziger Jahre als Periode rasanter Modernisierung – wenn auch als Modernisierung im Wiederaufbau[31]. Dennoch hatte die Kritik insofern ihren

[28] Vgl. Kaufmann, Sicherheit, S. 1.

[29] Vgl. Lippert u. a., Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Sicherheit, S. 13. Vgl. hierzu auch die über 60 Jahre alte, klassische Studie, nach dem 11. 9. 2001 wieder neu zu lesen, des amerikanischen Soziologen Harold D. Lasswell, The Garrison State, in: American Journal of Sociology 46 (1941), S. 455–468.

[30] Vgl. dazu die gegenwartsnahen, kurz nach dem 11. 9. 2001 vorgetragenen Überlegungen von Winfried Hassemer, Zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit. Drei Thesen, in: Vorgänge 41 (2002), H. 3, S. 10–15.

[31] Vgl. Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993; vgl. auch Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002, und Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 375–464, der die fünfziger Jahre schon früh als eine „Periode aufregender

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

berechtigten Kern, als sie nämlich darauf verwies, daß beispielsweise die politisch-institutionelle Demokratisierung, so wie sie sich im Grundgesetz und den Länderverfassungen sowie in der reibungslosen Arbeit der Verfassungsorgane des Bundes und der Länder äußerte, keineswegs gleichbedeutend war mit einer womöglich punktgenau am 23. Mai 1949 durchgesetzten gesellschaftlichen Liberalisierung, der Entwicklung von westlichem Freiheitsverständnis und zivilgesellschaftlichem Verhalten. Es dauerte mindestens ein Jahrzehnt, bis sich auch in der Gesellschaft der Bundesrepublik jene Verwestlichung[32] bemerkbar zu machen begann, die institutionell im Grundgesetz und außenpolitisch in der Westintegration seit den frühen fünfziger Jahren ihren Ausdruck gefunden hatte. Entgegen einer erst in den letzten Jahren relativierten Sichtweise war eben nicht erst „1968" der Beginn gesellschaftlicher Liberalisierung in der Bundesrepublik. APO und Studentenbewegung waren vielmehr nur eine Ausprägung neuer soziopolitischer und soziokultureller Orientierungen, die sich schon seit Anfang der sechziger Jahre gesellschaftlich durchzusetzen begonnen hatten[33].

Das Verharren weiter Teile der westdeutschen Gesellschaft in den politischen, sozialen und kulturellen Orientierungsmustern der Vorkriegszeit läßt sich generationell erklären. Fest verankerte und tief internalisierte mentalitäre Dispositionen verändern sich – wenn überhaupt – nicht von heute auf morgen. Doch über den Generationenansatz hinaus, der mittlerweile zum geschichtswissenschaftlichen Passepartout geworden ist, liefert uns, wenn auch in Verbindung mit generationsbezogenen Deutungen, ein klar identifizierbares breites soziales Streben nach Sicherheit einen weiteren Erklärungsansatz für das nur langsame Voranschreiten gesellschaftlicher Liberalisierung und Politisierung in den fünfziger Jahren.

Erklären läßt sich dieses Sicherheitsstreben, verstanden als ein Bedürfnis nach kompensierender Stabilität, mit der außerordentlichen Veränderungsdynamik in allen Lebensbereichen seit der letzten Kriegsphase[34]. Und diese Veränderungsdynamik endete ja nicht mit der Gründung der Bundesrepublik, sondern setzte sich als „Periode aufregender Modernisierung" (Hans-Peter Schwarz) weit in die fünfziger Jahre hinein fort. Angesichts dieser Dynamik und angesichts des enor-

---

Modernisierung" bezeichnete, was in weiten Teilen der deutschen Zeitgeschichtsforschung zunächst scharf kritisiert wurde. Vgl. zum Beispiel Christoph Kleßmann, Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 476–494.

[32] Zu Begriff und Konzept der Verwestlichung/Westernisierung vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

[33] Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Westernisierung. Politisch-ideeller Wandel und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Axel Schildt u. a. (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 311–341, sowie Ulrich Herbert, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: Ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 7–49.

[34] Vgl. ebenda, S. 38; vgl. dazu schon früh Hans Braun, Das Streben nach „Sicherheit" in den 50er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen, in: Archiv für Sozialgeschichte 18 (1978), S. 279–306.

VfZ 3 Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men Tempos des Wandels erhöhte sich das Bedürfnis der Menschen, gerade in ihrer individuellen Existenz, in ihrem unmittelbaren, persönlichen Umfeld wieder festen, wieder sicheren Boden unter den Füßen zu gewinnen. So meinte Wiederaufbau für die überwältigende Mehrheit der Westdeutschen, „sich wieder häuslich einzurichten nach der Katastrophe, durch Fleiß und Sparsamkeit eine gesicherte bürgerliche Existenz zu erreichen und dafür alle Chancen zu nutzen, die durch die ständige wirtschaftliche Verbesserung geboten wurden"[35]. Der sozialkulturelle Orientierungshorizont war für die meisten dabei jedoch nicht eine zwar bessere, aber letztlich doch unbekannte Zukunft. Orientierungshorizont war vielmehr die verlorene Normalität der Vergangenheit, jener guten, alten Zeit, die die Mehrzahl der Bundesbürger in den sogenannten „Friedensjahren" des Nationalsozialismus und, mehr noch, in den letzten Jahren vor 1914 erblickte.

Auf die Allensbach-Frage „Wann in diesem Jahrhundert ist es nach Ihrem Gefühl Deutschland am besten gegangen?" verwiesen 1951 45 Prozent der Befragten auf das Kaiserreich, 40 Prozent auf die Jahre 1933 bis 1939[36]. Was Konrad Adenauer also in seiner eingangs zitierten Weihnachtsansprache beschwor, entsprach ganz exakt dem Denken und Fühlen der Deutschen, wie Adenauer im übrigen auch als Typ das Sicherheits- und Normalitätsideal der Westdeutschen glaubwürdig verkörperte. Auch der gesellschaftliche Patriarchalismus der Ära Adenauer, dem der autoritative Regierungsstil des ersten Bundeskanzlers ebenso gut entsprach wie das bundespräsidiale Amtsverständnis von „Papa Heuss" oder der väterliche Umgang von Sepp Herberger mit seinen „Helden von Bern", gehört in diesen Kontext.

Materiell erzeugte die „Wirtschaftswundergesellschaft" spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre die ersehnte „Normalität". Aber Normalisierung bezog sich nicht nur auf materielle Sicherheit, nicht nur auf Wohlstand und Konsummöglichkeiten. Der materielle Wohlstand schuf Sekurität. Und so wie die ökonomischen Krisen nach 1918 insbesondere die deutschen Mittelschichten – das Bürgertum – verunsichert, ihr Selbstbewußtsein und ihre Zukunftsgewißheit erschüttert und damit auch die Legitimität der Weimarer Republik ausgehöhlt hatten, so gewann jetzt die junge Bundesrepublik Legitimität und Stabilität. Dies war freilich nicht nur eine deutsche Entwicklung. Vergleichbare Phänomene sozialkultureller Rückwärtswendung können wir in ganz Westeuropa identifizieren. Ihre Ursache liegt – ganz allgemein – in der politischen, sozialen und kulturellen Desorientierung der Kriegs- und Nachkriegsjahre. Im deutsche Falle allerdings wurde dieser Prozeß – paradoxerweise – verstärkt durch die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung und durch das kollektive Bemühen, neu anzufangen: neu anzufangen, den Blick dabei aber eben viel eher nach hinten als wirklich nach vorne gewandt[37].

[35] Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1999, S. 61.

[36] Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, hrsg. von Elisabeth Noelle und Peter Neumann, Allensbach 1956, S. 125 f.

[37] Vgl. hierzu auch Eckart Conze, Eine bürgerliche Republik? Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, in: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), S. 527–542.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Begleitet wurden all diese sozialkulturellen Entwicklungen durch eine „Politik der Sicherheit", die die Prozesse der Normalisierung gleichzeitig fundierte und überwölbte. Die beiden wesentlichen Säulen dieser Politik waren die außen- und bündnispolitische Westintegration einschließlich der westdeutschen Remilitarisierung einerseits und der Auf- und Ausbau der Systeme sozialer Sicherung andererseits. Beide zielten auf den Abbau der großen, auch gesellschaftlich wahrgenommenen Unsicherheitspotentiale der Nachkriegszeit und damit auf die Sicherung, die Absicherung von sich allmählich einstellender Normalität. Es mag eine zeitliche Koinzidenz sein: 1955, im gleichen Jahr, in dem die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen wurde, erreichten Wirtschaft und Lebensstandard in Westdeutschland wieder Vorkriegsniveau[38]. War das nicht die „Rückkehr in die Sicherheit"?

Zu den größten Ängsten und Sorgen der Westdeutschen gehörte bis weit in die fünfziger Jahre hinein – und dann noch einmal aufflackernd in den Wochen des Mauerbaus und den Tagen der Kuba-Krise – die Kriegsangst[39]. Daraus resultierte nun nicht unbedingt eine überwältigende Zustimmung zu Adenauers Politik der politischen und militärischen Westintegration einschließlich der Aufstellung der Bundeswehr. Diese Zustimmung ergab sich erst später, als sichtbar wurde, daß die Westintegration – einschließlich der durch sie zementierten deutschen Teilung – ein wichtiger Stabilitätsfaktor geworden war, daß die Westintegration mit dafür sorgte, die Rahmenbedingungen des „Wirtschaftswunders" zu verstetigen.

Kriegsangst verband sich mit der Angst vor dem „Iwan", tief sitzend in der kollektiven Erfahrung und von zentraler Bedeutung für den bundesrepublikanischen Antikommunismus der fünfziger und sechziger Jahre, den wir nicht zuletzt auch als eine Politisierung von Ängsten und Unsicherheitsempfindungen interpretieren können[40]. Eine „Zeitgeschichte der Angst vor dem ‚Russen'" wäre noch zu schrei-

[38] Vgl. Sywottek, Wohlstand, in: Kühne (Hrsg.), Kriegskultur, S. 245.

[39] Vgl. beispielsweise die Umfrageergebnisse in: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, S. 352–354.

[40] Zur Angst vor dem „Iwan" siehe Schildt, Ankunft, S. 89 f. Vgl. aber auch die literarische Behandlung des Themas u.a. bei Max Frisch, Homo faber [1957], Frankfurt a. M. 1977, S. 8–10. Die Politisierung bzw. die politische Instrumentalisierung von Kriegsangst und Kommunismusfurcht läßt sich freilich nicht nur in der Bundesrepublik der Ära Adenauer beobachten, sondern beispielsweise auch in der amerikanischen Gesellschaft der fünfziger Jahre, und zwar nicht nur in der Phase des McCarthyismus. Politikhistorisch ist hier auf die Entstehung und den Ausbau des „National Security State" zu verweisen. Sozial- und kulturhistorisch wäre zum Beispiel hinzuweisen auf den Zusammenhang von Suburbanisierungsprozessen und nuklearen Bedrohungsszenarien. Auch auf geschlechterspezifische Ausprägungen von Sicherheitsbedürfnissen bzw. Unsicherheitswahrnehmungen hat die amerikanische Forschung hingewiesen. Vgl. Michael J. Hogan, A Cross of Iron. Harry S. Truman and the Origins of the National Security State 1945–1954, Cambridge 1998; Melvyn P. Leffler, A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War, Stanford 1992; ders., The Specter of Communism. The United States and the Origins of the Cold War 1917–1953, New York 1994; H. W. Brands, The Devil We Knew. Americans and the Cold War, New York 1993 (besonders Kap. 2: The National Insecurity State 1950–1955); Laura A. Belmonte, A Family Affair? Gender, the U.S. Information Agency, and Cold War Ideology, 1945–1960, in: Jessica Gienow-Hecht/Frank Schumacher (Hrsg.), Culture and International History, New York/Oxford 2003, S. 79–93.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ben[41]. Und war es nicht weniger eine freie als vielmehr eine sichere politische und soziale Ordnung, die Schutz bieten konnte vor dem im „Iwan" personifizierten Kommunismus? Die politische Sprache der Zeit bestätigt das durchaus. Das bezieht sich nicht nur auf die außen- und allianzpolitische Formel der „Politik der Stärke", die freilich stets die Stärke des Wohlstands und der Wirtschaft einschloß. Sondern es bezieht sich auch auf jene politisch-ideologische Sprache, in der Metaphern wie „Bollwerk", „Schutzwall" oder „Deichbau" geradezu inflationär verwandt wurden[42]. Noch 1957 sprach Hermann Aubin, ein führender deutscher Historiker, von Deutschland als der „Schildwache des Abendlands" gegen den „slawischen Osten", eine Rolle, die die Deutschen schon seit 1000 Jahren ausgeübt hätten[43].

Nicht zuletzt im konservativ-katholischen Gedankengebäude der sogenannten „Abendländischen Bewegung" der fünfziger Jahre war diese Metaphorik nicht nur antikommunistisch, sondern antimodern. Vertretern des „abendländischen Gedankens" wie auch anderen Konservativen ging es um eine „Eindämmung" der modernen Zivilisation, wie sie es formulierten, um eine „Eindeichung" von Liberalismus, Säkularismus und Materialismus. Es ging um Sicherheit vor der Moderne, ja, um Sicherheit gegen die Moderne. Man mag solche Denkströmungen für randständig halten, und es ist ja auch richtig, daß ihre große Zeit schon in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre vorbei war[44]. Dennoch reflektieren auch sie politische und kulturelle Verunsicherungen und das Bestreben, Sicherheiten zu gewinnen. So zählt auch das „abendländische Denken" zu jenen kulturellen und politischen Reorientierungsversuchen, die gerade deshalb zumindest eine Zeit lang weithin angenommen wurden, weil sie nach den Jahrzehnten der – auch persönlichen – Katastrophen und Wirren einen festen Halt und klare Orientierung versprachen[45].

Die Angebote kultureller Reorientierung verloren in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auch in dem Maße an Attraktivität, in dem große Gruppen der westdeutschen Bevölkerung feststellen konnten, daß ihre Situation sich in den letzten Jahren entscheidend gebessert hatte. Dies freilich machte sie anfällig für das Argument, dieser Aufstieg könne gefährdet werden, das zum zentralen Wahlkampfthema im Jahre 1957 wurde. Der höchst erfolgreiche Slogan „Keine Experimente" oder auch die Parole „Sicher ist sicher" instrumentalisierten geschickt die

[41] Dafür plädiert auch Schildt, Ankunft, S. 100.

[42] Vgl. ebenda, S. 97, sowie Herbert, Liberalisierung, in: Ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse, S. 23 f.

[43] Ebenda, S. 21. Zu Hermann Aubin siehe jetzt die umfassende, weit in die Nachkriegszeit hineinreichende Studie von Eduard Mühle, Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung im Zeitalter der Extreme, Habil.schrift, Marburg 2003 (Buchfassung in Vorbereitung).

[44] Zu Aufstieg und Niedergang der „Abendländischen Bewegung" nach 1945 siehe Axel Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999, sowie neuerdings Vanessa Conze, Das Europa der Deutschen. Europaideen in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970), München 2005.

[45] Vgl. Herbert, Liberalisierung, in: Ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse, S. 28.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sorge vor neuer Unsicherheit und trugen so dazu bei, daß die Rolle von „Sicherheit" als gesellschaftlicher Wertidee noch weiter gesteigert wurde. Politische Gegner waren nun schon dadurch zu denunzieren, daß man ihnen vorwarf, sie setzten leichtfertig „Sicherheit" auf das Spiel, und sei es nur, indem sie für eine Veränderung des außen- und innenpolitischen Status quo eintraten. Nicht ideengeschichtlich, aber doch politisch begann für die SPD hier der Weg nach Godesberg[46].

Gesicherte Zukunft

Die Große Koalition der Jahre 1966 bis 1969 war auch eine „Große Koalition der Sicherheit". Das hatte sich schon im Bundestagswahlkampf 1965 abgezeichnet, in dem die beiden großen Volksparteien einmal mehr mit dem Versprechen von Sicherheit um die Wählergunst warben. Auf den Plakaten der CDU prangte der Slogan „Unsere Sicherheit". Nicht minder aussagekräftig hieß es auf den Plakaten der SPD: „Sicherheit JA". Das unterstreicht den weiteren Aufstieg von „Sicherheit" als gesellschaftlichem Wertsymbol, und es markiert den Beginn einer politischen und programmatischen Nivellierung und Entdifferenzierung des Problems der Sicherheit. Wir können wohl seit den sechziger Jahren in wesentlichen Bereichen von Sicherheitspolitik – in der „Sozialen Sicherheit", in der sogenannten „Inneren Sicherheit", am wenigsten noch auf dem Feld der militärischen Sicherheit – von einer stillschweigenden Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD sprechen.

Gerade am Beispiel der „Inneren Sicherheit", ein Begriff übrigens, der erst seit den späten sechziger Jahren in der politischen Sprache aufzutauchen begann, als Stichwort im Register der Bundestagsprotokolle erstmals 1973[47], läßt sich zeigen, wie alle Unterschiede und Auseinandersetzungen letztendlich relativ schnell in Verfassungs- oder Gesetzeskompromisse mündeten: von den Notstandsgesetzen der sechziger bis zu den Asylrechtsänderungen der neunziger Jahre. Das Dilemma, aber auch die politische Bedeutung der FDP, später auch der „Grünen", sei vor diesem Hintergrund nur angedeutet.

Die Unsicherheitspotentiale, welche die fünfziger Jahre charakterisierten, hatten sich Mitte der sechziger Jahre weitgehend abgebaut. Der Ost-West-Konflikt war nach den Krisen um Berlin und Kuba in eine Phase der Entspannung, eine Phase der kooperativen Konfliktaustragung übergegangen, getragen von dem politischen Interesse der beiden Supermächte, nicht zuletzt durch das nukleare „Gleichgewicht des Schreckens" die Strukturen des Systemkonflikts zu stabilisie-

[46] Eine umfassende, ideenhistorisch orientierte Analyse des Wegs der SPD nach Godesberg bietet jetzt Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

[47] Vgl. Hans-Peter Bull, Politik der „inneren Sicherheit" vor einem mißtrauisch gewordenen Publikum, in: Leviathan 12 (1984), S. 155–175, hier S. 158; Albrecht Funk, „Innere Sicherheit". Symbolische Politik und exekutive Praxis, in: Bernhard Blanke/Hellmut Wollmann (Hrsg.), Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel, Opladen 1991, S. 367–385; Hans-Gerd Jaschke, Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991, S. 75.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren und damit für beide Seiten die Sicherheit zu erhöhen[48]. Weder der Krieg in Vietnam noch der sowjetische Einmarsch in der Tschechoslowakei konnten den ost-westlichen Entspannungskurs ernsthaft gefährden. Der internationalen und außenpolitischen Stabilität entsprach die innenpolitische und gesellschaftliche, die auch durch „1968" nicht ernsthaft erschüttert wurde. Die Gesellschaftskritik der Achtundsechziger blieb weitgehend auf Studenten und Intellektuelle begrenzt; insbesondere der Schulterschluß mit Arbeitern und Gewerkschaften gelang in der Bundesrepublik bekanntermaßen nicht. Die Rezession von 1966, ein kurzfristiger Rückgang der Wachstumsraten, war rasch überwunden. Der „Traum immerwährender Prosperität"[49], vom dauernden „Wohlstand für alle", konnte weiter geträumt werden. Die Systeme der sozialen Sicherung, mit der Rentenreform von 1957 und der Einführung der Sozialhilfe 1961 entscheidend ausgebaut, funktionierten, und so kann es kaum überraschen, daß selbst am Ende des unruhigen Jahres 1968 65 Prozent der Westdeutschen dem neuen Jahr mit Zuversicht entgegenblickten[50].

Die Vorstellung einer „gesicherten Zukunft" vereinte die Bundesbürger, sie vereinte auch die Parteien, deren Programme diesen Fortschrittsoptimismus als Fortschrittsgewißheit genauso widerspiegelten wie die Regierungserklärungen und politischen Maßnahmen der Regierungen von Bund und Ländern. Stärker als je zuvor wurde Sicherheit in der westdeutschen Gesellschaft und Politik zur „Zukunfts-Sicherheit". Das verband sich mit der wissenschaftlich genährten Überzeugung, alle wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Prozesse seien voraussehbar, planbar und damit letzten Endes auch steuerbar. Planung und Steuerung wurden zu Leitvokabeln des Jahrzehnts zwischen der Mitte der sechziger und der Mitte der siebziger Jahre[51]. Zukunftsforschung – naturwissenschaftlich-technisch oder auch sozialwissenschaftlich – avancierte zu einem ernst genommenen Wissenschaftszweig. Ein erfolgreicher Industriemanager klagte öffentlich und mit großem Echo darüber, daß die deutschen Universitäten über etliche Hundertschaften von Historikern verfügten, die sich mit der Vergangenheit beschäftigten, aber nicht über einen einzigen Lehrstuhl für Futurologie[52].

---

[48] Zu den verschiedenen Phasen des Ost-West-Konflikts noch immer: Werner Link, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart u.a. ²1988.

[49] Vgl. Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriellkapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a.M./New York 1984.

[50] Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973, hrsg. von Elisabeth Noelle und Peter Neumann, Allensbach 1974, S. 602. Vgl. auch Gabriele Metzler, Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre, in: Historische Zeitschrift 275 (2002), S. 57–103, hier S. 74 f.

[51] Dazu jetzt umfassend Gabriele Metzler, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn u.a. 2005.

[52] Nach Jürgen Kocka, Geschichte – wozu? [1975/1989], in: Wolfgang Hardtwig, Über das Studium der Geschichte, München 1990, S. 427–443, hier S. 428 f. Vgl. auch Metzler, Konzeptionen, insbesondere S. 141–149, sowie Alexander Schmidt-Gernig, Forecasting the Future. Future Studies as International Networks of Social Analysis in the 1960s and 1970s in Western Europe

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sicherheit meinte nun nicht mehr bloße Normalität und Stabilität; Sicherheit meinte jetzt die Gewißheit, daß diese Stabilität mit ihren Profiten und Renditen auf Dauer zu stellen sei. Für den Blick insbesondere auf die Politik der sozialliberalen Koalition Brandt-Scheel, wie sie der neue Bundeskanzler programmatisch in seiner Regierungserklärung vom Oktober 1969 entfaltete, erklärt das zweierlei, und nicht von ungefähr stand diese Regierungserklärung unter der Überschrift „Kontinuität und Erneuerung"[53]. Zum einen begründete und rechtfertigte die vermeintliche Sicherheit von Wirtschaftswachstum und Prosperität, die „Stabilität ohne Stagnation", wie es Brandt nannte, einen erheblichen Ausbau des Sozialstaats, den Ausbau des Sozialstaats zum „sozialen Rechtsstaat". Die Liste der entsprechenden Programme, Maßnahmen und Gesetze ist zu lang, um sie hier vorstellen zu können. Sie erfaßte so gut wie alle Gebiete des modernen Sozial- und „Daseinsvorsorge"-Staats, von der Krankenversicherung über die Unterstützung von Familien bis hin zur Erhöhung der Kriegsopferrenten. Zum anderen aber schuf die erreichte und als sicher erachtete soziopolitische wie sozioökonomische Stabilität auch Potentiale für gesellschaftlichen und politischen Wandel, wie er sich insbesondere in der einprägsamen Formel des „Mehr Demokratie wagen" niederschlug. Dabei ist die Dialektik der Argumentation bemerkenswert, und das vor allem deshalb, weil sie letztlich die Umkehrung der sicherheitsbezogenen Zielvorstellungen der fünfziger Jahre bedeutet. Dauerhafte Sicherheit, so betonte Brandt nämlich, könne es in einer entwickelten Gesellschaft nur durch Veränderung geben[54]. Gesellschaftlich verweist das auch darauf, daß die auf Stabilisierung der Lebensumstände, auf sozialen Aufstieg oder Wiederaufstieg gerichteten Formen des Sicherheitsstrebens in dem Maße an Bedeutung verloren hatten, in dem eine Generation herangewachsen war, für die die Unsicherheitspotentiale der frühen Nachkriegsjahre keine selbst erfahrene Realität mehr darstellten. Freilich war eine grundlegende Zukunftsgewißheit die Voraussetzung all dieser Rufe nach Experimentierbereitschaft und mehr Reformfreudigkeit. Das Wagnis, das der Kanzler forderte, war in diesem Sinne ein Wagnis ohne Risiko. Das Wahlprogramm der SPD von 1972 brachte das auf den Punkt: „Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard, Lebensqualität setzt Freiheit voraus, auch Freiheit von Angst. Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zu Mitbestimmung und Mitverantwortung."[55]

Anders als erwartet, war die „Geborgenheit im gesicherten Fortschritt", die Willy Brandt in seiner Ansprache zum Jahreswechsel 1970/71 seinen „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürgern" gewünscht hatte[56], nicht von langer Dauer. Es ist bekannt,

---

and the United States, in: Gienow-Hecht/Schumacher (Hrsg.), Culture and International History, S. 157–172.

[53] Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 28. 10. 1969, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 71, S. 20–34 (dort auch die folgenden Zitate).

[54] Ebenda, S. 23.

[55] Zit. nach Schildt, Ankunft, S. 40.

[56] Ansprache des Bundeskanzlers zum Jahreswechsel 1970/71, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1971, Nr. 1, S. 2. Vgl. auch Gabriele Metzler, „Gebor-

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie die Ölpreiskrise, wie der Ölpreisschock von 1973 den Fortschrittsoptimismus der späten sechziger und frühen siebziger Jahre wie eine Seifenblase zerplatzen ließ[57]. Die Zeiten ungebrochenen Wachstums, darüber war man sich schnell einig, waren vorbei. Für viele Menschen schien sich Mitte der siebziger Jahre die Zukunft wieder zu verdüstern. Hohe Inflationsraten und rückläufige Wachstumsindikatoren – Stagflation – beunruhigten die Bevölkerung, deren ältere Mitglieder sofort an die Weimarer Republik zu denken begannen. Neue – alte – Ängste und Sorgen waren mit einem Mal wieder da. Der in Umfragen reflektierte Zukunftsoptimismus der frühen siebziger Jahre wurde nie wieder erreicht, auch wenn staatliche Investitionen und Subventionen, Beschäftigungsprogramme und andere sozialpolitische Maßnahmen keynesianischer Prägung die Wohlstandsorientierung der Bevölkerung andauern ließen. Und dies trotz aller Hinweise auf die „Grenzen des Wachstums" und trotz der Tatsache, daß der Abschwung des weltwirtschaftlichen Zyklus' einer zunehmenden Zahl von Arbeitsuchenden keine Beschäftigung mehr bot und die Zahl der Armen wieder wuchs[58].

Sicherheit in der Risikogesellschaft

Hatte Willy Brandt 1969 noch Sicherheit an Veränderung, an politischen und gesellschaftlichen Wandel gekoppelt, so verlor mit Beginn der Kanzlerschaft Helmut Schmidts und vor dem Hintergrund der Krisenerfahrung von 1973/74 der Sicherheitsbegriff seine reformorientierte Dynamik. Statt des Brandtschen Zentralbegriffs „Reform" hielt nun wieder verstärkt der Begriff der „Stabilität" Einzug in die politische Rhetorik und insbesondere in Helmut Schmidts „neue Kanzlersprache"[59]. Schon die erste Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers legte davon Zeugnis ab. Nicht nur war in ihr ganz allgemein von „Kontinuität" und „Konzentration" als den Leitmotiven künftiger Politik die Rede – der Geist der „Erneuerung" schien verflogen, sondern in nüchterner und sachlicher, ja geradezu funktionalistischer Sprache verwies Schmidt vor dem Parlament und vor der SPD-Bundestagsfraktion auch darauf, daß jede Regierung zunächst und vor allem „die klassischen Staatsfunktionen befriedigend für den Bürger zu erfüllen" habe[60]. Das trug dem Bundeskanzler scharfe Kritik, vor allem aus den Reihen der eigenen Partei, ein, wo man Schmidts Staatsverständnis in die Nähe von „klassischen vordemokratischen Ansichten über das Verhältnis von Staat und Bürgern"

genheit im gesicherten Fortschritt". Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit, in: Matthias Frese u.a. (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn u.a. 2003, S. 777–797.

[57] Vgl. Jens Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996.

[58] Vgl. Sywottek, Wohlstand, in: Kühne (Hrsg.), Kriegskultur S. 249.

[59] Wolfgang Jäger, Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974–1982, in: Ders./Werner Link, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart/Mannheim 1987, S. 9–272, hier S. 14.

[60] Ebenda, S. 15.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rückte[61]. Wichtiger als diese Kritik ist in unserem Zusammenhang indes die Tatsache, daß die von Schmidt postulierten und aus der SPD heraus kritisierten „klassischen Funktionen eines modernen Staates" Sicherheitsfunktionen waren, nämlich „wirtschaftliche und soziale Sicherheit, [...] innere Sicherheit, innere öffentliche Sicherheit und [...] als drittes: äußere Sicherheit"[62].

Zu den sozioökonomischen Verunsicherungen seit 1973/74 gesellten sich Ängste im Hinblick auf die Bedrohung der „Inneren Sicherheit" durch politischen Radikalismus und Terrorismus. Mit Fug und Recht wird man die siebziger Jahre als das Jahrzehnt der „Inneren Sicherheit" bezeichnen dürfen. Auf diesem Politikfeld ging es nun um die alltägliche öffentliche Sicherheit: erst im Zeichen des Terrorismus, später in zunehmendem Maße auch im Zeichen wachsender Kriminalität und zunehmender Verbrechensangst. Mit dem „Staatsschutz" der fünfziger Jahre oder auch der Notstandspolitik der sechziger Jahre hatte die neue Politik der „Inneren Sicherheit" nur noch wenig gemein[63]. Die exekutiven Maßnahmen zur Verbesserung der „Inneren Sicherheit", die ja eine erhebliche Breitenwirkung hatten – Stichworte: Radikalenerlaß oder Regelanfrage –, und die öffentliche Diskussion darüber trugen in den siebziger Jahren auch dazu bei, daß sich das gesellschaftliche Sicherheitsbewußtsein veränderte, daß immer mehr Bundesbürger ihre Umwelt als zunehmend unsicher ansahen und daß sich eine Einstellung ausbreiten konnte, welche die Bundesrepublik in eine Zeit der Unsicherheit eingetreten sah. „Innere Sicherheit" wurde in der politischen Diskussion und in der politischen Wertehierarchie innerhalb weniger Jahre so wichtig, daß schon bald sozialpolitische oder umweltpolitische Ziele und Programme als Beiträge zur Verbesserung der „Inneren Sicherheit" dargestellt und legitimiert wurden. So hieß es im Wahlprogramm der SPD von 1980: „Nicht nur Kriminalität und Terror, auch die Verweigerung sozialer Gerechtigkeit, die Einschränkung der Lebensqualität durch Umweltschädigung und der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht unter dem Schein des Rechts gefährden die innere Sicherheit."[64]

Die Diskussion über eine Erweiterung von Sicherheitskonzeptionen beziehungsweise ein erweiterter Sicherheitsbegriff waren nicht nur deutsche, sondern internationale Phänomene, die wir etwa zeitgleich überall in der westlich-industriellen Welt und ihren Gesellschaften identifizieren können[65]. Das ist insofern nicht überraschend, als die Debatte über ein erweitertes Sicherheitsverständnis ursächlich zusammenhängt mit der internationalen Krisenerfahrung der Mitte der siebziger Jahre, welche auch das Ende des ökonomischen Booms und – in

[61] So der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lohmar über Schmidt und sein Regierungsprogramm, in: Der Spiegel, 27. 5. 1974, S. 10.

[62] Zit. nach Jäger, Innenpolitik, in: Ders./Link, Republik im Wandel, S. 15.

[63] Vgl. Bull, Politik, S. 156 f.

[64] Ebenda, S. 158.

[65] Vgl. Uwe Nerlich, Deutsche Sicherheitspolitik. Konzeptionelle Grundlagen für multilaterale Rahmenbedingungen, in: Karl Kaiser/Hanns W. Maull (Hrsg.), Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 1: Grundlagen, München 1997, S. 153–174; ders., Europäische Sicherheitskultur. Das Ziel und der Weg, in: Albrecht Zunker (Hrsg.), Weltordnung oder Chaos?, Baden-Baden 1993, S. 21–36.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem weiteren Sinne – das Ende des von Eric Hobsbawm sogenannten Goldenen Zeitalters der fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten markierte[66]. Die Debatte, die selbstverständlich ihre je einzelnen nationalen Ausprägungen hatte, begann nach dem Nahost-Krieg von 1973 und dem politisch intendierten Anstieg der Ölpreise. Zunächst wurde der Gesichtspunkt ökonomischer Sicherheit betont, und zwar insbesondere der Sicherheit von Energie beziehungsweise von Energiequellen als Basis wirtschaftlichen Wohlstands und sozialer Stabilität. Was Helmut Schmidt 1974 noch in allgemeinen Worten zu den Sicherheitsaufgaben des Staates äußerte, floß 1980 mit dem „Inoki-Bericht" in Japan erstmals in ein konkretes politisches Konzept ein. Der von der japanischen Regierung in Auftrag gegebene „Inoki-Bericht" versuchte, alle Dimensionen einer möglichen Gefährdung der japanischen Bevölkerung in einem umfassenden Sicherheitskonzept zu integrieren, das von der militärischen Sicherheit über die Ernährungssicherheit bis hin zur Erdbebensicherheit reichte[67].

Dabei darf der Blick auf nationale Sicherheitspolitiken allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Folge, ja, als Reaktion auf die Krise der mittleren siebziger Jahre, eine nationale oder international koordinierte Regierungspolitik immer weniger in der Lage war, Sicherheit zu schaffen beziehungsweise wiederherzustellen. War die Weltwirtschaft, die man für die konjunkturellen Einbrüche verantwortlich machte, national zu steuern? Mit dem Aufstieg des Neoliberalismus seit Mitte der siebziger Jahre verloren die Nationalstaaten spürbar an ökonomischer, aber auch politischer Macht. Weniger als je zuvor war es ihnen noch möglich, Sicherheiten zu garantieren oder zumindest möglichst günstige Bedingungen für nationale Sicherheit zu schaffen. In diesem Sinne vollzog der Neoliberalismus auf ökonomischem Gebiet genau das, was die Existenz nuklearer Waffen auf militärischem Gebiet bewirkt hatte: daß nämlich die „harte Schale des Nationalstaats" durchbrochen wurde, wie es John H. Herz schon 1957 festgestellt hatte[68].

Auch Umweltrisiken kannten keine nationalen Grenzen und wirkten in diesem Sinne entnationalisierend beziehungsweise entterritorialisierend. Diese Erkenntnis war schon früh Bestandteil des ökologischen und umweltpolitischen Diskurses, der bereits in den siebziger Jahren nicht nur ein nationaler Diskurs war, sondern ein internationaler, ja, globaler, der in immer stärkerem Maße die ganze Erde als Bezugsrahmen hatte[69]. Mit dem Hervortreten ökologischer Risiken gewannen Sicherheitskataloge wie im „Inoki-Bericht" und das ihnen zugrunde lie-

[66] Vgl. Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 324–362. Vgl. dazu auch die Rezension von Anselm Doering-Manteuffel, Das schwarze Jahrhundert und sein „Goldenes Zeitalter", in: Neue Politische Literatur 42 (1997), S. 365–377.

[67] Zum Inoki-Bericht siehe Nerlich, Sicherheitspolitik, in: Kaiser/Maull (Hrsg.), Außenpolitik, S. 156 f.

[68] John H. Herz, The Rise and Demise of the Territorial State, in: World Politics 9 (1957), S. 473–493 (dt.: Aufstieg und Niedergang des Territorialstaats, in: Ders., Staatenwelt und Weltpolitik, Hamburg 1974, S. 63–82).

[69] Vgl. Kai Hünemörder, Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1973), Stuttgart 1974.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gende erweiterte Sicherheitsverständnis an Plausibilität. Das gilt nicht nur allgemein für das seit den siebziger Jahren wachsende Bewußtsein der Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen, sondern es gilt insbesondere für die Risiken des Einsatzes fortgeschrittener Technologien, sogenannter Hochrisikotechnologie, wie es sehr bald hieß, allen voran der Nutzung von Kernenergie. Gesellschaftlich spürbar und damit politisch noch wirkungsmächtiger wurde der grenzüberschreitende und entgrenzende Charakter von Umweltrisiken spätestens mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986[70]. Die Windrichtung bestimmte über die Verteilung von Risiken und Gefahren, nicht der nationale Staat, der offensichtlich Sicherheit nicht gewährleisten konnte.

Die Gegner der Atomkraft, die sich nicht zuletzt in der Bundesrepublik seit den siebziger Jahren organisierten und ihren Protest artikulierten, konnten ihre Position seit 1986 noch viel konkreter mit dem Verweis auf „Sicherheit" beziehungsweise auf die „Unsicherheit" von Kernkraft untermauern. Das ließ die Multidimensionalität und damit auch die aus dieser Multidimensionalität geborene Widersprüchlichkeit des Sicherheitsbegriffs in aller Klarheit hervortreten. Waren die Gewinnung nuklearer Energie und die Errichtung von Kernkraftwerken seit den späten fünfziger Jahren als Möglichkeit dargestellt und gepriesen worden, ökonomische Sicherheit als Wohlstandssicherheit auf Dauer zu stellen[71], so rückte nun stärker in die öffentliche Wahrnehmung, daß wie in einem System kommunizierender Röhren die Sicherheit der Energiezufuhr erkauft wurde durch das hohe Risiko atomarer Energiegewinnung. Beide Sicherheiten waren offenbar nicht gleichzeitig zu haben und erforderten politische Abwägungen und Wertentscheidungen. In diesem Sinne trugen die Erfahrungen mit Hochrisikotechnologien, vor allem im Bereich der Kernkraft, dazu bei, daß sich insbesondere in den westlichen Gesellschaften das Bewußtsein für die Relativität von Sicherheit verstärkte. Das bezieht sich nicht zuletzt auf die weitere Ausdifferenzierung von Sicherheit beziehungsweise von Sicherheiten. Ziel politischen Handelns und politischer Entscheidungen war nun weniger beziehungsweise nur noch ganz allgemein die Schaffung von Sicherheit, sondern vielmehr die Minimierung von Unsicherheit und eine Hierarchisierung von Sicherheitszielen, die Entwicklung von Sicherheitsprioritäten.

In den zeitgenössischen Gesellschaftsbeschreibungen der Soziologie der achtziger Jahre bündelte der von Ulrich Beck geprägte Begriff der „Risikogesellschaft" diese Entwicklungen[72]. Mit Blick auf die Gesellschaft als Ganzes konstatierte Beck die „Ausdehnung von Modernisierungsrisiken" als Sicherheitsrisiken. Nicht von ungefähr hob er dabei vor allem auf technologische Entwicklungen wie beispielsweise die Kernkraft oder die Gentechnologie ab. Daß diese neuartigen Sicher-

[70] Vgl. Franz-Josef Brüggemeier, Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München 1998.

[71] Vgl. Metzler, Konzeptionen, S. 70–80; Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975, Reinbek 1983.

[72] Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1986.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heitsrisiken sozial nivellierend beziehungsweise demokratisierend wirkten, indem sie geradezu gleichmacherisch alte Unterschiede in der Unsicherheits- oder Risikoausgesetztheit relativierten und in ihrer Bedeutung verminderten, war jedoch nur eine Seite der Gesellschaftsanalyse Becks. Auf der anderen Seite standen seine Beobachtungen der Auflösung von sozialen Klassen, von überkommenen Ehe- und Familienstrukturen, von Geschlechterrollen oder Arbeitsbeziehungen als sozial verbindlichen Institutionen in Prozessen der Individualisierung. Der Befund gewachsener Risiken und erodierender Sicherheiten – für die Gesellschaft insgesamt wie für den Einzelnen – verband freilich beide Beobachtungen. Daß Becks Analyse die fortbestehenden Strukturen sozialer Ungleichheit als letztlich sekundär darstelle und bewerte, haben ihm Kritiker immer wieder vorgehalten. Das ist hier nicht zu diskutieren. Wichtig ist aber in unserem Kontext, daß mit Ulrich Beck die Sozialwissenschaften die Veränderung und Ausdifferenzierung des gesellschaftlichen Sicherheitsverständnisses analytisch und begrifflich zu fassen versuchten. Die gestiegene Risikoempfindlichkeit moderner Gesellschaften – mit Blick auf das erreichte soziale beziehungsweise sozialstaatliche Niveau, aber eben auch mit Blick auf das Niveau technischer Sicherheit, auf die seit Mitte der achtziger Jahre Ulrich Beck in soziologischer Perspektive, aber beispielsweise auch Hermann Lübbe philosophisch[73] aufmerksam machten, bedeutete auch eine neue Politikanforderung im Sinne von Risikominimierung anstelle eines umfassenden Unsicherheitsabbaus.

Die Sprache, in der Werner Conze um 1980 den Artikel „Sicherheit, Schutz" in den „Geschichtlichen Grundbegriffen" verfaßte[74], war von der Begrifflichkeit Becks oder Lübbes weit entfernt. Das bezieht sich nicht nur auf die fehlende Thematisierung der Umweltsicherheit, für die Conze wohl weniger das wissenschaftliche als vielmehr – zum damaligen Zeitpunkt – das politische Sensorium abging. In seiner ausblickhaften Auseinandersetzung mit den „Massendemonstrationen der ‚Friedensbewegungen'" verwies er noch auf die „Furcht vor dem Ende aller Sicherheit" als deren zentrales Motiv und machte sich damit ein absolutes Verständnis von Sicherheit zu eigen. Das unterschied den Historiker freilich nicht von weiten Teilen der westdeutschen Gesellschaft und insbesondere der Friedensbewegung, die im nuklearen Rüstungswettlauf von Ost und West, der im Zeichen der Stationierung neuer sowjetischer Mittelstreckenwaffen vom Typ SS-20 und des Nachrüstungsbeschlusses der NATO seit Ende der siebziger Jahre eine neue Dynamik erhielt, nicht ein letztlich politisch beherrschbares Sicherheitsrisiko erkannten, sondern eine existentielle Gefährdung von Sicherheit, verstanden als Gefährdung der menschlichen Existenz durch einen nuklearen „Dritten Weltkrieg".

[73] Siehe beispielsweise Hermann Lübbe, Die schwarze Wand der Zukunft, in: Ernst Peter Fischer (Hrsg.), Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, München 1991, S. 17–31, oder Hermann Lübbe, Erfahrungsverluste und Kompensation, in: Ders., Die Aufdringlichkeit der Geschichte. Herausforderungen der Moderne vom Historismus bis zum Nationalsozialismus, Graz u. a. 1989, S. 105–119.

[74] W. Conze, Sicherheit, Zitate S. 862.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit dem Hinweis auf den Ost-West-Konflikt und die nukleare Rüstung ist eine Dimension von Sicherheit und Sicherheitspolitik benannt, die in den siebziger Jahren und auch noch in der Frühzeit der Kanzlerschaft Helmut Schmidts nicht zuletzt im Zeichen weltpolitischer Entspannung im Vergleich zu den Fragen ökonomischer, sozialer und innerer Sicherheit eher im Hintergrund gestanden hatte: die außenpolitische und letztlich militärische Sicherheit, die „klassische Sicherheitspolitik"[75]. Wenige Tage nach der wohl größten Herausforderung der „inneren Sicherheit" der Bundesrepublik durch den Terrorismus der RAF (Entführung und Ermordung von Hanns-Martin Schleyer, Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut") holte Helmut Schmidts berühmte Rede vor dem Londoner Institut für strategische Studien (IISS) im Oktober 1977 diese Dimension in das Zentrum seines eigenen politischen Handelns und in den Fokus der internationalen Politik zurück. Ein politisch-militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West sei die Voraussetzung von Sicherheit wie auch von Entspannung[76]. Der NATO-Doppelbeschluß des Jahres 1979 nahm diese Prämisse auf. Er forderte ein umfassendes und ausdifferenziertes militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West, bot dem Warschauer Pakt an, dieses Gleichgewicht durch Rüstungskontrollmaßnahmen zu erreichen, drohte aber gleichzeitig mit westlicher Nachrüstung, sollten die Verhandlungsanstrengungen scheitern[77].

Der NATO-Doppelbeschluß und die innenpolitische und gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, die gerade in der Bundesrepublik in ihrem Kern um die Definition von Sicherheit kreiste, war das beherrschende Thema der letzten Amtsjahre Helmut Schmidts und der beginnenden Kanzlerzeit Helmut Kohls. Der Niedergang der sozialliberalen Koalition und der Wechsel zu einer Regierung aus CDU/CSU und FDP sind ohne diesen Sicherheitsdiskurs, der im übrigen einmal mehr auf die sozialkulturelle Wertbesetzung von „Sicherheit" verweist, nicht zu verstehen und zu analysieren. Die Frage der internationalen und der militärischen Sicherheit reichte tief hinein in Innenpolitik und Gesellschaft der Bundesrepublik und verband sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen, die mit Blick auf das Parteiensystem der Bundesrepublik in der Gründung der „Grünen" 1980 und ihrem Einzug in den Bundestag 1983 politisch kulminierten. In diesen Prozessen, die hier nicht im Einzelnen zu entfalten sind, waren die Frage der äußeren, ja militärischen Sicherheit und die Sicherheitspolitik – einer „alternativen Sicherheitspolitik", wie es der „Krefelder Appell" der Friedensbewegung vom November 1980 formulierte[78] – zentrale Referenzpunkte. Waren, gerade in internationaler Perspektive, Sicherheit und Stabilität letztlich gleichbedeutend, wie es die Regierungen

[75] So die Formulierung von Helga Haftendorn, Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluß, München 1986, S. 24 f.

[76] Text der Rede in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 112, 8. 11. 1977, S. 1013-1020; Wiederabdruck in: Haftendorn, Sicherheit, S. 195–212.

[77] Vgl. Kommuniqué der Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO, 12. 12. 1979, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 154, 18. 12. 1979, S. 1409 f. u. S. 1414.

[78] „Krefelder Erklärung" vom 16. 11. 1980, abgedruckt in: Alfred Mechtersheimer (Hrsg.), Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum Nato-Doppelbeschluß, Reinbek 1981, S. 249 f.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schmidt und Kohl, die NATO und auch die Sowjetunion sahen? Oder war die auf nukleare Abschreckung gegründete Stabilität im Ost-West-Verhältnis nicht sicher, sondern unsicher? In der Retrospektive, insbesondere seit 1990, sind die Bedingungen der Stabilität des Ost-West-Konflikts deutlicher geworden, die ganz wesentlich von einem in Ost und West gleichartigen Verständnis von Sicherheit abhing, von der disziplinierenden Logik atomarer Waffen und der durch sie erzwungenen beziehungsweise verstärkten Rationalität politischen Handelns. In der Auseinandersetzung mit dem Verständnis und der Definition von „Sicherheit" werden also nicht nur bestimmende Merkmale internationaler Politik und internationalen politischen Handelns, verstanden gerade auch als kommunikatives Handeln, faßbar, sondern auch die Verklammerung und Interdependenz von internationalen Entwicklungen einerseits und innerstaatlichen und innergesellschaftlichen andererseits. Das mag im Blick auf die historische Analyse moderner Gesellschaften und von Politik in modernen Gesellschaften mittlerweile selbstverständlich erscheinen. Doch erst im klaren Gegenstandsbezug ist diese Interdependenz präzise herauszuarbeiten. „Sicherheit" bezeichnet einen solchen Gegenstand, und die Wandelbarkeit, die Historizität des Begriffs und seines Inhalts sind für die historische Analyse kein Nachteil, sondern ein entscheidender Vorteil.

Sicherheit als Kultur

Die Idee vollständiger Sicherheit ist seit den siebziger Jahren ins Wanken geraten. Weder als emotionale Geborgenheit im Zeichen der Stabilität noch als Zukunftsgewißheit war Sicherheit seitdem wiederherzustellen. Konnten die großen Konversationslexika noch in den siebziger Jahren Sicherheit definieren als „Zustand des Unbedrohtseins, der sich objektiv im Vorhandensein von Schutz beziehungsweise im Fehlen von Gefahr darstellt"[79], so ist seither deutlicher geworden, daß der angeblich absolute Gegensatz von Sicherheit und Unsicherheit nur ein scheinbarer Gegensatz ist. Sicherheit und Unsicherheit sind vielmehr relationale Begriffe; sie markieren zwei Pole auf einer Sicherheits-Unsicherheits-Skala, und wo sich ein Individuum oder eine Gesellschaft auf dieser Skala verortet, ist von objektiven Faktoren genauso abhängig wie von subjektiven Einschätzungen und Wahrnehmungen. Auf eine tatsächliche Abschaffung von Gefahren kann Sicherheit wohl nur noch in Grenzfällen hinauslaufen, viel eher auf eine Reduzierung oder Minimierung von Risiken. Das demonstrieren nicht zuletzt die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte mit Hochrisikotechnologien wie insbesondere der Kernkraft.

Wo Sicherheit nicht oder nicht mehr hergestellt oder garantiert werden kann – hilft da Vertrauen? Vertrauen hat in den letzten Jahren vermehrt Einzug gehalten in unsere politische Alltagssprache. Selbst Historiker haben begonnen, die Geschichtlichkeit von „Vertrauen" zu untersuchen[80]. Nicht wenige politische Publizisten erblicken in einem genuinen Mangel an Vertrauen und an Vertrau-

[79] Zit. nach Bonß, Konstruktion, in: Lippert u.a. (Hrsg.), Sicherheit, S. 22.

[80] Vgl. beispielsweise Ute Frevert (Hrsg.), Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ensfähigkeit eine Ursache für die tiefe Krise von Politik und Gesellschaft[81]. Das ist weniger neu, als es manchem scheinen mag. Schon 1968 hat Niklas Luhmann Vertrauen als einen „Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität" bezeichnet und damit als eine Möglichkeit, Ordnung und Sicherheit, vor allem als Selbst-Sicherheit, in der Komplexität moderner Gesellschaften zumindest partiell wiederherzustellen – Sicherheit als „Systemvertrauen" also[82]. Genau dies ist der Ort von „Sicherheit als Kultur"; es ist aber auch der Ort von Sicherheit als Aufgabe und Funktion politischen Handelns in modernen Gesellschaften.

Das Thema „Sicherheit" verdient weitere und intensivere zeithistorische Analysen, doch es weist weit über den Elfenbeinturm hinaus. Denn es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich Unsicherheitserfahrungen weiter intensivieren werden. „Die schwarze Wand der Zukunft" rückt näher, so hat es Hermann Lübbe einmal formuliert[83]. Zukunft ist weniger denn je kalkulierbar. Im Zeitalter globaler Information wachsen Unsicherheiten, weil Handlungsräume und Handlungsmöglichkeiten nicht mehr mit Informationsräumen und Informationsmöglichkeiten übereinstimmen. Wir wissen, was alles passieren könnte, weil wir wissen, daß es passiert[84]. In das „goldene Zeitalter der Sicherheit" führt kein Weg zurück, auch wenn die Menschen nicht aufhören werden, nach diesem „Traumschloß", wie es Stefan Zweig nannte, zu suchen[85]. Für den Historiker stellt diese Suche ein Thema mit reichem Erkenntnispotential dar, und sicher ist sie ein Narrativ für eine „moderne Politikgeschichte" der Bundesrepublik Deutschland.

---

[81] So beispielsweise Gertrud Höhler, Warum Vertrauen siegt. 50 gute Gründe, sich aufeinander zu verlassen, Berlin 2003.

[82] Vgl. Niklas Luhmann, Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart ³1989, insbesondere S. 23–32; ders., Vertrautheit, Zuversicht, Vertrauen: Probleme und Alternativen, in: Martin Hartmann/Claus Offe (Hrsg.), Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts, Frankfurt a. M. 2001, S. 143–160; vgl. auch Kaufmann, Sicherheit, S. 20 f., sowie Lippert u. a., Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Sicherheit, S. 13 f.

[83] Lübbe, Schwarze Wand, in: Fischer (Hrsg.), Suche, S. 19.

[84] Vgl. ebenda, sowie Martin Dinges/Fritz Sack, Unsichere Großstädte?, in: Dies. (Hrsg.), Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne, Konstanz 2000, S. 9–65, hier S. 14 f. Vgl. auch Hans Jonas, Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a. M. 1984, S. 7 f. Jonas spricht in diesem Zusammenhang von der „Heuristik der Furcht".

[85] Zweig, Welt, S. 21.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Albert Einstein war nicht nur der berühmteste Wissenschaftler des 20. Jahrhunderts, er engagierte sich auch immer wieder mit großer Leidenschaft in der Politik. Seine Stellungnahmen waren allerdings eher selten von lateinischer Kohärenz und Klarheit geprägt. Britta Scheideler analysiert das politische Weltbild des Moralisten und Pazifisten und konfrontiert uns dabei mit vielen Ambivalenzen, die sich aus der verstörenden Mischung von demokratischem und elitärem Denken ergeben.

Britta Scheideler

Albert Einstein in der Weimarer Republik

Demokratisches und elitäres Denken im Widerspruch

Albert Einstein – ein außergewöhnlicher Demokrat unter Gelehrten?

Als Ausnahme erscheint Albert Einstein nicht nur in wissenschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht. In nahezu zahllosen öffentlichen Appellen trat Einstein bereits ab 1914 für Frieden und Völkerverständigung, später für die Abschaffung des Obrigkeitsstaates und für die Weimarer Republik ein. Seine Bündnisgenossen waren dabei linksorientierte Schriftsteller und Künstler wie Alfred Döblin, Heinrich Mann, Käthe Kollwitz, Erich Mühsam, Carl von Ossietzky, Henri Barbusse oder Romain Rolland, während die Mehrzahl seiner naturwissenschaftlichen Kollegen auf sein Engagement für Pazifismus und Demokratie irritiert bis heftig ablehnend reagierte. Dabei verlieh Einsteins enorme Popularität ab 1919 seiner Stimme – wie Einstein selbst spottete – „als Renommierbonze"[1] ganz besonderes Gewicht. Als inhaltlichen Kern dieses außergewöhnlichen Engagements lässt sich neben einem gefühlsmäßigen Pazifismus Einsteins mehrfach geäußerte Überzeugung von der „menschliche[n] Persönlichkeit als de[m] höchsten menschlichen Wert"[2] und von der Würde, der prinzipiellen Gleichrangigkeit und dem Selbstbestimmungsrecht jedes Individuums ausmachen. Sie sah er bereits lange vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 durch Militarismus, Nationalismus und jede Art von Diktatur bedroht: „Mein politisches Ideal ist das demokratische. Jeder soll als Person respektiert und keiner vergöttert sein."[3]

In merkwürdigem Kontrast zu diesem Bekenntnis steht allerdings Einsteins zeitgleiche Unterscheidung zwischen dem „gemeinen Pöbel" und den „rohen

[1] Zit. nach Albrecht Fölsing, Albert Einstein, Frankfurt a. M. ³1994, S. 571. Die Vorarbeiten zu diesem Aufsatz gehen auf Studien am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin zurück, dem ich für seine Gastfreundschaft danke. Danken möchte ich auch Giuseppe Castagnetti, Hubert Goenner, Jürgen Renn, Jost Schneider, Michael Schüring und Skúli Sigurdsson für ihre Anregungen und Kommentare.

[2] Albert Einstein, Über den Frieden. Weltordnung oder Untergang, hrsg. v. Otto Nathan und Heinz Norden, Bern 1975, S. 167.

[3] Albert Einstein, Mein Weltbild, hrsg. v. Carl Seelig, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1981 (zuerst veröffentlicht Amsterdam 1934), S. 8.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Massen"[4] einerseits und der „geistige[n] Elite" andererseits, deren mangelnden politischen Einfluss er beklagte. So schrieb er 1932 zur Frage „Warum Krieg" an den Psychoanalytiker Sigmund Freund: „Die politischen Führer bzw. Regierungen verdanken ihre Stelle teils der Gewalt, teils der Wahl durch die Masse. Sie können nicht als eine Vertretung des geistig und moralisch höherstehenden Teiles der Nationen angesehen werden. Die geistige Elite übt aber heute keinen direkten Einfluss auf die Geschichte der Völker aus [...]."[5]

Sofern die Sekundärliteratur diesen Widerspruch von elitären und demokratischen Zügen im politischen Denken Einsteins überhaupt thematisiert, fragt sie jedoch nicht nach seinen Gründen. So stellt Albrecht Fölsing lediglich fest, dass „Einsteins entschiedenes Bekenntnis [...] zur Demokratie" für akademische Kreise ungewöhnlich war, dass er sich in der „elitären Verachtung des gemeinen Mannes" aber nicht von einem beliebigen reaktionären Ordinarius unterschied[6]. Bei dem folgenden Versuch, diesen Widerspruch zu erklären und aufzulösen, werden zwei Hypothesen eine besondere Rolle spielen. Sie betreffen erstens Einsteins Demokratieverständnis, das von heutigen Auffassungen einer liberalen und pluralistischen Demokratie abweicht, und zweitens Einsteins Verständnis von Wissenschaft, das Wissenschaftlern nicht nur hohe intellektuelle, sondern auch besondere moralische Kompetenzen zuschrieb.

Ein solches Wissenschaftsverständnis war für die Mehrheit der geisteswissenschaftlichen Professoren in Deutschland vor 1933 charakteristisch. Entsprechend der neuhumanistischen Tradition im Bildungsbürgertum bedeutete die über Kunst und Wissenschaft vermittelte „Bildung" nicht nur intellektuelle Schulung, sondern vor allem auch „Persönlichkeitsbildung". Daher verstanden sich die Professoren als Hüter eines Allgemeinwohls im Gegensatz zum vermeintlichen Partikularinteresse von Parteien und Verbänden[7]. Das politische Verhalten dieser Gruppe ist aus diesem spezifischen Selbstverständnis als Wertelite überzeugend erklärt worden. „Als Wissenschaftler [verkündeten sie] moralische und politische Normen, [...] die der übrigen Bevölkerung [...] als Maßstab dienen sollten."[8] Dies legt die Frage nahe, ob auch Einsteins politisches Denken und Handeln

[4] Einstein an Marie Curie, 25. 12. 1923, in: Einstein, Über den Frieden, S. 83, sowie Einsteins Beitrag für das „Liber Amicorum" zu Romain Rollands 60. Geburtstag am 29. 1. 1926, in: Ebenda, S. 97.

[5] Ebenda, S. 203. Siehe zur Datierung des Briefes Siegfried Grundmann, Einsteins Akte. Einsteins Jahre in Deutschland aus der Sicht der deutschen Politik, Berlin/Heidelberg/New York ²2004, S. 365.

[6] Fölsing, Albert Einstein, S. 702. Auch Jürgen Neffe, Einstein. Eine Biographie, Reinbek 2005, skizziert Einsteins politische Ansichten in ihrer Widersprüchlichkeit, ohne sein politisches Denken und Handeln jedoch weiter zu analysieren. In Hubert Goenners sehr fundierter Studie zu „Einstein in Berlin" (München 2005) werden diese Widersprüche noch am deutlichsten herausgestellt, wenngleich der Fokus nicht auf der Analyse der Ursachen und auf einem vergleichenden Ansatz liegt.

[7] Vgl. Herbert Döring, Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim a. Glan 1975, S. 248 f., und Klaus Schwabe (Hrsg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815–1945, Boppard a. Rh. 1988, S. 22.

[8] Ebenda, S. 16.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und insbesondere sein Demokratieverständnis von dem Selbstverständnis beeinflusst war, als Wissenschaftler einer Wertelite anzugehören. Die folgende Darstellung wird dieser Frage nachgehen.

Im Unterschied zu zahlreichen Einstein-Biographien steht somit nicht Einstein als Außenseiter und Ausnahmeerscheinung im Fokus[9]. Vielmehr sollen im ersten Teil dieses Aufsatzes sein politisches Rollenverständnis und seine politischen Denk- und Handlungsmuster im Kontext der zeitgenössischen Intellektuellenbewegung und im Vergleich zur Gruppe der Hochschullehrer betrachtet werden, der Professor Einstein angehörte. Damit stellt sich jedoch ein Problem. Empirisch abgesicherte Studien, wie sie für das Rollenverständnis der Geisteswissenschaftler erstellt wurden, liegen für die naturwissenschaftlichen Hochschullehrer nicht vor[10]. Entsprechend kursorisch ist daher die diesbezügliche Skizze im Vergleich zu Einstein. Mit der Frage, wie sich Einsteins soziale und politische Leitbilder, sein Demokratieverständnis und sein Verständnis der eigenen politischen Rolle in seinem politischen Handeln zwischen 1914 und 1933 widerspiegelten, wird sich der zweite Teil dieses Aufsatzes befassen.

Zum politischen Rollenverständnis naturwissenschaftlicher Hochschullehrer[11]

Deutliche Anhaltspunkte dafür, dass das politische Rollenverständnis von Naturwissenschaftlern von dem ihrer Kollegen aus den anderen Fakultäten abwich, geben die Zahlen ihrer aktiven politischen Beteiligung. So befanden sich unter den 62 Professoren, die zwischen 1871 und 1918 im deutschen Reichstag vertre-

[9] Vgl. Armin Hermann, Einstein: Der Weltweise und sein Jahrhundert, München/Zürich 1994; Abraham Pais, Ich vertraue auf Intuition. Der andere Albert Einstein, Heidelberg/Berlin/Oxford 1995; Lewis Pyenson, The young Einstein. The advent of relativity, Bristol/Boston 1985. Siehe dagegen David Cassidy, Einstein and our world, New Jersey 1995. In der sensationsheischenden Monographie von Thomas Levenson wird „Einstein in Berlin" (New York u. a. 2003) nur oberflächlich beschrieben und erscheint über weite Teile lediglich als Aufhänger für eine historisch fragwürdige Darstellung der Zeit von 1914 bis 1933.

[10] Die naturwissenschaftlichen Professoren werden in den Arbeiten zur deutschen Hochschullehrerschaft und zum Bildungsbürgertum nicht oder nur am Rande berücksichtigt; vgl. Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Bde. 1–4, hrsg. v. Werner Conze, Jürgen Kocka, Reinhart Koselleck und M. Rainer Lepsius, Stuttgart 1985–1992; Christian Jansen, Professoren und Politik: politisches Denken und Handeln der Heidelberger Hochschullehrer 1914–1935, Göttingen 1992; Fritz K. Ringer, Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933, Stuttgart 1983; Klaus Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des ersten Weltkrieges, Göttingen 1969. Ihre Zugehörigkeit zum Bildungsbürgertum wird stillschweigend vorausgesetzt, obwohl das naturwissenschaftliche Wissen den Kanon des humanistischen Bildungswissens sprengte, das für das Bildungsbürgertum als ständische Vergesellschaftung und für sein Selbst- und Fremdverständnis als gesamtgesellschaftliche Orientierungsinstanz zentral war; vgl. Dieter Langewiesche, Bildungsbürgertum und Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 4, S. 95–119, und M. Rainer Lepsius, Das Bildungsbürgertum als ständische Vergesellschaftung, in: Ebenda, Bd. 3, S. 8–18.

[11] Wenn im folgenden von „Naturwissenschaftlern" gesprochen wird, so sind ausschließlich die naturwissenschaftlichen Hochschullehrer gemeint.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten waren, nur drei Naturwissenschaftler, also 5 Prozent, während sie 1910 24 Prozent aller Hochschullehrer stellten[12]. Von 1919 bis 1924 war kein Vertreter einer naturwissenschaftlichen Disziplin mehr in der Nationalversammlung bzw. im Reichstag vertreten. Auch unter den aktiven Mitgliedern der überparteilich-politischen Verbände des Kaiserreichs sowie als Verfasser von politischen Publikationen waren sie im Gegensatz zu Geistes- und Wirtschaftswissenschaftlern deutlich unterrepräsentiert[13], während Naturwissenschaftler zum passiven Anschluss an vorbereitete politische Erklärungen etwas eher bereit waren[14].

Natürlich bedeutete das unterdurchschnittliche Engagement der Naturwissenschaftler keine politische Indifferenz. Vermutlich herrschte unter ihnen ein national-konservativer Grundkonsens vor, für den verschiedene Untersuchungen Belege geliefert haben[15]. Empirisch allerdings noch nicht abgesicherte Gründe für diese geringere politische Aktivität lassen sich darin sehen, dass die Naturwissenschaftler im Gegensatz zu den Geisteswissenschaftlern mit dem Status quo im Kaiserreich zufrieden sein konnten. Während die Vertreter der gelehrten politischen Leitdisziplinen ihre Meinungsführerschaft um so stärker betonten, je mehr ihr Führungsanspruch durch Modernisierung und Demokratisierung bedroht wurde, erlebten die Naturwissenschaftler inner- wie außeruniversitär einen Prestigezuwachs[16]. Als weitere Gründe für die politische Zurückhaltung der Naturwissenschaftler werden die relative Distanz ihrer Wissenschaft zu tagespolitischen Fragen[17] und ihr Wissenschaftsbegriff angeführt.

Das insbesondere den Geisteswissenschaften zugrundeliegende Wissenschaftsideal des Neuhumanismus drängte geradezu darauf, die Wissenschaft für die Persönlichkeitsbildung, für weltanschauliche und politische Ordnungsentwürfe

[12] Vgl. Bernhard vom Brocke, Professoren als Parlamentarier, in: Schwabe (Hrsg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite, S. 55–92, hier S. 72–82, und für das Folgende Fritz Ringer, Das gesellschaftliche Profil der deutschen Hochschullehrerschaft 1871–1933, in: Ebenda, S. 93–104, hier S. 94.

[13] Siehe Roger Chickering, Imperial Germany and a World without War, Princeton 1975, S. 151–162, sowie Jansen, Professoren und Politik, S. 24 f. u. S. 102 f.

[14] So stellten sie immerhin 16 % der 647 Hochschullehrer, die im Zeitraum von 1914 bis 1933 mehr als einmal politische Aufrufe unterschrieben haben; vgl. Döring, Der Weimarer Kreis, S. 256–272, und zur Auswertung der Namenslisten Britta Scheideler/Hubert Goenner, „Albert Einstein in politics – a comparative approach", Max-Planck-Institute for the History of Science, Berlin, Preprint 63 (1997), S. 1–28, hier S. 2 f.

[15] Vgl. Kurt Bayertz, „Siege der Freiheit, welche die Menschen durch die Erforschung des Grundes der Dinge errangen": Wandlungen im politischen Selbstverständnis deutscher Naturwissenschaftler, in: Berichte Wissenschaftsgeschichte 10 (1987), S. 169–183; Brigitte Schroeder-Gudehus, Isolation und Kooperation der nationalen Scientific Communities, in: Einstein Symposion Berlin, hrsg. v. Horst Nelkowski u. a., Berlin u.a 1979, S. 517–536; Gabriele Metzler, Internationale Wissenschaft und nationale Kultur. Deutsche Physiker in der internationalen Community 1900–1960, Göttingen 2000.

[16] Siehe Jansen, Professoren und Politik, S. 15, und Lothar Burchardt, Naturwissenschaftliche Universitätslehrer im Kaiserreich, in: Schwabe (Hrsg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite, S. 151–214, hier S. 206–210.

[17] Vgl. ebenda, S. 211 f.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fruchtbar zu machen[18]. Da die Naturwissenschaftler mit Ausnahme der Mathematiker die nicht neuhumanistisch fundierten Wissenschaften und Methodiken vertraten, implizierte ihr Wissenschaftsbegriff kein vergleichbares Rollenverständnis[19]. Dem entsprach, dass die überwiegende Mehrheit gerade auch der Physiker auf eine Trennung zwischen Politik und Wissenschaft bedacht war, so dass fachintern politische Konflikte nicht ausgetragen, sondern nach Möglichkeit eingeebnet wurden[20].

Ob sich die Mehrheit der Physiker, Chemiker und Mathematiker jedoch im Gegensatz zum Selbstverständnis als Wertelite und Kulturträger mit der bescheideneren Rolle als Experten zufrieden gab, ist zu bezweifeln[21]. Immerhin wurden die Generationen bis 1890 ganz überwiegend auf einem humanistischen Gymnasium erzogen, das die Verinnerlichung humanistischer Bildungsideale betrieb. Auch aus der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts geführten Debatte um den „Bildungswert" der Naturwissenschaften lässt sich schließen, dass sich die meisten Naturwissenschaftler durchaus dem dominierenden neuhumanistischen Wissenschaftsbegriff verpflichtet fühlten[22]. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich die Hochschullehrer in den Naturwissenschaften zwar noch als Kulturträger verstanden, die Rolle als – wissenschaftlich autorisierte – Deuter des politischen und sozialen Geschehens aber den Geisteswissenschaftlern überließen[23].

Welches Rollenverständnis Einsteins politischem Engagement zugrunde lag, wird im Vergleich mit anderen politisch engagierten Naturwissenschaftlern der Generation bis 1890 besonders deutlich: Der Mathematiker Carl Runge steht für

[18] Vgl. Ringer, Die Gelehrten, S. 399, und Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral, S. 186 f.

[19] Siehe Jansen, Professoren und Politik, S. 102 f., und zur besonderen Rolle der Mathematik Lewis Pyenson, Neohumanism and the persistence of pure mathematics in Wilhelmian Germany, Philadelphia 1983. Im Gegensatz zu Jansen vgl. Rudolf Stichweh, Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740–1890, Frankfurt a. M. 1984, S. 455 f.

[20] Vgl. Paul Forman, The environment and practice of atomic physics in Weimar Germany: A study in the history of science, Berkeley 1967, S. 161–201, und Steffen Richter, Die Kämpfe innerhalb der Physik in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Sudhoffs Archiv 57/2 (1973), S. 195–207.

[21] Siehe dagegen Burchardt, Naturwissenschaftliche Universitätslehrer im Kaiserreich, in: Schwabe (Hrsg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite, S. 213. Jonathan Harwood fasst bezeichnenderweise die Hochschullehrer mit dem Selbstverständnis als Experten zur Kategorie der „Außenseiter" zusammen, denen im Unterschied zu den Mandarinen „aufgrund ihrer sozialen Herkunft [...] ein akademisches Selbstverständnis als ‚Kulturträger' fern (lag)". Jonathan Harwood, „Mandarine" oder „Aussenseiter"? Selbstverständnis Deutscher Naturwissenschaftler (1900–1933), in: Sozialer Raum und akademische Kulturen, hrsg. v. Jürgen Schriewer, Edwin Keiner und Christophe Charle, Frankfurt a. M. u. a. 1993, S. 183–212, hier S. 210.

[22] Vgl. Otto Brüggemann, Naturwissenschaft und Bildung. Die Anerkennung des Bildungswertes der Naturwissenschaften in Vergangenheit und Gegenwart, Heidelberg 1967, S. 51–55, und Heinrich Schipperges, Weltbild und Wissenschaft. Eröffnungsreden zu den Naturforscherversammlungen 1822 bis 1972, Hildesheim 1976, S. 50–57.

[23] Vgl. Russel McCormmach, On Academic Scientists in Wilhelmian Germany, in: Science and its public: The changing relationship, hrsg. v. Gerald Holton und William A. Blanpied, Boston 1976, S. 157–171.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Rollenverständnis von Wissenschaftlern als Staatsbürger, aus dem parteipolitisches Engagement folgte. Vor dem Krieg hatte sich „auch Runge [...] im allgemeinen wenig um Politik gekümmert"[24]. Erst nach den Wahlen zur Nationalversammlung fühlte er sich verpflichtet, durch seinen Beitritt zur Deutschen Demokratischen Partei „an seinem Teil mehr als früher seinen staatsbürgerlichen Willen zur Geltung zu bringen, und die Kräfte, die für Gesetz und Ordnung wirkten, zu stützen"[25]. Einsteins Engagement für die Demokratie wurde nicht durch ein vergleichbares Staatsbürgerideal motiviert. Zum einen ging sein Selbstverständnis als Orientierungsinstanz, wie noch zu zeigen sein wird, weit über eine staatsbürgerliche Partizipation hinaus. Und zum anderen betrachtete er auch noch nach 1915 „die Zugehörigkeit zu einem Staate als eine geschäftliche Angelegenheit, wie etwa die Beziehung zu einer Lebensversicherung"[26].

Mit dem Begriff „politisches Rollenverständnis als Professor" lässt sich das Selbstverständnis der Hochschullehrer bezeichnen, die aufgrund ihres akademischen Amtes und ihres dadurch beglaubigten Bildungswissens eine politische Führungsrolle beanspruchten. Dieses Rollenverständnis als Meinungsführer war unter Naturwissenschaftlern infolge ihres anderen Wissenschaftsbegriffs vermutlich seltener anzutreffen. Ein Beispiel hierfür ist der Berliner Privatdozent für Physik, Leo Arons. 1900 hatte ihm die preußische Regierung die Lehrbefugnis entzogen, weil er als aktiver Sozialdemokrat aufgetreten war, worin Arons eine Bevormundung und „Herabwürdigung des Standes der Universitätslehrer" sah[27]. Nach der Revolution 1918 forderte er die Universitäten in einem offenen Brief auf, an der Spitze einer geistigen Bewegung eine Leitfunktion im neuen Staat zu übernehmen[28]. Dass Einstein dieses Rollenverständnis nicht teilte, wird in seiner Absage an den Aufruf von Arons mehr als deutlich: „Die Professoren haben in diesem Kriege zur Evidenz gezeigt, dass man von ihnen in politischen Dingen nichts lernen kann, dass es dagegen dringend not tut, dass sie eines lernen, nämlich: Maul halten!"[29]

Ein ähnlicher Befund ergibt sich, wenn man Einstein mit drei Nobelpreisträgern vergleicht, die ihr politisches Rollenverständnis als Naturwissenschaftler von der vermeintlich exakteren Methodik bzw. vom Wissensvorsprung ihrer Disziplin ableiteten. Der Chemiker Wilhelm Ostwald glaubte, mit der „Energetik" das naturgesetzliche Leitprinzip für Gesellschaft und Politik gefunden zu haben und propagierte diese „wissenschaftliche Weltanschauung" in Zeitungsartikeln zu

[24] Iris Runge, Carl Runge und sein wissenschaftliches Werk, Göttingen 1949, S. 157.
[25] Ebenda, S. 171.
[26] Albert Einstein, Meine Meinung über den Krieg (1916), wiederabgedruckt in: Anne Kox/Martin J. Klein/Robert Schulmann (Hrsg.), The Collected Papers of Albert Einstein, Bd. 6: The Berlin Years: Writings 1914–1917, Princeton 1996, S. 211–213, hier S. 212.
[27] Rechtfertigungsschrift von Arons, zit. nach Walther Koch, Geistige Bewegung, in: Sozialistische Monatshefte 25 (1919), S. 1099–1100, hier S. 1100.
[28] Siehe Offener Brief an Rektor und Senat der Universität Berlin vom 11. 11. 1918, abgedruckt in: Vossische Zeitung, Abendblatt vom 12. 11. 1918, wiederabgedruckt in: Leo Arons, Universitäten heraus! Berlin 1918, S. 5 f. Siehe zu Arons Überzeugung, dass „die Universitäten [...] die Führung übernehmen [müssen]", auch S. 10 u. S. 14.
[29] Ebenda, S. 3. Zur Autorschaft Einsteins vgl. Bruno Borchardt, Hochschullehrer und Staat, in: Der Abend 26 (16. 1. 1930), Beilage.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sozialen und politischen Fragen[30]. Unter Berufung auf ihr vermeintlich exakteres Denken nahmen die Physiker Philipp Lenard und Johannes Stark eine politische Sprecherrolle an, denn „niemand kann Wahrheit ernsthafter und wirkungsvoller suchen [...] als der Naturforscher, und nur auf Grund von Wahrheit wird es Gedeihen unter den Menschen geben"[31]. „Als Naturforscher", die nur in der „widerspruchsfreien Aufklärung" des „Zusammenhang[s] von Ursache und Wirkung [...] einen Erfolg sehen konnte[n]"[32], fanden Lenard und Johannes Stark die gesuchte monokausale Erklärung für den Ausbruch und Verlust des Ersten Weltkriegs schließlich in den Rassetheorien Houston St. Chamberlains und Hitlers. Dementsprechend priesen sie 1924 in einer öffentlichen Kundgebung für Hitler dessen „einfaches und naturgemäßes Denken, gleich dem der hervorragendsten Naturforscher"[33].

Im Gegensatz dazu waren für Einstein aus dem Wissen oder der Methodik der Naturwissenschaften keine Grundsätze für den sozialen Bereich abzuleiten. Einem solchen Vorgehen widersprach nicht nur seine Auffassung von der „konstruktiven und spekulativen Natur [...] des wissenschaftlichen Denkens"[34], sondern auch seine Definition der Wissenschaft. In einem Brief an Maurice Solovine brachte er 1951 seine früher nur weniger explizit geäußerte Auffassung auf den Punkt: „Was wir Wissenschaft nennen, hat ausschließlich das Ziel, festzustellen, was ist. Die Bestimmung darüber was sein soll ist etwas davon Unabhängiges, nicht auf methodischem Wege Erreichbares."[35] Die Gesetze der Naturwissenschaft hatten für Einstein daher nur insofern Geltung für die Gesetze der Ethik, als aus vorhandenen ethischen Prämissen weitere Sätze logisch gefolgert werden könnten[36].

[30] Wilhelm Ostwald, Lebenslinien. Eine Selbstbiographie, Bd. 3: Groß-Bothen und die Welt 1905–1927, Berlin 1927, S. 3 u. S. 226. Siehe zu Ostwalds Publizistik u. a. Vossische Zeitung, Nr. 517, 5. Beilage, 1914.

[31] Philipp Lenard, Erinnerungen eines Naturforschers, der Kaiserreich, Judenherrschaft und Hitler erlebt hat, unveröffentlichtes Manuskript von 1943, in: Archiv for the History of Quantum Physics, S. 79.

[32] Ebenda, S. 6. Siehe auch Johannes Stark, Adolf Hitlers Ziele und Persönlichkeit, München 1930, S. 8.

[33] Sie erschien in der Großdeutschen Zeitung; vgl. Lenard, Erinnerungen eines Naturforschers, S. 93.

[34] Paul Arthur Schilpp (Hrsg.), Albert Einstein. Autobiographical Notes. A Centennial Edition, La Salle/Ill. 1992, S. 21. Siehe auch Einstein, Ernst Mach (1916), wiederabgedruckt in: Kox/Klein/Schulmann (Hrsg.), The Collected Papers, Bd. 6, S. 278–282, hier S. 279.

[35] Albert Einstein, Lettres à Maurice Solovine, Paris 1956, S. 104. Siehe auch Einstein, Mein Weltbild, S. 14 u. S. 17, sowie seine Stellungnahme von 1941: „Wissenschaft kann nur feststellen, was ist, nicht aber, was sein soll; Werturteile jeder Art bleiben notwendig außerhalb ihres Bereiches", in: Albert Einstein, Aus meinen späten Jahren, Stuttgart 1984, S. 42.

[36] Vgl. Albert Einstein, Die Gesetze der Naturwissenschaft und die Gesetze der Ethik (1950), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 53–55. Siehe im Gegensatz dazu Gerald Holton, The advancement of science, and its burdens, Cambridge u. a. 1986, S. 78. Holton stützt sich auf Einsteins Ausführungen zum 60. Geburtstag von Planck 1918, dass „sich auf dem Wege reiner gedanklicher Deduktion" auch die allgemeinen Gesetze der Lebensvorgänge finden lassen würden, allerdings nur „wenn jener Prozess der Deduktion nicht weit über die Leistungsfähigkeit menschlichen Denkens hinausginge" (Einstein, Mein Weltbild, S. 109).

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gleichwohl hing Einsteins politisches Rollenverständnis eng mit seinem Selbstverständnis als Naturwissenschaftler zusammen. Dies zeigt sein Brief vom Mai 1933 an den Physiker Hans Thirring: „Unsere Vertreter der Wissenschaft versagen in ihrer Pflicht, für das Geistige einzustehen, weil ihnen die leidenschaftliche Liebe für geistige Werte völlig abhanden gekommen ist – die Mentalität Giordano Brunos. Deshalb nur können minderwertige und gemeine Naturen zur Herrschaft gelangen und ihren niedrigen Sinn dem Volke aufprägen."[37]

Damit sprach Einstein auch den Naturwissenschaftlern einen entscheidenden Einfluss auf die politische Entwicklung zu, wobei er diesen Einfluss aber nicht von ihrer Methodik, ihrer Bildung oder ihrem Wissen ableitete, sondern von einer spezifischen Mentalität. Dass den Wissenschaftler nach Meinung Einsteins eine besondere Mentalität kennzeichnet, wird augenfällig an seinem Begriff des „wissenschaftlichen Menschen"[38].

Wissenschaft und Gesellschaft: Einsteins „wissenschaftlicher Mensch" als universelles Leitbild

In seiner Rede zum 60. Geburtstag von Max Planck 1918 zeichnete Einstein das Bild „des Tempels der Wissenschaft"[39]. Dieser werde durch die Wissenschaftler, die es nur aus „Ehrgeiz" oder praktischen Zwecken geworden seien, gleichsam entweiht. Damit definierte er die Wissenschaft als ein autonomes, von gesellschaftlichen und politischen Zielen, Motiven und Anforderungen unabhängiges Feld. Zwei Motive ließ er für die Beschäftigung mit der Wissenschaft gelten, die den „wissenschaftlichen Menschen" definieren und beide eine Abkehr von der Gesellschaft beinhalten. Das erste Motiv sah Einstein mit Schopenhauer in der „Flucht [...] aus dem Alltagsleben mit seiner [...] trostlosen Öde, fort aus den Fesseln der ewig wechselnden eigenen Wünsche"[40]. Das zweite bestehe in der Gestaltung eines vereinfachten und übersichtlichen Bildes der Welt, um so „die Welt des Erlebens zu überwinden"[41].

Auch die weiteren Ausführungen Einsteins sind den Philosophien Schopenhauers und Spinozas entlehnt, die früh zur Lieblingslektüre des Physikers gehörten[42]. Nach Schopenhauer ist die Befreiung vom Willen als dumpfen animalischen Lebensdrang durch die nicht zweckgebundene wissenschaftliche Betrachtung und Kunst möglich[43]. Erst diese Erlösung von egoistischen Trieben und

[37] Einstein, Über den Frieden, S. 235.
[38] Einstein an Max von Laue, 26. 5. 1933, in: Ebenda, S. 234, und Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 56–59.
[39] Einstein, Mein Weltbild, S. 107–110, hier S.107.
[40] Ebenda, S. 108.
[41] Ebenda.
[42] Vgl. Jürgen Renn/Robert Schulmann (Hrsg.), Albert Einstein/Mileva Maric: Am Sonntag küss' ich Dich mündlich. Die Liebesbriefe 1897–1903, München/Zürich 1994, S. 38.
[43] Vgl. Arthur Schopenhauer, Zürcher Ausgabe, 10 Bde., Zürich 1977, hier Bd. IX, Parerga und Paralipomena, Bd. 2, 1. Teilband, S. 79; siehe auch ebenda, Bd. I: Die Welt als Wille und Vorstellung, 1. Teilband, S. 251.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Leidenschaften ermöglicht die wahre Entfaltung der Persönlichkeit und die Erkenntnis der Ideenwelt. In Übereinstimmung damit betonte auch Einstein, dass der künstlerischen wie der wissenschaftlichen Betätigung „die liebende Hingabe an das Überpersönliche, Willensferne [gemeinsam ist]". Durch die Betrachtung und Erkenntnis der objektiven Welt und der sich in ihr manifestierenden Harmonie überwinde der wissenschaftliche Mensch seine egoistischen Leidenschaften und Triebe und könne sich zu einem selbstbestimmten autonomen Individuum verwirklichen. Im Streben nach der Wahrheit erhebe er sich über die „Knechtschaft selbstischen Wünschens"[44] und erlebe ein pantheistisches religiöses Gefühl. Dieses Erlebnis bezeichnet Einstein an anderer Stelle als „kosmische Religiosität", zu der „nur besonders reiche Individuen und besonders edle Gemeinschaften"[45] finden. Einsteins Idee einer internationalen Gelehrtenrepublik ist als eine solche Gemeinschaft zu verstehen[46], die von der intellektuellen und emotionalen Bindung durch die gemeinsame (Er-)Kenntnissuche und kosmische Religiösität zusammengehalten wird.

Obwohl die Freiheit vom Ich an die Erkenntnis des Überpersönlichen in der autonomen Wissenschaft und Kunst gebunden ist, macht Einstein den wissenschaftlichen Menschen zum universellen Leitbild: „Der wahre Wert eines Menschen ist in erster Linie dadurch bestimmt, in welchem Grad [...] er zur Befreiung vom Ich gelangt ist."[47] Dieses Ideal liegt auch seinem Gesellschaftsbild zugrunde.

Einsteins Gesellschaftsbild

Obwohl oder vielleicht gerade weil Einstein selbst kaum über seine gesellschaftspolitischen Ansichten und ihre innere Konsistenz reflektiert hat, lassen sich doch grundsätzlich konstante Wert- und Denkmuster feststellen.

Die Vorbildfunktion des wissenschaftlichen Menschen erklärt sich aus Einsteins spätidealistischem Persönlichkeitsideal, das von „Güte, Schönheit und Wahrheit"[48] bestimmt ist. Es setzt die Überwindung von Egoismen und Trieben voraus. Erst diese Freiheit ermöglicht die Entfaltung der Individuen zu moralisch handelnden und „selbständig denkende[n] [...] Persönlichkeiten"[49], aus denen sich Einsteins Modell der Gesellschaft zusammensetzt:

> „Es lässt sich leicht erkennen, dass alle [...] materiellen, geistigen und moralischen Güter, die wir von der Gesellschaft empfangen, im Lauf der unzähligen Generationen von schöpferischen Einzelpersönlichkeiten herstammen. [...] Eine gesunde Gesellschaft ist also ebenso an Selbständigkeit der Individuen geknüpft wie an deren innige soziale Verbundenheit."[50]

[44] Einstein, Mein Weltbild, S. 18.
[45] Ebenda, S. 16.
[46] Vgl. Albert Einstein, Verlorenes Paradies (1919), in: Ebenda, S. 19.
[47] Albert Einstein, Wie ich die Welt sehe (1930), in: Ebenda, S. 10.
[48] Ebenda, S. 8.
[49] Ebenda, S. 11.
[50] Ebenda, S. 11 f.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da Einsteins Persönlichkeitsideal, die „selbstlose, verantwortungsvolle Hingabe [...] im Dienste der Gemeinschaft"[51] und des Allgemeinwohls einschließt, kann der Zusammenschluss solcher Individuen nur zu einer homogenen, harmonischen Gesellschaft führen. Interessenkonflikte entfallen damit ebenso wie die Notwendigkeit eines politisch institutionalisierten Interessenausgleichs. Für Einsteins Verständnis von Demokratie und Politik und für sein eigenes Engagement hatte die fehlende Anerkennung konkurrierender sozialer Gruppen und die Fixierung auf das moralische Individuum weitreichende Konsequenzen.

Aus der Fixierung Einsteins auf das selbstlose Individuum folgte seine Auffassung, dass „das Schicksal einer Gemeinschaft in erster Linie durch das moralische Niveau bestimmt" wird[52]. Dabei ging er allerdings davon aus, dass nicht alle Menschen das notwendige moralische Niveau erreichen können. Denn während der wissenschaftliche Mensch ebenso wie der wahre Künstler durch das Schauen der objektiven Welt die Freiheit vom egoistischen Willen erreichen, kann der Mensch an sich, wie Einstein sinngemäß Schopenhauer zitiert, „zwar tun, was er will, aber nicht wollen, was er will"[53]. Dementsprechend musste einer selbstbestimmten, moralisch handelnden Minderheit der „feiner Besaiteten" eine Mehrheit von Menschen gegenüberstehen, die ihrem Willen, Trieben und Leidenschaften unterworfen sind. Diese Dichothomie kommt in Einsteins Beitrag von 1926 für das „Buch der Freunde" des Schriftstellers Romain Rolland zum Ausdruck:

> „Die rohen Massen tun ihr Werk aus dumpfen Leidenschaften heraus, denen sie und die sie verkörpernden Staaten völlig untertan sind. [...] Die Wenigen jedoch, die an dem rohen Fühlen der Massen nicht teilnehmen, sondern unbeeinflusst von Leidenschaften am Ideal der Menschenliebe hangen", bilden „die Gemeinschaft der einsamen Menschen, [...] die in der Abschaffung des Krieges ein erstes Ziel der moralischen Gesundung der Menschheit erstreben."[54]

Einstein als universeller Intellektueller

Aus dieser Dichothomie zwischen den triebbestimmten Massen und einer selbstbestimmten Minderheit ergab sich für Einstein ein moralischer Führungsauftrag der wahren Wissenschaftler und Künstler. Wie seine zahlreichen Appelle für Frieden, Gerechtigkeit, Wahrheit oder Menschenwürde zeigen, übernahm er selbst eine

[51] Rede Albert Einsteins am 25. 1. 1932 bei einem Dinner des California Institute of Technology, abgedruckt in: Einstein, Über den Frieden, S. 178.
[52] Einstein an Thomas Mann, 29. 4. 1933, in: Ebenda, S. 237.
[53] Einstein, Wie ich die Welt sehe, in: Einstein, Mein Weltbild, S. 7.
[54] Einstein, Über den Frieden, S. 97 f. Einsteins Überzeugung, dass es bedeutende Qualitätsunterschiede zwischen den Menschen gebe, wird an seinen Ausführungen zur Todesstrafe von 1931 deutlich: „Im Prinzip wäre ich nicht dagegen, in diesem Sinne [zum Schutz der Gesellschaft] wertlose oder gar schädliche Individuen zu töten [...]. Ich schätze nämlich am Leben mehr die Qualität als die Quantität, so wie sich in der Natur die Gesetzmäßigkeit als höhere Realität gegenüber dem Einzelding darstellt." Einstein am 4. 11. 1931 an einen jungen Mann aus Prag, in: Albert Einstein, Briefe, hrsg. v. Helen Dukas und Banesh Hoffmann, Zürich 1981, S. 81.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

öffentliche Sprecherrolle, um sein Ideal der moralischen selbstbestimmten Persönlichkeit gesellschaftlich umzusetzen. Mit dieser Universalisierung von Idealen und Werten, die im autonomen Bereich der Wissenschaft gelten oder von dort abgeleitet sind, wird Einstein den Bestimmungskriterien gerecht, die der Soziologe Pierre Bourdieu für den universellen Intellektuellen aufgestellt hat. „Als Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler", so Bourdieu, verfügen diese Intellektuellen über „eine spezifische Autorität, die gegründet ist auf ihre Zugehörigkeit zu einem relativ autonomen, d.h. von politischen, ökonomischen Mächten unabhängigen, Feld der Kunst, der Wissenschaft und Literatur". Sie definieren sich weiterhin dadurch, dass sie unter Berufung auf die mit der Autonomie ihres Feldes „verknüpften Werte wie moralische Kraft, [...] Uneigennützigkeit, Vernunft, Wahrheit [...] in das politische Geschehen eingreifen" und „eine Art moralisches Lehramt ausüben"[55].

Indem Einstein vom wissenschaftlichen Menschen ein allgemeingültiges Persönlichkeitsideal ableitete, war seine Rolle als Intellektueller eng mit seinem Selbstverständnis als Naturwissenschaftler verknüpft. Im Unterschied zu Ostwald, Lenard und Stark, deren politischer Führungsanspruch auf dem Wissen oder der Methodik der Naturwissenschaft beruhte, trat Einstein aber nicht mehr als Naturwissenschaftler auf, sondern als Vertreter und Vorkämpfer von Werten, die unabhängig von der Naturwissenschaft Geltung beanspruchen. Zugleich trug diese Intellektuellenrolle wertelitäre Züge, da er als Wissenschaftler dem Ideal des moralischen Individuums bereits entsprach und deshalb als gesellschaftliche Orientierungsinstanz fungieren konnte. Was unterschied Einstein dann aber noch von den Mandarinen[56], wie Fritz Ringer die geistes- und sozialwissenschaftlichen Professoren bezeichnet, die aus ihrem Bildungswissen besondere moralische Kompetenzen und eine Sprecherrolle ableiteten? Und was unterschied Einstein von der Mehrzahl der humanistisch Gebildeten, die sein spätidealistisches Persönlichkeitsideal und seine Verehrung für Goethe und Kant als geistige Führer teilte[57], zumal Einstein auch mit der elitären Gegenüberstellung von „rohen Massen" und „geistig und moralisch Hochstehenden"[58] nicht von typischen Einstellungen des Bildungsbürgertums abwich? Von ihnen unterschied sich Einstein dadurch, dass er sein Ideal der selbstbestimmten moralischen Persönlichkeit durch sein Eintreten für soziale Gerechtigkeit und Demokratie und gegen Militarismus und autoritäre Staatsgläubigkeit gesamtgesellschaftlich gegen bestehende Wertmuster durchsetzen wollte, während die Mehrheit des akademischen Establishments die dominierenden sozialen und politischen Wertmuster nicht in Frage stellte, solange sie den sozialen Status des Mandarinen- bzw. Bildungsbürgertums garantierten. So unterstützte die Mehrheit der Gebildeten im Kaiserreich den kulturellen Idealen wesensfremden Macht- und Obrigkeitsstaat, und diese

[55] Pierre Bourdieu, Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg 1991, S. 46 u. S. 42–51.
[56] Vgl. dazu Ringer, Die Gelehrten, S. 18 ff.
[57] Vgl. Einstein, Über den Frieden, S. 203. Zu Einsteins Verbundenheit mit der deutschen Kultur vgl. Gerald Holton, Einstein and the cultural roots of modern science, in: Daedalus 127 (1998), H.1, S. 1–44, hier S. 18–23.
[58] Presseerklärung am 23. 5. 1932 in Genf, in: Einstein, Über den Frieden, S. 185.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

antidemokratischen Tendenzen bestimmten auch ihr Verhältnis zur Weimarer Republik[59]. Genau hierauf gründete sich Einsteins äußerst kritische Haltung gegenüber den Geistes- und Kulturwissenschaftlern. So warf er ihnen vor, die universalen Ideale der Goethe- und Schillerzeit zugunsten der Machtreligion des Bismarckreichs verraten zu haben[60] und nicht selbstlos zu agieren, sondern aus Eigeninteresse als Propagandisten der herrschenden Ideologie aufzutreten. Energisch wies er daher ihren Anspruch auf exklusive politische Meinungsführerschaft als staatlich anerkannte Kulturträger zurück, wie seine Aufforderung an die im Weltkrieg diskreditierte Hochschullehrerschaft zeigt, in politischen Fragen endlich das „Maul [zu] halten"[61].

Es liegt daher nahe, einen wesentlichen Grund für Einsteins Entwicklung zum kritischen Intellektuellen in seiner Biographie zu sehen. Sie entsprach nicht der des idealtypischen wilhelminischen Bildungsbürgers, sondern brachte ihn in kritische Distanz zur Gesellschaft des Kaiserreichs und ihren Wertvorstellungen. Als Sohn aus liberaler jüdischer Familie gehörte Einstein schon von Geburt aus einer diskriminierten Minderheit an. Deren Assimilationsversuche brachten mehr oder weniger massiv empfundene Wertkonflikte zwischen der jüdischen Religion, aufklärerischen, liberalen Traditionen und einem obrigkeitsstaatlichen Konformitätsdruck mit sich. Der junge Einstein erlebte diesen Konflikt wohl ziemlich heftig, wie seine radikale Ablehnung jeglicher Autorität nach einer kurzen, aber intensiven religiösen Phase nahe legt. Darüber hinaus scheiterte eine gesellschaftliche Integration – soweit sie über wirtschaftlichen Erfolg möglich war – im Fall der Einsteins so umfassend, dass die Familie nach zahlreichen geschäftlichen Fehlschlägen ins Ausland auswanderte. Infolgedessen hatte der Physiker keine der Sozialisationsinstanzen vollständig durchlaufen, die im Kaiserreich die Verinnerlichung der geltenden Wertmuster betrieben: das Gymnasium, die Universität und das Militär. Bereits mit 16 Jahren war er in der liberalen Schweiz ansässig, wo seine Ablehnung von Autoritäten und sein Selbstbestimmungsdenken durch den Einfluss seines Lehrers Jost Winteler noch verstärkt wurden.

Nach seinem Studienabschluss fand Einstein in Schopenhauers Gegenüberstellung von Genie einerseits und dem „gemeinen Haufen" und den Philistern andererseits Trost und Kompensation für seine leidvollen Erfahrungen bei der vergeblichen Suche nach einer angemessenen Stellung und akademischer Anerkennung[62]. Diese Schopenhauer-Rezeption stand nicht nur in scharfem Kontrast zu Einsteins Überzeugung von der Würde, dem Selbst- und Mitbestimmungsrecht

[59] Vgl. Ringer, Die Gelehrten, S. 186–207; Werner Conze/Jürgen Kocka, Einleitung, in: Dies., (Hrsg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil 1: Bildungssystem und Professionalisierung in internationalen Vergleichen, Stuttgart 1985, S. 9–26, sowie Kurt Sontheimer, Die deutschen Hochschullehrer in der Zeit der Weimarer Republik, in: Schwabe (Hrsg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite, S. 215–224.

[60] Vgl. Einstein an Romain Rolland, 22. 8. 1917, in: Einstein, Über den Frieden, S. 40.

[61] Einsteins Antwort auf Arons öffentlichen Brief wurde in der Vossischen Zeitung, Abendblatt 12. 11. 1918 abgedruckt, zit. in: Arons, Universitäten heraus!, S. 3.

[62] Vgl. Renn/Schulmann (Hrsg.), Albert Einstein/Mileva Maric, S. 37 f.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jedes Individuums. Sie beinhaltete auch eine weitere Stoßrichtung gegen die bürgerliche „philiströse" Gesellschaft und ihre Normen.

Einsteins Herkunft, Sozialisation und die darin angelegten Wertekonflikte und Vergleichsmöglichkeiten erleichterten es ihm, in Krisensituationen die traditionellen politischen und gesellschaftlichen Leitbilder zu kritisieren und sich aktiv für andere Ideale einzusetzen. Dies unterschied ihn auch von den meisten seiner naturwissenschaftlichen Kollegen, die im Bereich der Wissenschaft seine Ideale teilten, in der gesellschaftlichen und politischen Sphäre aber auf andere – zumeist konservativ-nationale – Wertvorstellungen zurückgreifen konnten[63]. Es ist anzunehmen, dass ihn seine Erfolge als „Rebell" in der Physik in seiner Rolle als Außenseiter und Kritiker des Bestehenden noch bestärkt haben.

Einsteins kritische Distanz zu herrschenden Werten teilten dagegen die meisten Schriftsteller, Künstler und Publizisten, mit denen der Physiker während und nach dem Ersten Weltkrieg in Kontakt trat[64]. Nach Einsteins Weltruhm, der ihn zu einem begehrten Bundesgenossen und Gast auf Gesellschaftsabenden machte, intensivierten sich diese Beziehungen noch. Zu Rudolf Kayser, dem Lektor des Fischer-Verlags und Mitbegründer der bekanntesten deutschen Intellektuellenbewegung, des „Aktivismus", ergaben sich 1926 sogar enge familiäre Bindungen durch dessen Heirat mit Einsteins Adoptivtochter Ilse. Der im Herbst 1914 von Kayser, Kurt Hiller und Alfred Wolfenstein organisierte „Aktivismus" entwickelte sich im Verlauf des Krieges zum zentralen Sammelbecken der bürgerlichen oppositionellen Vorkriegsströmungen und des literarischen Antikriegsengagements[65]. Diese Schriftsteller, Künstler und Publizisten galten bereits in den zwanziger Jahren als prototypische linke Intellektuelle[66] und Heinrich Mann, der die Intellektuellenbewegung 1910 durch seinen Aufsatz „Geist und Tat" angestoßen hatte, geradezu als eine moralische Institution. An ihm sollen deshalb beispielhaft die Übereinstimmungen aufgezeigt werden, die abgesehen von der pazifistischen Grundhaltung zwischen Einstein und diesen Intellektuellen bestanden.

1910 hatte Heinrich Mann „de[n] Mensch[en] des Geistes" zum Handeln aufgerufen, da ihm „vom Geist [...] die Würde des Menschen auferlegt"[67] sei. Dieser Geistbegriff bezog sich also nicht nur auf intellektuelle Fähigkeiten, sondern auch auf eine besondere moralische Potenz zur Vertretung universeller Werte.

[63] Siehe zu Max Planck als Beispiel hierfür John L. Heilbron, The dilemmas of an upright man. Max Planck as spokesman for German science, Berkeley/Los Angeles/London 1986.

[64] Vgl. Michael Grüning (Hrsg.), Ein Haus für Albert Einstein. Erinnerungen, Briefe, Dokumente, Berlin 1990, S. 147 f., S. 198, S. 210 u. S. 246. Siehe zur Beziehung zwischen Einstein und Heinrich Mann ebenda, S. 202 f.

[65] Vgl. Kurt Hiller, Leben gegen die Zeit, Bd. 1: Logos, Reinbek 1969, S. 98; Eckart Koester, Literatur und Weltkriegsideologie, Kronberg/Ts. 1977, S. 345.

[66] Sie orientierten sich am Vorbild der französischen Intellektuellen, die 1898 mit ihrem Protest in der Dreyfuss-Affäre erstmals ein Gruppenbewusstsein der Intellektuellen als Verteidiger der Wahrheit und Gerechtigkeit geschaffen hatten; vgl. Dietz Bering, Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1982, S. 38 u. S. 323.

[67] Heinrich Mann, Geist und Tat (1910), in: Ders., Essays, Hamburg 1960, S. 7–14, hier S. 13.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch in Romain Rollands Manifest, „Geistige Arbeiter, Kameraden!" von 1919 riefen Albert Einstein, Heinrich Mann und andere Unterzeichner die „Diener des Geistes" auf, „nur die Wahrheit an[zu]erkennen [...], die [...] kein Rassen- oder Klassenvorurteil duldet"[68]: „Uns obliegt es, alle verirrten Schafe der Menschheit um die Flamme [des Geistes] herum zu sammeln. [...] Für sie wie für uns wollen wir eine Welt der Brüderlichkeit bauen."[69]

Daher definieren sich die Intellektuellen nach Mann durch ihre Bemühungen um die moralische Erziehung des Volkes zu „selbstbestimmten" Individuen als Wegbereiter einer „demokratischen" Gesellschaft[70]. Die Verwirklichung der genuin politischen Zielsetzung einer Demokratie wurde somit nicht von einer Veränderung der politischen oder sozialen Verhältnisse, sondern primär von der Veränderung des gesellschaftlichen Bewusstseins durch die Intellektuellen abhängig gemacht. Dieser Fixierung auf das Individuum und dessen moralische Vervollkommnung blieb Heinrich Mann auch in der Weimarer Republik treu. In seiner Utopie der Republik als harmonischer Gemeinschaft sollte die Förderung des Individuums, sollte „Humanität im Sinne Weimars [...] der Kern der Politik sein"[71]. Unentbehrlich erschien ihm dafür der Einfluss des Intellektuellen als „Führer jeder Demokratie"[72], da er dem Staat und seinen Bürgern „vorhält, was wahr, gerecht, [...] was der immer gültige Mensch ist"[73]. Die Übereinstimmungen zwischen Heinrich Mann und Einstein in zentralen Denkmustern und Leitbildern betrafen somit das Persönlichkeitsideal, das Ziel einer harmonischen Gesellschaft, die Fixierung auf das Individuum und dessen Bewusstseinsveränderung, die Vernachlässigung sozialer und politischer Strukturen und Interessengruppen und den gesellschaftlichen Führungsanspruch des Intellektuellen als moralische Orientierungsinstanz.

Die Rolle als engagierter Intellektueller, die Einstein übernahm, stand jedoch in offensichtlichem Gegensatz zu seinem Selbstverständnis als wissenschaftlicher Mensch, den die „Flucht [...] aus dem Alltagsleben"[74] in den autonomen Bereich der Wissenschaft treibt und dem es – wie Einstein 1930 über sich selbst bekannte – „nicht leicht fällt [...], den Hang zu einem Leben in stiller Betrachtung zu über-

[68] Einstein, Über den Frieden, S. 49 f. Diese Gleichsetzung von Geist und Moral findet sich auch bei Einstein, wenn er 1932 beklagt, dass „die zur Hütung der geistigen Tradition Berufenen untätig der moralischen Verarmung zu[sehen]" (Ebenda, S. 196). Siehe zur Gleichsetzung sowie zum Ersatz des Begriffs „Intellektueller" durch „Geistiger" Bering, Die Intellektuellen, S. 308 ff. Zu Einstein als Intellektuellem vgl. Britta Scheideler, Albert Einstein – ein politischer Intellektueller?, in: Sven Hanuschek/Therese Hörnigk/Christine Malende (Hrsg.), Schriftsteller als Intellektuelle: Politik und Literatur im Kalten Krieg, Tübingen 2000, S. 69–89.

[69] Einstein, Über den Frieden, S. 48 f.

[70] Mann, Geist und Tat, in: Ders., Essays, S. 11 f.

[71] Heinrich Mann, Wir feiern die Verfassung (1923), in: Ebenda, S. 485–495, hier S. 494.

[72] Heinrich Mann, Schmutz und Schund (1926), in: Ebenda, S. 526–541, hier S. 540.

[73] Heinrich Mann, Dichtkunst und Politik (1928), wiederabgedruckt in: Beate und Dietrich Pinkerneil/Viktor Zmegac (Hrsg.), Literatur und Gesellschaft. Dokumentationen zur Sozialgeschichte der deutschen Literatur seit der Jahrhundertwende, Frankfurt a. M. 1973, S. 140–151, hier S. 144.

[74] Einstein, Mein Weltbild, S. 107–110.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

winden"[75]. An Beispielen seines politischen Denkens und Handelns zwischen 1914 und 1933 soll möglichen Rollenkonflikten ebenso nachgegangen werden wie der Frage, wie sich Einsteins Führungsanspruch als Intellektueller und seine Fixierung auf das moralische Individuum auf sein Demokratieverständnis auswirkten und wie er auf Erfahrungen reagierte, die seinen Leitbildern widersprachen.

Einsteins politisches Denken und Handeln zwischen 1914 und 1933

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs brachte für Einstein, der kurz zuvor nach Berlin übergesiedelt war, in zweifacher Hinsicht Erfahrungen, die mit seinen Leitbildern kollidierten. Zum einen widersprach der Krieg seinem Pazifismus und der Überzeugung vom Selbstbestimmungsrecht des Individuums. Und zum anderen war der „Krieg der Gelehrten", der auf beiden Seiten mit Verleumdungen, nationalistischen Schriften und Aufrufen ausgefochten wurde, mit seinem Ideal des moralischen wissenschaftlichen Menschen und einer internationalen Gelehrtenrepublik unvereinbar. Diese massive Bedrohung seiner mit universellem Anspruch vertretenen Wertvorstellungen forcierte sein erstmaliges Auftreten als mahnender Intellektueller. Dabei waren seine Reaktionen sehr verschieden, je nachdem ob er im gesellschaftlichen oder im wissenschaftlichen Bereich agierte.

Ein Beispiel dafür, wie Einstein im gesellschaftlichen Bereich auf Erfahrungen reagierte, die seinen Leitbildern widersprachen, ist sein 1915 verfasster Artikel „Meine Meinung über den Krieg". Fixiert auf das moralische Individuum machte er darin den Destruktionstrieb des Menschen und den durch die Schule anerzogenen Untertanengeist und Patriotismus für den Krieg verantwortlich. An bildungsbürgerlichen Vorstellungen einer Veredlung des Menschen durch Kultur war sein Appell orientiert, weitere Kriege dadurch zu verhindern, dass jeder einzelne in seinem Bereich die Habgier bekämpfen und den Patriotismus durch kulturelle Werte ersetzen solle:

> „Macht- und Habgier sollen wie in früheren Zeiten als verächtliche Laster behandelt werden, ebenso der Hass und die Streitsucht. [...] Jeder Wohlwollende sollte daran arbeiten, dass bei ihm selbst und in seiner persönlichen Umgebung in dieser Beziehung gebessert werde. Dann werden auch die schweren Plagen verschwinden, wie sie uns heute in so furchtbarer Weise heimsuchen."[76]

1915 trat Einstein dem pazifistischen „Bund Neues Vaterland" bei. In dessen Satzung von 1918 wurde die Entfaltung der Persönlichkeit „auf der Grundlage einer wahrhaft geistigen und moralischen Kultur"[77] als ein Hauptziel festgelegt, das durch eine sozialistische Republik und eine internationale Friedenspolitik erreicht werden sollte. Dabei lehnte der „Bund Neues Vaterland" den Klassen-

[75] Albert Einstein, Jüdische Gemeinschaft (1930), in: Ebenda, S. 91.
[76] Einstein, Meine Meinung über den Krieg, in: Kox/Klein/Schulmann (Hrsg.), The Collected Papers, Bd. 6, S. 211–213, hier S. 213.
[77] Zit. nach Wolf Zuelzer, Der Fall Nicolai, Frankfurt a. M. 1981, S. 252.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kampf ab und betrachtete die politische und ökonomische Strukturveränderung nur als Mittel zum Zweck[78]. Von dieser Mischung aus vager sozialistischer Philosophie und ausgeprägtem Individualismus fühlten sich auch die Schriftsteller Alfred Döblin, Wilhelm Herzog, Heinrich Mann und René Schickele angesprochen, mit denen der Physiker hier bzw. in der Nachfolgeorganisation des Bundes, der „Liga für Menschenrechte", in Kontakt trat. Auch wenn Einstein nur sporadisch an den Diskussionen und sonstigen Aktivitäten des Bundes teilnahm, bedeutete sein Beitritt zu der 1916 verbotenen Vereinigung doch einen mutigen Schritt, der ihn von der überwiegenden Mehrzahl der Professoren und insbesondere der Naturwissenschaftler trennte.

Während sich Einstein im gesellschaftlichen Bereich engagierte, anstatt sich wie andere Kriegsgegner in stillschweigender Ablehnung zurückzuziehen, zeigen seine Reaktionen auf den „Krieg der Gelehrten" das Spannungsverhältnis zwischen Einsteins Rolle als engagierter Intellektueller und seinem Selbstverständnis als gesellschaftsferner wissenschaftlicher Mensch. Seinen berüchtigsten Ausdruck fand dieser „Krieg der Gelehrten" in dem Aufruf „An die Kulturwelt!"[79] vom 4. Oktober 1914, in dem 93 „Vertreter deutscher Wissenschaft und Kunst" den Krieg und den deutschen Machtstaat mit dem Schutz deutscher Kultur legitimierten, die „ohne den deutschen Militarismus [...] längst vom Erdboden getilgt [wäre]"[80]. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehörten auch Einsteins Kollegen Fritz Haber, Max Planck, Walter Nernst, Emil Fischer und Conrad Röntgen. Als Gegenmanifest verfasste der Mediziner Georg Friedrich Nicolai zusammen mit Einstein 1914 einen „Aufruf an die Europäer"[81], der Wissenschaftler und Künstler auf die „gemeinsame Weltkultur" verpflichtete, die nationale Leidenschaften verbiete. Für Einsteins Leitbild des „wissenschaftlichen Menschen" bedeutete es einen schweren Rückschlag, dass nur zwei Wissenschaftler, nämlich der Astronom Wilhelm Förster und der Privatgelehrte Otto Buek, diesen Aufruf unterschrieben.

Die Enttäuschung darüber und die emotionale Bindung an die Gemeinschaft derjenigen, die seine kosmische Religiosität teilten, werden in einem Brief, den Einstein 1915 an den Physiker Paul Ehrenfest in Holland richtete, deutlich: „Ist nicht das Häuflein emsiger Denkmenschen unser einziges ‚Vaterland', für das unsereiner etwas Ernsthaftes übrig hat? Sollen auch diese Menschen Gesinnungen haben, die alleinige Funktion des Wohnortes sind?"[82] Obwohl sich diese Befürchtung bewahrheitete, hielt Einstein an seinem Leitbild des gesellschaftsfernen und moralischen wissenschaftlichen Menschen fest. Wie Versuche, sein Leitbild zu retten, muten seine Erklärungen für das nationalistische Verhalten der Wissenschaftler an. Er führte es auf den Einfluss der Propaganda zurück und betonte, dass „die offiziellen Äusserungen schlimmer als die Gesinnung des ein-

[78] Vgl. ebenda.
[79] Wiederabgedruckt in: Hans Wehberg, Wider den Aufruf der 93! Das Ergebnis einer Rundfrage an die 93 Intellektuellen über die Kriegsschuld, Charlottenburg 1920, S. 16 f.
[80] Ebenda, S. 16.
[81] Einstein, Über den Frieden, S. 22 f.
[82] Einstein an Paul Ehrenfest, 23. 8. 1915, in: Ebenda, S. 30.

VfZ 3
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zelnen [sind]"[83]. Darüber hinaus unterschied er zwischen den international denkenden „wahren Gelehrten" und ihren „weniger grossherzigen und selbständigen"[84] Kollegen. Gleichsam zum Schutz der Wissenschaftler vor gesellschaftlichen und politischen Einflüssen bemühte sich Einstein um die Wiederherstellung der internationalen Gelehrtenrepublik als autonomen, unpolitischen Bereich. Die Beziehungen zur Gesellschaft sollten sich darauf beschränken, dass die Wissenschaftler das geistige Klima für die Völkerversöhnung vorbereiten, indem sie durch ihre „Schöpfungen [...] den Menschengeist über die persönlichen und national-egoistischen Ziele erheben"[85]. Ausdrücklich wurde jede Politik ausgeschlossen. Mit seiner „Überzeugung, dass man in die wissenschaftlichen Bestrebungen keine Politik hineintragen [...] sollte"[86], erwies sich Einstein als – in politischer Hinsicht – typischer Naturwissenschaftler. Anders als im gesellschaftlichen Bereich reagierte er hier also nicht als Intellektueller, der für universelle Werte eintritt, was eine deutliche Stellungnahme etwa gegen die Mitwirkung von Wissenschaftlern am Gaskrieg zur Konsequenz hätte haben müssen. Überdies bedeutete seine eigene Arbeit am Kreiselkompass und als Konstrukteur für Flugzeugtragflächen während des Ersten Weltkriegs Mitarbeit an kriegsrelevanter Technologie, was er selbst aber offensichtlich nicht reflektierte[87]. In der Ausklammerung gesellschaftlicher und politischer Fragen aus dem Bereich der Wissenschaft wird sein Selbstverständnis als gesellschaftsferner wissenschaftlicher Mensch, den die „Flucht [...] aus dem Alltagsleben"[88] in den autonomen Bereich der Wissenschaft trieb, deutlich, das im Widerspruch zu seiner Rolle als engagierter Intellektueller stand. Einsteins öffentliches Eintreten für die Demokratie nach 1918 fand daher keine Entsprechung in einer Agitation unter den Gelehrten für die Republik.

Einstein in der Weimarer Republik: die Erfahrung einer pluralistischen Demokratie

Wenige Tage nach Kriegsende und der Revolution im November 1918 hielt Einstein auf einer Veranstaltung des „Bundes Neues Vaterland" eine Rede, die Rückschlüsse auf sein Demokratieverständnis erlaubt. Die beiden Grundvoraussetzungen für das Funktionieren einer Demokratie seien „de[r] Glaube an das gesunde Urteil und den gesunden Willen des Volkes und die willige Unterordnung unter"[89] diesen Willen, auch wenn er dem eigenen widerspricht. Hier stellt sich die Frage, warum dieser Glaube so wichtig war, den Einstein eigentlich kaum teilte? Bereits

[83] Ebenda, S. 78 f. Siehe auch Einstein an Hendrik A. Lorentz, 21. 9. 1919, in: Ebenda, S. 53.
[84] Einsteins Beitrag vom September 1920 für den Erinnerungsband des New Yorker Gesellig-Wissenschaftlichen Vereins, in: Ebenda, S. 59 f.
[85] Ebenda, S. 60.
[86] Einstein an Hendrik A. Lorentz, 16. 8. 1923, in: Ebenda, S. 82.
[87] Siehe Fölsing, Albert Einstein, S. 446–451.
[88] Einstein, Mein Weltbild, S. 108.
[89] Einstein, Über den Frieden, S. 44. Sehr wahrscheinlich wurde diese Rede auf einer Versammlung des Bundes Neues Vaterland am 13. 11. 1918 gehalten; vgl. Hubert Goenner/Giuseppe Castagnetti, Albert Einstein as Pacifist and Democrat during World War I, in: Science in Context 9 (1996), Nr. 4, S. 325–386, hier S. 363.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1915 hatte er seine Beobachtung über die Manipulierbarkeit des Volkes in dem Zitat zusammengefasst: „vox populi, vox Rindvieh"[90]. Die Vermutung liegt nahe, dass Einstein einen gesunden Volkswillen postulierte, weil für ihn eine Unterordnung unter einen Mehrheitsbeschluss, der seinen universellen Werten zuwiderlief, nicht akzeptabel war. In der Festlegung des Volkes auf einen gesunden Willen spiegelt sich Einsteins harmonische Gesellschaftskonzeption, in der sich die Individuen am Allgemeinwohl orientieren. Für soziale Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Werten, für Pluralismus[91] also, war darin kein Platz.

Einsteins nichtpluralistisches Demokratieverständnis wurde deutlich, als ab 1919 die ökonomische, soziale und politische Krise zu Verteilungskämpfen, Aufständen und einem erneuten Militarismus und Nationalismus führte und damit sein Ideal einer harmonischen Gesellschaft desavouierte. Anstatt vom „gesunden Willen des Volkes" sprach er jetzt vom „gemeine[n] Pöbel", der „durch Massensuggestion"[92] und „dumpfe Leidenschaften"[93] geleitet werde und durch Schule und Presse zum „willenlosen Werkzeug"[94] von Interessengruppen gemacht werden könne. Als Interessengruppen erscheinen in Einsteins Schriften – und das durchweg negativ – nur die „geschäftlichen und politischen Interessenten", wozu er auch die Regierenden zählte, die in der Regel durch ihre politische Macht korrumpiert seien[95] und die den „gesunde[n] Sinn der Völker [...] systematisch korrumpier[en]"[96]. Ihnen stellt Einstein die „Wohlwollenden und Besonnenen" und „geistig und moralisch Hochstehenden" gegenüber, die zu allgemeinwohlorientiertem Handeln fähig seien[97].

Einstein zwischen Politik und Moral

Interessenkonflikte wurden von Einstein somit nicht als legitim anerkannt und in geregelte politische Bahnen verwiesen, sondern moralisch verworfen[98]. Seine Abwertung interessegeleiteten politischen Handelns als moralische Verfehlung lief letztlich auf eine Entgegensetzung von Politik als Austrag von Interessenkonflikten einerseits und Moral andererseits hinaus. Besonders deutlich wird dies an seiner Reaktion auf die Herrenhauspläne Kurt Hillers. Bereits 1914 hatte Hiller als Mitorganisator der Intellektuellenbewegung des Aktivismus den moralischen

[90] Einstein an Hendrik A. Lorentz, 2. 8. 1915, in: Einstein, Über den Frieden, S. 30.
[91] Siehe Werner Fuchs, Pluralismus, in: Lexikon zur Soziologie, hrsg. v. Werner Fuchs u. a., Opladen 1988, S. 576. Siehe auch W. Steffani, Pluralismus, in: Wörterbuch der Soziologie, hrsg. v. Wilhelm Bernsdorf, Stuttgart 1969, S. 807–811.
[92] Einstein an Marie Curie, 25. 12. 1923, in: Einstein, Über den Frieden, S. 83.
[93] Einsteins Beitrag für das „Liber Amicorum" zu Romain Rollands 60. Geburtstag am 29. 1. 1926, in: Ebenda, S. 97.
[94] Einstein an Sigmund Freud, 30. 7. 1932, in: Ebenda, S. 206.
[95] Einstein an Jacques Hadamard, 24. 9. 1929, in: Ebenda, S. 118, sowie Einstein, Mein Weltbild, S. 54 f.
[96] Ebenda, S. 9. Siehe auch Einstein, Über den Frieden, S. 129.
[97] Einstein an Paul Ehrenfest, Dezember 1914, in: Einstein, Über den Frieden, S. 20. Siehe auch Einsteins Presseerklärung vom 23. 5. 1932, in: Ebenda, S. 185.
[98] Vgl. Karl Rohe, Politik. Begriffe und Wirklichkeiten, Stuttgart/Berlin/Köln 1994, S. 131–135.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Führungsanspruch der Intellektuellen ins Politische übertragen. In Orientierung an Nietzsches Lehre vom Übermenschen postulierte er eine Geistesaristokratie, die sich durch schöpferische Kraft und ihr leidenschaftliches Engagement für „das Gute, [...] die Gerechtigkeit, die Vernunft" auszeichnet[99]. Von hier aus war es nur ein kleiner Schritt zur Ablehnung der Demokratie als Kompromiss partikularer Interessen und als „Herrschaft der Mittelmäßigen"[100]. Zwar solle das Volk sich selbst regieren, aber nicht durch Interessencliquen und „Politikerkonzerne", denn wirklich „repräsentiert" werde es nur durch seine über den Einzelinteressen und Klassen stehenden „Besten"[101].

Nach einer Unterredung Mitte 1918 schickte Hiller dem Physiker seine Broschüre „Ein Deutsches Herrenhaus" zu, in der eine solche aristokratische Regierung der „geistigen Führer"[102] gefordert wurde. Mit Bezug auf Jean-Jacques Rousseau argumentierte Hiller, dass erst durch das „Machthabertum des Geistes" bzw. „des geistigen Menschen"[103] die Vernunft politisch umgesetzt und ein Weltfriedensbund geschaffen werden könne. In seiner Antwort lehnte Einstein diesen Führungsanspruch und damit die „Diktatur der Tugendhaften" ab, weil die Konzentration der Macht auf eine kleine Gruppe diese zwangsläufig zu „Macht- bzw. ‚Real'-Politikern" korrumpieren werde, „die sich [...] auf den Grundsatz einigen, dass die Privatmoral für die Beziehungen zwischen Staaten und Völkern keine Bedeutung habe [...]"[104]. Es ist wahrscheinlich, dass er sich hierbei auf den Aufsatz von Ernst Troeltsch „Privatmoral und Staatsmoral" von 1916 bezog, der einen Unterschied machte zwischen der humanitären Privatmoral des Individuums und der Staats- oder politischen Moral. Letztere orientiere sich an den „realistischen Interessen des Staates, der nun einmal Macht ist und Macht sein muss, um sich selbst zu erhalten und zu schützen [...]"[105].

Einsteins Ablehnung einer politischen Handlungsträgerschaft der Intellektuellen mit der Begründung einer Korruption durch die Macht beleuchtet erstens sein Politikverständnis, das eng, wenn auch diffus, an die Begriffe „Staat", „Regierung", „Macht", „Gewalt" geknüpft ist[106]. Darin stimmt sein Politikverständnis mit der Definition Max Webers überein, die Politik als „Streben nach Machtanteil [...], sei

[99] Kurt Hiller, Ein Deutsches Herrenhaus (1918), in: Ders., Verwirklichung des Geistes im Staat, Leipzig 1925, S. 80–119, hier S. 117. Siehe auch Juliane Habereder, Kurt Hiller und der literarische Aktivismus, Frankfurt a. M./Bern 1981, S. 67 f., S. 129 u. S. 172.

[100] Kurt Hiller, Taugenichts/Tätiger Geist/Thomas Mann (1916), in: Ders., Verwirklichung des Geistes im Staat, S. 52 ff., hier S. 60.

[101] Hiller, Ein Deutsches Herrenhaus, in: Ders. Verwirklichung des Geistes im Staat, S. 102 u. S. 105. Siehe auch ebenda, S. 86 f.

[102] Ebenda, S. 107.

[103] Ebenda, S. 82.

[104] Einstein an Kurt Hiller, 9. 9. 1918, in: Einstein, Über den Frieden, S. 42.

[105] Ernst Troeltsch, Privatmoral und Staatsmoral, in: Die Neue Rundschau 27 (1916), S. 145–169, hier S. 154. Siehe auch Goenner/Castagnetti, Albert Einstein as Pacifist, S. 325–386, hier S. 377.

[106] Zur semantischen „Verengung des Politikbegriffs zur Machtkunst" vgl. Volker Sellin, Politik, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 789–874, hier S. 831 ff. Zum deutschen Politikverständnis im 19. und

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen"[107] charakterisiert. Als solche lehnte Einstein Politik ab, ohne diesem Politikverständnis in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre ein anderes, positives entgegensetzen zu können[108]. In seiner Antwort an Hiller sprach sich der Physiker für eine vollständige Demokratisierung Deutschlands aus, weil nur sie eine „weitgehende Dezentralisierung des Machtwillens"[109] garantiere. Damit erhob Einstein, so paradox es zunächst klingt, eine konkrete politische Forderung, um die Politik als Streben nach Macht im Staat weitgehend zu reduzieren.

Zweitens lässt Einsteins Antwort auf ein ambivalentes Verhältnis zu den politischen Institutionen in einer Demokratie schließen. Einerseits sprach er sich gegenüber Romain Rolland 1917 für ein starkes Parlament, von dessen Mehrheit die Regierung abhängig sein sollte, aus. Auch Einsteins Brief an Arnold Sommerfeld vom 14. Januar 1922 gibt Hinweise darauf, dass er die Notwendigkeit von Parteien als Organe der politischen Willensbildung in großen politischen Gemeinwesen durchaus sah[110]. Andererseits räumte er in seiner Antwort an Hiller ein, dass eine solche Verfassung nach westlichem Vorbild auch große Mängel habe, ohne diese allerdings konkret zu benennen. Einsteins Fixierung auf das allgemeinwohlorientierte Individuum und seine Ablehnung von Interessengruppen und Machtbestrebungen lassen jedoch vermuten, dass er Parteien als Vertretungen partikularer Interessen und ein Parlament als Austragungsort von Interessenkonflikten ablehnte. Diese Vermutung wird durch Einsteins Vorschläge in der Parlamentskrise von 1930, auf die später noch eingegangen wird, bestärkt.

Drittens erklären Einsteins Ausführungen zur Korruption durch Macht und sein Politikverständnis, warum er selbst keiner Partei beitrat[111] und keine direkte politische Verantwortung übernahm. In der Terminologie Webers könnte man ihn als „Gesinnungsethiker" bezeichnen, der sich damit begnügt, „dass die Flamme der reinen Gesinnung, die Flamme z. B. des Protestes gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung, nicht erlischt. Sie stets neu anzufachen ist der

20. Jahrhundert vgl. Ernst Vollrath, Politik, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 7, Basel 1989, S. 1056–1072.

[107] Max Weber, Politik als Beruf (1919), in: Horst Baier u. a. (Hrsg.), Max Weber Gesamtausgabe, Bd. 17, Tübingen 1992, S. 157–252, hier S. 159.

[108] Nur 1921 wird einmal ein Verständnis von Politik als praktische Umsetzung ethischer Ziele deutlich, wenn er den tschechoslowakischen Präsidenten Masaryk für den Friedensnobelpreis vorschlägt, weil dieser „niemals seine edlen Überzeugungen einer Erfolg verheißenden Realpolitik geopfert" habe. Einstein an das Nobel-Komitee, 19. 1. 1921, in: Einstein, Über den Frieden, S. 60.

[109] Einstein an Kurt Hiller, 9. 9. 1918, in: Ebenda, S. 42.

[110] Vgl. Einstein an Romain Rolland, 22. 8. 1917, in: Ebenda, S. 39, und Albert Einstein und Arnold Sommerfeld, Briefwechsel, hrsg. v. Armin Hermann, Basel/Stuttgart 1968, S. 98.

[111] Vgl. Einsteins Richtigstellung, dass er weder ein Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei noch des Demokratischen Volksbunds sei. „Die neue Demokratische Partei", in: Berliner Tageblatt, 19. 11. 1918, Nr. 592, S. 4, zit. nach Goenner/Castagnetti, Albert Einstein as Pacifist, S. 365.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zweck seiner, vom möglichen Erfolg her beurteilt, ganz irrationalen Taten, die nur exemplarischen Wert haben können und sollen."[112]

Geht es dem Gesinnungsethiker darum, seine Ideale kompromisslos zu propagieren, ohne die Voraussetzungen und Folgen ihrer Umsetzung berücksichtigen zu müssen, so stellt im Gegensatz dazu der „Verantwortungsethiker" die Unvollkommenheit der Menschen und die Konsequenzen seines Handelns in Rechnung. Über diese Last der Verantwortung schrieb Einstein am 5. April 1933 an den Astronomen Willem de Sitter, „dass die politischen Führer eigentlich alle Pathologen sein müssten, da ein normaler Mensch keine so ungeheure Verantwortung tragen könne, wenn er die Konsequenz seiner Entschlüsse und Handlungen so wenig überschauen könne"[113]. Von einer Übernahme direkter politischer Funktionen hielten Einstein sowohl diese Last der Verantwortung als auch die Zweifel an der Vereinbarkeit von Macht und Moral und die Furcht vor Kompromissen und Korrumpierung ab.

Einsteins politisch-moralisches Engagement[114] erstreckte sich daher vor allem auf Appelle sowie Mitgliedschaften in zahlreichen Vereinigungen, von denen er mit wachsenden Ruhm häufig umworben wurde, den Vorsitz oder einen Platz im Kuratorium einzunehmen. Bei aller Verschiedenheit in den Zielsetzungen, die humanitären, speziell pazifistischen Anliegen oder der internationalen Verständigung durch kulturellen Austausch galten, war allen Vereinigungen ihre oftmals explizit erklärte überparteiliche Ausrichtung gemeinsam. Dies gilt auch für die „Gesellschaft der Freunde des Neuen Russland", die kulturellen Zielen diente, oder für die „Rote Hilfe", die nicht nur der kommunistischen Partei nahe stand, sondern sogar von ihr gegründet worden war. In dem von Einstein unterzeichneten Appell, die „Rote Hilfe" in ihrem Engagement für politische Gefangene und Kinderheime zu unterstützen, hieß es ausdrücklich: „Die Rote Hilfe Deutschlands ist eine überparteiliche Organisation."[115] Als weitere Unterzeichner finden sich daher auch linksliberale oder -demokratische Persönlichkeiten wie Thomas und Heinrich Mann oder der Bankier Hugo Simon. Dementsprechend lehnte Einstein die Mitgliedschaft in Vereinigungen ab, die ihm parteipolitisch gebunden erschienen, seien sie nun pro- oder antikommunistisch, um im Dienste und im Interesse seiner Ideale „eine politisch neutrale Position zu behaupten"[116]. Mit

[112] Weber, Politik als Beruf, in: Baier u. a. (Hrsg.), Max Weber Gesamtausgabe, Bd. 17, S. 238.

[113] Einstein, Briefe, S. 53.

[114] Vgl. Anton Reiser [Rudolf Kayser], Albert Einstein, New York 1930, S. 151.

[115] Die Menschenrechte. Organ der Deutschen Liga für Menschenrechte, 1. 12. 1926, S. 10. Der Appell erging von der Deutschen Liga für Menschenrechte, in der Einstein Mitglied war. Wenn Grundmann, Einsteins Akte, S. 409, es aus heutiger Sicht als „sensationelle(n) und geradezu skandalöse(n) Vorgang" betrachtet, dass Einstein diese Unterschrift leistete, dann übersieht er genau die erklärte Überparteilichkeit der Hilfsorganisation.

[116] Einstein an das prosowjetische deutsche „Komitee gegen imperialistische Kriege", 29. 9. 1932, in: Einstein, Über den Frieden, S. 198. Siehe auch Einsteins Brief an Graf Richard N. Coudenhove-Kalergi, 6. 7. 1932, in dem er seine Teilnahme an einen Kongress der Paneuropa-Union ablehnt, da Coudenhove-Kalergi eine antisowjetische Haltung eingenommen habe (ebenda, S. 220).

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausnahme seiner eigenen Wahlbeteiligung[117] gab Einstein seine Distanz zu politischen Parteien nur einmal, im Vorfeld der Reichstagswahl vom Juli 1932, auf – worauf noch einzugehen sein wird.

Ein instruktives Beispiel dafür, wie Einstein reagierte, wenn seine Ideale mit den Methoden zu ihrer Umsetzung im Widerspruch standen und sich die Frage der politisch-moralischen Verantwortung stellte, sind seine Stellungnahmen zum Kommunismus. In Einsteins Brief an seinen Sohn Hans-Albert vom 5. Juni 1929 wird deutlich, dass der Physiker durchaus die Unvollkommenheit der Menschen, ihren Egoismus und ihr Konkurrenzdenken in Rechnung stellte und sich deshalb lieber auf die Propagierung seiner Ideale beschränkte, als ihre folgenschwere politische Umsetzung zu betreiben: „Ich bin ganz rot geblieben. Wenn ich einen guten Weg wüsste möcht ich gleich ‚Bolschewismus' machen. Aber die Menschen sind ein verteufelt schwieriges Material!"[118] Nach einer anfänglichen unreflektierten Zustimmung zu den „Bolschewiker[n] [...], so komisch ihre Theorien sind"[119], differenzierte er zunehmend zwischen dem kommunistischen Ideal und der Praxis. Aus der Beobachtung der UdSSR ergab sich für ihn, dass Planwirtschaft zu Leistungsverfall und das Prinzip der Kaderpartei zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und zur Korruption der Machteliten führe[120]. Gegen diese Methode sprach er sich daher explizit aus und lehnte alle Stellungnahmen ab, die eine Glorifizierung der UdSSR beinhalteten[121]. Unter diesem Vorbehalt pries er Lenin als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und „Erneuerer des Gewissens der Menschheit"[122] und sprach sich weiterhin für das kommunistische Ideal einer herrschaftsfreien, klassenlosen Gesellschaft aus, das er mit seinem Modell einer harmonischen Gemeinschaft selbstbestimmter Individuen in Übereinstimmung sah. Dass dieser Sympathie keine intensive Auseinandersetzung mit den Schriften von Marx und Engels zugrunde lag, die den Auffassungen Einsteins etwa in Hinblick auf die Diktatur des Proletariats durchaus widersprachen, hat nicht nur Einsteins Kollege und Freund Max Born festgestellt[123].

[117] Bis Ende 1926 ging Einstein nicht zur Wahl, da er polizeilich als Schweizer und damit nicht in den Wählerlisten geführt wurde; vgl. Grundmann, Einsteins Akte, S. 278.

[118] Diese Briefstelle wurde von der Verfasserin in einer Auktion von Briefen Einsteins bei Christies, Los 65, am 12. 11. 1996 in Berlin eingesehen und abgeschrieben; vgl. Christies Katalog, The Einstein family correspondence. London 1996, S. 69; vgl. auch Einstein, Mein Weltbild, S. 75: „Egoismus und Konkurrenz sind (leider!) stärkere Kräfte als Gemeinsinn und Pflichtgefühl. In Rußland soll man kein ordentliches Stück Brot bekommen."

[119] Einstein an Max Born, 27. 1. 1920, in: Albert Einstein/Max Born, Briefwechsel 1916–1955, München 1991, S. 43.

[120] Vgl. Einstein an Henri Barbusse, Juni 1932, in: Einstein, Über den Frieden, S. 195, Einstein in der New York Times vom 17. 5. 1925, in: Ebenda, S. 93, und Einstein an Michele Besso, 21. 10. 1932, in: Albert Einstein/Michele Besso, Correspondance 1903–1955, Paris 1972, S. 290.

[121] Vgl. Einstein an Henri Barbusse, Juni 1932, in: Einstein, Über den Frieden, S. 195, und Einstein an die „Freunde der Sowjetunion", 30. 6. 1929, in: Ebenda, S. 115.

[122] Einsteins Stellungnahme für die Liga der Menschenrechte „zu Lenins Todestag" vom 6. 1. 1929, zit. nach Pais, Ich vertraue auf Intuition, S. 225.

[123] Vgl. Einstein/Born, Briefwechsel, S. 46.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Allerdings war es Einstein nicht in jedem Fall möglich, die Trennung zwischen Ideal und praktischer Umsetzung aufrechtzuerhalten und damit die Frage der politisch-moralischen Verantwortung zu umgehen und seine Rolle als überparteiliche Orientierungsinstanz zu wahren. Ein Beispiel hierfür ist seine Unterschrift unter einen Protest von 1930 gegen die Erschießung sowjetischer Wissenschaftler, die ohne Gerichtsverhandlung der Sabotage für schuldig befunden worden waren. Am 5. Oktober 1930 hatte Planck eine diesbezügliche Erklärung an Einstein geschickt und ihn um seine Unterschrift gebeten. Bereits fünf Tage später erklärte sich Einstein in einem Brief an Planck zur Unterschrift bereit, da ihm von seinem zwar „nicht objektiv[en]", aber ehrlichem Gewährsmann Prof. Simon Frank bestätigt worden sei, dass die Anschuldigungen gegen die Wissenschaftler falsch und politisch motiviert seien[124]. Dieser Protest rief nun die beißende Kritik des Schriftstellers Maxim Gorki hervor, der den Unterzeichnern vorwarf, sich an der Hetze der kapitalistischen Ausbeuter im Westen gegen die UdSSR zu beteiligen. Mit ihrem Protest würden sie die sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten und den Militarismus in ihren Staaten decken, während in der UdSSR mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung „ein Hindernis für das Wachstum der allgemeinen menschlichen Kultur" beseitigt worden sei, „wovon Sie [die Unterzeichner] platonisch träumen"[125]. Damit war Einstein die Möglichkeit genommen, zwischen Werten und ihrer Umsetzung zu trennen. Er musste sich entscheiden, ob er den Werten oder seinen verantwortungsethischen Bedenken hinsichtlich der Methode den Vorzug geben wollte. Nachdem ihm auch noch der sowjetische Physiker Abraham Joffe dargelegt hatte, dass der Vorfall nur als Anlass für eine Diffamierung der Sowjetunion gedient habe, zog Einstein im Herbst 1931 seine Unterschrift öffentlich zurück, da er durch seine Gewährsleute unzutreffend informiert worden sei[126].

Auf die scharfe Kritik russischer Emigranten, dass Einstein mit diesem Rückzug „barbarische Regierungsmethoden"[127] rechtfertige, konnte er nur ausweichend antworten, er billige die in Russland geübten Methoden keineswegs. Andererseits habe er aber „grossen Respekt vor den hohen Zielen [...] und vor dem hohen Idealismus", mit dem versucht werde, in Russland sozial gerechtere Zustände herbeizuführen. Seinen Protest habe er zurückgezogen, um „diejenigen, welche alle Kräfte ehrlich in den Dienst einer guten Sache gestellt haben, nicht [zu] verbittern"[128]. Erst vor dem Erfahrungshintergrund der Jahre vor 1933 hielt Einstein die Trennung zwischen Idee und Methode zu ihrer Verwirklichung nicht mehr aufrecht und bekannte sich in einem Interview 1933 als überzeugter Demokrat

[124] Jewish National and University Library, Jerusalem (künftig: JNUL), Einstein Archives, 19-344, und JNUL, Einstein Archives, 19-346. Ich verdanke diese Quelle Giuseppe Castagnetti.
[125] Maxim Gorki, An die Humanisten! In: Das Neue Russland 8 (Jan. 1931), S. 27–30, hier S. 30.
[126] Vgl. „Professor Einstein über die Sowjetunion", in: Ebenda (Nov. 1931), S. 40; Abraham F. Joffe, Begegnungen mit Physikern, Leipzig 1967, S. 93.
[127] Joseph Buschansky an Einstein, 3. 10. 1931, in: JNUL, Einstein Archives, 45-727. Siehe auch den Brief von Buschansky an Einstein vom 25. 9. 1931, in: JNUL, Einstein Archives, 45-724.
[128] Einstein an Joseph Buschansky, 30. 9. 1931, in: JNUL, Einstein Archives, 45-726.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und „Feind des Bolschewismus wie des Faschismus. Ich bin gegen alle Diktaturen."[129]

Dass Einsteins moralische Sichtweise und Bewertung den komplexen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen nicht – oder nicht immer – gerecht werden konnte, ist bereits von Zeitgenossen angemerkt worden[130]. In der Rückschau von 1955 führte der Physiker Werner Heisenberg diese moralische Haltung zu politischen Fragen auf Einsteins Verwurzelung im Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts zurück:

> „Er [Albert Einstein] war durch seine Entwicklungsjahre mit dem Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts verknüpft, und in seinen Aufsätzen spiegelt sich das Bild einer Welt, die [...] immer besser werden konnte, wenn die Menschen bereit waren, sich von ihren früheren Vorurteilen zu lösen und sich auf ihre Vernunft zu verlassen. Einstein war trotz schlimmer Erfahrungen nicht bereit, sich von diesem Wunschbild zu trennen. In der politischen Sphäre äußerte sich diese Haltung in einem fast naiven Glauben an die Möglichkeit, politische Probleme durch den guten Willen allein zu lösen."[131]

Der Fixierung Einsteins auf das moralische Individuum entsprachen seine Vorschläge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Sie zielen auf die Erziehung und „Veredlung der Menschen" durch geistig-moralische Vorbilder, durch die Kunst und die Beschäftigung mit der Wissenschaft ab[132]. Das Problem, dass die Wissenschaften, wie etwa die theoretische Physik, kaum mehr einem breiteren Adressatenkreis zugänglich und für dessen Persönlichkeitsbildung fruchtbar zu machen waren, blendete Einstein aus. Und obwohl er sich eingestehen musste, dass die idealistische Idee einer „ästhetischen Erziehung des Menschengeschlechts" durch die Entwicklung in der modernen Kunst obsolet geworden war, gab er diese Idee nicht auf, sondern klagte, dass „Malerei und Musik [...] deutlich degeneriert [sind] und [...] ihre Resonanz im Volke weitgehend verloren [haben]"[133]. Darüber hinaus setzte sich Einstein in der Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit 1930 aktiv für die Verbesserung der Primär- und Sekundärerziehung ein und trat selbst als Redner in Bildungsveranstaltungen auf.

Wie sein Brief an Maxim Gorki von 1932 zeigt, hatte die Erziehung des Individuums für Einstein eindeutig Vorrang vor der Veränderung der sozialen und politi-

[129] Einstein, Über den Frieden, S. 250.

[130] Vgl. Joffe, Begegnungen mit Physikern, S. 93; vgl. auch Willy Hellpachs rückblickende Einschätzung von 1953 in: Einstein, Mein Weltbild, S. 193 f.; Einsteins Entwurf für eine Rede am 3. 10. 1933 auf dem Meeting des Refugee Assistance Funds in London, in: Einstein, Über den Frieden, S. 256: „Nationalismus ist nach meiner Meinung nicht mehr als ein idealistischer Unterbau für den militärischen bezw. aggressiven Geisteszustand eines Volkes."

[131] Werner Heisenberg, Schritte über Grenzen. Gesammelte Reden und Aufsätze, München 1971, S. 17.

[132] Einstein, Wie ich die Welt sehe, in: Einstein, Mein Weltbild, S. 14: Zwar sei es „richtig, dass die Ergebnisse der Forschung den Menschen nicht veredeln und bereichern, wohl aber das Streben nach dem Verstehen, die produktive und rezeptive geistige Arbeit".

[133] Ebenda, S. 12.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Strukturen, um zu einer herrschaftsfreien und sozial gerechten Gesellschaft selbstbestimmter Persönlichkeiten zu gelangen: „Möge Ihr Werk veredelnd auf die Menschen wirken, wie sich auch immer die Formen der politischen Organisation gestalten mögen. Für das Schicksal entscheidend wird es immer bleiben, was der Einzelne fühlt, will und tut. Deshalb wird auf die Dauer die Erziehung des Menschen stets mehr das Werk der Künstler als der Politiker sein."[134]

Dementsprechend werden die ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen von Einstein nicht danach bewertet, wie sie das Zusammenleben regeln. Wichtiger war ihm, inwieweit sie die Entfaltung zu seinem idealistischen Persönlichkeitsideal zulassen. 1930 setzte sich Einstein mit der Krisensituation auseinander, die u. a. durch die Weltwirtschaftskrise, die Gefährdung der parlamentarischen Republik und die Bedrohung der Demokratie durch totalitäre Ideologien gekennzeichnet war. Die „gegenwärtigen Verfallserscheinungen" führte er darauf zurück, dass der technische und wirtschaftliche Fortschritt zu einem verschärften Daseinskampf und zur Fremdbestimmung geführt habe, die die Entwicklung des Individuums behinderten. In seiner Klage, dass der zunehmende Organisationsgrad und die Arbeitsteilung und -intensivierung die Entwicklungsmöglichkeiten des Individuums beschränkt und „Organisation [...] die Führernaturen [in Technik, Wissenschaft und Kunst] ersetzt"[135] habe, mischen sich hellsichtige Modernisierungskritik und ein in der Weimarer Republik weit verbreiteter bildungsbürgerlicher, an der herausragenden Persönlichkeit orientierter Kulturpessimismus. Einsteins Lösungsvorschlag bestand in einer planvollen Verteilung der Arbeit, damit wieder genug Muße für die Persönlichkeitsbildung bleibe. Die Frage, inwieweit sein Persönlichkeitsideal zeitgemäß sei, da die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und ihr erreichter Organisationsgrad sich nicht ohne weiteres rückgängig machen ließen, stellte sich Einstein nicht. Ebenso wenig akzeptierte er die Ausdifferenzierung der Wissenschaft. Orientiert an der Vorstellung eines „Ganze[n] der Wissenschaft" als Weltbild, das für die Persönlichkeitsbildung fruchtbar zu machen sei, verurteilte er die Spezialisierung, die „den Forscher [...] zum Handlanger degradiert"[136].

Anfang der 1930er Jahre zeichnete sich ein Wandel in Einsteins Engagement ab, der den Erziehungs- und Führungsanspruch der Intellektuellen stärker hervortreten ließ. Die Lösung dringender Probleme, wie das der Abrüstung, erwartete er nun nicht mehr von der langfristigen Durchsetzung seines Persönlichkeitsideals, sondern von der Aufklärung und Mobilisierung der Massen. Offenbar war Einsteins Vertrauen in die Politik auch demokratisch gewählter Regierungen sehr gering, da die Regierenden zum einen die Repräsentanten der in überlebten Traditionen befangenen Völker seien und zum anderen der Korruption durch die Macht erlägen[137]. Die Aufgabe, die Massen aufzuklären und zu mobili-

[134] Einstein an Maxim Gorki, 29. 9. 1932, in: Einstein, Über den Frieden, S. 221.
[135] Einstein, Wie ich die Welt sehe, in: Einstein, Mein Weltbild, S. 12.
[136] Albert Einstein, Zum 70. Geburtstag von Arnold Berliner (1932), in: Einstein, Mein Weltbild, S. 33.
[137] Vgl. Einstein an die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, 3. 7. 1930, in: Einstein, Über den Frieden, S. 124, sowie Einstein an J. Hadamard, 24. 9. 1929, in: Ebenda, S. 118.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sieren, übertrug er den „geistigen Führer[n] aller Länder"[138]. Dazu schlug er eine „radikal-pazifistische Vereinigung angesehener Schriftsteller, anerkannter Künstler und Gelehrter"[139] unter der Leitung des Physikers Paul Langevin vor, die „durch die Presse politischen Einfluss in [...] Fragen der Abrüstung, Sicherheit usw." gewinnen sollte[140]. Der Schwerpunkt in der sozialen Rollenzuschreibung der Künstler und Wissenschaftler durch Einstein verlagerte sich damit von der indirekten „Veredlung" auf das direkte moralisch-politische Engagement.

Die Erfahrung, dass nicht moralische Individuen, sondern konkurrierende Interessengruppen und Organisationen die Gesellschaft bestimmen, führte also nicht dazu, dass Einstein sein Gesellschaftsbild in Frage stellte. Nur die Handlungsmuster veränderten sich; sie blieben aber weiterhin auf das selbstlose Individuum bezogen, indem die moralisch Fortgeschrittenen nun die Führung und Erziehung der Massen übernehmen sollten. Einsteins Brief an Sigmund Freud vom Anfang der dreißiger Jahre verdeutlicht gleichermaßen sein Selbstverständnis als Mitglied einer solchen Elite, die allgemeingültige Werte vertritt, wie sein nichtpluralistisches Demokratieverständnis: „Die politischen Führer bzw. Regierungen verdanken ihre Stelle teils der Gewalt, teil der Wahl durch die Masse. Sie können nicht als eine Vertretung des geistig und moralisch höherstehenden Teiles der Nationen angesehen werden. Die geistig Elite übt aber heute keinen direkten Einfluss auf die Geschichte der Völker aus."[141]

Dies sollte durch die Bildung einer internationalen „geistige[n] Gemeinschaft" geändert werden, die „durch Stellungnahme in der Presse [...] auf die Lösung politischer Fragen einen bedeutenden und heilsamen moralischen Einfluss" gewinnt[142].

Von der Weimarer Demokratie zur „plebiszitären Führerdemokratie"

Diese Elitenkonzeption und die Geringschätzung der „Masse" teilte Einstein mit zahlreichen Linksintellektuellen der Weimarer Republik. Zwar war „allen linken Philosophen die radikaldemokratische Idee einer Gemeinschaft, die die Selbstbestimmung des Einzelnen in Freiheit ermöglicht, gemeinsam"[143]; sie sollte aber primär durch eine intellektuelle Elite umgesetzt werden. Zusammenfassend stellt Norbert Schürgers zu den Basistheoremen sozialistischer und liberaler Philosophien deshalb fest, dass sich „bei fast allen [...] die bornierte Überzeugung von der Ignoranz der Massen mit dem naiv-gefährlichen Glauben an die moralische Integrität und die (All-)Macht der intellektuellen Elite" paarte[144]. Auch in dem 1930 in deutscher Übersetzung erschienenen Buch „Der Aufstand der Massen"

[138] Einstein an die Tagung der Internationale der Kriegsdienstverweigerer (1931), in: Ebenda, S. 158.
[139] Einstein an Victor Margueritte, 19. 10. 1932, in: Ebenda, S. 199.
[140] Einstein an Maurice Solovine, 20. 11. 1932, in: Ebenda, S. 200.
[141] Ebenda, S. 203.
[142] Ebenda.
[143] Norbert J. Schürgers, Politische Philosophie in der Weimarer Republik, Stuttgart 1989, S. 15.
[144] Ebenda, S. 47.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von José Ortega y Gasset, mit dem Einstein bereits 1923 in Toledo zusammengetroffen war, ist die „Einteilung der Gesellschaft in Masse und Elite [...] keine Einteilung nach sozialen, sondern nach menschlichen Kategorien"[145]. Insbesondere viele Vertreter des Liberalismus, die das Individuum ins Zentrum ihrer gesellschaftspolitischen Modelle stellten und von erheblichen (Wert-)Unterschieden zwischen den Menschen ausgingen, entwickelten eine „nahezu panische Angst vor der ‚Masse'"[146], die das Individuum zu ersticken drohe.

Dass dieses Denkmuster gerade im deutschen Bildungsbürgertum weit verbreitet war, verwundert angesichts seines Selbstverständnisses als kulturtragende Wertelite nicht. Bereits um 1900 waren hier alternative Gesellschaftsentwürfe diskutiert worden, um den geistigen und gesellschaftlichen Führungsanspruch der Gebildeten und die bedroht geglaubte „Persönlichkeit" gegen parteipolitischen Interessenegoismus, einen massendemokratisch verankerten Gleichheitsanspruch und eine pluralistische Gesellschaft zu verteidigen. Auf diese Weise wurden die „Herrschaft der Besten" und die „Aristokratie des Geistes" zu Schlüsselbegriffen im bildungsbürgerlichen Diskurs der Vorkriegsjahre[147]. Nach der Revolution von 1918 sah sich die Mehrheit der Gebildeten ebenso wie der kritischen Intellektuellen noch stärker in ihrem elitären Selbstverständnis bedroht[148]. Tendenziell führte dies nicht zur Preisgabe, sondern zur Verteidigung ihrer Führungs- und Erziehungsansprüche gegenüber den Massen und zur verstärkten Forderung nach größtmöglicher Freiheit für die Entfaltung der schöpferischen Persönlichkeit, die durch Organisationen, durch „Vermassung" und „Nivellierung" gefährdet sei. Die damit verbundene Idealvorstellung einer nicht-pluralistischen, von sozialen Spannungen und politischen Konflikten freien „Volksgemeinschaft" korrespondierte mit den Erwartungen breiter Bevölkerungskreise, die politisch desorientiert, sozial desintegriert und durch die wirtschaftliche Not verunsichert waren. Im Zusammenhang damit stand die im Deutschland der zwanziger Jahre weit verbreitete Hoffnung auf einen „Führer", der die konfliktfreie Volksgemeinschaft herbeiführen sollte[149].

Mit der verschärften Krise des Parlamentarismus Anfang der dreißiger Jahre verstärkten sich auch in linksgerichteten Kreisen die Bemühungen, den Einfluss von Eliten verfassungspolitisch zu verankern, was nicht ohne Einfluss auf Ein-

[145] José Ortega y Gasset, Hauptwerke, Stuttgart 1983, S. 17. Siehe auch Thomas F. Glick, Einstein in Spain, Princeton 1988, S. 136 f. Da Helene Weyl, die Frau des mit Einstein bekannten Mathematikers Hermann Weyl, Ortega y Gassets „Der Aufstand der Massen" 1930 ins Deutsche übersetzt hatte, ist zu vermuten, dass auch Einstein frühzeitig damit bekannt wurde.

[146] Schürgers, Politische Philosophie in der Weimarer Republik, S. 17; siehe auch Bernd Faulenbach, Die Historiker und die „Massengesellschaft" der Weimarer Republik, in: Schwabe (Hrsg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite, S. 225–246, hier S. 240.

[147] Vgl. Rüdiger vom Bruch, Kulturstaat – Sinndeutung von oben? In: Kultur und Kulturwissenschaften um 1900, hrsg. v. Rüdiger vom Bruch, Friedrich W. Graf und Gangolf Hübinger, Stuttgart 1989, S. 63–101, hier S. 83 f.

[148] Vgl. auch für das Folgende Döring, Der Weimarer Kreis, S. 184, S. 202 u. S. 248 f.; Faulenbach, Historiker, in: Schwabe (Hrsg.), Deutsche Hochschullehrer als Elite, S. 225–246, hier S. 226 u. S. 245.

[149] Vgl. Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München 1984, S. 111.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

steins politisches Denken blieb. Ein Beispiel hierfür ist der „Weimarer Kreis" republikfreundlicher Hochschullehrer. Zu seinen Mitgliedern gehörten unter anderem Adolf von Harnack, Willy Hellpach, David Hilbert, Friedrich Meinecke, Walther Nernst oder Ernst Troeltsch[150], die alle mit Albert Einstein bekannt waren. Ungeachtet ihres Bekenntnisses zum Parlamentarismus hielten die Mitglieder dieses Kreises an der „Aufgabe der Intelligenz" fest, die „Menge geistig zu beherrschen und zu führen"[151], und propagierten das Konzept einer „Führerdemokratie". „Die Führerdemokratie bestand im Wettbewerb konkurrierender Eliten oder charismatischer politischer Führer" – nicht jedoch Parteien – „um die Stimmen des wahlberechtigten Volkes in periodisch wiederkehrenden Wahlen."[152] Eine mit erheblichen Machtbefugnissen ausgestattete charismatische „Führernatur" (Max Weber) als Staats- und Regierungschef sollte das Gegengewicht gegen die Macht von Interessenverbänden bilden und das handlungsunfähige Parlament und die Parteien auf eine untergeordnete Diener- und Zuträgerrolle verweisen[153]. Den Volkswillen wollte man berücksichtigen, indem die politischen Führer nicht vom Parlament, sondern vom Volk direkt bestimmt werden sollten.

Max Weber, der dieses Modell kurz vor seinem Tod 1920 entwickelt hatte, sah darin den Typ der „charismatischen Herrschaft". Die Wahl des Führers und seine Autorität bei den Massen gründete sich somit nicht vorrangig auf seine von den Wählern gebilligten sachlichen Ziele, sondern auf seine persönlichen Qualitäten. Folglich betonte Weber, dass der Führer nicht Weisungen, sondern nur seinen Überzeugungen zu folgen habe, um aus seinen persönlichen Wertvorstellungen heraus der gesellschaftlichen Entwicklung die Richtung zu weisen[154]. Durch diese Personalisierung der Macht und die Abwertung von Parlament und Parteien als (Mit-)Beteiligte an der politischen Willensbildung war die Führerdemokratie ihrem Wesen nach von der naturrechtlich begründeten Demokratie als freier Selbstbestimmung und Selbstorganisation des souveränen Volkes verschieden[155]. Dies ist ebenso zu betonen wie die Tatsache, dass die genannten Personen, die dieses politische Modell befürworteten, damit keineswegs totalitäre Staatsordnungen im Sinn hatten. Ihre Hauptsorge galt vielmehr dem Problem, „wie man aristokratische und demokratische Prinzipien miteinander vereinen könne, oder [...] wie Individualismus in der industriellen Massengesellschaft möglich sei"[156]. Angesichts der akuten Krise des Parlamentarismus verkörperten deshalb „viele Ideen, die formal anti-demokratisch erscheinen, material nichts anderes [...] als

[150] Vgl. die Aufstellung bei Döring, Der Weimarer Kreis, S. 256–260.
[151] Delbrück, Hans [o. A.], zit. nach Döring, Der Weimarer Kreis, S. 185. Siehe auch ebenda, S. 185 ff.
[152] Ebenda, S. 252 (Zitat), u. S. 207–231.
[153] Vgl. Schürges, Politische Philosophie in der Weimarer Republik, S. 80; Wolfgang J. Mommsen, Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte, Frankfurt a. M. 1974, S. 10, S. 61 u. S. 88.
[154] Vgl. ebenda, S. 49 f.
[155] Vgl. ebenda, S. 62.
[156] Ebenda, S. 83.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vorschläge zur Verwirklichung einer Gesellschaft, in der die freie Selbstbestimmung aller Menschen möglich ist"[157].

Dies gilt auch für Einstein, in dessen Essay von 1930 „Wie ich die Welt sehe" sich verblüffend ähnliche Gedanken finden. Darin beschäftigte auch er sich zunächst mit dem Problem, dass der wachsende Organisationsgrad die Persönlichkeitsbildung des Individuums einschränke und vor allem die Heranbildung von „Führernaturen" verhindere: „Aber die Zahl der Führernaturen hat unverhältnismäßig abgenommen. Nur wenige Menschen sind durch ihre produktive Leistung den Massen als Persönlichkeiten bekannt. Organisation hat bis zu einem gewissen Maße die Führernaturen ersetzt."[158]

Vor diesem Hintergrund lässt sich seine Überzeugung, dass allein die schöpferische Persönlichkeit Werte für die Gemeinschaft schaffe, während die „Herde als solche stumpf im Denken und [...] Fühlen bleibt"[159], nur im Sinne eines aristokratischen Individualismus verstehen. Um zu stabilen Regierungsverhältnissen zu gelangen und um der wertsetzenden Einzelpersönlichkeit in der Politik zu mehr Geltung zu verhelfen, hielt Einstein es auch in einer Demokratie für nötig, „dass einer denke, anordne und im Großen die Verantwortung trage." Er fuhr fort: „Aber die Geführten sollen nicht gezwungen sein, sondern den Führer wählen können."[160] Die Notwendigkeit von Wahlen begründete Einstein allerdings weniger mit dem Selbstbestimmungsrecht des Individuums als vielmehr damit, dass ein „autokratisches System des Zwanges" in kurzer Zeit degeneriere: „Denn Gewalt zieht stets moralisch Minderwertige an."[161]

Konkret schlug er eine Veränderung des „unpersönlichen Charakter des Wahlmodus" nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten vor: „Sie haben nämlich einen auf genügend lange Zeit gewählten, verantwortlichen Präsidenten, der genug Macht hat, um tatsächlich Träger der Verantwortung zu sein."[162] Auf zentrale Charakteristika, die die präsidentielle Demokratie Amerikas von der plebiszitären Führerdemokratie unterscheiden, wie etwa das System von „checks and balances" oder „the power of the purse" des Kongresses als Kontrollinstanz und Gegengewicht zur Exekutive[163], ging Einstein mit keinem Wort ein. Die Frage, wie der 1930 schon fast handlungsunfähige Reichstag eine solche Kontrollfunktion ausüben sollte, bleibt ebenfalls unbeantwortet. Wie Wolfgang J. Mommsen betont, hatte sich Max Weber bei der Entwicklung seines Modells einer plebiszitären Führerdemokratie auch an den USA orientiert[164]. Vor allem die personalisierte Wahl des Präsidenten, seine machtvolle Stellung und die Rolle der Parteien als Wahlkampfmaschinen des Präsidentschaftskandidaten waren Vorbilder für Webers

[157] Schürgers, Politische Philosophie in der Weimarer Republik, S. 23.
[158] Einstein, Mein Weltbild, S. 12.
[159] Ebenda, S. 9.
[160] Ebenda, S. 8 f.
[161] Ebenda, S. 9.
[162] Ebenda.
[163] Peter H. Merkl/Dieter Raabe, Politische Soziologie der USA. Die konservative Demokratie, Wiesbaden 1977, S. 118 u. S. 145.
[164] Vgl. Mommsen, Max Weber, S. 90 ff.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Modell, die Stellung und die Kompetenzen von Kongress und Repräsentantenhaus waren es weniger oder gar nicht.

Wie wenig Einstein mit den besonderen Erfordernissen und Bedingungen moderner Massenparteien und ihrem Bedarf an Legitimation durch die Parteibasis vertraut war, bzw. dass er sich schlicht darüber hinwegsetzte, zeigt sein Verhalten in der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932. Vom Internationalen Sozialistischen Kampfbund war auch Einstein aufgefordert worden, einen Appell für gemeinsame Kandidatenlisten von SPD und KPD zu unterschreiben, um der faschistischen Gefahr zu begegnen. Da Einstein einen öffentlichen Appell nicht für erfolgversprechend hielt, lehnte er zunächst ab. Sein Gegenvorschlag lautete, dass Käthe Kollwitz und er die drei Arbeiterführer, nämlich Otto Wels von der SPD, Ernst Thälmann von der KPD und Theodor Leipart vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, zu einem persönlichen Gespräch einladen, „dann werden wir das klarkriegen"[165]. Aus dieser Idee ging ein Offener Brief vom 17. Juni 1932 an die genannten Arbeiterführer hervor, in dem Einstein, Kollwitz und Heinrich Mann schrieben: „Zu beseitigen ist die Gefahr [der Faschisierung] nach unserer Einsicht durch das Zusammengehen der beiden großen Arbeiterparteien im Wahlkampf. [...] Die Verantwortung ist bei den Führern, wir betonen es mit dem stärksten Nachdruck. Entscheiden sollte nur das offenkundige Verlangen der Arbeiter, zusammenzustehen."[166]

Erst als die drei Arbeiterführer auf diesen Brief ablehnend oder gar nicht reagierten, unterzeichnete Einstein den öffentlichen Appell des Sozialistischen Kampfbundes. Seine Vernachlässigung der konkurrierenden Parteiideologien und -strategien sowie der Parteibasis, deren Zustimmung zu einer solchen grundsätzlichen Entscheidung stillschweigend vorausgesetzt wird, fällt ebenso auf wie die Überschätzung der Entscheidungsgewalt der Parteiführer und die Überschätzung seines eigenen Einflusses als überparteiliche Orientierungsinstanz.

Hatte sich Einstein 1918 gegenüber Hiller noch für eine vollständige Demokratisierung Deutschlands durch eine weitgehende „Dezentralisierung des Machtwillens" ausgesprochen, so vertrat er 1930 offenkundig die entgegengesetzte Position. Wie seine weiteren Ausführungen zeigen, war damit jedoch keine Abkehr vom demokratischen Prinzip der Selbstbestimmung jedes Individuums verbunden. Vielmehr sollte die „Zentralisierung der Macht" hierfür die notwendigen Voraussetzungen schaffen. So beklagte er 1930:

> „In der Politik fehlt es nicht nur an Führern, sondern die geistige Selbständigkeit und das Rechtsgefühl des Bürgers sind weitgehend gesunken. Die demokratische, parlamentarische Organisation, welche eine solche Selbständigkeit zur Voraussetzung hat, ist an vielen Orten ins Wanken geraten; Diktaturen sind entstanden und werden geduldet, weil das Gefühl für die Würde und das Recht der Persönlichkeit nicht mehr genügend lebendig ist. In zwei Wochen kann durch die Zeitungen die

[165] Zit. nach Udo Vorholt, Die politische Theorie Leonard Nelsons, Baden-Baden 1998, S. 203.
[166] Christa Kirsten/Hans-Jürgen Treder (Hrsg.), Albert Einstein in Berlin 1913–1933, Bd. 1, Berlin 1979, S. 223, Dok. 146.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

urteilslose Menge [...] in einen Zustand solcher Wut und Aufregung versetzt werden, dass die Männer bereit sind, als Soldaten gekleidet zu töten und sich töten zu lassen für die nichtswürdigen Ziele irgendwelcher Interessenten."[167]

In dieser Situation sollte offensichtlich die Wahl und eigenverantwortliche Regierung einer moralisch integren Führerpersönlichkeit die verlorenen Werte und das Wertebewusstsein restituieren und das Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrecht des Individuums gegenüber Interessengruppen verteidigen. Eine solche Führerfigur hatte Einstein in dem ehemaligen Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann gesehen. In seiner Erklärung zum Tode Stresemanns vom 12. Oktober 1929 beschrieb er an ihm die Eigenschaften, „die man bei grossen Führern stets findet": „Er wirkte nicht als Vertreter einer Kaste, eines Berufes, eines Landes [...], sondern direkt als geistiger Mensch und als Träger einer Idee."[168] Dementsprechend begrüßte Einstein 1932 auch den Vorschlag Kurt Hillers, dass Heinrich Mann für das Amt des Reichspräsidenten kandidieren solle[169].

Auch wenn Einstein einen Führer im Sinn hatte, der sich die Umsetzung zentraler Werte im Dienste der Gesamtheit zum Ziel setzt, kann man gleichwohl daran zweifeln, inwieweit sein Vorschlag zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechts und zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins der Bürger beitragen konnte. Zum einen war es fraglich, ob das Volk so viel Mündigkeit beweisen würde, um eine demokratischen Werten verpflichtete Führernatur zu wählen und nicht eine autoritäre Vaterfigur oder einen Demagogen, der an die Emotionen appelliert. Zum anderen barg eine derart personalisierte Wahl und „‚Personalisierung' der Macht" eine Abwertung der Dignität des Verfassungssystems und damit die Gefahr, das demokratische Bewusstsein eher zu mindern, als die Bürger zu politischer Mündigkeit und Mitsprache zu erziehen[170]. Beruht die Funktionsfähigkeit des politischen Systems in den USA „auf drei grundsätzliche[n] Wesenszüge[n] der amerikanischen Politik [...]: eine allgemeine Kompromissbereitschaft zugunsten pluralistischer, partieller Lösungen, die Wahrung demokratischer Verfahrensregeln und eine tiefverwurzelte Ehrfurcht gegenüber der Verfassung"[171], so war gerade dies in Deutschland Anfang der dreißiger Jahre nicht gegeben. Mit der Kanzlerschaft Hermann Müllers endete im März 1930 die letzte Regierung, die noch über eine Reichstagsmehrheit verfügt hatte. Das nachfolgende Präsidialkabinett von Heinrich Brüning war vom Reichspräsidenten auf eine Entmachtung des Parlaments und die Ausschaltung der Sozialdemokratie eingeschworen worden und regierte häufig auf der Grundlage des Notverordnungsrechts des Reichspräsidenten nach Artikel 48[172]. Damit vollzog sich eine Verlagerung der Macht und der Handlungs-

[167] Einstein, Mein Weltbild, S. 12.
[168] Grüning (Hrsg.), Ein Haus für Albert Einstein, S. 311.
[169] Vgl. ebenda, S. 202 f. Siehe auch Kurt Hiller, Der Präsident [1932], in: Kurt Hiller, Köpfe und Tröpfe, Hamburg/Stuttgart 1950, S. 29–35, hier S. 32.
[170] Vgl. Mommsen, Max Weber, S. 70.
[171] Merkl/Raabe, Politische Soziologie der USA, S. 149.
[172] Vgl. Detlev J. Peukert, Die Weimarer Republik: Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987, S. 252–254, und Kolb, Die Weimarer Republik, S. 123–125.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kompetenzen, weg vom Parlament und von den Parteien, hin zur ständig expandierenden Präsidialgewalt, die der achtzigjährige Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg ausübte, ohne aber auch nur im Entferntesten die Führernatur im Sinne Einsteins zu sein.

Einstein zwischen elitärem und demokratischem Denken

Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch im privaten Umfeld Einsteins lebte die Idee einer aristokratischen Demokratie fort. 1932 erschien Rudolf Kaysers Buch über Spinoza[173], das sich als Plädoyer für die politische Institutionalisierung des moralischen Einflusses der Intellektuellen lesen lässt. Ende 1932 hatte Einstein das Buch gelesen, für dessen englische Fassung von 1946 er das Vorwort schrieb. Angesichts des sehr freundschaftlichen Verhältnisses zu seinem Schwiegersohn und Einsteins Verehrung für Spinoza ist aber zu vermuten, dass sich beide schon während der Entstehung des Buches darüber unterhalten hatten. Als zentrale Werte Spinozas stellt Kayser darin die Eintracht der Gesinnung in einem Volk und den Wert der Freiheit heraus, weshalb jede Regierung auf dem Volkswillen beruhen müsse. Da aber nur die Vernunft zur Freiheit führe, die Mehrheit des Volkes jedoch ihren Leidenschaften und Trieben unterworfen bleibe, habe sich Spinoza für „das Recht der Persönlichkeit auf Führung" und für eine „Demokratie" mit „aristokratischer Führung" ausgesprochen, in der die Persönlichkeiten „geistigen Ranges" den – so ließe sich ergänzen: durch sie definierten – einträchtigen Volkswillen repräsentieren[174]. Es verwundert nicht, dass dieses Modell überaus zustimmend besprochen wurde, war doch Kayser einer der Mitbegründer der aktivistischen Intellektuellenbewegung gewesen, die 1916 die politische „Aristokratie der Geistigen"[175] gefordert hatte.

Sowohl Kayser als auch der Weimarer Kreis werden dem linken, demokratisch-liberalen Spektrum der Weimarer Intelligenz zugeordnet. Um so mehr bringen ihre Bemühungen, den Wertepluralismus in einer Demokratie zu begrenzen und aristokratische Korrekturen vorzunehmen, die gängige Dichothomie von linken versus rechten Intellektuellen, von Modernen versus Kritikern der Moderne durcheinander. In der Literatur zu den Intellektuellendiskursen in der Weimarer Republik wird deshalb vorgeschlagen, den entscheidenden Gegensatz nicht zwischen rechts und links zu sehen, sondern zwischen Gesellschaftskonzepten, die auf eine Kontingenzaufhebung zielen – und sei es der „Totalitarismus der universellen Werte" im Namen der zu vollendenden Vernunft –, und solchen der „Kontingenztoleranz", die modern sind im Sinne des politischen Pluralismus und eine Wertepluralität und Interessendivergenzen akzeptieren und

[173] Vgl. Rudolf Kayser, Spinoza. Bildnis eines geistigen Helden, Wien/Leipzig 1932.

[174] Ebenda, S. 294 f. (Zitate), u. S. 296–299; vgl. auch Rudolf Kayser, Aufklärung, in: Das Ziel, hrsg. v. Kurt Hiller, Bd. 2: Tätiger Geist! München/Berlin 1917/18, S. 66–83, hier S. 78. Siehe zu Spinozas Staatstheorie Manfred Walther, Carl Schmitt contra Baruch Spinoza oder Vom Ende der politischen Theologie, in: Hanna Delf/Julius Schoeps/Manfred Walther (Hrsg.), Spinoza in der europäischen Geistesgeschichte, Berlin 1994, S. 422–443.

[175] Hiller, Taugenichts, in: Ders., Verwirklichung des Geistes im Staat, S. 52 ff., hier S. 60.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tolerieren[176]. Diese Ambivalenzen lassen sich auch im Denken Einsteins erkennen, wenn er einerseits für das Selbstbestimmungsrecht des Individuums in einer Demokratie eintritt, andererseits aber unter dem Eindruck einer krisengeschüttelten pluralistischen Gesellschaft elitäre Modelle und eine plebiszitäre Führerdemokratie befürwortet. So protestierte Einstein etwa zur gleichen Zeit, als er sich gegenüber Sigmund Freud gegen die Wahl durch die „Masse" aussprach, gegen die Beschränkung der Pressefreiheit durch Notverordnungen, da dies den Staat zu einem „Untertanenverband" degenerieren lasse[177]. In der Widersprüchlichkeit von Einsteins demokratischem und elitärem Denken spiegelt sich somit auch die ideologische Gemengelage der Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik.

Dieser Widerspruch zwischen elitärem und demokratischem Denken gewann durch Einsteins Schopenhauer-Rezeption noch an Schärfe. Es liest sich wie eine Paraphrasierung von Schopenhauer, demzufolge „der gewöhnliche Mensch, diese Fabrikware der Natur", einer interesselosen Betrachtung und damit Triebbefreiung „wenigstens [...] nicht anhaltend fähig"[178] sei, wenn Einstein 1931 über die moralischen Potenzen seiner Zeitgenossen urteilte: „Zahlreich spendet die Natur ihre Dutzendware, aber das Feinere erzeugt sie selten."[179] Diese Auffassung stand mit Einsteins Bekenntnis zur Demokratie in merkwürdigem Kontrast. Denn sein Demokratieverständnis bezog sich nicht nur auf die formal rechtliche Gleichheit aller Individuen, sondern war aufklärerischen und idealistischen Postulaten verpflichtet und ging von der prinzipiellen Gleichrangigkeit und Gleichachtung aller Menschen als Persönlichkeiten aus: „Mein politisches Ideal ist das demokratische. Jeder soll als Person respektiert und keiner vergöttert sein."[180] Die Kluft zwischen elitären und demokratischen Zügen im politischen Denken Einsteins war letztlich nur in dem Maße überbrückbar, in dem er an die moralische Erziehbarkeit der „Masse" durch die geistige Elite glaubte. Aber auch in diesem Punkt blieb Einstein – zumal wenn er mit Schopenhauer argumentierte – widersprüchlich. Warum er trotz seiner Überzeugung von erheblichen Qualitätsunterschieden unter den Menschen die uneingeschränkte Meinungsfreiheit und politische Gleichheit aller Individuen verteidigte, lässt sich aber auch durch seinen spezifischen Erfahrungshintergrund erklären. Als Jude und Pazifist hatte Einstein lange vor 1933 die Diskriminierung als Andersdenkender und vermeintlich Minderwertiger erlebt. Nicht von ungefähr stammt das folgende Bekenntnis Einsteins aus dem Frühjahr 1933: „Solange mir eine Möglichkeit offen steht, werde ich mich

[176] Vgl. Manfred Gangl, Vorwort, in: Ders./Gerard Raulet (Hrsg.), Die Intellektuellendiskurse in der Weimarer Republik. Zur politischen Kultur einer Gemengelage, Frankfurt a. M. 1993, S. 9–11, und Hartmut Ruddies, Flottierende Versatzstücke und ideologische Austauscheffekte, in: Ebenda, S. 19–35, hier S. 20. Siehe zur breiten Streuung und Vielfalt der Kulturkritik quer durch alle politischen Lager auch Peukert, Die Weimarer Republik, S. 179–190.

[177] Einstein an Rudolf Olden, 12. 10. 1932, in: Einstein, Über den Frieden, S. 221.

[178] Schopenhauer, Zürcher Ausgabe, Bd. 1/I: Die Welt als Wille und Vorstellung, S. 242.

[179] Einsteins nicht gehaltene Rede zum Fall Emil J. Gumbel im April 1931, in: Einstein, Über den Frieden, S. 150.

[180] Einstein, Mein Weltbild, S. 8.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur in einem Land aufhalten, in dem politische Freiheit, Toleranz und Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz herrschen."[181]

In Einsteins Erklärungsversuchen von 1933 für die politische Fehlentwicklung kommen seine elitären Denkmuster und seine ungebrochene Überzeugung vom Führungs- und Erziehungsauftrag der Intellektuellen und von ihrem heilsamen moralischen Einfluss auf die Lösung politischer Fragen noch einmal zum Tragen. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten erklärte sich Einstein zum einen mit der Manipulierbarkeit und Triebbestimmtheit der Massen und der Korruption der wirtschaftlichen und Machteliten[182] und zum anderen mit dem Versagen der geistigen Elite: „Unsere Vertreter der Wissenschaft versagen in ihrer Pflicht, für das Geistige einzustehen [...]. Deshalb nur können minderwertige und gemeine Naturen zur Herrschaft gelangen [...]."[183] Für dieses Verhalten der „zu geistiger Führung Berufenen"[184], von denen etwa die Mitglieder der Preußischen Akademie der Wissenschaften bis auf wenige Ausnahmen 1933 auf NS-Kurs einschwenkten und Einsteins Austritt aus der Akademie guthießen, fehlte Einstein allerdings jede Erklärung. Ratlos schrieb er daher am 5. April 1933 aus der Emigration an den holländischen Astronomen Willem de Sitter: „Kurios ist nur das vollständige Versagen der sogenannten geistigen Aristokratie."[185] Den Widerspruch zwischen seiner Aufforderung an die Wissenschaftler zum politischen Handeln und seinem Ideal des wissenschaftlichen Menschen, dessen stärkste Triebfeder die Flucht aus dem Altagsleben ist, erkannte Einstein offenbar nicht. Er selbst hielt trotz der Äußerungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften gegen ihn weiter am Leitbild des gesellschaftsfernen wissenschaftlichen Menschen fest. In einem Brief vom 6. April 1933 versicherte Einstein den Sekretar der Akademie, Max Planck, seiner Freundschaft, „ungeachtet dessen, was sozusagen weiter unten sich zuträgt"[186].

Einsteins politisches Denken und Handeln nach 1933

1939 hielt Einstein sein „Weltbild" – ausformuliert in der 1934 veröffentlichten gleichnamigen Aufsatzsammlung – für „sachlich noch ebenso zutreffend wie damals"[187]. Im Ausblick auf die Jahre nach 1933 bestätigt sich diese Kontinuität in zentralen Denk- und Handlungsmustern – allerdings mit erheblichen Ein-

[181] Ebenda, S. 81.
[182] Vgl. Einstein an Paul Ehrenfest, 14. 4. 1933, in: Einstein, Über den Frieden, S. 234.
[183] Ebenda, S. 235.
[184] Einstein an Thomas Mann, 29. 4. 1933, in: Ebenda, S. 237.
[185] Einstein, Briefe, S. 53.
[186] Einstein, Über den Frieden, S. 233. Siehe auch Dieter Hoffmann, Das Verhältnis der Akademie zu Republik und Diktatur. Max Planck als Sekretar, in: Wolfram Fischer u. a. (Hrsg.), Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945, Berlin 2000, S. 53–85; Plancks Briefe an den Sekretar Heinrich von Ficker, 31. 3. 1933 und 13. 4. 1933, in: Kirsten/Treder, Einstein in Berlin, Bd. I, S. 245 u. S. 254.
[187] Albert Einstein, Zehn schicksalsschwere Jahre (1939), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 48.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schränkungen. Denn unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges und der Judenverfolgung bezweifelte Einstein zunehmend die Erziehbarkeit des Menschen und die moralische Führungsrolle und Aufklärungsfunktion der Intellektuellen oder verneinte sie gänzlich. Dies führte allerdings nicht zur klaren Ablösung eines Denkmusters durch ein anderes. Vielmehr behielt Einstein gleichzeitig – womöglich aus Zweckoptimismus – die alten Positionen und Handlungsmuster bei, was zu erheblichen Widersprüchen führte. Um sich darin nicht zu verlieren, werden zunächst die Kontinuitäten und anschließend die Brüche in Einsteins politischem Denken und Handeln dargestellt.

Eine Konstante in Einsteins Weltbild blieb die Fixierung auf das moralische Individuum und eine harmonische Gesellschaft. „Das Fundament aller menschlichen Werte ist" – und blieb für Einstein – „das Moralische"[188]. Von der „Sehnsucht erfüllt, eine allumfassende, harmonische menschliche Gemeinschaft zu schaffen"[189], musste für ihn das vorrangige „Ziel [...] die Heranbildung selbständig handelnder und denkender Individuen sein, die aber im Dienste an der Gemeinschaft ihre höchste Lebensaufgabe sehen"[190]. Dieses Gesellschaftsbild prägte auch weiterhin seine Vorstellung von Demokratie. Seine „demokratische Grundeinstellung" kennzeichnete er damit, dass die Bestimmung jedes Individuums „freiwilliges Dienen und nicht etwa Herrschen" sei, was „kein[en] Platz für Vergottung einer Nation, einer Klasse oder gar eines Individuums" lasse[191]. Nach 1933 akzeptierte und befürwortete Einstein jedoch erstmals explizit die Existenz verschiedener gesellschaftlicher „Gruppen mit gemeinsamen Überzeugungen, Zielen und Interessen" sowie von politischen Parteien, ohne die „das politische Interesse der Bürger erlahmen" und es „kein Forum für den Wettstreit der Meinungen"[192] geben würde. Eine solche spezifische Gruppe bilden – so Einstein – auch die Juden, die das Ideal der sozialen Gerechtigkeit, die hohe Wertschätzung intellektuellen Strebens und ein kritischer Geist gegenüber Autoritäten verbinde, was ihnen den erbitterten Hass der Nationalsozialisten eingetragen habe. Es ist daher kein Zufall, dass Einsteins Bekenntnis zu einer pluralistischen Gesellschaft und Demokratie 1938 unter dem Titel „Antisemitismus" erschien und auch dadurch auf den Erfahrungshintergrund der Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten in einer totalitären „Volksgemeinschaft" verwies.

Dieser Wettstreit der Meinungen sollte zu „vernünftigen Einigungen" und letztlich wiederum zu einer harmonischen Gesellschaft führen, weshalb Einstein den „kritischen und sozialen Sinn" der Bürger als Voraussetzung einer „gesunden

[188] Einstein an seine Schwester, 31. 8. 1935, in: Einstein, Briefe, S. 17. Siehe auch Einsteins Brief an einen namentlich nicht genannten Pfarrer in Brooklyn vom 20. 11. 1950, in: Ebenda, S. 91.
[189] Albert Einstein, In memoriam Rudolf Ladenburg (1952), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 225.
[190] Albert Einstein, Allgemeines über Erziehung (1936), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 22 f. Siehe auch ders., Naturwissenschaft und Religion, Teil 1 (1939), in: Ebenda, S. 39, sowie Einstein, Erziehung zu selbständigem Denken (1952), in: Einstein, Mein Weltbild, S. 23 f.
[191] Einstein, Naturwissenschaft und Religion, in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 39.
[192] Ebenda, S. 243. Diese Angabe bezieht sich auf alle Zitate im Satz.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

demokratischen Gesellschaft" ansah[193]. Im Hinblick auf die Urteilsfähigkeit und das moralische Niveau der Mehrheit der Bevölkerung kam Einstein aber auch nach seiner Emigration in die USA 1933 zu einem negativen Ergebnis. Deshalb blieb auch die Gegenüberstellung einer Wertelite einerseits und den triebbestimmten, manipulierbaren Massen sowie den korrupten politischen und wirtschaftlichen Führungsgruppen andererseits unverändert. So führte er 1939 in einer Botschaft an die Nachwelt die Tatsache wirtschaftlicher Not und Kriege darauf zurück, „dass die Intelligenz und Charakterbildung der Massen unvergleichlich tiefer steht als die entsprechenden Eigenschaften der wenigen, die für die Gesamtheit Wertvolles hervorbringen"[194]. Hieraus resultierte der Erziehungs- und Führungsauftrag der „Minorität wohlmeinender und aufrechter Menschen"[195]. Da „Gewinnsucht und politischer Ehrgeiz fast ausschließlich das Geschehen bestimmen, und nicht Sachkenntnis und auf objektives Denken gegründetes Urteil"[196], erwartete Einstein eine „vernünftige Einigung" in den Fragen der Völkerverständigung und internationalen Sicherheit nicht von den Verhandlungen der Politiker, sondern nur von „Personen, die sich nicht durch übertriebenen Nationalismus oder durch sonstige Leidenschaften irre machen lassen"[197]. 1944 sprach er sich mehrfach für eine internationale Organisation aller Intellektuellen aus, die „durch Schule und Publizistik aufklärend auf die öffentliche Meinung einwirk[en]"[198] und „unmittelbar auf die verantwortlichen Politiker" und die Gesetzgebung Einfluss nehmen sollte[199]. Bis kurz vor seinem Tod setzte er sich im Kampf gegen Atomwaffen und Wettrüsten für eine entsprechende öffentliche Erklärung weniger „Personen, die durch ihre wissenschaftlichen [...] Leistungen internationale Autorität haben"[200] ein. Aufgrund seines großen moralischen Einflusses sollte auch Albert Schweitzer hierfür gewonnen werden[201], während die politische Bindung einer Person als Ausschlusskriterium fungierte.

Einsteins weiterhin ablehnende Haltung gegenüber Macht-, Partei-, Interessen- und Realpolitik wird auch in der Aussage deutlich, dass „berechnende politische Klugheit [...] auf die Dauer doch nichts anderes erzeugt als Misstrauen aller gegen alle. Kann man daran zweifeln, dass Moses ein besserer Führer der Menschheit gewesen ist als Machiavelli?"[202] Zusammen mit dem Zweifel an der Vereinbarkeit von Macht und Moral und der Furcht vor Kompromissen, vor

[193] Einstein an die New Jersey Education Association, 10. 11. 1939, in: Einstein, Über den Frieden, S. 323.
[194] Ebenda, S. 299.
[195] Einstein am 6. 2. 1954, in: Einstein, Briefe, S. 82.
[196] Albert Einstein, Über die Notwendigkeit einer Organisation aller Intellektuellen (1944), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 178.
[197] Albert Einstein, Die Voraussetzungen der Völkerverständigung (1947), in: Ebenda, S. 141 f.
[198] Einstein, Über die Notwendigkeit einer Organisation aller Intellektuellen, in: Ebenda, S. 178.
[199] Vorschlag für ein politisches Programm des Komitees zur Wiederwahl von Präsident Roosevelt 1944, in: Einstein, Über den Frieden, S. 342.
[200] Einstein an Bertrand Russel, 16. 2. 1955, in: Ebenda, S. 621.
[201] Einstein an Bertrand Russel, 4. 3. 1955, in: Ebenda, S. 624.
[202] Albert Einstein, Die Gefährdung unseres kulturellen Erbgutes (1937), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 29.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Korrumpierung und den – nicht zu überblickenden – Konsequenzen politischen Handelns trug diese Einstellung dazu bei, dass sich Einsteins politisches Engagement nach wie vor auf die moralische Einflussnahme auf politische Fragen beschränkte. So lehnte er das repräsentative Amt als Staatspräsident Israels im November 1952 mit dem Hinweis darauf ab, dass „die Regierung bzw. das Parlament Dinge beschließen [könnte], die mich in einen Gewissenskonflikt bringen würden; die moralische Verantwortung wird nicht durch die Tatsache aufgehoben, dass man de facto keinen Einfluss auf die Ereignisse hat"[203].

Im harten Widerspruch zu diesen Kontinuitäten entwickelte Einstein nach 1933 allerdings eine grundlegend entgegengesetzte Anschauung, nämlich dass „Weltverbesserung" durch Aufklärung und Erziehung nicht möglich sei, da die Menschen an sich schlecht sind und die Intellektuellen hiervon keine Ausnahme bilden. In der Einschätzung der Intellektuellen zeichnete sich dieser Bruch bereits 1933 mit der Beobachtung des Versagens der „sogenannten geistigen Aristokratie" gegenüber den Nationalsozialisten ab.

Der Grundannahme, dass die Beschäftigung mit der Wissenschaft den wissenschaftlichen Menschen zur „tiefen Verehrung für die in dem Seienden sich manifestierende Vernunft" und dadurch zur „Befreiung von den Fesseln des persönlichen Wünschens und Hoffens"[204] führe, blieb Einstein allerdings treu. So bekannte er, auch in den schlimmsten Jahren im „Streben nach Wahrheit [...] eine Art Zuflucht" gefunden zu haben, „die keine Verzweiflung [...] aufkommen lässt"[205]. Gleichzeitig hielt er daran fest, dass die Befreiung von egoistischen Wünschen den gesellschaftsfernen wissenschaftlichen Menschen letztlich zur moralischen Orientierungsinstanz qualifiziere und zur selbstlosen Verteidigung ethischer Werte verpflichte. Das Ausbleiben dieses Engagements konnte sich Einstein daher auch nach 1933 nur mit „Charakterschwäche und Verantwortungslosigkeit"[206] erklären. In einer längeren Betrachtung zur sozialen Situation und moralischen Pflicht der Wissenschaftler konstatierte er 1950 die innere Bedrohung und „materielle Abhängigkeit [...] des wissenschaftlichen Menschen" von den politisch und wirtschaftlich Herrschenden, die durch „geistige und seelische Beeinflussung den Nachwuchs unabhängiger Persönlichkeiten unterbinde[n]". Ungeachtet dieser Analyse wollte es Einstein aber nicht hinnehmen, dass die – meisten – Wissenschaftler nicht für das von ihnen erkannte Ziel einer internationalen Rechtsordnung zur Rettung der Menschheit eintraten, sondern sich in diese Abhängigkeiten fügten. In seiner Antwort auf die selbstgestellte Frage, ob der wissenschaftliche Mensch „nicht in einem nur aufs Intellektuelle eingestellten Streben seine Verantwortlichkeit und Würde vergessen" habe, kommt ebenso sehr Beharrlichkeit im Festhalten am Leitbild des wissenschaftlichen Menschen wie Hilflosigkeit zum Ausdruck:

[203] Einstein an die Zeitung ‚Maariv', 21. 11. 1952, in: Einstein, Über den Frieden, S. 570.
[204] Albert Einstein, Naturwissenschaft und Religion, Teil II (1941), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 46.
[205] Einstein an Otto Juliusberger, 30. 9. 1942, in: Einstein, Briefe, S. 78.
[206] Einstein, Zehn schicksalsschwere Jahre, in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 50.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Ich antworte: Einen innerlich freien und gewissenhaften Menschen kann man zwar vernichten, aber nicht zum Sklaven oder zum blinden Werkzeug machen. Wenn der wissenschaftliche Mensch unserer Tage Zeit und Mut fände, seine Situation und seine Aufgabe ruhig und kritisch zu erwägen und entsprechend zu handeln, so würden die Aussichten auf eine vernünftige und befriedigende Lösung der gegenwärtigen gefahrvollen internationalen Situation wesentlich verbessert werden."[207]

Herrscht in dieser Betrachtung noch (Zweck-)Optimismus vor, so assoziierte Einstein in anderen Stellungnahmen nicht mehr mit besonderen intellektuellen auch besondere moralische Kompetenzen: „Der Intellekt hat ein scharfes Auge für Mittel und Werkzeuge, ist aber blind für Ziele und Werte."[208] Da sich „diese Eigenschaft [...] auch in der Eigenart seiner Priester, der Intellektuellen [spiegelt]"[209], stellte Einstein ihre Aufklärungsfunktion und moralische Erzieherrolle in Abrede. Die Frage, „was wir Intellektuelle für die Erreichung" einer übernationalen Organisation tun können, beantwortete er 1940 negativ, „denn die Intellektuellen sind feige"[210] und – so Einstein 1954 – „zum Teil ebenfalls korrumpiert und jedenfalls alle miteinander machtlos"[211].

Eine Verbesserung der Gesellschaft durch Aufklärung und Erziehung musste nach Einstein aber auch an der Unbelehr- und Unerziehbarkeit der Menschen scheitern. Nur starke politische Organisationen könnten daher den Gang der Ereignisse beeinflussen, denn „die Vernunft allein hat keine Wirkung, und spräche sie [...] mit Engelszungen"[212]. War sein „Vertrauen auf eine bessere Zukunft und auf ein anständigeres Verhalten der Menschen" vor dem Zweiten Weltkrieg noch vorhanden, so sah Einstein 1952 die „einzige Hoffnung" in der Veränderung der Verhältnisse und Institutionen, etwa durch die Errichtung einer Weltregierung: „Man hofft auf das Wirken einer Maschine", „nachdem das Vertrauen auf die menschliche Natur so schwer enttäuscht worden ist."[213] Die Position des Sowohl-als-auch findet sich in seinem Brief an Hedwig und Max Born vom 12. April 1949. Darin formulierte Einstein die Auffassung, „dass man nicht alles auf das Individuum abstellen kann, da in einer auf rücksichtslose Konkurrenz eingestellten Gesellschaft (Institution) die soziale Veranlagung des Individuums verkümmern muss. Die Bemühung um Besserung muss daher wohl beide Quellen des menschlichen Verhaltens betreffen."[214] Im Unterschied zur Zeit vor 1933 hatte die moralische Erziehung des Individuums somit keinen Vorrang mehr vor

[207] Albert Einstein an die italienische Vereinigung für den Fortschritt der Wissenschaft im Oktober 1950, in: Einstein, Über den Frieden, S. 534.
[208] Albert Einstein, Das wahre Ziel menschlichen Zusammenlebens (1943), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 252.
[209] Ebenda.
[210] Einstein an Harold C. Urey, 16. 8. 1940, in: Einstein, Über den Frieden, S. 327.
[211] Einstein an Carlo Winteler, 10. 4. 1954, in: Ebenda, S. 599.
[212] Einstein an A. J. Muste, 6. 4. 1954, in: Ebenda, S. 599.
[213] Einstein an die Königinmutter von Belgien, 3. 1. 1952, in: Ebenda, S. 559.
[214] Einstein/Born, Briefwechsel, S. 239 (Klammer im Original). Siehe auch Albert Einstein, Warum Sozialismus? (1949), in: Einstein, Aus meinen späten Jahren, S. 192–195. Sozialismus

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Veränderung der sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse. 1952 erscheint ihm in einem Brief an seinen Freund Maurice Solovine die Frage der Priorität als die Frage nach „dem Ei und der Henne [...]. Die Henne ist die politische Ordnung und das Ei die vernünftige Erziehung. Wenn es nun auch kein Ende dieses Knäuels gibt, von dem aus er sich entwirren ließe, so muss man es eben überall probieren und dabei den Mut nicht verlieren."[215] Sehr wahrscheinlich ließ sich Einstein dabei bis zuletzt nicht von Fehlschlägen entmutigen, weil er immer wieder Zuflucht und Halt fand in der wissenschaftlichen Betrachtung der „Harmonie der Naturgesetzlichkeit, in der sich eine so überlegene Vernunft offenbart, dass alles Sinnvolle menschlichen Denkens und Anordnens dagegen ein gänzlich nichtiger Abglanz ist"[216]. So schließt auch der Brief an Solovine 1952 mit der Gewissheit: „Wenn aber alle Bemühung nicht hilft, und die Menschen in Selbstzerstörung enden, so wird ihnen der Kosmos keine Träne nachweinen."[217]

bedeutete für Einstein daher „Etablierung der sozialistischen Wirtschaft, vereint mit einer auf soziale Ziele eingestellten Erziehung" (ebenda, S. 195).

[215] Einstein an Solovine, 7. 5. 1952, in: Einstein, Über den Frieden, S. 564.

[216] Einstein, Mein Weltbild, S. 18.

[217] Einstein an Solovine, 7. 5. 1952, in: Einstein, Über den Frieden, S. 564.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Über die Verfolgung der jüdischen Religionsgemeinschaft im Spätstalinismus ist bisher wenig bekannt. Welcher Strategien bediente sich die Sowjetdiktatur gegenüber den jüdischen Gemeinden? Wie wurden diese aus dem öffentlichen Leben eliminiert? Und weshalb gelang es den jüdischen Gemeinden dennoch, ihren vollständigen Untergang abzuwenden? Mehr Licht auf diese Fragen kann jetzt Katrin Boeckh werfen, die in ukrainischen Archiven jahrzehntelang verschlossene Berichte des „Rates für Religiöse Kulte" ausgewertet hat.

Katrin Boeckh

Jüdisches Leben in der Ukraine nach dem Zweiten Weltkrieg

Zur Verfolgung einer Religionsgemeinschaft im Spätstalinismus (1945–1953)

Das politische Regime in der Sowjetunion verfolgte zeit seines Bestehens eine atheistische Ideologie und tolerierte und förderte in diesem Zusammenhang antijüdische Positionen. Beide Erscheinungen zeigten sich in nachdrücklicher Weise unter der Herrschaft Stalins, wobei vor allem die gewaltsame Auflösung des 1941 gegründeten „Jüdischen Antifaschistischen Komitees" und die Verfolgung der so genannten „Ärzteverschwörung" ins Auge fallen[1]. Parallel zu diesen groß angelegten Kampagnen ging die Sowjetregierung aber auch weniger spektakulär gegen das Judentum als Religion vor. Für den Spätstalinismus, also für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, ist dies bisher mit wenigen Ausnahmen[2] kaum zum Gegenstand der Forschung geworden. Selbst in Arbeiten zum sowjetischen Antisemitismus wird der antireligiöse Aspekt nur selten diskutiert[3].

Im folgenden soll daher gezeigt werden, welche Verdrängungsstrategien das sowjetische Regime nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber den jüdischen Gemeinden anwandte und wie diese aus dem öffentlichen Leben eliminiert wur-

[1] Vgl. z. B. S. Švarc, Evrei v sovetskom sojuze s načala vtoroj mirovoj vojny (1939–1965), N'ju-Jork 1966; Nora Levin, The Jews in the Soviet Union. Paradox of a Survival, vol. 1–2, New York/London 1988; Louis Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992.

Der vorliegende Aufsatz entstand innerhalb eines Projektes des Forschungsverbundes forost, gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Bei Prof. Dr. Horst Glassl, Prof. Dr. Leonid Luks, Dr. Sabine Merten und Helena Srubar M.A. bedanke ich mich für ihre Unterstützung und ihre kritischen Anmerkungen herzlich.

[2] Vgl. Benjamin Pinkus/Jonathan Frankel, The Soviet Government and the Jews 1948–1967. A documented study, Cambridge 1984, S. 308–340; Frank Grüner, Jüdischer Glaube und religiöse Praxis unter dem stalinistischen Regime in der Sowjetunion während der Kriegs- und Nachkriegsjahre, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 52 (2004), S. 534–556.

[3] So in Matthias Vetter, Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939, Berlin 1995. Matthias Messmer, Sowjetischer und postkommunistischer Antisemitismus. Entwicklungen in Russland, der Ukraine und Litauen, Konstanz 1997, geht ab der Regierung Chruščevs kurz darauf ein.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den, wenn sie auch nicht völlig verschwanden. So soll ein Muster für das Vorgehen gegen eine Religionsgemeinschaft in der Sowjetunion ab 1945 entstehen, das sich in ähnlicher Weise auch gegenüber anderen Kirchen zeigte, obwohl das Judentum, gleichzeitig Religion und Nation, eine Sonderrolle einnimmt. Darüber hinaus geht es um die Frage, weshalb trotz der antijüdischen Politik bis zum Tod Stalins keine eigentliche Kampagne mehr gegen die jüdische Religion stattfand. Auf die Auswirkungen des in der sowjetischen Gesellschaft traditionell verankerten Antisemitismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls virulent war, sowie auf antijüdische Äußerungen anderer religiöser Gemeinschaften in der Sowjetunion kann nicht näher eingegangen werden; sie dürfen aber als permanentes, bis in die Gegenwart hinein bestehendes Begleitmotiv nicht vergessen werden.

Den Mittelpunkt der Darstellung bilden die Vorgänge in der Ukrainischen Sowjetrepublik, in der, bedingt durch das während der Zarenzeit bestehende Ansiedlungsrajon, die Mehrheit der jüdischen Gemeinden bis zum Zweiten Weltkrieg beheimatet war. In der ersten sowjetischen Volkszählung nach dem Krieg wurde 1959 die jüdische Bevölkerung der Ukraine mit 840.314 (2 Prozent der Bevölkerung der Ukrainischen Sowjetrepublik) angegeben, jedoch hatte sich zu dieser Zeit der Schwerpunkt der jüdischen Siedlung bereits von der ukrainischen in die russische Sowjetrepublik verschoben[4].

In der Sowjetunion unterlag die gesamte Historiographie strengen ideologischen Vorgaben, daher war eine objektive Untersuchung der jüdischen wie jeder anderen Glaubensgemeinschaft nicht erwünscht. Allerdings finden sich Hinweise zum religiösen Leben der Juden in allgemeinen Werken über Kirchen in der Sowjetunion[5] sowie in Überblicksdarstellungen zum sowjetischen Judentum, die seit den neunziger Jahren in der Ukraine und in Russland erschienen sind[6]. Neu sind dabei aktengestützte Abhandlungen über den Antisemitismus der Funktio-

[4] Zum nicht unbelasteten Zusammenleben zwischen Ukrainern und Juden vgl. Peter J. Potichnyj/Howard Aster (Hrsg.), Ukrainian-Jewish Relations in Historical Perspective, Edmonton 1988; Alexis Hofmeister, Die Juden in der ukrainischen Geschichte, in: Ukraine. Geographie – Ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Literatur – Politik – Wirtschaft – Recht, hrsg. von Peter Jordan u.a., Wien 2001, S. 259–278; Shimon Redlich, Together and apart in Brzezany. Poles, Jews, and Ukrainians, 1919–1945, Bloomington u.a. 2002.

[5] Vgl. Walter Kolarz, Die Religionen in der Sowjetunion. Überleben in Anpassung und Widerstand, Freiburg/Basel/Wien 1963.

[6] Vgl. dazu R. I. Gol'dštejn, Materialy k istorii evreev Ukrainy, Dnipropetrovs'k 1993; Istorija Evreev na Ukraine i v Belorussii. Ėkspedicii. Pamjatniki. Nachodki. Sbornik naučnych trudov. Sost. V. M. Lukin, B. N. Chajmović, V. A. Dymšic, Sankt-Peterburg 1994; Jevrejs'ke naselennja pivdnja Ukrajny: Istorija ta sučasnist'. Tezy do naukovoï konferenciï 27–28 žovtnja 1994 r., Zaporižžja 1995; Ja. S. Chonigsman, Katastrofa evrejstva zapadnoj Ukrainy. Evrei vostočnoj Galicii, zapadnoj Volyni, Bukoviny i Zakarpat'ja v 1933–1945 gg., L'vov 1998; Eliachu Joes, Evrei L'vova v gody Vtoroj mirovoj vojny i katastrofy evropejskogo evrejstva 1939–1944, Moskva/Ierusalim 1999. Zahlreiche Stichworte finden sich in: Encyclopaedia Judaica, Bde. 1–16, Jerusalem 1971–1972, und in: Leonid Luks (Hrsg.), Der Spätstalinismus und die „Jüdische Frage". Zur antisemitischen Wendung des Kommunismus, Köln/Weimar/Wien 1998; Jews in Eastern Poland and the USSR, 1939–46, hrsg. von Norman Davies und Antony Polonsky, Houndmills 1991.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

närs- und Administrationsebene in der stalinistischen Sowjetunion[7]. Neben diesen Werken bilden archivalische Quellen die Grundlage für den vorliegenden Beitrag. Es handelt sich dabei um interne Berichte derjenigen Behörde, der die jüdischen Kultusgemeinden unterstellt waren (dem „Rat für Religiöse Kulte"), die in jahrzehntelang verschlossenen, jetzt aber der Forschung zugänglichen Archiven in der Ukraine eingesehen wurden. Aus diesen, von sowjetischen Funktionären verfassten Materialien, die eine rein staatliche und ideologische Sicht widerspiegeln und dem Judentum gegenüber höchst kritisch eingestellt waren, kann zwar kein vollständiges Bild der Aktivitäten, der Probleme und des jüdischen Kultuslebens in der Nachkriegs-Ukraine rekonstruiert werden. Dennoch werden die speziellen Überlegungen und Methoden des Regimes bezüglich der jüdischen Gemeinden offengelegt und die spezifischen Reibungspunkte zwischen den Religionsgemeinschaften und dem Staat sowie die Versuche der jüdischen Gemeinden, sie zu umgehen, sichtbar. Gleichzeitig scheint auf, welche speziellen Repressivmethoden das Regime gegen die jüdische Religion nach dem Zweiten Weltkrieg anwendete. Insgesamt lässt sich wohl nirgendwo sonst die alltägliche anti-jüdische und anti-religiöse Praxis besser nachvollziehen als in diesen „Informationsberichten" für den internen Gebrauch, in denen auch das Selbstverständnis der Bevollmächtigten des „Rates für Religiöse Kulte" allgemein zum Ausdruck kommt.

Im folgenden wird zunächst die Situation der Juden in der Sowjetunion während der Zwischenkriegszeit dargestellt, um dann einzelne Ziele, Methoden und Wirkungen der antijüdischen Politik des Regimes näher zu analysieren. Die Bilanz fasst die Befunde zusammen und setzt sie in Bezug zur Verfolgung anderer Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion.

1. Jüdisches Leben in der Sowjetunion bis zum Holocaust

Die bolschewistische Machtergreifung 1917 brachte der jüdischen Bevölkerung des Russischen Reiches nur teilweise die Aufhebung der zur Zarenzeit bestehenden Diskriminierung, die sie unter anderem von bestimmten Berufen und Ausbildungen ausschloss, sie auf feste Siedlungsgebiete im Westen konzentrierte und ihnen das Eigentum von Land sowie die Staatsbürgerschaft verwehrte[8]. Zum Besseren wendete sich das Leben assimilierter Juden erst, wenn sie bereit waren, ihre jüdische Tradition aufzugeben und sich für die sowjetische Sache einzusetzen. Dass nicht wenige Juden eine führende Rolle in der kommunistischen Bewegung einnahmen, leistete antijüdischen Tendenzen in der Bevölkerung weiter Vorschub. Auch in der Ukrainischen Sowjetrepublik prägten jüdische Kommissare, die bei der Zwangskollektivierung mitwirkten – an führender Stelle Lazar

[7] Vgl. Arkady Vaksberg, Stalin Against the Jews, New York 1994; Gennadi Kostyrchenko, Out of the Red Shadows. Anti-Semitism in Stalin's Russia, Amherst/New York 1995; Alexander Borschtschagowski, Orden für einen Mord. Die Judenverfolgung unter Stalin, Wien 1997; Gennadij Kostyrčenko, Tajnaja politika Stalina. Vlast' i antisemitism, Moskva 2001.

[8] Vgl. Heinz-Dietrich Löwe/Frank Grüner, Die Juden und die jüdische Religion im bolschewistischen Russland, in: Christoph Gassenschmidt/Ralph Tuchtenhagen (Hrsg.), Politik und Religion in der Sowjetunion 1917–1941, Wiesbaden 2001, S. 167–205.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kaganovič, der für die Kollektivierung in der Ukraine zuständig war –, bei den Bauern das Bild des Juden im bolschewistischen Dienst, unabhängig davon, ob Juden wirklich überproportional hoch in der Partei vertreten waren[9].

Gegen die jüdische Religion als Minderheitenreligion ging die atheistische Sowjetregierung von Anfang an ähnlich repressiv vor wie gegen die anderen Religionsgemeinschaften, die aus dem öffentlichen Leben völlig verschwinden sollten, nämlich durch Deportation und Ermordung der Mehrheit der Geistlichen und durch die Diffamierung Gläubiger. Die ausführenden Organe dieser Politik waren neben der Staatssicherheit die staatlich inszenierte „Gottlosen-Bewegung" sowie die „Jüdischen Sektionen" der Partei (*evsekcii*), welche die jüdische Bevölkerung zur Assimilierung bewegen und politisch und sozial integrieren sollten, um sie so zur Aufgabe ihrer religiösen Bindung und ihrer traditionellen Werte zu bringen.

Antisemitische Propaganda richtete sich vor allem gegen Rabbiner und gegen die hebräische Sprache, deren Platz das „proletarischere" Jiddisch einnehmen sollte[10], außerdem wurden Synagogen, jüdische Theater und Schulen geschlossen[11]. Jedoch trafen diese Maßnahmen auch auf eine gewisse Bereitschaft vor allem der jüngeren Generation unter den Juden, eine Säkularisierung und Sowjetisierung zuzulassen. Während der massenhaften Säuberungen von Partei und Staat in den dreißiger Jahren wurden Juden, die in der Partei Karriere gemacht hatten, als „Volksfeinde" verfolgt. Ende der dreißiger Jahre war die jüdische Bevölkerung in der Sowjetukraine mehrheitlich assimiliert und akkulturiert.

Infolge des Ribbentrop-Molotov-Vertrages besetzten sowjetische Truppen 1939 Ostpolen und 1940 das Baltikum sowie die Nordbukowina und Bessarabien. Die jüdischen Einwohner hier, die nun unter sowjetische Herrschaft kamen, erhielten bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 einen prägenden Eindruck von der sowjetischen Politik: die Gemeinden wurden mit überhöhten Steuern belegt, Religionsschulen geschlossen, Rabbiner und viele bedeutende jüdische Vertreter verhaftet und eine hohe Anzahl von Juden in den Osten der Sowjetunion deportiert[12].

Während vor dem Zweiten Weltkrieg die Situation der sowjetischen Juden durch Akkulturation und Säkularisation unter mehr oder weniger großem Druck gekenn-

---

[9] 1941 betrug ihre Anzahl 176.884, 5% von 3.872.465 Gesamtmitgliedern. Vgl. Kostyrchenko, Out of the Red Shadows, S. 56.

[10] Vgl. auch den Beitrag von Börries Kuzmany, Die Neuerfindung des Judentums. Der Aufbau einer weltlichen sowjet-jüdischen Nation im Spiegel jiddischer Parteiorgane (1917–1922), in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 53 (2005), S. 247–279.

[11] Vgl. Kolarz, Die Religionen in der Sowjetunion, S. 369–383; Sonja Margolina, Das Ende der Lügen. Rußland und die Juden im 20. Jahrhundert, Berlin 1992, S. 78–80.

[12] Vgl. zur sowjetischen Religionspolitik Ben-Cion Pinchuk, Shtetl Jews under Soviet Rule. Eastern Poland on the Eve of the Holocaust, Cambridge/Mass. 1991, S. 66–70; vgl. auch Jan Gross, The Jewish Community in the Soviet-Annexed Territories on the Eve of the Holocaust. An Social Scientist's View, in: Lucjan Dobroszycki/Jeffrey S. Gurock (Hrsg.), The Holocaust in the Soviet Union. Studies and Sources on the Destruction of the Jews in the Nazi-Occupied Territories of the USSR, 1941–1945, Armonk/New York/London 1993, S. 155–171, hier S. 163 f.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeichnet war, kam mit der deutschen Besetzung die große Katastrophe[13]. In der Sowjetunion in den Grenzen vom Juni 1941 wurden von 5,1 Millionen Juden rund 2,8 Millionen ermordet[14]. Der systematischen Massentötung entkam nur, wer rechtzeitig in die östlichen Gebiete der Sowjetunion deportiert oder evakuiert worden war oder wer sich der Roten Armee bzw. den Partisanen[15] anschloss.

Die antisemitische Einstellung Stalins wird in der Forschung nicht einheitlich bewertet. Einerseits wird auf die Verfolgung und Unterdrückung von Juden als „wurzellose Kosmopoliten" hingewiesen und dadurch Stalins grundsätzlich antisemitische Überzeugung[16], seine „pathologische, paranoide Judophobie"[17] belegt, andererseits wird Stalins Politik im Kontext seiner allgemeinen Xenophobie und irrationalen Verfolgungsängste sowie eines gewissen Pragmatismus gesehen und betont, Stalin habe keine primitiven Rassenvorurteile geäußert und sich vor einer offen antisemitischen Haltung gescheut[18]. Es ist zudem eine Entwicklung zu beobachten, die in drei ansteigenden Stufen, ausgehend von einem beobachtenden Verdacht und von einer gewissen Wachsamkeit, über eine Mischung aus Angst und Hass, Abneigung und Verachtung zu einem Antisemitismus geprägt von Halluzinationen und Wahn bzw. zu einer Paranoia führte, die an eine „internationale jüdische Verschwörung" glaubte, welche auf die Versklavung und Zerstörung der nichtjüdischen Welt abziele[19]. Diese These ist deshalb einleuchtend, weil sie die psychische Verfassung Stalins mit einer zeitlichen Entwicklung in Einklang bringt. Dennoch wäre zu fragen, ob sie nicht auf das Verhalten Stalins gegenüber seiner gesamten Umwelt anzuwenden ist[20]. Stalin ließ jüdische wie andere nicht-russische

---

[13] Soziologische Veränderungen der sowjetischen Juden untersucht Mordechai Altshuler, Soviet Jewry since the Second World War. Population and Social Structure, New York u. a. 1987.

[14] Vgl. Gert Robel, Sowjetunion, in: Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hrsg. von Wolfgang Benz, München 1991, S. 499–560, hier S. 560. In dieser Zahl sind die Opfer des Holocaust sowie die kriegsbedingten Opfer unter kämpfenden jüdischen Einheiten und Zivilisten eingeschlossen. Sergei Maksudov, The Jewish Population Losses of the USSR from the Holocaust. A Demographic Approach, in: Dobroszycki/Geroch (Hrsg.), The Holocaust in the Soviet Union, S. 207–213, berechnet die Zahl der jüdischen Opfer der deutschen Vernichtungspolitik in der Sowjetunion in den Grenzen von 1939 auf rund 970.000. Zur Ermordung der Juden unter der NS-Herrschaft in der Ukraine vgl. auch Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944, München ²1997, und Thomas Sandkühler, „Endlösung" in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsaktionen von Berthold Beitz, Bonn 1996.

[15] Es gibt jedoch auch Hinweise auf ein dezidiert antisemitisches Verhalten von Partisanenverbänden; vgl. Ljuba I. Abramowitsch, Jüdischer Widerstand gegen den Genozid 1941–1944 in Weißrußland, in: „Der Fremde im Dorf". Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte. Rex Rexheuser zum 65. Geburtstag, hrsg. von Hans-Jürgen Bömelburg und Beate Eschment, Lüneburg 1998, S. 357–366, hier S. 366.

[16] Vgl. u.a. Vaksberg, Stalin Against the Jews; Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern; Borschtschagowski, Orden für einen Mord.

[17] Kostyrčenko, Tajnaja politika Stalina, S. 24.

[18] Vgl. Isaac Deutscher, Stalin. Eine politische Biographie, Berlin 1990, S. 760.

[19] Pinkus/Frankel, The Soviet Government and the Jews, S. 88.

[20] Vgl. Liudmila Dymerskaya-Tsigelman, Die Doktrin des Stalinschen Antisemitismus. Zur Entstehungsgeschichte, in: Luks (Hrsg.), Der Spätstalinismus und die „Jüdische Frage", S. 29–52, hier S. 45 ff.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Parteimitglieder in hohen Positionen zu, beispielsweise Außenminister Litvinov und Lazar Kaganovič. Die Voraussetzung dafür war ihre Loyalität. Bestand in irgendeiner Weise Grund zu Argwohn, und der war angesichts Stalins pathologischem Misstrauen schnell vorhanden, wurden sie rücksichtslos aus dem Weg geräumt wie Trockij, Sinov'ev, Kamen'ev und Radek. Stalin bediente sich also der Hilfe von Juden, solange sie ihm nützlich waren. Vor diesem Hintergrund wurde auch das „Jüdische Antifaschistische Komitee" (JAFK) Ende 1941 etabliert[21]. Es setzte sich aus einer Reihe bekannter jüdischer Künstler und Schriftsteller zusammen und hatte die Aufgabe, während des Krieges die Unterstützung insbesondere der US-amerikanischen Juden für die Sowjetunion zu gewinnen. Als es aber begann, sich in aller Vorsicht politisch für die sowjetischen Juden zu engagieren, ließ Stalin es zerschlagen; seine Mitglieder wurden hingerichtet. Zu dieser Ambivalenz der sowjetischen Politik gehört auch ihr zwiespältiges Verhältnis zum Judentum im Zuge der Gründung des Staates Israel 1948. Während innenpolitisch der Druck auf die Juden aufrechterhalten wurde, unterstützte Stalin den jüdischen Staat aus außenpolitischen Erwägungen, um im Nahen Osten die sowjetische Position zu stärken. Insgesamt erscheint die politische Haltung Stalins den Juden gegenüber oftmals widersprüchlich und schwer durchschaubar, wobei ihm aber genau diese Doppeldeutigkeit die Absicherung nach allen Seiten ermöglichte[22].

Die anderen Religionsgemeinschaften wurden von Stalin ähnlich instrumentalisiert. Sie wurden zwar a priori als antisowjetisch eingestuft, da das Regime den geistigen Freiraum, den Religionen boten, unterbinden musste. Während des Krieges aber gewährte Stalin den Religionsgemeinschaften einige Zugeständnisse, so dass es den Anschein hatte, er wolle von seinem antireligiösen Kurs abweichen. Tatsächlich ging es ihm aber darum, alle patriotischen Kräfte zur Landesverteidigung zu sammeln. So gestattete er der russischen orthodoxen Kirche 1943 die Wahl eines Patriarchen und berief einen „Rat für die Angelegenheiten der russischen orthodoxen Kirche beim Ministerrat der UdSSR" in Moskau ein, der als Verbindungselement zwischen den sowjetischen Behörden und der russischen orthodoxen Kirche wirken sollte. 1944 wurde eine ähnliche Organisation für die weiteren Glaubensrichtungen, der „Rat für Religiöse Kulte", ins Leben gerufen, der auch für die Juden zuständig war. Seine Aufgabe bestand darin, „zwischen der Regierung der UdSSR und den Führern der religiösen Vereinigungen der armenisch-gregorianischen, der Altgläubigen, der katholischen, der griechisch-katholischen, der lutheranischen Kirche, der islamischen, jüdischen, buddhistischen Religion sowie auch den Sekten Kontakt herzustellen in Fragen, für die diese Konfessionen die Erlaubnis der sowjetischen Regierung benötigten"[23]. Der tatsächliche Hintergrund für

[21] Zum JAFK vgl. u.a. Shimon Redlich, War, Holocaust and Stalinism. A Documented Study of the Jewish Anti-Fascist Committee in the USSR, Luxembourg 1995; Vaksberg, Stalin Against the Jews, S. 112 ff.

[22] Vgl. Leonid Luks, Stalin und die „jüdische Frage" – Brüche und Widersprüche, in: Luks (Hrsg.), Der Spätstalinismus und die „Jüdische Frage", S. 271–292; auch in Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1997) S. 9–50.

[23] Zentrales Staatsarchiv bürgerlicher Vereinigungen der Ukraine, Kiev (Central'nyj deržavnyj archiv hromads'kych ob'jednan' Ukraïny; Kyïv, künftig: CDAHOU), fond 1, opys' 23, sprava

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Einrichtung beider Räte lag darin, die Religionsgemeinschaften und Gläubigen zu beobachten, sie zu kontrollieren und sie schließlich zurückzudrängen. Der Vorteil, im Vorgehen gegen die Religionsgemeinschaften den Rat vorzuschieben, bestand darin, dass Stalin nicht selbst antreten musste, sondern dass er einen Stellvertreter-Krieg führen und von seiner Verantwortung ablenken konnte. Damit hielt er die Fiktion aufrecht, er sei in die Verfolgung der Gläubigen nicht persönlich involviert und verkörpere weiterhin den gütigen, für alle Sowjetbürger sorgenden Übervater.

Beide Räte waren ähnlich aufgebaut: Ihr Bevollmächtigter befand sich jeweils in Moskau, in den Sowjetrepubliken saßen Republiksbevollmächtigte, die wiederum auf Bevollmächtigte in den Gebieten (*oblasti*) zurückgreifen konnten. Der Bevollmächtigte des „Rates für Religiöse Kulte" in Kiev, Vil'chovyj, wurde für die jüdischen Gemeinden in der Ukraine zur wichtigsten Anlaufstelle, die über viele ihrer inneren Angelegenheiten entschied. Vil'chovyj stand in engem Kontakt nicht nur mit dem übergeordneten Rat in Moskau, sondern auch mit dem ukrainischen Ministerrat und Zentralkomitee sowie mit dem ukrainischen Ministerium für Staatssicherheit, das er regelmäßig mit Informationen über die neuesten Entwicklungen versorgte.

Nach dem Krieg war die Situation für die Juden in der Ukraine äußerst bedrückend. Mit den Menschen war auch die jüdische Kultur durch den Holocaust vernichtet worden. Ein von der Front nach Kiev heimkehrender Soldat berichtete 1946, man habe vor dem Krieg in der Stadt eine jiddische Tageszeitung, ein monatliches Literaturjournal und hunderte Bücher in jiddischer Sprache erhalten können. Nun aber existiere hier, ebenso wie in der ganzen Ukraine, keinerlei jüdisches Kulturleben mehr[24]. Schwerer noch wog, dass die Überlebenden keinerlei Hilfestellungen für den Aufbau einer geregelten Existenz erhielten, sondern im Gegenteil dabei sogar Behinderungen gewärtigen mussten[25]. Angesichts der allgemeinen Wohnungsnot durch die verheerenden Kriegsschäden verweigerten ihnen Behörden die Rückkehr in ihre alten Häuser, und auch neue Bewohner hinderten sie am Zutritt. In Kiev kam es 1944 Zeugenaussagen zufolge zu pogromartigen Ausschreitungen mit jüdischen Todesopfern, bei Übergriffen wurden „hunderte Juden" verletzt und einige getötet[26]. Auch in Vinnycja und Charkiv wurden antijüdische Ausschreitungen beobachtet[27]. Aufgrund des Mangels an Quartieren konnten die

887, ark. 2: Der Rat der Volkskommissare der UdSSR. Beschluss Nr. 572 vom 19. 5. 1944. Über die Organisation des Rats für Religiöse Kulte. [Gez.] Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare der Union der SSR I. Stalin, der Leiter der Angelegenheiten des Rats der Volkskommissare der UdSSR Ja. Čadaev. Moskau, Kreml'. Die beiden Räte wurden im Dezember 1965 zum „Rat für Religiöse Angelegenheiten" zusammengelegt.

[24] Bericht eines nicht namentlich genannten Offiziers der Roten Armee an die jüdische Zeitung „Ejnikejt", abgedruckt in: Redlich, War, Holocaust and Stalinism, S. 276–277.

[25] Vgl. Mordechai Altshuler, Antisemitism in Ukraine toward the End of the Second World War, in: Jews in Eastern Europe 22 (1993) 3, S. 40–81.

[26] Zeugenberichte in: Ebenda, S. 53 f., Anm. 32.

[27] Vgl. Shimon Redlich, The Jews under Soviet rule during World War II, Diss., Ann Arbor/MI. 1968, S. 193.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Juden in einigen Städten die von der NS-Herrschaft errichteten Ghettos nicht verlassen. Die Lage wurde so unerträglich, dass der Zuzug in die im Fernen Osten liegende autonome jüdische Republik Birobidžan erheblich anstieg: Nach dem Krieg wanderten hier rund 10.000 Juden ein, die Gesamtbevölkerung betrug 1948 rund 30.000[28].

Insgesamt erschwerten die wirtschaftliche Not und die staatliche wie gesellschaftliche Zurücksetzung den Überlebenden des Holocaust die Wiederaufnahme eines geregelten Lebens. Darüber hinaus wurden staatlicherseits die Elemente jüdischer Religionsausübung auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig und gezielt zerstört. Dazu zählten die Organisationen der jüdischen Gemeinden, deren geistliche und administrative Leitungen, das Gemeindeleben und schließlich die religiöse Symbolik und der geistige Gehalt der jüdischen Tradition.

2. Der Zugriff auf die Organisation: die Reduzierung der Gemeinden und die Schließung von Synagogen

Der Schwerpunkt der jüdischen Siedlungen in der Nachkriegs-Ukraine lag dort, wo jüdisches Leben traditionell konzentriert war, nämlich in den westukrainischen Gebieten und im Süden. Hier, aber auch in der Zentral- und Ostukraine, entstanden bald nach Kriegsende wieder jüdische Gemeinden. Diese stellten zu allen Zeiten das organisatorische Rückgrat und den geistigen Mittelpunkt jüdischer Kultur dar, nach dem Krieg kam aber über die religiösen Anliegen hinaus eine bedeutsame Aufgabe hinzu: Nachdem in der Sowjetunion jede Form einer nationalen Verbindung als antisowjetisch verfolgt wurde, nahmen die religiösen Gemeinden auch die nationale Vertretung ihrer Mitglieder wahr – was sonst keinem anderen Volk in der Sowjetunion möglich war –, und sie begannen, für ihre Glaubensbrüder materielle und finanzielle Hilfestellungen zu leisten. Bei der Erfüllung der Bedürfnisse des täglichen Lebens, die in der Nachkriegszeit besonders groß waren, dienten die Gemeinden auch für Juden im Ausland als eine wichtige Anlaufstelle, weil über sie die Lieferung und Verteilung humanitärer Hilfe erfolgen sollten.

Für das Sowjetregime waren aber alle Aktivitäten der jüdischen Gemeinden, die über die engen Grenzen der Ausübung des Kults hinausgingen, nicht tragbar: Auslandskontakte waren in dieser Zeit der gesamten sowjetischen Bevölkerung untersagt. Das Ziel des Staates bestand darin, die religiösen Gemeinden möglichst zurückzudrängen, um die De-Nationalisierung des sowjetischen Judentums voranzutreiben und um dem jüdischen Leben eine wichtige Verankerung zu entziehen. Der erste Schritt zur Dezimierung der Gesamtzahl der Gemeinden war ihre Registrierung. Um nämlich als Religionsgemeinde in der Sowjetunion auf legaler Basis existieren zu dürfen, musste sie sich bei den staatlichen Behörden offiziell melden. Die Bedingungen dafür, dann auch registriert zu werden, waren nicht für alle religiösen Gemeinschaften leicht zu erfüllen: Zusammen mit einer Gemeinde war nämlich ihr Gotteshaus sowie ihr geistlicher Repräsentant zu regi-

[28] Vgl. ebenda, S. 194.

VfZ 3 Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

strieren, außerdem mussten alle Kultusgemeinden mindestens 20 volljährige Gläubige nachweisen[29].

In der Auslegung der Vorschriften waren die Gemeinden auf die Bevollmächtigten der Räte angewiesen, die ihre Vorgaben folgsam ausführten und die meisten religiösen Gebäude und Gotteshäuser in der Ukraine nach dem Krieg nicht wieder öffneten. Dies betraf insbesondere Glaubensgemeinschaften, deren Mitgliederzahlen durch die Kriegsereignisse erheblich dezimiert worden waren: neben den katholischen Polen, die durch den sowjetisch-polnischen Bevölkerungsaustausch ab 1944 die neuen Gebiete in der Sowjetunion verlassen hatten müssen, vor allem die den Holocaust überlebenden Juden, aber auch alle anderen religiösen Gemeinschaften. Allein im Zeitraum zwischen Mai und Juni 1945 wurden in der Ukraine 782 kirchliche Gebäude geschlossen: 391 römisch-katholische Kirchen, 262 Synagogen, 44 Gebetshäuser der Evangeliumschristen-Baptisten, 39 griechisch-katholische Kirchen, 38 lutheranische Kirchen, sechs Kirchen der Altgläubigen, ein Gebetshaus der armenisch-gregorianischen Kirche und eine Moschee. Von diesen wurden 112 in Gebäude für kulturelle Zwecke umgebaut, 170 wirtschaftlichen Unternehmen zugeführt und 136 zerstört[30].

Durch die mehrfache Registrierung einer Gemeinde bzw. Synagoge und deren Rabbiner erhöhten die Behörden ihre Zugriffsmöglichkeiten. Dabei war die Schließung von Synagogen und die Verweigerung der Registrierung des Rabbiners äußerst effektiv, da eine Gemeinde mit ihren organisatorischen Strukturen stand und fiel. Früher oder später führte die Schließung eines zentralen religiösen Gebäudes und der Abzug des geistlichen Repräsentanten mit hoher Sicherheit zur Auflösung der Gemeinde. Das Eigentum der de-registrierten Gemeinden wurde eingezogen, die Gebäude wurden meistens in Klubs, Kinos oder andere öffentliche Gebäude umfunktioniert. Die wertvolle Innenausstattung ging in den Besitz des Staates über, Gegenstände wie Thorarollen kamen in Museen. Dafür, dass die Zahl der Rabbiner stetig zurückging, sorgten auch die fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten für das Rabbinat.

Das Prozedere, an dessen Ende die Auflösung einer Gemeinde stand, ging in mehreren Schritten vor sich, die sich den Anschein der Legalität gaben. Am Anfang wurde einer Gemeinde in der Regel der Vorwurf einer „groben Verletzung sowjetischer Gesetze" gemacht. Damit war der Verlust der Registrierung für einen Rabbiner zu begründen; die betreffende Gemeinde besaß nun keine geistliche Führung mehr. Der nächste Schritt bestand in der Auflösung der Verwaltung der Synagoge, in der kategorischen Verweigerung der Wahl einer neuen sowie im Entzug des offiziellen Stempels der Gemeinde. Damit konnte sie nicht mehr nach

[29] Abdruck des Religionsgesetzes in: Dimitry V. Pospielovsky, A History of Soviet Atheism in Theory and Practice, and the Believer, vol. 1, Houndmills/Basingstoke/Hampshire/London 1987, S. 138–146. Zur Registrierung jüdischer Gemeinden in der Nachkriegszeit vgl. Grüner, Jüdischer Glaube und religiöse Praxis, S. 542–545.

[30] CDAHOU, 1-23-1639, ark. 12–31, hier ark. 16: An Genossen N. S. Chruščev. Informationsbericht über die Arbeit des Bevollmächtigten für Religiöse Kulte am Rat der Volkskommissare der UdSSR für die Ukrainische SSR für Mai-Juni 1945. [Gez.] Der Bevollmächtigte des Rates für Religiöse Kulte am Rat der Volkskommissare für die Ukrainische SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 24. 7. 1945.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

außen auftreten, sie verlor gleichsam ihren Status als juristisches Subjekt. Fiel dann eine jüdische Gemeinschaft durch einen erneuten Gesetzesverstoß auf, wurde ihre Synagoge geschlossen. Letztlich war die Auflösung einer Gemeinde eine rein politische Angelegenheit; religiös motivierte Gegengründe waren belanglos. Für die lokalen Räte bedeutete jede Schließung einen Erfolg ihrer Arbeit, denn unausgesprochen war dies der Sinn ihrer Existenz überhaupt.

Von den in der Ukraine am 1. Oktober 1945 bestehenden 59 Synagogen waren nur fünf auf Beschluss des „Rates für Religiöse Kulte" eröffnet worden, alle anderen noch vor der Einrichtung dieses Amtes, zwischen der zweiten Hälfte des Jahres 1944 und dem Beginn des Jahres 1945, durch gläubige Juden. Der Vorkriegsstand, wie in der Tabelle unten beschrieben, wurde nicht wieder erreicht. Auch die Zahlen der registrierten Gemeinden und der Rabbiner in der Ukraine wiesen Ende der vierziger Jahre eine drastische Dezimierung im Vergleich zum Vorkriegsstand auf. Dies ging freilich im Wesentlichen auf den hohen Menschenverlust während des Holocaust zurück, auf staatliches Betreiben hin reduzierten sich die Zahlen aber in den Nachkriegsjahren weiter, so dass bis zum Tod Stalins etwa nur mehr der 17. Teil an Gemeinden und Rabbinern registriert war. Die Tendenz, sowohl die Zahl der jüdischen Gemeinden als auch die der Rabbiner permanent zu senken, verdeutlicht die folgende Tabelle:

Statistik der registrierten jüdischen Gemeinden und Rabbiner in der Ukraine 1940–1952

bis 1940	657 Synagogen	657 Rabbiner
[1942–1944	3 Synagogen	3 Rabbiner]
1948 (April)	55 Synagogen	54 Rabbiner
1949 (Januar)	46 Gemeinden	40 Rabbiner
1949 (April)	51 Gemeinden	66 Rabbiner
1950 (Januar)	46 Gemeinden	40 Rabbiner (nichtreg.: 18 Synagogen, 19 Rabbiner)
1950 (April)	45 Gemeinden	41 Rabbiner (nichtreg.: 18 Synagogen, 19 Rabbiner)
1950 (Juli)	45 Gemeinden	41 Rabbiner
1951 (Januar)	45 Gemeinden	40 Rabbiner (nichtreg.: 13 Synagogen)
1951 (April)	45 Gemeinden	43 Rabbiner
1951 (Juli)	41 Gemeinden	41 Rabbiner
1951 (Oktober)	41 Gemeinden	41 Rabbiner
1952 (April)	39 Gemeinden	39 Rabbiner

Die nichtregistrierten Gemeinden befanden sich in der Karpaten-Ukraine. Hier hinkte, nachdem dieses Territorium erst nach dem Zweiten Weltkrieg an die Sowjetunion gefallen war, allgemein die Sowjetisierung sowie die Registrierung der kirchlichen Gemeinden aller Konfessionen den übrigen Gebieten in der Ukraine hinterher. Für die Gläubigen bedeutete dies, dass sie länger mehr oder weniger unbehelligt blieben[31].

Synagogen hatten immer den wichtigsten Kristallisationspunkt jüdischen Lebens dargestellt. Sie waren auch für nicht-religiöse Juden nach dem Krieg der

[31] So wurde hier die unierte Kirche erst 1949 für aufgelöst erklärt, während sie in Galizien bereits 1946 verboten worden war. Die jüdischen Gemeinden der Karpaten-Ukraine konnten ebenfalls noch einige Zeit ihre Arbeit fortsetzen.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einzige Ort, an dem sie an ihre Tradition anknüpfen konnten; allein hier konnten sie demonstrieren, dass das jüdische Volk weiterbestand und sich weigerte, seine Identität aufzugeben[32]. Der Angriff des Sowjetregimes auf die Synagogen wirkte auch auf die Gemeinden als soziale Gemeinschaft zersetzend, weil man sich dort zwar zur Kultausübung traf, damit aber auch Kommunikation, der Austausch von Informationen und Kontaktaufnahme zwischen den Juden verbunden war. So ging auch der gesellschaftliche Zusammenhalt der Gemeinden zurück, während die Individualisierung des religiösen Lebens stieg.

Selbst der gesetzlich zugestandene Raum für die Gemeinden wurde durch die ständige Dezimierung der Synagogen immer enger. Das Ziel bestand indes nicht darin, alle Synagogen bis auf die letzte zu schließen, sondern ihre Zahl so weit zu reduzieren, dass auf lange Sicht hin nur mehr eine einzige pro Gebiet übrig bleiben sollte. So war der äußere Schein der in der so genannten „Stalin-Verfassung" von 1936 garantierten Religionsfreiheit unter maximaler Kontrolle der Gemeinden gewahrt. Weiter achteten die Räte darauf, dass die Zahl der Synagogen in einem Gebiet nicht jäh abnahm, sondern dass dies langsam, dafür aber permanent geschah. Die folgende Tabelle veranschaulicht diesen Trend:

Anzahl der jüdischen Gemeinden in den ukrainischen Gebieten 1948–1952[33]

Gebiet	*1948*	*1949*	*1950*	*1951*	*1952 (April)*
Černivci/Tschernowitz	12	9	7	7	5
Žytomyr	6	6	6	6	5
Vinnycja	5	4	4	4	4
Kam-janec'-Podil's'kyj	5	4	4	4	2
Kyïv/Kiev	5	5	3	3	3
Poltava	5	5	4	4	4
Černihiv	4	4	4	4	4
Odesa/Odessa	2	2	2	2	2
Izmaïl	2	1	1	1	-
Dnipropetrovs'k	1	1	1	1	1
Drohobyč	1	1	1	1	1
Kirovohrad	1	1	1	1	1
L'viv/Lemberg	1	1	1	1	1
Mykolaïv	1	1	1	1	1
Rivne	1	1	1	1	1
Sumy	1	1	1	1	1
Charkiv	1	1	–	–	–
Cherson	1	1	1	1	1
Karpaten-Ukraine	20/1	20/2	15/2	7/2	6/2[34]
insgesamt	56	51	45	45	39

[32] Vgl. Yaacov Ro'i, The Role of the Synagogue and Religion in the Jewish National Awakening, in: Yaacov Ro'i/Avi Beker (Hrsg.), Jewish Culture and Identity in the Soviet Union, New York 1991, S. 112–135, hier S. 113 u. S. 117.

[33] CDAHOU, 1-24-1572, ark. 184–214, hier ark. 190: Informationsbericht über die Arbeit des Bevollmächtigten für Religiöse Kulte am Ministerrat der UdSSR für die Ukrainische SSR für Januar-März 1952. [Gez.] Der Bevollmächtigte des Rates für Religiöse Kulte am Ministerrat für die Ukrainische SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 25. 6. 1952.

[34] Die jeweils kleineren Zahlen stellen die registrierten Synagogen dar.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Falle Charkivs muss den Behörden ein Fehler unterlaufen sein, denn hier war ab 1950 überhaupt keine jüdische Gemeinde mehr vorhanden. Dem lokalen Rat zufolge sei diese „zerfallen", sie habe sich also ohne äußere Einwirkung aufgelöst. Jüdische Stimmen hingegen machten den Rat für das Ende der Aktivitäten der Gemeinde verantwortlich[35]. Bei der Schließung von Synagogen achteten die Räte ansonsten darauf, keine zu große Unruhe in den Gemeinden zu erzeugen. „Taktisches Vorgehen und Vorsicht" waren ihnen angeraten worden. Gründe für die Schließung religiöser Gebäude könnten immer gefunden werden. Die Missachtung dieser internen Vorschrift führte zu erheblichen Schwierigkeiten für die Behörden. Als beispielsweise 1948 in Černivci vier Synagogen gleichzeitig und ohne Bestätigung des „Rates für Religiöse Kulte" in Moskau geschlossen wurden, hatte dies erhebliche Proteste von jüdischer Seite zur Folge. Die Gemeindeleitungen erklärten diesen Akt für „verfassungswidrig" und beschlossen, sich in Kiev darüber zu beschweren. Das „Aktiv" der geschlossenen Synagogen sandte eine größere Zahl von Klagen an höhere Partei- und Sowjetorgane, in denen es den örtlichen Bevollmächtigten des „Rates für Religiöse Kulte" der Unehrenhaftigkeit, der Bestechlichkeit und der Verbindung zu zweifelhaften Elementen bezichtigte. Der Betreffende musste schließlich alle Unterlagen zum Vorgang an die Staatsanwaltschaft des Gebiets aushändigen. Der „Rat für Religiöse Kulte" der Ukraine sprach sich, und dies ist nicht weiter verwunderlich, für die Unumgänglichkeit der Schließung der betroffenen Synagogen aus.

Trotz der Schließung von Synagogen durch die Behörden bemühten sich manche Gemeinden beharrlich um die erneute Zuweisung von religiösen Räumen. Unmittelbar nach Kriegsende waren diese Anstrengungen häufiger zu beobachten, dann allerdings flauten sie ab, weil ersichtlich wurde, dass sie in keinem Fall zum Erfolg führten. Gründe für Ablehnungen zu finden, fiel dem „Rat für Religiöse Kulte" nicht schwer. Als Kiever Juden 1948 wegen der weiten Entfernung zu ihrer einzigen funktionierenden Synagoge mehrfach die Öffnung einer zweiten erbaten, wurden sie darauf hingewiesen, dass erstere für die Erfüllung ihrer religiösen Bedürfnisse vollends ausreiche. Mit derselben Begründung wurden auch die Juden von Odessa abgespeist, als sie um eine weitere Synagoge nachsuchten. In diesem Fall wurden zwei Parteien innerhalb der jüdischen Gemeinde gegeneinander ausgespielt, denn der Rabbiner der Stadt, I. Š. Diment, bestätigte die Behauptung des Rates, die bestehende Synagoge reiche für alle religiösen Dienste aus. Hingegen wurde der Vertreter einer Gruppe Gläubiger, Ryvkinzon, insgesamt sieben Mal beim „Rat für Religiöse Kulte" in Odessa vorstellig und kündigte an, so lange aktiv zu bleiben, bis er ein positives Resultat und die Öffnung einer weiteren Synagoge erreicht habe[36]. Auch der Vorwurf des politischen Engage-

[35] Vgl. Michail Micel', Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine./Kiev, L'vov: 1945–1981 gg./, Kiev 1998, S. 249.

[36] CDAHOU, 1-23-4377, ark. 20–50, hier ark. 39: Informationsbericht über die Arbeit des Bevollmächtigten für Religiöse Kulte am Ministerrat der UdSSR für die Ukrainische SSR für Januar-März 1948. [Gez.] Der Bevollmächtigte des Rates für Religiöse Kulte am Ministerrat für die Ukrainische SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 28. 5. 1948.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ments – das religiösen Institutionen verboten war – kam in einem ähnlichen Fall zur Anwendung: 1951 versuchte eine Gruppe von Gläubigen aus Charkiv unter Leitung ihres früheren Rabbiners, eines Apotheken-Angestellten und einer früheren Gemeindesekretärin, die mit einem Parteimitglied verheiratet war, beim „Rat für Religiöse Kulte" in Kiev die Öffnung einer Synagoge durchzusetzen. Das Anliegen wurde von diesem als „nicht zweckmäßig" abgelehnt, da sich die Gemeinde und ihr Vorsitzender früher „ausschließlich von der nicht-kirchlichen Seite gezeigt" hätten[37].

Trotz aller Registrierung und Überwachung schafften es die staatlichen Organe jedoch nicht, die Gesamtzahl der gläubigen Juden in den einzelnen Gemeinden genau festzustellen, denn die Gemeindemitglieder wurden nirgends statistisch erfasst. Ihre Anzahl war auch über die Zahl der Gemeinden nicht erschließbar, deren Mitgliederzahlen von Ort zu Ort variierten. Mitgliederzählungen seitens des „Rates für Religiöse Kulte" fanden nicht statt, gelegentlich wurden jedoch die Größen der einzelnen Gemeinden geschätzt. Diese Angaben sagten aber nichts aus über die tatsächliche Anzahl der Gläubigen, da sie nur auf den ungefähren Angaben über den durchschnittlichen Synagogenbesuch basierten. Dabei lagen an den hohen Feiertagen wie Rosch Haschana (das jüdische Neujahrsfest), Pessach (das an den Auszug der Juden aus Ägypten erinnert) und dem jüdischen Versöhnungstag Jom Kippur die Zahlen der Besucher wesentlich höher als an gewöhnlichen Tagen. Aber auch diese Zahlen können nichts Genaues über die Religiosität einer Gemeinde aussagen, da manche Juden weniger aus religiösen als aus traditionell-nationalen Gründen die Synagogen besuchten, andere religiöse Juden aber durch die staatlichen Repressionen von einem öffentlichen Bekenntnis abgeschreckt wurden. Unabhängig davon aber, ob die „Räte für Religiöse Kulte" die Angaben über die gläubigen Juden eher niedrig hielten, um ihren Vorgesetzten den Erfolg ihrer Maßnahmen zu demonstrieren, oder ob sie sie höher ansetzten, um weiteren Handlungsbedarf anzumahnen, ist ihre Beobachtung glaubhaft, dass die Zahl der Synagogenbesucher stetig abnahm.

3. Der Zugriff auf das Gemeindeleben und die religiöse Praxis

Über theologische Inhalte der von ihnen zu betreuenden Religionsgemeinschaften waren die „Räte für Religiöse Kulte" nicht informiert, und daran zeigten sie auch kein Interesse. Für sie war in erster Linie wichtig zu erkunden, wo Religion nach außen hin auftrat und öffentlich wurde, aber auch, wo und wie man sie im Geheimen praktizierte. Dabei standen die Räte auch unter dem Einfluss dessen, was an Verdächtigungen und Halbwahrheiten in der Bevölkerung weitergegeben wurde. Beispielsweise hielt sich noch in der Nachkriegszeit das Gerücht jüdischer Ritualmorde, so 1945 in Lemberg. Es ging auf einen den Behörden namentlich

[37] CDAHOU, 1-24-783, ark. 379–409, hier ark. 382: Informationsbericht über die Arbeit des Bevollmächtigten für Religiöse Kulte am Ministerrat der UdSSR für die Ukrainische SSR für das 3. Quartal 1951. [Gez.] Der Bevollmächtigte des Rates für Religiöse Kulte am Ministerrat für die Ukrainische SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 15. 12. 1951.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bekannten „Nationalisten und Provokateur" zurück, der zusammen mit anderen am 14. Juni 1945 auf einem Markt neben der Synagoge in Lemberg laut rief, in der Synagoge seien die Leichen russischer Kinder verborgen, die von Juden ermordet worden seien. Eine Untersuchung der Synagoge durch den NKVD ergab aber keine Hinweise; der „Provokateur" wurde verhaftet[38]. Dies war dem religiösen Frieden nach außen hin sicher förderlich, dennoch dürfte die Konfrontation mit den Organen des Innenministeriums, die den antisemitischen Äußerungen aus der Bevölkerung Glauben geschenkt hatten, für Unruhe innerhalb der jüdischen Gemeinde gesorgt haben.

Grundsätzlich war den Juden der Besuch der Synagoge nicht eigentlich verboten, allerdings mussten sie in Kauf nehmen, dass sie dort überwacht wurden, dass ihnen im Zweifelsfall ihr jüdisches Bekenntnis zum Vorwurf gemacht werden konnte und dass sie dadurch sich und ihrer Familie schadeten. Die Synagoge, wie auch die Kirche und die Moschee, wurde so auch zur Begegnungsstätte mit dem Regime. Allein diese Gefahr war für Anhänger aller Religionen ein ernstes Motiv, sich aus der religiösen Öffentlichkeit zurückzuziehen, und es erklärt, warum in vielen Gebetshäusern ältere Leute die Mehrheit stellten, wie auch über die jüdischen Gemeinden berichtet wurde.

Dennoch zeigten sich auch immer wieder Besucher in Synagogen, die nicht aus der Arbeiterschicht stammten. In Kiev wurde 1949 beobachtet, wie eine größere Anzahl von Familien mit Autos zur Synagoge fuhr. Von rund 150 Personenwagen wurden die Nummernschilder registriert und an das Kiever Stadtkomitee weitergegeben[39]. Die Autos, in der damaligen Zeit für einen normalen Arbeiter nicht erschwinglich, belegten eine höhere Position der Synagogenbesucher. Tatsächlich war es für Sowjetfunktionäre und Parteimitglieder möglich, die atheistische Staatsdoktrin mit ihrem persönlichen Glauben zu vereinbaren. So finden sich unter den Anhängern aller religiösen Gemeinschaften in der Sowjetunion immer wieder Parteimitglieder, wenngleich sie bei den Juden – in der ukrainischen Parteiorganisation waren 1946 insgesamt 33.007 Personen (10,3 Prozent) Juden[40] – nur eine Minderheit darstellten. Über diese freilich sammelten die Räte besonders eifrig Informationen. Beispielsweise fanden sich an Jom Kippur 1949 in der Synagoge von Berdičev einige ranghöhere Parteimitglieder ein, deren Namen und Funktionen an das örtliche Stadtkomitee, an den „Rat für Religiöse Kulte" in Kiev und von diesem wiederum an den Rat in Moskau weitergemeldet wurden. Es handelte sich

[38] Micel', Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine, Dok. 1, S. 154 f.; Staatsarchiv des Gebiets Lemberg (Deržavnyj archiv L'vivskoj oblasti, künftig: DALO), R1332, op. 1, spr. 2 (1945), ark. 7–13, hier ark. 8: Rechenschaftsbericht über die praktische Arbeit bezüglich der religiösen Kulte seit 1. 10. 1945. [Gez.] Der Bevollmächtigte des Rates für Religiöse Kulte am Rat der Volkskommissare der USSR für das Gebiet Lemberg Kučerjavyj. O. D.

[39] CDAHOU, 1-24-12, ark. 46–95, hier ark. 88: Informationsbericht über die Arbeit des Bevollmächtigten für Religiöse Kulte am Ministerrat der UdSSR für die Ukrainische SSR für Oktober-Dezember 1949. [Gez.] Der Bevollmächtigte des Rates für Religiöse Kulte am Ministerrat für die Ukrainische SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 20. 3. 1950.

[40] CDAHOU, 1-23-3970, ark. 5. Die Mehrheit waren Ukrainer mit 56,3 % bzw. 180.293 Personen sowie Russen mit 29,8 % bzw. 95.509 Personen.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dabei um den stellvertretenden Direktor einer Kleiderfabrik in Berdičev, um einen wegen Trotzkismus aus der Partei ausgeschlossenen Arbeiter eines Industriekombinats, um den Sekretär einer KP-Grundorganisation, der zusammen mit seiner Ehefrau, ebenfalls Parteimitglied, die Synagoge besuchte, um den Leiter der Handelsabteilung eines Rajons sowie um die stellvertretende Sekretärin einer Komsomol-Organisation. Bei anderer Gelegenheit wurden in der Kiever Synagoge neben einer größeren Anzahl von Händlern und Ärzten (einer von diesen arbeitete in der Poliklinik des ukrainischen Ministeriums für Staatssicherheit) auch einige Militärangehörige angetroffen, darunter ein Major zur See, begleitet von einem kleinen Buben[41]. Auch 1951 hieß es über die jüdische Gemeinde von Kiev: dort hätten „Leute mit anscheinend entsprechenden Posten" die Synagoge besucht, wohin sie entweder „mit persönlichen Autos oder mit dem Taxi" gelangt seien[42].

Dass die „Räte für Religiöse Kulte" in der Lage waren, die Zahl der Synagogenbesucher, die an hohen Feiertagen mehrere Hundert betragen konnte, einigermaßen realistisch wiederzugeben, ist wenig wahrscheinlich, so dass eine hohe Fehlerquelle anzunehmen ist. Das Motiv für die Zählung der Besucher lag darin, dass eine geringe Besucherzahl als Grund für die Schließung oder für die Verweigerung einer weiteren Synagoge gelten konnte. Beispielsweise erhielten die Kiever Juden 1947, als sie um die Öffnung einer zweiten Synagoge baten, vom „Rat für Religiöse Kulte" eine abschlägige Antwort mit der Begründung, dass sie bereits eine solche für über 2.000 Menschen besäßen, diese aber mit einer durchschnittlichen Besucherzahl von 150–200 Betenden nicht ausgelastet sei[43]. Die Ablehnung mit dem Argument, es sei kein Bedarf vorhanden, wurde gegenüber allen Religionsgemeinschaften vorgebracht, wenn sie um die Öffnung von Gotteshäusern baten.

Auch bestimmte Beobachtungen konnten den Gemeinden negativ – als Übertretung sowjetischer Gesetze – ausgelegt werden. Zu den groben Verstößen gehörte beispielsweise, wenn die Gemeindeleitungen jüdische Familien zu Hause besuchten und sie zum Synagogenbesuch und zur Geldspende für Arme und Kranke verpflichteten, wenn sie Kantoren ohne die Erlaubnis der Räte einstellten und wenn sie Gebete außerhalb der Synagogen verrichteten[44]. Argwöhnisch wurde beispielsweise 1951 in den Städten Užhorod und Berehove in der Karpaten-Ukraine am Abend des Neujahrfestes ein Auszug aus der Synagoge zum Fluss und ein Gottesdienst unter freiem Himmel verfolgt[45]. Dies wurde aber nicht verboten, denn im folgenden Jahr fanden sogar noch mehr Prozessionen statt; diesmal in Užhorod, Mukačevo, Berehove und Chust[46]. Besonderen Wert bei der

[41] Vgl. Micel', Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine, Dok. 6, S. 72.
[42] CDAHOU, 1-24-12, ark. 177–201, hier ark. 196: Informationsbericht über die Arbeit des Bevollmächtigten für Religiöse Kulte am Ministerrat der UdSSR für die Ukrainische SSR für Januar-März 1951. [Gez.] Der Bevollmächtigte des Rates für Religiöse Kulte am Ministerrat der UdSSR für die Ukrainische SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 8. 6. 1951.
[43] Vgl. Micel', Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine, Dok. 2, S. 66.
[44] CDAHOU, 1-24-12, ark. 46–95, hier ark. 92, Bericht 1949/4 (vgl. Anm. 39).
[45] CDAOU, 1-24-783, ark. 379–409, hier ark. 385, Bericht 1951/3 (vgl. Anm. 37).
[46] Micel', Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine, Dok. 6, S. 74.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Überwachung legte man zudem auf die systematische Erfassung des „sozialen Bestandes des Synagogen-Aktives", auf die Sammlung von Beweisen für Verbindungen zu zionistischen und anderen jüdischen Organisationen im Ausland (beispielsweise durch den Erhalt von Paketen aus den USA) und auf den Nachweis von Verbindungen zu anderen Gemeinden in der Sowjetunion.

Nicht nur durch die Kontrolle der Synagogen, sondern auch durch staatliche Eingriffe in das interne Leben der Gemeinden wurde den Juden die Kultausübung immer stärker erschwert. Ansatzpunkte für die „Räte für Religiöse Kulte" waren wie in der Zwischenkriegszeit jüdische Rituale und Feiern. Feiertage wie Jom Kippur und Rosch Haschana bedeuteten für die Räte Großeinsatz. An diesen Tagen folgten sie der jüdischen Religionspraxis wie die Juden selber – nur nicht zum Zwecke des Feierns, sondern zum Zwecke der Überwachung. Dazu gehörte es, die Frequentierung der Synagogen durch Gläubige festzustellen, „nationalistische Stimmungen" seitens der Juden oder der Gemeindeleitungen anzuzeigen, herauszubringen, ob Kantoren eingeladen und ob private Gebetskreise gebildet worden waren, schließlich ob die Arbeitsdisziplin seitens der Juden und einzelner Betriebsleiter verletzt worden sei[47].

Ohne das Einverständnis der örtlichen Räte war ein legales Gemeindeleben nahezu unmöglich. Dabei besaßen die Räte eine Reihe von Möglichkeiten, die religiöse Praxis zu beeinträchtigen. Sie unterstanden indes, wie bei der Schließung von Synagogen, grundsätzlich der Kontrolle der nächsthöheren Ebene. Bei einigen Entscheidungen handelten sie jedoch eigenverantwortlich. Dazu gehörte die Frage, ob den Gemeinden am Pessach-Fest das Backen von ungesäuertem Brot, Mazzen, gestattet wurde, wofür die Erlaubnis der örtlichen Behörden erforderlich war. In der Zwischenkriegszeit war die Herstellung zwar nicht verboten, aber mit Schikanen belegt worden. Diese wurden nach dem Krieg wieder aufgenommen. Wenn die Behörden jedoch keine Entscheidung treffen wollten, stand es den Gemeinden frei, sich mit Kooperativen darüber zu verständigen oder selbst Arbeitsgruppen zur Herstellung von Mazzen zu organisieren. Durch unterschiedliche Entscheidungen der Räte in den einzelnen Gebieten konnte die Situation von Ort zu Ort differieren. Obwohl aber im Spätstalinismus von dem strikten Verbot weniger oft Gebrauch gemacht wurde, untersagte der Rat in Kiev in den Jahren 1960–1966 die Herstellung von Mazzen bei Strafandrohung; in Černivci war dies 1963 der Fall, in Odessa zwischen 1959 und 1965. Gleichzeitig stand der Verkauf von Mazzen in den Augen des „Rates für Religiöse Kulte" im Odium einer „bedeutenden Belebung des spekulierenden und handeltreibenden Elementes"[48]. Der Verkauf von Mazzen war daher entweder reglementiert oder untersagt, ebenso wie deren traditionelle Verteilung an arme Gemeindemitglieder. Diese fiel unter das Verbot der Wohltätigkeit zugunsten einer nationalen Gruppe. Reklame für den

[47] CDAHOU, 1-24-1572, ark. 67–105, hier ark. 100: Informationsbericht über die Arbeit des Bevollmächtigten für Religiöse Kulte am Ministerrat der UdSSR für die Ukrainische SSR für Oktober-Dezember 1951. [Gez.] Der Bevollmächtigte des Rates für Religiöse Kulte am Ministerrat für die Ukrainische SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 7. 3. 1952.

[48] CDAHOU, 1-24-12, ark. 46–95, hier ark. 88, Bericht 1949/4 (vgl. Anm. 39).

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verkauf von Mazzen war gleichfalls nicht zulässig; Informationen über die Verkaufsstellen durften nur an den Wänden der Synagogen ausgehängt werden[49].

Dass die jüdischen Gemeinden beim Mazzen-Verkauf schlechter gestellt waren als die russische orthodoxe Kirche[50], rief von jüdischer Seite Diskussionen hervor. Die lokalen Räte und Vil'chovyj fanden in dieser Angelegenheit jedoch keine Lösung und baten daher die „Räte für die russische orthodoxe Kirche" und für „Religiöse Kulte" in Moskau um einen gemeinsamen Beschluss[51].

Während diese Behinderungen der religiösen Aktivitäten als Schikanen zu klassifizieren sind, die dem Staat insofern von Nutzen waren, als sie die Gemeinden schwächten, ging das Regime dann, wenn es sich selbst geschädigt fühlte, mit größerer Entschlossenheit vor. Dies war der Fall, wenn es um die Beibehaltung seiner Wirtschaftskraft ging und geargwöhnt wurde, die Juden würden ihren Pflichten als Arbeiter nicht nachkommen, indem sie an ihren kirchlichen Feiertagen, die in der Sowjetunion normale Werktage waren, statt zur Arbeit in die Synagogen gingen. So verlangte die Sowjetregierung unter Strafandrohung, dass hohe jüdische Feiertage nicht zur Vernachlässigung der gewerblichen Arbeit führen durften. Die Sabbatruhe war den sowjetischen Juden bereits in der Vorkriegszeit verboten worden. Dies blieb auch nach dem Krieg so; gläubigen Juden war daher die Befolgung dieser rituellen Vorschrift kaum möglich, wenn sie keine Bestrafung für die Verletzung der Arbeitspflicht riskieren wollten.

Dennoch war zu beobachten, dass Juden auch noch so rigorose Drohungen ignorierten und dass sie dabei sogar aus ihrem nicht-jüdischen Umfeld Unterstützung fanden. Es wurde nämlich wiederholt gemeldet, dass die Vernachlässigung der Arbeitspflicht an hohen jüdischen Feiertagen „Massencharakter" habe und sogar mit stiller Duldung von Betriebsleitungen, wie 1949 in Odessa, geschah. Hier wurde, obwohl an Jom Kippur 35 Verkaufsstellen nicht besetzt gewesen waren, kein einziger Fall gerichtlich verfolgt. Mehr noch, als die Handelsabteilung der Stadt die Anweisung gab, die gegen die Arbeitsdisziplin Verstoßenden zur Verantwortung zu ziehen, erklärte der Vorsitzende einer Arbeitsgenossenschaft den betreffenden Tag zum freien Tag[52]. An Jom Kippur 1951 wurde in der Stadt Beršad', Gebiet Vinnycja, ebenfalls beobachtet, dass die Verwaltungen von Betrieben jüdische Arbeiter in die Synagogen entließen[53]. Am Pessachfest desselben Jahres wurden jüdische Arbeiter von den Administrationen zum Besuch der Synagoge freigestellt[54]. Durch ihren Einsatz insbesondere im Handel war dieser Berufszweig am meisten betrof-

[49] Ebenda, ark. 89.

[50] Dieser waren beim Verkauf ihrer Osterspeise keine Reglementierungen auferlegt: Paschagebäck durfte in staatlichen Bäckereien produziert und in allen Läden verkauft und beworben werden.

[51] CDAHOU, 1-24-12, ark. 184–214, hier ark. 196: Informationsbericht über die Arbeit des Bevollmächtigten für Religiöse Kulte am Ministerrat der UdSSR für die Ukrainische SSR für Januar-März 1950. [Gez.] Der Bevollmächtigte des Rates für Religiöse Kulte am Ministerrat für die Ukrainische SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 31. 5. 1950.

[52] CDAHOU, 1-24-12, ark. 46–95, hier ark. 87, Bericht 1949/4 (vgl. Anm. 39).

[53] CDAHOU, 1-24-1572, ark. 67–105, hier ark. 99, Bericht 1951/4 (vgl. Anm. 47).

[54] CDAHOU, 1-24-12, ark. 177–201, hier ark. 199, Bericht 1951/1 (vgl. Anm. 42).

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fen. Im Gebiet Žytomyr erstarb an Pessach 1951 auf den Märkten das Leben, Verkaufsläden und Kioske in Žytomyr, Korosten' und Berdičev blieben geschlossen[55], ebenso wie an Jom Kippur 1951 in der Stadt Kiev. Allein im Stadtteil Podil' wurden 34 geschlossene Kioske gezählt, deren Angestellte an diesem Tag die Synagoge besuchten. Schneider, Schuhmacher und andere Handwerker waren im Gebiet Žytomyr nicht im Dienst[56]. Die „Verletzungen der Arbeitsdisziplin" konnten vermieden werden, wenn die Behörden im Vorfeld dagegen Vorsorge trafen. So wurden am Pessachfest 1951 „dank der rechtzeitigen Ergreifung von Maßnahmen durch Exekutivkomitees, Gewerkschaften und Parteiorganisationen" wenigstens aus Odessa keine Verstöße berichtet[57].

Was in den Synagogen geschah, war öffentlich und konnte von außen beobachtet und gegebenenfalls verboten werden. Es gab jedoch im Judentum noch eine weitere Form der Gottesverehrung, nämlich in privaten Gebetskreisen (*minjanim*); die Voraussetzung dafür war, dass mindestens zehn männliche Juden über 13 Jahren zusammen kamen. Diese freien Treffen von Gemeindemitgliedern widersprachen der sowjetischen Vorschrift, das religiöse Leben habe innerhalb der Synagogen stattzufinden; sie waren daher streng untersagt. Dennoch existierten die Kreise im Verborgenen überall dort, wo auch Synagogengemeinden bestanden; häufig wechselten sie ihren Zufluchtsort aus Angst vor Repressionen. 1948 zählte man in Kiev zehn[58], drei Jahre später 16[59], in der ganzen Ukraine kam man auf eine Anzahl von 33 privaten *minjanim*; die Zahl der daran beteiligten Juden wurde mit 1.027 angegeben[60]. Die Dunkelziffer dürfte jedoch wesentlich höher liegen. Mancherorts waren diese Kreise die einzige Möglichkeit zum gemeinsamen Gebet, dann nämlich, wenn die lokale Synagoge geschlossen und, wie beispielsweise 1951 in Vinnycja, sonst kein anderer Platz für religiöse Versammlungen vorhanden war[61]. Diese *minjanim* waren vor allem deshalb verdächtig, weil sie von außen wenig einsichtig waren, weil sie gleichsam konspirative Veranstaltungen darstellten, aber auch, weil man hier, ähnlich wie beim Verkauf von Mazzen, „Spekulantentum" witterte. So werde, hieß es, in der Stadt Vorošylovhrad ein *minjan* unter dem Deckmantel eines Begräbnisunternehmens geführt. Die namentlich bekannten Leiter des *minjan* würden in dem Gebäude, in welchem der Kreis abgehalten werde, Plätze verkaufen und hätten dabei bereits 6.600 Rubel verdient[62].

Bei der Verfolgung dieser Gruppen versuchten die Behörden zunächst, auf die herkömmlichen Methoden mittels Einsatz der Organe des Innenministeriums

[55] CDAHOU, 1-24-12, ark. 46–95, hier ark. 87, Bericht 1949/4 (vgl. Anm. 39).
[56] CDAHOU, 1-24-1572, ark. 67–105, hier ark. 98, Bericht 1951/4 (vgl. Anm. 47).
[57] CDAHOU, 1-24-12, ark. 177–201, hier ark. 195 f., Bericht 1951/1 (vgl. Anm. 42).
[58] Vgl. Micel', Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine, Dok. 3, S. 67.
[59] CDAHOU, 1-24-783, ark. 379–409, hier ark. 386, Bericht 1951/3 (vgl. Anm. 37).
[60] CDAHOU, 1-24-783, ark. 308–335, hier ark. 311: Informationsbericht über die Arbeit des Bevollmächtigten für Religiöse Kulte am Ministerrat der UdSSR für die Ukrainische SSR für die Monate April-Juni 1951. [Gez.] Der Bevollmächtigte des Rates für Religiöse Kulte am Ministerrat für die Ukrainische SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 9. 9. 1951.
[61] CDAHOU, 1-24-12, ark. 177–201, hier ark. 199, Bericht 1951/1 (vgl. Anm. 42).
[62] CDAHOU, 1-24-783, ark. 379–409, hier ark. 385, Bericht 1951/3 (vgl. Anm. 37).

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(MVD) zurückzugreifen. In Kiev schlug dies aber fehl. Wohl sagte das Innenministerium zu, „entsprechende Maßnahmen administrativer Ordnung" einzuleiten, die *minjanim* stellten ihre Tätigkeit aber nicht ein. Im Gegenteil fanden sogar Treffen mit bis zu hundert Personen in Wohnungen statt, ohne dass die lokale Miliz oder in der Umgebung wohnende Parteimitglieder – auch dies wurde moniert – dagegen einschritten. Daraufhin schlug der Bevollmächtigte für Religiöse Kulte in der Ukraine, Vil'chovyj, dem Kiever Stadtsowjet vor, effektiver vorzugehen, indem nicht nur die Mitglieder der Gebetskreise, sondern vor allem diejenigen, welche die Wohnungen dafür zur Verfügung stellten, belangt, die „Böswilligsten" aus Kiev ausgewiesen und die Personen im Hintergrund, denen Schmiergelder bezahlt würden, dem Staatsanwalt genannt werden sollten[63]. Weiter riet er dazu, die (namentlich bekannten) Leiter der *minjanim* mit Steuern zu belegen und ihren Söhnen mitzuteilen, welche „Schande" ihnen ihr Vater mache, wofür sie mit verantwortlich seien[64]. Erfolg trat erst ein, als der Rat eine Möglichkeit fand, selbst gegen die *minjanim* vorzugehen. Vil'chovyj erkannte nämlich, dass bei den Treffen Thora-Rollen gebraucht wurden. Diese durften jedoch als „kultisches Eigentum" nur in registrierten Gemeinden benutzt werden. Innerhalb kurzer Zeit sammelten Rabbiner und Gemeindeleitung auf Anforderung des Rates in der Kiever Gemeinde neun Thorarollen, was als „positives Resultat" gewertet wurde[65]. In den folgenden Jahren fielen *minjanim* wieder während des Sinai-Krieges von Oktober bis November 1956 auf, als sie zusammentraten, um für Israel zu beten[66].

Die Kultausübung wurde neben den genannten Hindernissen noch mit weiteren belegt. So durfte in der Sowjetunion keine jüdische religiöse Literatur publiziert werden, es bestand keine Möglichkeit, Schächter auszubilden; Schächten und der Verzehr von koscheren Lebensmitteln wurden reglementiert[67]. Insgesamt betrafen die staatlichen Behinderungen des Gemeindelebens nicht nur die Gemeindeleitungen, sondern auch, und dies vielleicht in noch größerem Maße, die einfachen Gläubigen. Der Effekt der vom Regime eingeleiteten Maßnahmen darf daher nicht unterschätzt werden. Er lag in erster Linie darin, allen Gemeindemitgliedern permanent vor Augen zu führen, dass sie im Visier des Regimes standen, das nötigenfalls gegen sie vorgehen konnte. Jeder Besuch in der Synagoge und jeder öffentlich begangene jüdische Feiertag stellten daher ein bewusstes Bekenntnis zur Religion und Nation dar.

4. Der Zugriff auf die Gemeindeleitungen

Eine massive Schwächung erfuhren die Gemeinden, wenn sie ihr geistliches Haupt verloren. Rabbiner wurden daher oft unter falschen Anschuldigungen aus

[63] Micel', Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine, Dok. 3, S. 67 f.
[64] Ebenda, Dok. 4, S. 69.
[65] CDAHOU, 1-24-12, ark. 184–214, hier ark. 204, Bericht 1950/1 (vgl. Anm. 51).
[66] Vgl. Ro'i, The Role of the Synagogue, S. 117.
[67] Vgl. Kolarz, Die Religionen in der Sowjetunion, S. 385; Kostyrchenko, Out of the Red Shadows, S. 55.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihren Gemeinden entfernt. Vor allem auf dem Land, in kleineren Orten, wurden Rabbiner inhaftiert, weil sie in der Synagoge angeblich politische Gespräche geführt und Handel betrieben hätten[68]. Eine weitere, bei allen religiösen Gemeinschaften in der Sowjetunion angewandte Maßnahme der Eliminierung war ihre gezielte Unterwanderung durch parteiloyale Personen, seien es Geistliche oder weltliche Gemeindeverwalter. Mit deren Hilfe gelang es sehr effektiv, die Gemeinden von innen heraus aufzubrechen, da dies gleichsam durch die religiösen Gemeinschaften selbst initiiert wurde. Befand sich noch kein Vertrauensmann an der Spitze einer Gemeinde, so machte der Rat den gewählten Vertretern allein durch die kontinuierliche Kontaktsuche klar, dass sie unter Überwachung standen.

Mit einer persönlichen Einvernahme vor den lokalen Räten mussten die Gemeindevorsteher und Rabbiner jederzeit rechnen. Die Frage, wie sie sich bei offiziellen Vorladungen verhalten sollten, war höchst diffizil. Denn einerseits mussten sie sich kooperativ zeigen, um nicht den Zorn des Rates auf sich zu ziehen und damit ihrer Gemeinde zu schaden, andererseits durfte dies ihren religiösen Prinzipien nicht widersprechen. Dass ihre Aussagen weitergeleitet wurden, war ihnen sicherlich bewusst, so dass sie gezwungen waren, den Behörden wenigstens annähernd interessant klingende Fakten vorzulegen. Auf dieser Gratwanderung befand sich auch der Kiever Rabbiner Šechtman, als er 1951 nach langer Krankheit, die ihn, wie es hieß, von einem Besuch beim „Rat für Religiöse Kulte" abgehalten hatte, dort wieder vorgeladen war. Der Besuch war vom Ratsbevollmächtigten initiiert worden, denn von sich aus brachte Šechtman kein Anliegen vor; der Grund für das Gespräch war der Verlauf der religiösen Feiertage[69]. Aus dem Bericht des Rabbiners ging hervor, dass die Besucherzahl in der Synagoge außerordentlich hoch gewesen sei, dass nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder, und dass nicht nur gläubige, sondern auch ungläubige Juden aus „nationalen Gründen" gekommen seien. Weiter erzählte er, dass sich die Intelligenz vermehrt in *minjanim* in Privathäusern traf, weil sie sich dort freier als in der Synagoge fühle. Außerdem könne sie sich dort einen ständigen Sitzplatz kaufen, was in der Synagoge verboten war. Ein solcher Kreis in der Stadt Kiev setze sich aus Frauen zusammen, die sich festlich angezogen im Hof träfen und lediglich plauderten, ohne am Gebet teilzunehmen. Insgesamt können die Aussagen des Rabbiners als Kompromiss gedeutet werden, seiner ihm auferlegten Informationspflicht nachzukommen. Denn den Synagogenbesuch konnten die Ratsbevollmächtigten ohne weiteres auch selbst feststellen, und die verharmlosende Beschreibung der *minjanim* sollte zwar deren Existenz nicht in Abrede stellen, aber sie als für das Regime ungefährlich schildern.

Während in denjenigen Gebieten der Ukraine, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg sowjetisch waren, das Verhalten der jüdischen Gemeinden von Vorsicht, aber auch von Resignation geprägt war, weil man mit dem Sowjetstaat bereits Erfahrungen gemacht hatte und weil außerdem der Grad der Assimilation hier

[68] Vgl. Ro'i, The Role of the Synagogue, S. 116.

[69] CDAHOU, 1-24-783, ark. 379–409, hier ark. 386, Bericht 1951/3 (vgl. Anm. 37).

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

höher war, leisteten die Gemeinden in den ukrainischen Gebieten im Westen, die erst im Zuge des Zweiten Weltkrieges an die Sowjetunion gefallen waren, stärkeren Widerstand gegen die staatliche Allmacht. Die Gemeinde in Lemberg jedenfalls verstand sich keinesfalls als rein religiöse Gemeinschaft, sondern versuchte, ihre Mitglieder auch sozial und materiell zu unterstützen. Geldsammlungen innerhalb der Gemeinde sowie die Verteilung von Paketen, die von jüdischen Organisationen aus dem Ausland kamen, wurden von der Gemeindeleitung an bedürftige Invalide, Demobilisierte, Studenten, Waisen, Heimkehrer aus NS-Lagern sowie an zu repatriierende Personen nach Polen weitervermittelt. Dies allein waren bereits unzulässige Aktivitäten, die in den politischen Bereich hineinreichten. Dazu kam, dass der Vorsitzende der Gemeinde, Lev Izrailovič Serebrjannyj, in den Augen der Behörden eine auffällige Persönlichkeit war. Über ihn wusste der Bevollmächtigte zu berichten, er sei ebenso wenig religiös[70] wie der zweite Vorsitzende des Gemeinderats, Ivan Arnol'dovič Rauch, und der dritte, Aleksandr Jur'evič Štakel'berg, der noch dazu Parteimitglied war[71]. Zur Bekleidung seines Amtes blieben Serebrjannyj nur wenige Jahre. 1947 wurde er von der Staatssicherheit verhaftet und zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt. Ihm wurde zur Last gelegt, er habe während der Evakuierung von Polen aus der Ukraine – ein polnisch-sowjetischer Bevölkerungsaustausch war 1944 zwischen der Sowjetunion und Polen vertraglich vereinbart worden – unrechtmäßig Juden zur Ausreise verholfen. In den Verhören bestritt Serebrjannyj diese Vorwürfe. Dass ihn die Sowjetregierung durch seine Verhaftung als Repräsentanten der jüdischen Gemeinde mundtot machen wollte, belegt seine Rehabilitierung 1956, noch zu Amtszeiten des Rates für die Ukraine, Vil'chovyj. Interessanterweise gelang es einem Gegenspieler Serebrjannyjs, ihm in sein Amt zu folgen. Ja. S. Machnoveckij war relativ lange, bis in die sechziger Jahre hinein, Vorsitzender der Lemberger Gemeinde, was dafür spricht, dass er sein Amt im Sinne der sowjetischen Behörden führte[72].

Die Loyalität insbesondere von Gemeindevorstehern und Rabbinern war für die Außendarstellung des Sowjetregimes von großer Bedeutung. Denn die Unterdrückung der Religion in der Sowjetunion ließ sich nicht völlig geheim halten, und immer wieder erfuhr das Ausland davon. Erkundigten sich nun ausländische Delegationen über den Stand der Glaubensfreiheit, waren kirchliche Vertreter dazu angehalten, zu bezeugen, dass diese in vollem Umfang gewährleistet sei. Als sich beispielsweise 1951 eine Delegation kanadischer Jugendlicher in Kiev vom Zustand der dortigen Gemeinde überzeugen wollte, vertraten die Gemeindevorsteher gehorsam die Sicht des Regimes und erklärten, den Juden sei nicht verbo-

[70] DALO, R 1332-1-2 (1945), ark. 7–13, hier ark. 8 (wie Anm. 38).

[71] Ebenda, ark. 4–6, hier ark. 5: Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Bevollmächtigten des Rats für Religiöse Kulte für das Gebiet Lemberg für das Jahr 1945 o.D.

[72] Berichte zu den Vorgängen in der Lemberger Gemeinde bei Micel', Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine, S. 157–189, sowie bei Katrin Boeckh, Fallstudie: Lemberg in Galizien. Jüdisches Gemeindeleben in der Ukraine zwischen 1945–1953, in: Glaube in der 2. Welt 30 (2002), Nr. 4, S. 20–25.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten zu beten, sie lebten nirgendwo auf der Welt so gut wie in der Sowjetunion und sie beteten täglich in der Synagoge für den Frieden, die Stärkung der Sowjetmacht und die Gesundheit des Genossen Stalin[73].

Die systematische Zerrüttung der jüdischen Kultusgemeinden setzte sich unter Stalins Nachfolgern fort. Es gelang, Gemeindeleitungen mit regimeloyalen Juden zu besetzen, die konsequent die Religionsausübung behinderten, indem sie beispielsweise Kultgegenstände oder Gebetbücher verbargen[74]. Rabbiner, die sich strikt an die Vorgaben der Partei hielten, sicherten zwar ihre eigenen Positionen und hielten ihre Gemeinden als solche aufrecht, der Preis war indes, dass sie ihr Ansehen als Geistliche einbüßten, dass sie die Gemeinden spalteten und dass sich Gläubige aus dem öffentlichen religiösen Leben zurückzogen[75].

5. Der Zugriff auf das jüdische Selbstverständnis: jüdischer „Nationalismus"

In Verbindung mit dem jüdischen „Nationalismus" ist auch die besondere Bedeutung des Holocaust für das sowjetische Judentum herauszuheben. Insgesamt hatte der Massenmord während der NS-Besatzung zur Folge, dass sich unter den überlebenden Juden das Zusammengehörigkeits- und Solidaritätsgefühl verstärkte. Selbst längst assimilierte Juden besannen sich wieder auf ihre nationalen Wurzeln. Gleichzeitig wurde der Holocaust von den sowjetischen Behörden praktisch verschwiegen. Sie lehnten es strikt ab, den Juden im öffentlichen Gedenken der Kriegsopfer überhaupt einen Platz einzuräumen. Beispiele dieser Politik sind das Verbot, das „Schwarzbuch der verfolgten Juden" mit Berichten über die NS-Greuel in der Sowjetunion drucken zu lassen[76] und die jahrzehntelange Ignorierung des Wunsches nach einer würdigen Gedenkstätte für den Ort Babij Jar in Kiev, wo bis zur Rückeroberung der Stadt durch die Rote Armee rund 150.000 Zivilisten – ein sehr großer Teil darunter Juden, daneben auch Ukrainer und Russen – unter deutschem Oberbefehl erschossen worden waren[77]. Der Hintergrund des Verschweigens der jüdischen Opfer liegt darin, dass man eine Sonderstellung der Juden

[73] Vgl. Micel', Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine, Dok. 5, S. 69 f.

[74] Vgl. David W. Weiss, Die Last, in der Sowjetunion ein Jude zu sein, in: Rolf W. Schloss, Laß mein Volk ziehen. Die russischen Juden zwischen Sowjetstern und Davidstern. Eine Dokumentation, München/Wien 1971, S. 24–50, hier S. 34.

[75] Vgl. Micel', Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine, S. 10.

[76] Das „Schwarzbuch", für das der Schriftsteller Il'ja Ėrenburg und das JAFK verantwortlich waren, sollte Berichte über die Ermordung von Juden durch die NS-Diktatur sammeln. In der Sowjetunion 1947 gedruckte Exemplare durften nicht mehr verbreitet werden. Eine russische Ausgabe entstand 1980: Černaja kniga. Sostavlena pod redakciei Vasilija Grossmana, Il'i Erenburga, Jerusalem 1980; über Entstehung und Verbot des Buches vgl. Redlich, War, Holocaust and Stalinism, S. 95–108.

[77] Vgl. zu den Vorgängen von Babij Jar und zu deren Gedenken William Korey, A Monument Over Babi Yar?, in: Dobroszycki/Gurock (Hrsg.), The Holocaust in the Soviet Union, S. 61–74; Messmer, Sowjetischer und postkommunistischer Antisemitismus, S. 88–91; Erhard Roy Wiehn (Hrsg.), Die Schoáh von Babij Jar – Das Massaker deutscher Sonderkommandos an der jüdischen Bevölkerung von Kiew 1941 fünfzig Jahre danach zum Gedenken, Konstanz 1991.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht zulassen wollte. Ferner war zu verhindern, dass sie durch die kollektive Erinnerung an die Vergangenheit ihre nationale Identität stärker profilierten[78]. Diese Haltung spiegelt sich auch in den Berichten der „Räte für Religiöse Kulte" wider, die ebenfalls kein Wort der Erwähnung für den Holocaust fanden. Allerdings fielen die hohen Verlustzahlen der jüdischen Bewohner nach dem Krieg auf. So meldete der Gebiets-Bevollmächtigte eine besonders aktive jüdische Gemeinschaft in der Stadt Černivci, wo im Frühjahr 1948 noch elf funktionierende Synagogen bestanden und die Gläubigen auf rund 1.500 Personen geschätzt wurden. Gleichzeitig wurde für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg eine Anzahl von 170 Synagogen und von rund 30.000 gläubigen Juden angegeben. Die Differenz begründete der Bevollmächtigte nicht durch die Deportationen während des Krieges nach Transnistrien (wo die Mehrheit der Deportierten umkam), sondern es hieß: „Die Verkleinerung der Anzahl der gläubigen Bevölkerung erklärt sich dadurch, dass in den Jahren 1945–1946 die örtliche jüdische Bevölkerung nach Rumänien auswanderte."[79] Diese Aussage traf insofern zu, als in dem genannten Zeitraum den Juden mit vor 1940 bestehender rumänischer Staatsbürgerschaft die Auswanderung nach Rumänien gestattet wurde, doch war dies der geringere Teil der jüdischen Bevölkerung, der die Deportationen während des Krieges überlebt hatte[80].

Das Bemühen von jüdischer Seite, auf die Massenmorde an Juden aufmerksam zu machen, wurde von der Sowjetregierung als „Erscheinung nationalistischer Tendenzen" ausgelegt. Anzutreffen sei diese insbesondere im Umkreis von Massengräbern mit Opfern der NS-Herrschaft. Während hier die sterblichen Überreste von Gläubigen wie Ungläubigen verschiedener Nationalität lägen, würden „bestimmte Kreise der jüdischen Gemeinschaft die Gräber ausnutzen als Orte des Begräbnisses nur von durch die Faschisten getöteten Juden"[81].

Nach der Gründung des Staates Israel im Mai 1948 wurden die jüdischen Gemeinden in der Sowjetunion noch strenger kontrolliert. Bis sich die Sowjetregierung ab Herbst 1948 zunehmend von Israel distanzierte, war die Situation zeitweise paradox: Außenpolitisch unterstützte Moskau die Vorbereitung der Staatsproklamation und erkannte den Staat auch sofort an[82], während innenpolitisch der Druck auf die Juden wuchs. Denn die Gründung Israels und das Bewusstsein einer gemeinsamen Heimat steigerte das jüdische Zusammengehörigkeitsgefühl und hatte eine nationale Mobilisierung der Juden zur Folge, aber auch den

[78] Vgl. Erich Goldhagen, Der Holocaust in der sowjetischen Propaganda und Geschichtsschreibung, in: VfZ 28 (1980), S. 502–507, hier S. 504.

[79] CDAHOU, 1-23-4377, ark. 20–50, hier ark. 39, Bericht 1948/1 (vgl. Anm. 36).

[80] Viele Juden aus dem Gebiet Černivci, die nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nach Rumänien auswanderten, wurden dann innerhalb der Sowjetunion deportiert; vgl. Geblieben ist der Antisemitismus. Jüdische Emigranten berichten über Erfahrungen in der Sowjetunion, in: Glaube in der 2. Welt 30 (2002), Nr. 4, S. 26 f.

[81] CDAHOU, 1-24-12, ark. 46–95, hier ark. 85, Bericht 1949/4 (vgl. Anm. 39).

[82] Über die sowjetische Haltung zum Staat Israel vgl. Yaacov Ro'i, Soviet Policy in the Middle East. The Case of Palestine during World War II, in: Cahiers du Monde russe et soviétique 15 (1974), Nr. 3–4, S. 373–408; Sovetsko-izrail'skie otnošenija. Sbornik dokumentov, Tom 1: 1941–1953, Kn. 1–2, Moskva 2000.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wunsch, sich in Palästina für den israelischen Staat zu engagieren. Dies verstärkte den Vorwurf der Verbreitung „zionistischer Umtriebe" und leistete der Kampagne gegen den „Zionismus" und „Kosmopolitismus" Vorschub, der die Diffamierung, Verhaftung und Ermordung einer Anzahl jüdischer Intellektueller nach sich zog[83]. In den jüdischen Gemeinden stiegen die Verbote und die Repressionen; Sympathiekundgebungen zu Ehren der Gründung Israels sowie Geldsammlungen zugunsten der Juden in Israel wurden untersagt. Nur in wenigen Städten wie in Lemberg und Černivci durften aus diesem Anlass Gottesdienste abgehalten werden, während die Behörden in Kiev und Odessa dies untersagten[84].

Religiöse Gebräuche und Handlungen wurden nun noch stärker als Zeichen des jüdischen Nationalismus interpretiert, der ja jetzt auf ein Ziel, auf die Emigration in den Staat Israel, ausgerichtet sei. In diesem Zusammenhang waren auch jüdische Wahrzeichen verdächtig, die bisher zwar nicht im Übermaß in der Öffentlichkeit vorhanden, aber doch sichtbar waren. So sprach sich Vil'chovyj vehement für einen „Kampf" gegen jüdische Symbole wie den Davidstern auf Gräbern und in den Synagogen aus. Bis zur Gründung des Staates Israel hätten sie einen religiösen Inhalt verkörpert, nun aber trügen sie „rein zionistischen Charakter"[85]. Eine nachgerade hysterische Suche nach verdächtigen Aussagen begann. Auch die Gebetsformel „Nächstes Jahr in Jerusalem" wurde nun als „nationalistisches und zionistisches Element" kritisiert. Angesichts der Gründung eines jüdischen Staates schien dieser religiöse Wunsch eine besondere politische Sprengkraft zu besitzen, da er möglicherweise tatsächlich umgesetzt werden konnte. In Kiev musste der Rabbiner seinen Kantor anweisen, die Formel aus den Gebeten zu streichen; die Räte in den ukrainischen Gebieten wurden darauf hingewiesen, dies in den dortigen jüdischen Gemeinden ebenfalls zu veranlassen[86]. Nicht anders wurden Aussagen in Predigten der Rabbiner interpretiert, die Bezüge auf das Alte Testament erörterten und die besondere Stellung der Juden

[83] Die Hintergründe für die „Antizionismus-Kampagne", die unter anderem mit der von Andrej Ždanov forcierten sowjetpatriotisch-großrussischen Kulturpolitik zusammenhängen, sind vielschichtig. Ihr Höhepunkt lag zu Beginn des Jahres 1949. Im ganzen Land fanden Säuberungen jüdischer Einrichtungen statt; vgl. L. Ljuks, Evrejskij vopros v politike Stalina, in: Voprosy istorii (1999), Heft 7, S. 41–59, hier S. 50. Interpretationen und Materialien zur Kampagne gegen den „jüdischen Nationalismus und Kosmpolitanismus" bei Pinkus/Frankel, The Soviet Government and the Jews, S. 147–192. Vgl. auch die Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit der Ukraine über die Reaktionen von Juden über die Vorgänge in Palästina, über die Antikosmopolitismus-Kampagne und über die Auflösung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, abgedruckt in: Z archiviv VUČK-GPU-NKVD-KGB (1998), Nr. 3/4, S. 30–82.

[84] Vgl. Michail Micel', Evrejsto Ukrainy v ego svjazjach s gosudarstvom Izrail' v 1948–1958 gody, in: Evrei v Rossii. Istorija i kultura. Sbornik naučnych trudov, hrsg. von D. A. Èl'jaševič, Sankt-Peterburg 1998, S. 253–262.

[85] Micel', Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine, Dok. 7, S. 75 f.

[86] CDAHOU, 1-24-783, ark. 1–27, hier ark. 20: Informationsbericht über die Arbeit des Bevollmächtigten für Religiöse Kulte am Ministerrat der UdSSR für die Ukrainische SSR für das 3. Quartal 1950. [Gez.] Der Bevollmächtigte des Rates für Religiöse Kulte am Ministerrat für die Ukrainische SSR P. Vil'chovyj. Kiev, 16. 12. 1950; Micel', Obščiny iudejskogo veroispovedanija v Ukraine, Dok. 6, S. 72.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in vorchristlicher Zeit erwähnten, was den Ratsbevollmächtigten als Ausdruck „nationalistischen Charakters" erschien[87].

Die Angst vor ausländischen Spionen, die in der Sowjetunion angeblich tätig waren, bildete im Nachkriegsstalinismus ein besonderes Motiv für die Bespitzelung der Bevölkerung. Mit Missfallen registrierten daher die staatlichen Stellen die zu Beginn der fünfziger Jahre wachsenden Kontakte zwischen ukrainischen bzw. sowjetischen und israelischen Juden. Verwandtschaftliche Beziehungen zu Juden, die nach Amerika oder Kanada ausgewandert waren, wurden als dezidiert antisowjetisch verurteilt. Kontakte zwischen Sowjetbürgern und Ausländern wurden unterbunden, der Besitz von Valuta stand unter strenger Strafe, und jegliche Art von Informationen aus dem Ausland wurde unterdrückt. Bedrohlich erschien bei den jüdischen Verbindungen ins Ausland, dass über solche inoffiziellen Kanäle unerwünschtes Propagandamaterial in die Sowjetunion gelangen konnte. So war es dem Bevollmächtigten des Gebiets Žytomyr der Erwähnung wert, dass ein Jude von seiner in Kanada lebenden Schwester einen in Jerusalem gedruckten Kalender erhalten hatte. Kalender waren für religiöse Juden deshalb wichtig, weil sich das Datum der Feiertage nach dem Mondkalender richtete. Der erwähnte Kalender, der Gebete, ein Sendschreiben des Hauptrabbiners von Palästina sowie Berichte aus Israel enthielt, wurde in der Gemeinde durch Nachdruck weiter verbreitet[88]. Es mag sein, dass ein solcher Gegenstand aufgrund seiner Seltenheit in der Sowjetunion einen besonderen Stellenwert für die jüdische Gemeinde erhielt. Dies aber veranlasste wiederum den „Rat für Religiöse Kulte" zu einer Überbewertung seiner potentiellen Gefahr, auch wenn eine solche objektiv kaum vorhanden sein konnte. Ähnliche Nervosität rief auch der „spekulative" Verkauf von Limonen in einigen Orten hervor, die „auf unbekanntem Weg" angeblich aus Israel eingeführt worden waren. Der Name des über ausländische Kontakte verfügenden Verkäufers aus Černivci war dem Kiever Rat bekannt.

Die Morde an jüdischen Repräsentanten, die in den letzten Jahren der Herrschaft Stalins verübt wurden, trafen Kommunisten, die sich in ihren Werken ideologiegetreu gegen die Religion gewandt hatten. Ihre Verfolgung beeinflusste aber auch das Verhalten gläubiger Juden und nahm ihnen den Mut, sich öffentlich zu ihrer Religion zu bekennen[89]. Die von oberster Stelle gelenkten antisemitischen Angriffe, die in der „Ärzteverschwörung" gipfelten, deuten darauf hin, dass Stalin im Zusammenhang mit der Errichtung einer Scheinwelt aus Verschwörern, Volksfeinden und Spionen, die er wie in den dreißiger Jahren nach dem Krieg wieder propagierte, eine weitere großflächige Säuberung der sowjetischen Gesellschaft und insbesondere der jüdischen Bevölkerung plante[90]. Sein Tod verhinderte dies.

---

[87] CDAHOU, 1-24-12, ark. 177–201, hier ark. 196, Bericht 1951/1 (vgl. Anm. 42).

[88] CDAHOU, 1-24-12, ark. 46–95, hier ark. 86, Bericht 1949/4 (vgl. Anm. 39).

[89] Vgl. Kolarz, Die Religionen in der Sowjetunion, S. 386.

[90] Vgl. die am Ende offene Diskussion zwischen Gennadij Kostyrčenko und Vladimir Naumov in: Samson Madievski, 1953: La déportation des Juifs soviétiques était-elle programmée?, in: Cahiers du Monde Russe 41 (2000), Nr. 4, S. 561–568.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

6. Bilanz: Die Eliminierung einer religiösen Gemeinschaft im Spätstalinismus

Gläubige Juden waren in der Sowjetunion einer doppelten Diskriminierung unterworfen: Einmal unterlagen sie wegen ihrer Volkszugehörigkeit dem traditionellen Antisemitismus der Gesellschaft und den staatlich gelenkten antijüdischen Kampagnen (die einander teilweise verstärkten), andererseits wurden sie wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft vom Regime verfolgt. Die rigorose Zurückdrängung aller religiösen Vereinigungen, und damit auch der jüdischen, setzte unmittelbar nach der bolschewistischen Machtergreifung 1917 ein. Nach einer Pause während des Zweiten Weltkrieges wurde die Repression der Religionen nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgenommen. In der Nachkriegszeit geschah dies aber wesentlich raffinierter als in früheren Jahren, denn nun setzte die Sowjetregierung ihre Absicht verdeckt um: Der „Rat für Religiöse Kulte" agierte nur zum Schein für die Kirchen, in Wirklichkeit war er mit ihrer lautlosen Eindämmung beauftragt. Für eine gezielte Kampagne gegen die jüdische Religionsgemeinschaft bestand nach dem Ende des Krieges keine Notwendigkeit mehr, weil diese, geschwächt durch die Verfolgungen der dreißiger Jahre und durch die immensen Opfer während des Holocaust, längst dem staatlichen Zugriff erlegen war. Die subtilen und gezielten Überwachungsmaßnahmen sorgten im weiteren für eine ausreichende Kontrolle. Anhand des Vorgehens gegen die jüdische Religion nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich komplexe Handlungsmuster und einzelne Vorgehensweisen erkennen, die auch der Eliminierung der anderen religiösen Gemeinschaften in der Sowjetunion zugrunde lagen:

1. Gemeinsam war bei allen Religionen die Registrierung durch die Behörden, die für Gemeinden, ihre Gotteshäuser und die geistliche Leitung vorgeschrieben war. Sie allein erlaubte und ermöglichte die legale Existenz einer religiösen Gemeinde, die damit von den Bevollmächtigen der „Räte für Religiöse Kulte" völlig abhängig war. Diese verfolgten die Dezimierung der jüdischen Gemeinden akribisch und mit allen Mitteln. So war bei sämtlichen Religionsgemeinschaften, auch bei der jüdischen, die baldige Auflösung einer Gemeinde nur mehr eine Frage der Zeit, wenn man ihr den Ort für ein gemeinschaftliches Treffen und für den Gottesdienst entzogen hatte. Synagogen wurde daher ebenso wie Gotteshäusern der übrigen Religionen die Registrierung versagt. Um die Schließung eines Hauses nach außen hin mit einem angeblichen Fehlverhalten der Gemeindeleitung zu begründen, bedurfte es deren permanenter Überwachung. Bei allen religiösen Gemeinschaften in der Sowjetunion wurden daher die Gottesdienste insbesondere an hohen Feiertagen gleichermaßen überwacht; die Gemeindeleitungen standen unter verstärkter Kontrolle. Durch den massiven Druck des Staates wurden die religiösen Versammlungen ins Private abgedrängt. Dort bildeten sich geheime religiöse Zirkel: Bei den unierten Gläubigen in der West-Ukraine, deren kirchliche Strukturen vom Sowjetregime völlig zerstört wurden, entstand eine gut organisierte Untergrundkirche, bei den Juden waren es *minjanim*, Gebetskreise, derer die Behörden nie so richtig Herr wurden, weil sie, wie auch die unierte Untergrundkirche, auf einem engen

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vertrauensverhältnis zwischen ihren Mitgliedern beruhten. Das dem Generalangriff auf die Gemeindeleitungen innewohnende Prinzip war der Versuch, die Gemeinden durch interne Widerstände aufzubrechen. Dieser Mechanismus war auch im Judentum zu beobachten. Dabei wurden systemkritische Vertreter durch staatsloyale ersetzt, so dass die Gemeinden von innen heraus eine Schwächung erfuhren. Gemeindemitglieder, die sich von solchen Geistlichen distanzierten und sich zur separaten Kultausübung trafen, wurden mit ihren Familien harten Strafen ausgesetzt.

2. Das sowjetische Regime verfolgte zwar bei allen Religionsgemeinschaften dasselbe Ziel, nämlich deren weitgehende Verdrängung mittels Repression, wofür oftmals identische Methoden angewandt wurden; dennoch variierten diese je nach den örtlichen Gegebenheiten und nach den Eigentümlichkeiten der einzelnen Kirchengemeinschaften. Es bestand insgesamt ein flexibles und effektives System der Religionsrepression. Dabei überschritten die Maßnahmen gegen das Judentum in mancherlei Hinsicht die Dimensionen der Repression gegen andere Religionsgemeinschaften. So war die Zahl der zugelassenen Synagogen geringer als beispielsweise bei Gemeinden der russischen orthodoxen Kirche, die durchschnittlich weniger Mitglieder aufwiesen. Von besonders harten Maßnahmen wie bei der unierten Kirche, die ab 1946 vollständig in die Illegalität gezwungen wurde, blieb das Judentum aber verschont. Auch die Störung kirchlicher Feiern durch gelenkte Rowdys und der absichtliche „Austausch" von Gotteshäusern durch säkulare Gebäude (um die Gläubigen in einer wenig feierlichen Umgebung von ihrer religiösen Einstellung abzubringen), was bei der russischen orthodoxen Kirche nach dem Krieg praktiziert wurde[91], war bei den jüdischen Gemeinden nicht zu beobachten.
3. Dennoch erweist sich das aus den archivalischen Quellen entstehende Bild als nicht eindeutig, die Praxis der Religionspolitik in der Sowjetunion war diesen zufolge differenziert zu betrachten. So berichteten die Bevollmächtigten der „Räte für Religiöse Kulte" von Fehlschlägen der repressiven Maßnahmen: Juden gingen an hohen Feiertagen statt an ihre Arbeit in die Synagoge und wurden bei diesem offenen Gesetzesverstoß sogar von der Umwelt unterstützt; Parteimitglieder zeigten sich entgegen der von der Ideologie verlangten atheistischen Weltsicht in Synagogen. Ferner trafen in manchen Fragen der Kultausübung die Bevollmächtigten in den einzelnen Gebieten unterschiedliche Entscheidungen, so dass man mancherorts eine liberalere Auslegung der sowjetischen Gesetzlichkeit erlebte. Andererseits schlugen die staatlichen Repressionen aber derart durch, dass sich auch religiöse Vertreter zur Zusammenarbeit mit dem Regime bereit fanden und sich die Mehrheit der gläubigen Juden aus den Synagogen zurückzog. Demnach gelang es der antireligiösen Politik, das jüdische religiöse Leben mit Ausnahme eines gerade noch tolerierten Restes jüdischer Gläubigkeit aus der Öffentlichkeit zu verdrängen.

[91] Vgl. Dimitry Pospielovsky, The 'Best Years' of Stalin's Church Policy (1942–1948) in the Light of Archival Documents, in: Religion, State & Society 25 (1997), No. 2, S. 139–162, hier S. 156 f.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Atmosphäre der Angst, die Gläubige daran hinderte, sich offen zu ihrer Religion zu bekennen, blieb nach dem Tod Stalins weiter bestehen, wie Berichte ausländischer Besucher in der Sowjetunion belegen[92]. Ende der fünfziger Jahre begann die nächste antijüdische Kampagne; 1957 wurden nur mehr 135 Synagogen in der gesamten Sowjetunion registriert[93]. Viele sowjetische Juden sahen schließlich nur in der Emigration einen Ausweg. Die Zahl der Ausreiseanträge stieg zwar nach dem Tod Stalins wesentlich an, in den meisten Fällen wurden sie aber abgelehnt[94]. Erst nach dem Besuch des amerikanischen Präsidenten Nixon in Moskau 1972 erhielten 29.800 Juden die Ausreiseerlaubnis, im Jahr danach waren es 33.500; ein Teil von ihnen waren Opfer der Verfolgungen während der vierziger Jahre gewesen[95]. Antisemitismus und die unsichere soziale und politische Lage blieben auch in den neunziger Jahren ein Motiv für die jüdische Emigration aus der ehemaligen Sowjetunion, von wo ein größerer Teil in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelte[96]. Nach der Proklamation der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine 1991 entfaltete sich hier, nach Jahrzehnten der Verfolgung, das religiöse Leben der Juden erneut, und auch die anderen Kirchengemeinschaften erhielten wieder Zulauf. Von heute aus betrachtet lässt sich daher sagen, dass die stalinistischen und allgemein die sowjetischen Repressionen gegen das Judentum als Religion sowie gegen die übrigen Religionen in der Sowjetukraine ihr Ziel nicht erreichten.

---

[92] Vgl. Weiss, Die Last, passim.

[93] Rapports Secrets Soviétiques. La société russe dans les documents confidentiels 1921–1991, hrsg. von Nicolas Werth und Gaël Moullec, Paris 1994, Dok. 13, S. 315–321, hier S. 320.

[94] Zur Problematik der Ausreise der sowjetischen Juden vgl. Ro'i, Yaacov, The Struggle for Soviet Jewish Emigration 1948–1967, Cambridge/New York/Melbourne 1991.

[95] Vgl. Kostyrchenko, Out of the Red Shadows, S. 309.

[96] In den Jahren zwischen 1990 und 1999 übersiedelten 120.000 Juden aus der Sowjetunion nach Deutschland; vgl. Barbara Dietz, German and Jewish migration from the former Soviet Union to Germany: background, trends and implications, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 26 (October 2000), No. 4, S. 635–652.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was wussten die führenden Köpfe des militärischen Widerstands von den Massakern der Einsatzgruppen? Wie haben sie zu Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges darauf reagiert? Die Diskussion über den Aufsatz von Johannes Hürter im Juliheft 2004 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte geht mit dem Beitrag von Felix Römer in eine neue Runde. Dabei kann der Verfasser seine Überlegungen auch mit neuen Quellenfunden belegen.

Felix Römer

Das Heeresgruppenkommando Mitte und der Vernichtungskrieg im Sommer 1941

Eine Erwiderung auf Gerhard Ringshausen

Wie sehr eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Geschichte des deutschen Widerstands noch immer durch die „geschichtspolitische Überfrachtung des Themas"[1] erschwert wird, belegen die Reaktionen auf Johannes Hürters jüngsten Beitrag über die Verschwörer im Heeresgruppenkommando Mitte und ihren „Weg zur Militäropposition". Sowohl inhaltlich als auch methodisch bringt Ringshausens Erwiderung[2] auf Hürter in der Januar-Ausgabe 2005 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ungewollt den Beweis für dessen Feststellung, daß „das Geschichtsbild bis in die Gegenwart hinein von den Selbstdeutungen der überlebenden Widerständler und einer besonderen Betonung der moralischen Beweggründe zur Opposition gegen Hitler geprägt"[3] ist.

Irritierend an Ringshausens Beitrag sind zunächst einmal die inneren Widersprüche in seiner Argumentation. Einerseits wiederholt er eingangs ein bereits bekanntes Argumentationsmuster, indem er sich bemüht, die Bedeutung der Paraphen zu relativieren: Er vergleicht dabei die Berichte über die Massenerschießungen der Einsatzgruppe B mit dem nebensächlichen „Plunder"[4], den der

[1] Johannes Hürter, Auf dem Weg zur Militäropposition. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941, in: VfZ 52 (2004), S. 527–562, hier S. 528.

[2] Vgl. Gerhard Ringshausen, Der Aussagewert von Paraphen und der Handlungsspielraum des militärischen Widerstandes. Zu Johannes Hürter: Auf dem Weg zur Militäropposition, in: VfZ 53 (2005), S. 141–147.

[3] Hürter, Weg, S. 527. Zuletzt hat sich auch Winfried Heinemann gegen moralisierende Perspektiven in der Widerstandsforschung und eine Verklärung der deutschen Militäropposition „als Inbegriff moralischer Lebensführung" gewandt: „Die aus Festreden gewohnte Reduzierung des Widerstandes, auch und gerade des militärischen Widerstandes, auf seine ethisch-moralische Dimension wird ihm historisch nicht gerecht." Winfried Heinemann, Der militärische Widerstand und der Krieg, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (künftig: DRZW), Bd. 9.1.: Die Deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Politisierung, Vernichtung, Überleben, München 2004, S. 743–892, hier S. 891.

[4] Vgl. Gerhard Ringshausen, Hans-Alexander von Voß (1907–1944). Offizier im Widerstand, in: VfZ 52 (2004), S. 361–407, hier S. 394 f. Das Zitat stammt aus einem Brief an seine Ehefrau v.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Generalstabsoffizier Voß in seiner nachgeordneten Position als Ia-Gehilfe auf den Tisch bekam, und suggeriert, daß die Meldungen der Einsatzgruppe im Heeresgruppenkommando zwar abgezeichnet, aber gar nicht richtig gelesen und beachtet wurden[5]. Auf der anderen Seite interpretiert er Gersdorffs Marginalien, vor allem die Addition der Opferzahlen auf den Berichten, als Versuche, die „andere[n] Leser" im Stab der Heeresgruppe zu „alarmieren"[6] und „empörte Reaktionen aus[zu]lösen"[7]. Beide Deutungen sind nicht nur abwegig, sondern schließen sich auch gegenseitig aus: Eine Instrumentalisierung der Einsatzgruppenberichte zur Auslösung von Protesten hätte kaum einen Sinn gehabt, wenn Gersdorff nicht davon ausgehen konnte, daß die Texte von seinen Vorgesetzten auch gelesen und wahrgenommen würden[8]. Neben den textimmanenten Widersprüchen[9] stören auch historiographische Ungenauigkeiten Ringshausens Argumentation. Das betrifft etwa die zutage tretenden organisationsgeschichtlichen Schwächen[10]; daß Keitels bekanntes „GröFaZ"-Diktum mit „Größter Führer aller Zeiten"[11] aufgelöst wird, kann dagegen eigentlich nur ein Flüchtigkeitsfehler sein.

Weitaus bedenklicher ist allerdings, daß Ringshausen die Folgerungen aus der überzeugenden und umsichtigen Quellenanalyse in Hürters Beitrag gar nicht zur Kenntnis zu nehmen scheint. Hürters zentrale Erkenntnis etwa, daß die frühen Berichte der Einsatzgruppe B im Heeresgruppenkommando Mitte offenbar noch keine „klare Wendung"[12] gegen die Mordaktionen bewirkten und erst das Massa-

12. 3. 1944, in dem er „von dem scheußlichen Papier und all dem Plunder, mit dem ich, um dem Ia den Kopf freizuhalten, mich nun einmal beschäftigen muß", berichtet; ebenda, S. 395, Anm. 211.

[5] Vgl. Ringshausen, Aussagewert, S. 141 f. Recht dezidiert äußert Ringshausen diese Vermutung in Hinblick auf von Bock: „Demgegenüber scheint der Oberbefehlshaber Generalfeldmarschall Fedor von Bock trotz seiner Paraphe den Text nicht oder nicht genau gelesen zu haben." Ebenda, S. 142.

[6] Ebenda, S. 142.

[7] Ebenda, S. 147, Anm. 31.

[8] Ringshausen führt weiter aus, daß das Zusammenzählen der Opferzahlen auf den Berichten zur Folge gehabt habe, daß Gersdorff und Tresckow bei Bock „vorstellig" geworden seien und damit Bocks Anweisung an Nebe bewirkt hätten, die Bock im Tagebuch unter dem 4. 8. 1941 erwähnt; vgl. Ringshausen, Aussagewert, S. 142. Diese Konstruktion entbehrt jeglicher Quellengrundlage und ist ein anschauliches Beispiel für Ringshausens methodisches Vorgehen.

[9] Zu den Widersprüchen in Ringshausens Beitrag gehört auch, daß er seine Erklärungsversuche über die Zusammenhänge zwischen der Bereitschaft zum Umsturz und den Erwägungen über die Erfolgsaussichten mit dem Schlußsatz im Grunde wieder verwirft: Erst gab es nur ein „Muß", aber kein „Kann", dann endlich gab es ein „Kann" und nach wie vor das „Muß"; letztlich habe dann aber das „Kann" bei der Entscheidung zum Umsturzversuch doch keine Rolle gespielt; vgl. Ringshausen, Aussagewert, S. 145 f. u. S. 147.

[10] In dem Aufsatz über Hans-Alexander von Voß z. B. hebt Ringshausen hervor, daß Voß als dritter Generalstabsoffizier der 23. Infanteriedivision „neben seiner Funktion als Ic" nicht nur „Sprachkurse veranstalten" ließ, sondern auch „für die Divisionsbücherei und eine Kleinkunstbühne" sorgte – offensichtlich in Unkenntnis darüber, daß die sogenannte geistige Betreuung der unterstellten Truppen in dieser Zeit zum dienstlichen Aufgabenbereich der Ic-Offiziere gehörte; vgl. Ringshausen, Voß, S. 370, Anm. 56.

[11] Ringshausen, Aussagewert, S. 146.

[12] Hürter, Weg, S. 542.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ker von Borissow im Oktober 1941 entschiedenen Widerspruch hervorgerufen hat, quittiert Ringshausen mit der Frage: „Wie hätte aber eine ‚klare Wendung' aussehen sollen"[13]?, obwohl Hürters Beitrag und den darin besprochenen Quellen durchaus Antworten darauf zu entnehmen gewesen wären. Während nämlich der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte noch im Sommer 1941 auf die Massenerschießungen in seinem Befehlsbereich reagierte, indem er dem Chef der Einsatzgruppe B lediglich die Anweisung erteilen ließ, in der näheren Umgebung des Heeresgruppenkommandos die Exekutionen auf „bewaffnet aufgegriffene Banden" und „Verbrecher" zu beschränken[14], schlugen die Massenerschießungen in Borissow am 20./21. Oktober 1941 deutlich höhere Wellen. In diesem Fall bezeugt eine ganze Reihe von zeitgenössischen Quellen unterschiedlicher Provenienz, daß die Führung der Heeresgruppe die Vorgänge in Borissow nicht hinnahm, eine Untersuchung anordnete, der obersten Führung darüber Bericht erstattete und dabei sehr deutliche Worte fand[15]. Welche qualitativen Unterschiede zwischen den Reaktionen des Heeresgruppenkommandos auf die Massenerschießungen im Sommer und den Protesten im Herbst bestanden – was eine klare Wendung gegen das Morden war und was nicht –, ist kaum zu übersehen und geht mit aller Deutlichkeit aus Hürters Quellenarbeit hervor.

Eine weitere Erkenntnis, die durch die neuen, von Hürter präsentierten Quellen sehr eindringlich bestätigt wird und der sich Ringshausen kategorisch verschließt, ist die Unzuverlässigkeit der nachträglichen Erinnerungsberichte von überlebenden Angehörigen des militärischen Widerstands, zumindest in diesem Zusammenhang. Obwohl Gersdorffs Darstellung durch die bei Hürter edierten Einsatzgruppenberichte ein weiteres Mal eindeutig widerlegt wird[16], hält Ringshausen nach wie vor unbeirrt an diesem Gewährsmann fest und stützt selbst in der Erwiderung auf Hürter seine Hypothesen noch auf Gersdorffs Memoiren[17]. Die unkritische Orientierung an dem „durch die Überlebenden geprägte[n] Bild"[18] ist das eigentliche methodische Problem in Ringshausens gesamter Argumentation, das bereits seinen Beitrag über Hans-Alexander von Voß gekennzeichnet hat[19]. Ein anschauliches Beispiel dafür, wie Ringshausen selbst weitreichende Aussagen trifft, ohne aussagekräftige Quellenbelege vorweisen zu können, bietet jene Passage seiner Erwiderung, in der er bestreitet, daß es im Heeresgruppenkommando Mitte keine

[13] Ringshausen, Aussagewert, S. 143.
[14] Zit. nach Hürter, Weg, S. 542.
[15] Vgl. ebenda, S. 547 f.
[16] Vgl. ebenda, S. 541.
[17] Vgl. Ringshausen, Aussagewert, S. 142, Anm. 8. In seiner Einleitung stellt Ringshausen zwar zunächst fest, daß die neuen Quellen „das durch die Überlebenden geprägte Bild dieser Widerstandsgruppe entscheidend zu korrigieren [scheinen]", zieht daraus aber keinerlei Konsequenzen und kommt auch im folgenden nicht mehr auf das Problem zu sprechen; ebenda, S. 141.
[18] Ebenda.
[19] Zwar zitiert Ringshausen darin immer wieder aus den Briefen Voß', doch geben diese erwartungsgemäß über die konspirative Tätigkeit der Widerständler nur bedingt Aufschluß. Ringshausen stützt daher seine Schlußfolgerungen in der Regel auf Erinnerungsberichte von Zeitzeugen und kann nicht selten „nur spekulieren"; vgl. Ringshausen, Voß, S. 385.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grundsätzliche Opposition gegen den geplanten Rußlandfeldzug gegeben hat. Ungeachtet der Quellenlage und aller neueren militärgeschichtlichen Forschungsergebnisse[20] lehnt Ringshausen die Mehrheitsmeinung ab, der zufolge das Oberkommando der Heeresgruppe „sehr engagiert und ohne überlieferte Bedenken"[21] an der Vorbereitung des „Unternehmens Barbarossa" mitgewirkt hat: „Diese Deutung widerspricht [...] den Quellen."[22] Bei „den Quellen", die Ringshausen als Belege für diese Behauptung anführt, handelt es sich um einige wenige zeitgenössische Briefe des Regimegegners Voß an seine Ehefrau sowie mehrere Zeitzeugenaussagen aus der Nachkriegszeit[23]. Aus einem der Briefe geht hervor, daß im November 1940 ein Treffen zwischen Voß und Tresckow stattgefunden hat. In einem zweiten Brief ist ein weiteres Gespräch erwähnt, wobei allerdings der Offizier, mit dem Voß zusammentraf, nicht namentlich genannt wird; Ringshausen meint aber, daß es Tresckow war. Auf der Grundlage dieser lapidaren Nachrichten schlußfolgert er großzügig: „Darin wird man durchaus ‚eine grundsätzliche Opposition [...] gegen das Unternehmen Barbarossa' erkennen dürfen."[24]

Daß sich Ringshausen gerade in dieser Frage so vehement um eine Revision des Forschungsstandes bemüht, ist kein Zufall. Die grundsätzliche Zustimmung der späteren Verschwörer zu dem geplanten Überfall auf die Sowjetunion spielt in Hürters Argumentation eine zentrale Rolle: Aus der Übereinstimmung mit den Zielen des „Unternehmens Barbarossa" erklärt sich, warum die Führung der Heeresgruppe auf die frühen Nachrichten von den Massenexekutionen der Einsatzgruppe B in ihrem Befehlsbereich kaum reagierte[25]. Viele Offiziere begriffen das radikale Vorgehen der Einsatzgruppen in der Anfangsphase des Feldzugs als

---

[20] Die Auffassung, daß es auch im Heeresgruppenkommando Mitte keine grundsätzliche Opposition gegen das „Unternehmen Barbarossa" gegeben hat, basiert auf dem zeitgenössischen militärischen Aktenmaterial und ist daher in der modernen Militärgeschichtsschreibung kaum strittig. Vgl. dazu Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999, hier S. 1104-1126. Nach Heinemann, Widerstand, in: DRZW, Bd. 9.1., S. 780 ff., hielten Stauffenberg, Tresckow und Gersdorff, „wie die meisten nationalkonservativen Verschwörer, einen Krieg gegen den ‚Bolschewismus' nicht für grundsätzlich verwerflich" und empfanden ihn sogar „als moralisch akzeptabel". Zur routinemäßigen, engagierten Vorbereitung des Feldzuges durch das Heeresgruppenkommando Mitte vgl. z. B. das Protokoll des Befehlshabers der Panzergruppe 3 von einer Besprechung in Posen am 10. 4. 1941, in der v. Bock u. a. anmahnte: „Gefangene dürfen nicht vertrauensselig behandelt werden, da sie planmässig zu Heimtücke, Sabotage usw. erzogen sind." Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br. (künftig: BA-MA), RH 21-3/40, Bl. 1 ff.

[21] Hürter, Weg, S. 529.

[22] Ringshausen, Aussagewert, S. 144, Anm. 20. Hier verweist Ringshausen auf seinen eigenen Aufsatz zu Voß, S. 377 f., und führt sonst keine weiteren Belege an.

[23] Vgl. hierzu und zum folgenden Ringshausen, Voß, S. 377 f.

[24] Ringshausen, Aussagewert, S. 145. Die angeblichen, konspirativen Verbindungen zwischen Witzleben im Westen und dem Heeresgruppenkommando Mitte im Herbst 1940, die Ringshausen ebenfalls als Belege für diese Behauptung dienen, stützen sich lediglich auf Zeitzeugenaussagen aus der Nachkriegszeit; vgl. Ringshausen, Voß, S. 378, Anm. 105, Anm. 107 u. Anm. 108.

[25] „Alles deutet darauf hin, daß die genannten Offiziere ihre Reserve gegen das NS-Regime und seine Schergen in der Anfangsphase des Feldzuges bewußt zurückstellten, weil sie den ‚Existenzkampf' gegen den bolschewistischen Erzfeind zügig gewinnen wollten." In: Hürter, Weg, S. 542.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erscheinungsform jener kompromißlosen „Gegnerbekämpfung", die integraler Bestandteil des Blitzkriegskonzeptes war[26]. Eine rigorose Repressionspolitik, mit deren Hilfe die Befriedung der eroberten Gebiete beschleunigt werden sollte, erschien auch den Generalstabsoffizieren im Heeresgruppenkommando Mitte unumgänglich, „weil sie den ‚Existenzkampf' gegen den bolschewistischen Erzfeind zügig gewinnen wollten"[27]. Die Identifikation mit dem Blitzkriegskonzept erklärt auch das konforme Verhalten des Heeresgruppenkommandos bei der Weitergabe und Umsetzung der sogenannten verbrecherischen Befehle, wie Hürter zu Recht betont hat[28]. Um diesem Eindruck entgegenzuwirken, folgt Ringshausen auch in diesem Punkt beharrlich der Darstellung bei Gersdorff[29]. Gerade die Erkenntnisse über den Umgang des Heeresgruppenkommandos mit den verbrecherischen Befehlen bestätigen aber Hürters Deutung und belegen erneut, wie unzuverlässig die Erinnerungen Gersdorffs sind[30].

Der Kriegsgerichtsbarkeitserlaß hatte im Oberkommando der Heeresgruppe tatsächlich Widerspruch hervorgerufen; alle Bedenken bezogen sich dabei allerdings ausschließlich auf die Auswirkungen des „Führererlasses" auf die militärische Disziplin in den Truppenverbänden. Als Generalfeldmarschall Fedor v. Bock Anfang Juni 1941 dem Oberbefehlshaber des Heeres in einem klärenden Telefongespräch seine Einwände mitteilte und Brauchitsch ihm daraufhin versicherte, daß bei der Umsetzung des Barbarossa-Erlasses durch das Heer „die Aufrechterhaltung der Manneszucht eine entscheidende Rolle spielen" würde, waren Bocks Zweifel ausgeräumt: „Nun bin ich einverstanden!"[31] Die Befehlszusätze, die der Stab der Heeresgruppe in der Folge noch erließ, waren im Kern affirmativ und änderten die Befehlslage kaum[32]. Es kennzeichnet die Haltung der Heeresgruppenführung, daß während der Stabsbesprechung am 12. Juni 1941, die der Ausarbeitung dieser Befehlszusätze diente, ausschließlich der Abschnitt II des Gerichtsbarkeitserlasses zur Sprache kam, der die Aufhebung des Strafverfolgungszwangs bei Straftaten von Wehrmachtsangehörigen gegen Zivilisten betraf. Der Schutz der entrechteten Zivilbevölkerung im Operationsgebiet, die Kernbestimmungen über die Ermächtigung aller Offiziere zur Anordnung von verfahrenslosen Exekutionen und die anderen radikalen Repressionsinstrumente des Erlasses waren dagegen offenbar nicht Gegenstand der Erörterungen[33].

[26] Vgl. Hürter, Weg, S. 542 f.
[27] Ebenda, S. 542.
[28] Vgl. ebenda, S. 529 f.
[29] Vgl. Ringshausen, Aussagewert, S. 142.
[30] Zum Verhalten des Heeresgruppenkommandos Mitte im Umgang mit den verbrecherischen Befehlen vgl. Gerlach, Morde, S. 1115–1120, sowie Christian Gerlach, Hitlergegner bei der Heeresgruppe Mitte und die „verbrecherischen Befehle", in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Darmstadt 2000, S. 62–76.
[31] Eintrag v. 7. 6. 1941, in: Generalfeldmarschall Fedor von Bock. Zwischen Pflicht und Gehorsam. Das Kriegstagebuch, hrsg. von Klaus Gerbet, München u. a. 1995, S. 191.
[32] Vgl. die Zusätze der Heeresgruppe B zum Kriegsgerichtsbarkeitserlaß v. 13. 6. 1941, in: BA-MA, WF-03/9121, Bl. 31 f.
[33] Aktennotiz für die Besprechung im Heeresgruppenkommando am 12. 6. 1941, in: Ebenda, Bl. 33.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anders als bei der Weitergabe des Gerichtsbarkeitserlasses nahm das Heeresgruppenkommando auf die Ausgestaltung der „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare" bei den unterstellten Armeeverbänden offenbar keinen Einfluß mehr[34]. Das OKH hatte den Kommissarbefehl zwar direkt an die Oberbefehlshaber der Armeen und Panzergruppen ausgegeben, so daß die Befehlsübermittlung nicht in die Zuständigkeit der Heeresgruppe fiel[35]. Doch ergab sich zu Beginn des Feldzuges die Situation, daß das Heeresgruppenkommando an der Weitergabe der Verfügung an die ihm unterstellten Kampfverbände unmittelbar mitwirkte. So ließ Gersdorff am 8. Juli 1941 dem Ic-Offizier der 9. Armee den Befehl erteilen, der als Reserveverband nachgeführten „96. Division [die] Verfügung [des] OKW betr. Behandlung politischer Kommissare – weitergegeben durch Erlass Ob. d. H. vom 8. 6. 41, Az. Gen. z. b. V. b. Ob. d. H. (Gr. R.Wes) Nr. 91/41 g.Kdos. – bekannt zu geben"[36]. Vor diesem Hintergrund dürfte es Gersdorff kaum überrascht haben, wenn er sich Anfang Juli 1941 nach einer Anfrage des OKH von den unterstellten Kommandobehörden die bisherigen Erschießungsziffern melden ließ und die Rückmeldungen der Armeen und Panzergruppen ergaben, daß die Zahl der Exekutionen, die bis dahin im Bereich der Hee-

[34] Der Kommissarbefehl war am 8. 6. 1941 vom OKH direkt an die Armeeoberbefehlshaber ausgegeben worden und ging erst am 13. 6. 1941 im Heeresgruppenkommando ein, vgl. den Eingangsstempel auf der Ausfertigung in den Akten des Heeresgruppenkommandos, in: BA-MA, WF-03/9121, Bl. 16. Dennoch wäre es auch hier noch möglich gewesen, Befehlszusätze zu erlassen, zumal der Kommissarbefehl in nicht wenigen Armeebereichen zu diesem Zeitpunkt noch nicht weitergegeben worden war. Während man sich im Stab der Heeresgruppe mit dem Gerichtsbarkeitserlaß nachweislich recht intensiv beschäftigte, Telefonate führte, Besprechungen abhielt, den Befehl durch eigene Bestimmungen ergänzte und den unterstellten Kommandobehörden sogar schriftlich befahl, den Erlaß vor Eingang der Befehlszusätze der Heeresgruppe nicht weiterzugeben, sind analoge Vorgänge in Bezug auf den Kommissarbefehl nicht überliefert. Vgl. die Unterlagen zu Kriegsgerichtsbarkeitserlaß und Kommissarbefehl in den Akten der Heeresgruppe, in: BA-MA, WF-03/9121. Mit der Weitergabe des Kommissarbefehls innerhalb des Ostheeres wird sich auch die in Vorbereitung befindliche Dissertation des Verfassers beschäftigen. Zur Umsetzung des Kommissarbefehls im Ostheer vgl. Jürgen Förster, Die Sicherung des „Lebensraumes", in: DRZW, Bd. 4: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 1030-1078, hier S. 1062-1070.

[35] Die Angabe bei Gerlach, die Ausgabe des Kommissarbefehls sei „nicht an der Heeresgruppe vorbei, sondern durch sie selbst erfolgt", ist unzutreffend – bei der Heeresgruppe Mitte wurde ebenso verfahren wie bei den anderen Heeresgruppen auch; Gerlach, Morde, S. 1118. Nur in Ausnahmefällen erfolgte die Bekanntgabe des Befehls während der Vorbereitungsphase des Feldzugs durch das Heeresgruppenkommando selbst, so etwa an den unmittelbar unterstellten Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Mitte, wie die handschriftlichen Notizen auf dem Begleitschreiben des Oberbefehlshabers des Heeres in den Akten zeigen; vgl. BA-MA, WF-03/9121, Bl. 16. Daß das Heeresgruppenkommando auch die Bekanntgabe des Befehls an das LIII. Armeekorps organisierte (Gerlach, Morde, S. 1118, Anm. 72, liest aus den Notizen fälschlicherweise „LXI. A.K."), erklärt sich daraus, daß das Generalkommando zu diesem Zeitpunkt zur Heeresgruppenreserve gehörte.

[36] Fernschreiben HGr Mitte/Abt. Ic/AO Nr. 67/41 geh. v. 8. 7. 1941, 16.00 Uhr, an AOK 9/Abt. Ic, in: BA-MA, RH 20-9/251. Laut handschriftlicher Notiz auf dem Fernschreiben gab die Ic-Abteilung der 9. Armee den Kommissarbefehl dem Ic der 96. Infanteriedivision dann am folgenden Tag, dem 9. 7. 1941, bekannt.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

resgruppe stattgefunden hatten, bereits weit im dreistelligen Bereich lag[37]. All das war Gersdorff bis zur Abfassung seiner Memoiren wieder entfallen: „Während der ersten Wochen erhielten wir auch keine Meldungen über Erschießungen sowjetischer Kommissare, so daß wir hoffen konnten, daß sich die Bemühungen der höheren Truppenführung um eine Sabotage des berüchtigten Kommissarbefehls durchgesetzt hatten."[38]

Wenngleich die geschilderten Vorgänge das konforme Verhalten der Heeresgruppenführung bei der Weitergabe und Umsetzung des Kommissarbefehls bereits belegen, so ist doch der Einwand denkbar, daß ihre Spielräume dabei begrenzt waren und kaum Handlungsalternativen zuließen. Insbesondere auf die Situation bei der Erstattung der Sammelmeldung an das OKH mag dieser Einwand durchaus zutreffen; der hierfür zuständige General z. b. V. im OKH erwartete schließlich die Rückmeldung der Heeresgruppe, die in diesem Moment nur das Glied einer Meldekette war. Eine neue, zeitgenössische Quelle zeigt aber, wie die Ic-Abteilung der Heeresgruppe Mitte auch Situationen, in der sie volle Handlungsfreiheit besaß und sich dessen auch bewußt war, nicht dazu ausnutzte, die Vernichtungspolitik gegen die sowjetischen Politoffiziere einzuschränken. Die Quelle stammt aus den Akten der Ic-Abteilung im Armeeoberkommando 4.

Das Oberkommando der 4. Armee hatte im Oktober 1941 offenbar über das Heeresgruppenkommando eine Anfrage an das OKH gerichtet; Anlaß zu dieser Eingabe hatte das Auftreten eines sowjetischen Ausbildungsverbandes im Angriffsstreifen der Armee gegeben, der aus „Politruk-Anwärtern"[39] bestand. Das Armeeoberkommando bat daher um die Klärung der Frage, ob die Angehörigen dieser als Kampfverband eingesetzten „Schule für Politruks", die sich „Leninschüler" nannten[40], unter den Geltungsbereich des Kommissarbefehls fielen, also im

[37] Fernschreiben HGr Mitte/Abt. Ic/AO Nr. 2132/41 geh. v. 6. 7. 1941, 23.55 Uhr, an die Ic-Abteilungen der unterstellten Armeeoberkommandos bzw. Panzergruppenkommandos, in: BA-MA, RH 20-9/251. Die Erhebung der Erschießungszahlen im gesamten Ostheer erfolgte auf eine kurz zuvor ergangene Anfrage des Generals z.b.V. Die „Anzahl gefangener und erledigter Kommissare" im Bereich der Panzergruppe 3 betrug bis Mitte Juli „etwa 50". Ic-Morgenmeldung der PzGr. 3 an PzAOK 4 v. 19. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20-4/684. Das AOK 2 meldete der Heeresgruppe, daß bis zum 5. 7. bereits 112 Kommissare erschossen worden waren. Ic-Abendmeldung des AOK 2 v. 12. 7. 1941, in: BA-MA, RH 20-6/517, Bl. 128. Bei der 4. Armee, der 9. Armee und der Panzergruppe 2 fielen die Zahlen etwas geringer aus, zeigten aber dennoch deutlich, daß auch dort der Befehl befolgt wurde. Die quantitativen Dimensionen der Umsetzung des Kommissarbefehls im Ostheer sind Untersuchungsgegenstand im Dissertationsprojekt des Verfassers.

[38] Rudolf-Christoph Frhr. v. Gersdorff, Soldat im Untergang, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977, S. 92.

[39] Feindlagebericht Panzergruppe 4/Abt. Ic v. 24. 10. 1941, in: BA-MA, RH 21-4/276, Bl. 31.

[40] Die „Leninschüler" waren im Frontabschnitt vor der Panzergruppe 4 eingesetzt, die in diesem Zeitraum der 4. Armee unterstand: Die Ic-Abteilung der PzGr. 4 meldete am 17. 10. 1941 an das AOK 4, daß unter den gegenüberstehenden Feindverbänden eine „Kriegsschule Lenin aus Moskau" festgestellt worden war, bei der es sich um eine „Schule für Politruks" handelte; BA-MA, RH 21-4/274, Bl. 49. Die „Kriegsschule Lenin" war im Angriffsstreifen des XXXX. Panzerkorps aufgetreten. Ic-Abendmeldung des XXXX. AK an PzGr. 4 v. 17. 10. 1941, in: BA-MA,

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Falle einer Gefangennahme zu exekutieren wären[41]. Eine solche Initiative war durchaus nichts Ungewöhnliches: Vergleichbare Anstöße zur Ausweitung der Vernichtungspolitik auf weitere Personengruppen der Roten Armee sind auch aus anderen Befehlsbereichen des Ostheeres überliefert[42], und auch in der 4. Armee waren derartige Radikalisierungsschübe nicht neu[43]. Die Antwort auf diese Anfrage gab das OKH auf dem Dienstweg, über das Heeresgruppenkommando Mitte[44]. Am Mittag des 17. Oktober 1941 rief Major Schach v. Wittenau, Ordon-

RH 21-4/275, Bl. 82. Der „Einsatz der Kriegsschule Lenin" ist auch im Kriegstagebuch der Heeresgruppe Mitte erwähnt. Eintrag v. 17. 10. 1941, in: BA-MA, RH 19-II/411, S. 630.

[41] Die Anfrage der 4. Armee beim OKH ist nicht überliefert; ihr vermutlicher Inhalt ist aus der Antwort des OKH zu rekonstruieren (vgl. Anm. 46). In den vorhandenen Aktenbeständen der beteiligten Dienststellen ist der Vorgang sonst nicht dokumentiert. Von der Ic-Abteilung der Heeresgruppe Mitte fehlt die Überlieferung aus dem betreffenden Zeitraum. Das Kriegstagebuch (KTB) der 4. Armee aus der fraglichen Zeit ist nicht überliefert, in den handschriftlichen Entwurfsnotizen des Ia zum KTB sind keine Hinweise auf die „Leninschüler" enthalten; vgl. BA-MA, RH 20-4/1233. Der Ic-Tätigkeitsbericht (TB) des AOK 4 enthält ebenfalls keine Hinweise auf den Vorgang, der Eintrag zum 17. 10. 1941 fehlt allerdings; vgl. BA-MA, RH 20-4/671, Bl. 91. Von der PzGr. 4 fehlt der TB Ic, das KTB enthält keine Hinweise; vgl. BA-MA, RH 21-4/585. Auch im TB Ic des XXXX. AK finden sich keine Hinweise; vgl. BA-MA, RH 24-40/91.

[42] Die wohl bekannteste Initiative dieser Art war die Anfrage einer der Heeresgruppen beim OKH im August 1941, ob die sowjetischen Politoffiziere der Kompanieebene, die Politruks, ebenfalls als Kommissare aufzufassen seien; vgl. hierzu Förster, Sicherung, in: DRZW, Bd. 4, S. 1067 f. Daneben ist noch eine ganze Reihe von Fällen überliefert, in denen Truppenteile den Geltungsbereich des Kommissarbefehls eigenständig ausweiteten. So berichtete z. B. der Ic des I. Armeekorps am 30. 7. 1941 in seiner Morgenmeldung an das AOK 16, daß im Frontabschnitt des Korps in den feindlichen Verbänden „durch blaue Hosen kenntliche Kommunisten" kämpften und „bei Gef[an]g[en].-nahme von Kommunisten [diese] wie Kommissare behandelt [wurden]"; BA-MA, RH 20-16/477a.

[43] Der Ic der 263. Inf.Div. meldete dem IX. Armeekorps, das der 4. Armee unterstellt war, am Abend des 30. 6. 1941: „Es gibt Gehilfen der Kommissare i[m]. Unt[er]off[i]z[iers]rang, die auch Kommissars[-]Abzeich[en]. tragen; ebenso zu behandeln wie Kommissare!", in: BA-MA, RH 24-9/155, Bl. 13.

[44] Diese Tatsache spricht für die Annahme, daß bereits die Anfrage des AOK 4 über die Heeresgruppe gelaufen war, zumal eine direkte Verbindungsaufnahme mit dem OKH unter Umgehung des Heeresgruppenkommandos eine Mißachtung des Dienstwegs bedeutet hätte. Die Ic-Abteilungen des Heeresgruppenkommandos und des AOK 4 arbeiteten aber eng miteinander zusammen, so daß sich für eine solche Anfrage ohnehin hinreichend Gelegenheit bot: Allein in den beiden Oktoberwochen vor Eingang des OKH-Entscheids am 17. 10. 1941 fanden acht meist telefonische Besprechungen statt, die letzte am 16. 10. 1941. Unmittelbaren Kontakt zur obersten Führungsebene hatte die Ic-Abteilung des AOK 4 dagegen nur selten. In den drei Monaten von August bis November 1941 kam dies nur zwei Mal vor: Am 26. 8. 1941 fand eine Besprechung mit einem Vertreter der Abteilung Wehrmachtpropaganda im OKW statt, am 24. 10. 1941 gab es eine Unterredung mit einem Untergebenen des Generals z.b.V. im OKH. Tätigkeitsbericht der Abt. Ic im AOK 4, in: BA-MA, RH 20-4/671. Wahrscheinlich kam die Anfrage ursprünglich aus dem Bereich der PzGr. 4, in dem die „Leninschüler" zuerst aufgetreten waren. Nachdem die Heeresgruppe Mitte das AOK 4 über die Entscheidung des OKH informiert hatte, wurde die PzGr. 4 unmittelbar danach davon verständigt, wie ein Vermerk auf der Aktennotiz zeigt; vgl. Anm. 46. Daß der Vorgang vom OKH ausging, ist dagegen mit großer Sicherheit auszuschließen. Das OKH hatte nämlich vor der Anfrage des AOK 4 von der Existenz der „Leninschüler" gar keine Kenntnis: In den Übersichten über aufgeklärte gegnerische Truppen, die die Abteilung Fremde Heere Ost im OKH täglich führte, wurde die „Kriegsschule

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nanzoffizier in der Ic-Abteilung des Heeresgruppenkommandos[45], im Oberkommando der 4. Armee an und teilte dem Ic folgendes mit: „Nach Mitteilung des O. K. H. sind die ‚Leninschüler', wenn sie als Soldaten anständig gekämpft haben, d. h. geschl[ossen]. in Formation, als Kriegsgefangene zu behandeln. Wenn sie sich dagegen als Politruks oder sonst politisch bei der Truppe betätigt haben, [sind sie] als Kommissare zu behandeln."[46] Da diese Regelung es zuließ, daß nicht nur gefangengenommene Politoffiziere auf der Grundlage des Kommissarbefehls exekutiert werden konnten, sondern auch Gefangene, die zwar keine Politruks oder Kommissare waren, die man aber verdächtigte, sich „sonst politisch bei der Truppe betätigt [zu] haben", ging sie bereits über den ursprünglichen Befehl hinaus und barg den Keim der Radikalisierung in sich.

Entscheidender aber war, daß das OKH den unterstellten Kommandobehörden, also der Heeresgruppe Mitte und ihrer 4. Armee letztlich freigestellt hatte, wie mit den „Leninschülern" zu verfahren sei. Zumindest in dieser Situation verfügte das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte über großen Spielraum. Da das OKH den Vorgang auf den Dienstweg gegeben hatte, konnte das Heeresgruppenkommando als vorgesetzte Kommandobehörde des Armeeoberkommandos 4 in den Geschäftsgang eingreifen und die Entscheidungsfindung lenken – es wäre eine vollkommen systemkonforme Handlungsmöglichkeit gewesen, zu intervenieren oder dem unterstellten Armeeoberkommando wenigstens eine Richtung vorzugeben, zumindest aber der anvisierten Regelung das radikalisierende Element zu nehmen. Der Stab der Heeresgruppe Mitte machte aber von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch und überließ die Entscheidung über das Vorgehen gegen die „Leninschüler" dem Armeeoberkommando 4: „Entscheidung, ob als Soldaten oder Kommissare zu behandeln, liegt bei A. O. K. 4."[47] Obwohl das OKH die Entscheidung ausdrücklich delegiert und damit alle Handlungsfreiheit gewährt hatte, ließ die Führung der Heeresgruppe Mitte es zu, daß die Vernichtungspolitik in ihrem Befehlsbereich sogar noch weiter verschärft wurde[48]. Im Grunde war

---

Lenin" erst am 18. 10. 1941 in die Liste der „an der Front neu festgestellte[n] Feindverbände" aufgenommen, in: BA-MA, RH 2/2093, Bl. 171.

[45] Die frühesten überlieferten Meldungen über das Auftreten der „Leninschüler" stammen vom gleichen Tag wie die Antwort des OKH; offenbar hatte das Armeeoberkommando 4 aber schon vorher Kenntnis davon erhalten. Einer Gefangenenaussage zufolge waren die „Leninschüler" am 5. 10. 1941 in ihrem Einsatzraum eingetroffen. Feindlagebericht PzGr. 4/Abt. Ic v. 24. 10. 1941, in: BA-MA, RH 21-4/276, Bl. 31. Die Anfrage des AOK 4 muß demnach in dem Zeitraum zwischen der Ankunft der „Leninschüler" an der Front und der Antwort des OKH erfolgt sein, also zwischen dem 5. 10. und dem 17. 10. 1941.

[46] Handschriftliche Aktennotiz über Mitteilung der HGr Mitte v. 17. 10. 1941, 13.10 Uhr, in: BA-MA, RH 20-4/678. Mit den Paraphen von Major i.G. Helmdach (Ic-Offizier) und Oberst i.G. Blumentritt (Generalstabschef), sowie den Notizen „Chef vorgetr[agen]. H[elmdach]." und darunter „P[an]z[er]gr[uppe]. hat Bescheid. H[elmdach]."

[47] Ebenda.

[48] Die Anordnungen über das Verfahren mit den „Leninschülern" wirkten sich dann offenbar auch aus. Das XXXX. AK etwa meldete der PzGr. 4 am 21. 10. 1941, daß ein Truppenteil „neuerlich Gefangene der Kriegsschule Lenin eingebracht" hatte. Ic-Morgenmeldung des XXXX. AK an PzGr. 4 v. 21. 10. 1941, in: BA-MA, RH 21-4/275, Bl. 96. Mit der gleichen Meldung infor-

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieses Verhalten aber nur konsequent: Das Heeresgruppenkommando hatte schließlich der Initiative des unterstellten Armeeoberkommandos schon in dem Moment stattgegeben, als es die Eingabe an das OKH weiterreichte. Der Vorgang ist sicherlich der eindringlichste, bisher bekannte Beleg dafür, daß die Ermordung der sowjetischen Kommissare im Heeresgruppenkommando Mitte keineswegs auf Ablehnung gestoßen war, sondern vielmehr mit dessen Zustimmung erfolgte[49]. Die Quelle zeigt außerdem erneut, wie sehr Gersdorffs Behauptung fehlgeht, daß „seitens des Oberkommandos der Heeresgruppe und auch seitens aller unterstellten Armeeoberbefehlshaber die größten Anstrengungen unternommen wurden, die Ausführung der verbrecherischen Befehle zu verhindern oder doch so weit wie möglich abzuschwächen"[50]. Unbeschadet der Verdienste Gersdorffs im Widerstand gegen die Gewaltherrschaft Hitlers ist er doch als „Kronzeuge"[51] in allen Fragen, die im Zusammenhang mit der Beteiligung der Verschwörer an der Realisierung des Vernichtungskrieges stehen, denkbar ungeeignet.

Die Mitwirkung des Heeresgruppenkommandos Mitte an der Umsetzung der verbrecherischen Befehle zeugte nicht nur von einer „selektiven Moral"[52], sondern wurde auch und gerade dadurch begünstigt, daß „die Offiziere schnell und mit allen Mitteln diesen höchst riskanten Feldzug durchschlagen und gewinnen"[53] wollten. Aus dem gleichen Grund wurden „moralische Bedenken gegen die verbrecherischen Polizeiaktionen hinter der Front [...] offensichtlich bewußt für einige Zeit zurückgestellt"[54]. Ringshausens Kritik an diesen Ergebnissen verkennt, unabhängig von ihrer inhaltlichen und methodischen Fragwürdigkeit, auch die eigentliche Intention von Hürters Beitrag: Es ging Hürter nicht darum, die „Größe" der Verschwörer und die „ethische Fundierung" ihres späteren Widerstandes in Frage zu stellen[55], sondern die Differenziertheit ihrer Beweggründe und vor allem das „Prozeßhafte des Weges in den Widerstand sichtbar"[56] zu machen.

---

mierte das Korps das Panzergruppenkommando darüber, daß „6 Politruks erschossen" worden waren; BA-MA, RH 24-40/91, Anl. 10. Kurz darauf verschwinden die „Leninschüler" wieder aus der Überlieferung: Der Ic der PzGr. 4 verbuchte die „Kriegsschule Lenin" bereits am 29. 10. 1941 unter den „zerschlagene[n] Verbände[n]" und vermerkte: „tritt nicht mehr auf", in: BA-MA, RH 21-4/276, Bl. 42.

[49] Auch nach Heinemann, Widerstand, in: DRZW, Bd. 9.1., S. 782 f., trafen die verbrecherischen Befehle bei den meisten Offizieren, „auch unter manchen Militärs, die im Laufe der Zeit noch zur Verschwörung stießen, [...] auf wenig Widerspruch", und fanden allenfalls bei Tresckow Ablehnung.

[50] Gersdorff, Soldat, S. 89.

[51] Hürter, Weg, S. 533 f., betont wiederholt den großen Einfluß insbesondere Gersdorffs auf die Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit.

[52] Gerlach, Mord, S. 1125.

[53] Hürter, Weg, S. 550.

[54] Ebenda.

[55] Beide Zitate in: Hürter, Weg, S. 551.

[56] Heinemann, Widerstand, in: DRZW, Bd. 9.1., S. 783.

VfZ 3 Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Frühjahr 1944 gelang zwei jungen slowakischen Juden die Flucht aus Auschwitz, wo man sich um diese Zeit auf die Ankunft der ungarischen Juden vorbereitete. Dieses Wissen gaben sie an die slowakischen und ungarischen Judenräte weiter, die es ihrerseits unterließen, ihre gefährdeten Glaubensbrüder zu warnen. Eine neue amerikanische Publikation rückt dieses alte Problem in ein neues Licht und wartet mit einer provokanten These auf: Der Bericht der beiden slowakischen Juden sei nach dem Holocaust fast verschwiegen worden, um die überlebenden Judenräte, die nach 1948 im Staat Israel führende Positionen erlangten, zu schonen. Der renommierte Holocaustforscher John Conway stellt diese Publikation vor und verortet sie im Meinungsstreit.

John S. Conway

Flucht aus Auschwitz: Sechzig Jahre danach

Vor sechsundzwanzig Jahren ist in dieser Zeitschrift ein Aufsatz erschienen, der das Zeugnis zweier Männer, Alfred Wetzler und Rudolf Vrba, vorstellte, denen es im April 1944 gelungen war, aus dem Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zu entkommen[1]. Einige Tage nach ihrer Flucht hatten sie es geschafft, über die Grenze in die Slowakei, ihr Heimatland, zu gelangen und dort alsbald mit Repräsentanten des Judenrats in Verbindung zu treten. Ihrem verwegenen Heldenstück kam deshalb eine ganz besondere Bedeutung zu, weil sie wichtigste Informationen mitgebracht hatten: Einzelheiten der Topographie des Lagers und seiner Vernichtungsanlagen, eine Beschreibung der Prozedur des Massenmords, eine Aufstellung der aus allen Ländern des deutschen Machtbereichs eingetroffenen Transporte und eine ungefähre Schätzung der Gesamtzahl der in den vorhergegangenen zwei Jahren in den Gaskammern umgekommenen Juden. Mittlerweile gilt weithin, daß die detaillierten Auskünfte, die jene beiden Männer liefern konnten und dann dem Slowakischen Judenrat tatsächlich geliefert haben, bemerkenswert genau waren. Ihr Zeugnis ging in die Historiographie des Holocaust als „Vrba-Wetzler-Bericht" oder „Auschwitz-Protokolle" ein. Damals, 1944, haben Vrba und Wetzler dringlich verlangt, daß ihr Augenzeugenbericht umgehend den Juden in Ungarn übermittelt werden müsse, da im Lager Vorbereitungen für die Vernichtung jener letzten großen Opfergruppe der nationalsozialistischen Judenverfolgung getroffen würden.

Leider hat diese Information diejenigen, für die sie bestimmt war, nie erreicht. Die Gründe für die Unterdrückung einer so vitalen Mitteilung sind in einem weiteren Aufsatz untersucht worden, den die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1984 veröffentlichten[2]. Er stellte den Vorgang in den breiteren Zusammenhang

[1] Vgl. John S. Conway, Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz. Glaubwürdigkeit und Wirkungsgeschichte, in: VfZ 27 (1979), S. 260–284.
[2] Vgl. John S. Conway, Der Holocaust in Ungarn. Neue Kontroversen und Überlegungen, in: VfZ 32 (1984), S. 179–212.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der deutschen Besetzung Ungarns im März 1944 und der anschließenden Maßnahmen zur raschen Deportation der Mehrheit der ungarischen Juden nach Auschwitz, wo sie der Tod erwartete.

Einige Jahre später, 1996, hat Rudolf Vrba selbst die Entstehung des Vrba-Wetzler-Berichts noch einmal dargestellt und erklärt, warum – nach seiner Meinung – seine Warnung die Opfer nicht rechtzeitig erreicht hatte[3]. Zwischen dem 15. Mai und dem 7. Juli 1944 waren etwa 437 000 jüdische Männer, Frauen und Kinder in 120 Eisenbahnzüge gepfercht und von Ungarn nach Auschwitz deportiert worden, wo sie ihr Geschick traf, ohne daß sie jemand gewarnt hätte: „Umsiedlung" bedeutete Tod. Vrba machte dafür die führenden Angehörigen des Slowakischen und des Ungarischen Judenrats verantwortlich. Seine Kritik provozierte jedoch eine lebhafte Erwiderung von Yehuda Bauer, der zu den prominentesten israelischen Historikern zählt. Bauers Kommentar, ebenfalls in den VfZ erschienen[4], besagte, der Auschwitz-Bericht sei in Ungarn zu spät eingetroffen, um noch irgendeine Wirkung zu zeitigen, und selbst wenn es möglich gewesen wäre, der Information weite Verbreitung zu verschaffen, hätte nichts getan werden können, um die Pläne der Nationalsozialisten zu stören.

Dieses spezielle Kapitel des Holocaust – und wie es rückblickend dargestellt wurde – ist nun erneut Thema eines englischsprachigen Buches geworden, das die israelische Wissenschaftlerin Ruth Linn geschrieben hat[5], zur Zeit Dekan der Fakultät für Erziehungswissenschaft an der Universität Haifa. Schon zuvor hat sie sich mit moralischen Entscheidungen beschäftigt, vor die sich Individuen in politischen Krisenlagen gestellt sehen: „Not Shooting and Not Crying: a Psychological Inquiry into Moral Disobedience" (1989) oder, insbesondere, ihre Studie über Kriegsdienstverweigerer in den israelischen Streitkräften: „Conscience at War: the Israeli Soldier as a Moral Critic" (1996). In ihrem neuen Buch aber betritt sie Neuland: Sie stellt die Flucht von Vrba und Wetzler aus Auschwitz dar, sie zeigt das Geschick der vitalen Information, die von den beiden mitgebracht wurde, und sie untersucht, wie jene Ereignisse in die Erinnerung eingegangen sind, namentlich in die Schriften israelischer Historiker. Ihre trefflich argumentierende Wiedergabe dieser Debatte wird in Israel und anderswo gewiß für Kontroversen sorgen, ist aber noch in einem weiteren Sinne von Wert, nämlich als ein bedeutender Beitrag zur Erforschung von Erinnerungspolitik.

Linns kurze, doch tief eindringende Studie hebt den Disput über die Details der Flucht Vrbas und Wetzlers aus Auschwitz und über die Wirkung ihres Berichts in der Tat auf eine neue Ebene der Kontroverse um die Taktik und das Verhalten israelischer Historiker wie auch etlicher anderer Autoren, die dieses Material benutzt haben, um ihre Interpretation des Holocaust abzustützen. Ruth Linn zieht nun in Zweifel, was in den vergangenen fünfzig Jahren als das „Establish-

[3] Vgl. Rudolf Vrba, Die mißachtete Warnung. Betrachtungen über den Auschwitz-Bericht von 1944, in: VfZ 44 (1996), S. 1–24.

[4] Vgl. Yehuda Bauer, Anmerkungen zum „Auschwitz-Bericht" von Rudolf Vrba, in: VfZ 45 (1997), S. 297–307.

[5] Vgl. Ruth Linn, Escaping Auschwitz. A culture of forgetting, Ithaca/New York/London 2004.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ment-Bild" israelischer Historiker gegolten hat. Dabei geht sie weiter auf dem Weg, den als erste Hannah Arendt eingeschlagen hat, die in ihrem 1963 publizierten Buch „Eichmann in Jerusalem"[6] das angriff, was sie als die „unbewältigte Vergangenheit" der während des Holocaust in Europa amtierenden jüdischen Funktionäre ansah. In Ruth Linns Augen ist die gleiche Bedeutung Rudolf Vrbas autobiographischem Bericht über seine Zeit als Häftling in Auschwitz beizumessen, der ebenfalls kurz nach dem Eichmann-Prozeß geschrieben und 1963 in England veröffentlicht wurde[7]. Im ersten Kapitel erwähnt Linn den gedanklichen Zusammenhang zwischen Arendt und Vrba, die beide ernste Fragen zur Rolle der jüdischen Führer aufgeworfen hätten und deren beider Schriften dann unterdrückt oder doch in den folgenden Jahren dem israelischen Publikum vorenthalten worden seien. Dieser Zusammenhang wird von Linn in Teil III („Between History and Memory") und in Teil IV („Between Banality and Politics: Vrba and Arendt Restaged") ihres Buches noch einmal hervorgehoben. Es geht ihr darum, den Lesern zu zeigen, daß jene beiden Autoren – und sie, Ruth Linn, selbst – sich bemüht haben, die in der israelischen Historiographie vorherrschenden Interpretationen des Holocaust kritisch zu behandeln, bislang mit nur begrenzter Wirkung.

Linn stellt die noch immer dominierende Schilderung der Verfolgung der europäischen Juden, namentlich der Juden Ungarns, in Frage, eine Schilderung, die für lange Zeit praktisch die einzige Interpretation war, die einer Mehrheit der Bürger Israels geboten wurde. Die „etablierten" israelischen Historiker konnten darüber entscheiden, welche Darstellungen des Holocaust ins Hebräische übersetzt oder eben nicht übersetzt werden sollten, und solche Auswahl hatte direkten Einfluß darauf, wie die israelische Öffentlichkeit die Fakten sah. Linn hält zum Beispiel fest, daß Hannah Arendts „Eichmann in Jerusalem" oder Raul Hilbergs monumentales und autoritatives Werk „The Destruction of the European Jews"[8] beziehungsweise Vrbas Memoiren, die alle die Haltung der osteuropäischen Judenräte angesichts des von den Nationalsozialisten in Gang gesetzten physischen und moralischen Genozids höchst kritisch behandeln, nicht übersetzt oder leicht zugänglich gemacht wurden. Diese Verweigerung könne nur als eine überlegte Handlungsweise angesehen werden, die dem Zweck gedient habe, den Blick der israelischen Öffentlichkeit auf die ganze Komplexität des Holocaust unter Kontrolle zu halten. Obwohl Ruth Linn in Israel geboren und erzogen wurde, hatte sie nie etwas von Rudolf Vrbas Rolle bei der Aufdeckung der Geheimnisse von Auschwitz und der „Umsiedlung" der dorthin transportierten Juden gehört. Trotz der Zentralität des Holocaust-Gedenkens in Israels nationa-

[6] Vgl. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. A Report on the Banality of Evil, New York 1963.

[7] Vgl. Rudolf Vrba/Alan Bestic, I cannot forgive, London 1963 [Erstausgabe], deutsche Ausgabe: Ich kann nicht vergeben, München 1964; neuerdings Rudolf Vrba, Als Kanada in Auschwitz lag. Meine Flucht aus dem Vernichtungslager. Nachwort von Friedemann Bedürftig, München 1999.

[8] Vgl. Raul Hilberg, The Destruction of the European Jews, London 1961 (deutsche Ausgabe: Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982).

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lem Bewußtsein erfuhr sie von Vrbas Flucht erst, als sie in den achtziger Jahren Claude Lanzmanns Film „Shoa" sah. Zehn Jahre später hatte sie jedoch Gelegenheit, Vrba persönlich kennenzulernen und sein Buch „I cannot forgive" zu lesen. Das machte sie nur um so neugieriger, und sie wollte herausfinden, warum die einzigartigen Aktionen und Erinnerungen dieser Auschwitz-Flüchtlinge fünfzig Jahre nach dem Holocaust dem durchschnittlichen israelischen Leser völlig unbekannt geblieben waren.

Aber erst als ihr klar wurde, daß die Stille um Vrbas Leben und Schriften kein Zufall war, verwandelte sich ihre Neugier in Bestürzung und dann in Empörung. Sie machte es sich zur Aufgabe, dieses Schweigen zu durchbrechen, indem sie sich für die Veröffentlichung einer hebräischen Version der Memoiren Vrbas einsetzte, fünfunddreißig Jahre nach deren erstem Erscheinen in englischer Sprache. Auch drängte sie die Universität Haifa, Vrba einen akademischen Ehrengrad zu verleihen, „in Anerkennung seines Heroismus und seines Wagemuts, noch während des Krieges die Schrecken von Auschwitz zu enthüllen, was zur Rettung jüdischer Leben führte; und in tief gefühlter Würdigung seines erzieherischen Beitrags und seines Eifers bei der Verbreitung der Kenntnis vom Holocaust"[9]. Diese Bemühungen seien bei israelischen Wissenschaftlern auf Widerstand gestoßen. Mit ihrem kleinen Buch will Linn jetzt eine breitere internationale Leserschaft erreichen und zugleich Vrba Gerechtigkeit widerfahren lassen, indem sie das Rätsel untersucht, wie er nicht nur aus Auschwitz entkommen, sondern auch aus den israelischen Textbüchern und aus der israelischen Darstellung des Holocaust verschwinden konnte.

Linn bietet, wie sie ausdrücklich erklärt, keine ausgewogene Behandlung der Probleme. Doch hat sie sehr wohl die Masse der in englischer Sprache erschienenen Literatur analysiert und das Fehlen hebräischer Übersetzungen einiger Schlüsselwerke registriert. Bündig und kraftvoll argumentierend, spürt sie der Frage nach, wie es israelische Historiker fertigbrachten, Vrba und Wetzler aus der Geschichte des Holocaust auszuklammern, indem sie deren Bericht über ihre Flucht aus Auschwitz irreführend benannten, irreführend wiedergaben, irreführend bewerteten und irreführend darstellten. Vier kurze, doch ins Schwarze treffende Kapitel sind diesen Charakteristika gewidmet. Indem sie die Autoren des Auschwitz-Berichts nicht mit Namen präsentierten, ließen die israelischen Historiker diese Zeugen ohne Identität. Das gab wiederum sogenannten Holocaust-Leugnern wie dem Amerikaner Arthur Butz, dem Franzosen Robert Faurisson oder dem britischen Schriftsteller David Irving die Gelegenheit, ihre Existenz und damit die Glaubwürdigkeit ihrer Informationen in Zweifel zu ziehen. So hat Butz behauptet, die „zwei jungen slowakischen Juden" seien eine Erfindung des amerikanischen War Refugee Board und ihr Bericht sei lediglich ein Gebräu aus der Greuelpropaganda der Kriegsjahre. Die gleiche falsche Wertung sei, so glaubt Ruth Linn, auch in den Schriften derjenigen evident, welche danach trachteten, die Bedeutung des Auschwitz-Berichts herunterzuspielen oder die darin enthalte-

[9] Certificate of Award to Dr. Rudolf Vrba of Honourary Degree of Ph. D. (Honoris Cause), University of Haifa, 7. 6. 1998.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen Fakten in Frage zu stellen. Noch in der Ausgabe der „Holocaust Encyclopedia" von 2001, für eine große und interessierte Leserschaft in den USA publiziert und an viele öffentliche und Schulbibliotheken verteilt, erwähnt der Bearbeiter des Stichworts „Auschwitz-Protokolle" lediglich „zwei jüdische Häftlinge", deren Informationen an „päpstliche Repräsentanten in der Slowakei" weitergeleitet worden seien. So geht die Tatsache unter, daß der Bericht in erster Linie die slowakischen und ungarischen Juden vor dem unmittelbar bevorstehenden Geschick warnen sollte, das sie in Auschwitz erwartete[10]. Ein derartiges Verhalten, konstatiert Linn, sei das Resultat der Tendenz, die Arbeiten professioneller Historiker vorzuziehen, deren Expertise akademische Weihen trage. Sie hingegen beharrt auf dem Wert der Zeugenschaft und der Berichte von Überlebenden. Daher stimmt sie mit Vrbas Meinung überein, daß einige Überlebende ein besseres Verständnis der wahrhaft diabolischen Natur des Nationalsozialismus hätten als Nachlebende, die ohne persönliche Erfahrung seien[11]. Eine solche Auffassung wird jedoch von Historikern, die mit einer auf Studium gegründeten Legitimität urteilen, als Anspruch „verbitterter Überlebender" abgetan, die Wunschdenken pflegten und unrealistische Erwartungen hegten.

Nach Vrba hat dieser abweisende und unprofessionelle Standpunkt einen einfachen Grund: Seine Interpretation der Ereignisse, die sich während jener traumatischen Monate Anfang 1944 in der Slowakei, in Ungarn und in Polen zutrugen, stehe schließlich in klarem Gegensatz zu der Version, die von den „Establishment"-Historikern in Israel dargeboten werde, und sie werfe ein schlechtes Licht auf Charakter und Verhalten bestimmter führender Figuren der zionistischen Bewegung in der Slowakei wie in Ungarn. Vrba glaubte und glaubt, daß die Informationen über Auschwitz unterdrückt worden seien, damit leitende Mitglieder des slowakischen und des ungarischen Judenrats, vornehmlich Rudolf Kastner, einen Handel mit Eichmann und dessen Schergen tätigen konnten. Als Gegenleistung für ihr Schweigen hätten jene Männer Überleben erkauft, für sich selbst, für ihre Verwandten, für eine Gruppe von Zionisten, für einige hervorragende jüdische Intellektuelle und wohlhabende jüdische Unternehmer, insgesamt 1684. Im Juni 1944 sind diese glücklichen Menschen in einen Zug eingestiegen, der sie dann in die Schweiz und in die Freiheit gebracht hat. Viele von ihnen haben in den folgenden Jahren prominente Positionen im eben geschaffenen Staat Israel eingenommen.

Nach ihrem Eintreffen in Israel beteiligten sich die Geretteten, mit großem Einfluß und aus verständlichem Interesse, an der Entstehung des Mythos vom heroischen Widerstand der Zionisten gegen die nationalsozialistischen Verfolger und von ihrem glückhaften Entkommen[12]. Die professionellen Historiker des

[10] Siehe Chronology of the Holocaust, in: Walter Laqueur/Judith Taylor Baumel (Hrsg.), The Holocaust Enzyclopedia, New Haven 2001.

[11] Vgl. Vrba, Die mißachtete Warnung, S. 20.

[12] Vgl. z. B. Oskar Neumann, Im Schatten des Todes. Ein Tatsachenbericht von Schicksalskampf des slovakischen Judentums, Tel Aviv 1956; Oscar Krasniansky, A Declaration under Oath, Köln, Israelisches Konsulat, 1961; Fülöp Freudiger, Five months, in: Randolph L. Braham, The Tra-

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

neuen Staates, etwa Yehuda Bauer, Yisrael Gutman, Chaim Schatzker oder Lenî Yahil, schlossen sich dem an. In ihren Arbeiten nahmen folglich jene breiten Raum ein, deren Handlungen geeignet waren, Bilder heroischer Taten und Opfer im Dienste des Zionismus zu malen. Eine davon war die gefeierte Heldin Hanna Szenes, von der noch die Rede sein wird. Die offizielle israelische Historiographie hatte keinen Platz für alternative Interpretationen des Geschehens in Ungarn, ebensowenig für irgendeine Analyse der Rolle der Judenräte und deren Kollaboration mit den Nationalsozialisten. Vrba und Wetzler haben hingegen, auf Grund ihrer Erfahrungen, nie an den Wert von Verhandlungen mit Nationalsozialisten geglaubt – eine Auffassung, die Vrba auch noch nach dem Krieg vertrat[13]. Infolgedessen sind die Leistungen von Vrba und Wetzler nicht für würdig befunden worden, in Israels historischen Pantheon aufgenommen zu werden.

Ruth Linn analysiert tiefdringend, wie man unwillkommene Kritiker von der Art Vrbas totschwieg und wie der Prozeß des Unterdrückens, des Verleugnens oder des Umgehens der erhobenen Vorwürfe vor sich ging. Zunächst hat man die Flüchtlinge aus Auschwitz zur Anonymität verurteilt; ihre Namen blieben unerwähnt. In den dunklen Tagen des April 1944, als sie ihren Bericht niederschrieben, war es sicher richtig, die Namen der Autoren wegzulassen; hätten Beamte der Gestapo oder deren ungarische Handlanger den Bericht entdeckt, wäre mit Repressalien gegen Vrba und Wetzler, gegen ihre Familien oder gegen Insassen von Auschwitz zu rechnen gewesen. Daher ist in den ersten Versionen, die den Westen erreichten und dort noch während des Krieges publiziert wurden, nur von „zwei jungen slowakischen Juden" die Rede. Nach dem Ende der Feindseligkeiten war solche Diskretion jedoch nicht länger notwendig. Die Tatsache, daß die Autoren des Auschwitz-Berichts auch von der späteren Historiographie anonymisiert wurden, muß also anders erklärt werden, und zwar offensichtlich mit dem Wunsch, die beiden Zeugen und ihre Interpretation der Vorgänge herabzusetzen oder zu disqualifizieren.

In den Schriften israelischer Historiker kann die Angabe „zwei junge slowakische Juden" in der Tat unmöglich auf Unkenntnis der Personen und der Namen beruhen. In einem zusätzlich zum Buch veröffentlichten Aufsatz[14] hat Ruth Linn gezeigt, daß der Prozeß der Anonymisierung gerade von jenen Leuten eingeleitet wurde, die den Auschwitz-Bericht damals in der Slowakei erhielten, nämlich von Oscar Krasniansky, dem er als erstem diktiert wurde, und Oskar Neumann, dem Leiter des Slowakischen Judenrats. Als diese führenden Funktionäre nach dem Krieg über die Geschehnisse im Jahre 1944 zu schreiben begannen, gelang es ihnen nicht, sich an die Namen jener Augenzeugen zu erinnern, obwohl deren

gedy of Hungarian Jewry. Essays, Documents, Depositions, New York 1986, S. 237–287; Erich Kulka, Five Escapes from Auschwitz, in: Yuri Suhl (Hrsg.), They Fought Back, New York 1967, S. 196–215.

[13] Siehe Rudolf Vrba, Footnote to the Auschwitz Report, in: Jewish Currents, Vol. 20, no. 3 (218), März 1966, S. 23–28.

[14] Ruth Linn, Genocide and the politics of remembering the nameless, the celebrated and the woud-be Holocaust heroes, in: Journal of Genocide Research 4 (2003), S. 565–586.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Identität, wie Neumann später einräumen mußte, schon 1944 im ersten Gespräch in der Slowakei geklärt wurde, und zwar mit Hilfe der nach Polen geschickten Deportiertenlisten, die vom Judenrat selbst, komplett mit Foto, zusammengestellt worden waren. Neumann sprach jedoch von zwei aus der Slowakei „stammenden jüdischen Burschen", die aus Auschwitz entkommen seien[15], und Krasniansky von „zwei jungen Leuten"[16]. Diesem Beispiel folgend, kam Yehuda Bauer in seinem Buch „The Holocaust in Historical Perspective"[17] mit der Wendung „zwei slowakische Juden" aus, obwohl er sehr genau wußte, um wen es sich handelte. In gleicher Weise hat Livia Rothkirchen, eine der Historikerinnen der slowakischen Juden, sich in ihrem autoritativen Kapitel des umfänglichen von Yad Vashem herausgegebenen Werks „The Catastrophe of European Jewry" auf die Formulierung beschränkt: „[...] das Zeugnis zweier junger Männer, denen es als ersten gelang, aus dem Lager zu entkommen"[18]. Noch 1994, ein gutes halbes Jahrhundert nach der Flucht Vrbas und Wetzlers aus Auschwitz, hat das israelische Fernsehen in einer Gedenksendung zum 50. Jahrestag des ungarischen Holocaust den Bericht der beiden nicht erwähnt und mithin auch die wahre Identität der Verfasser nicht verraten. Gewiß, in der Eingangshalle von Yad Vashem ist eine Version des Berichts zu finden, doch sind auch hier die Namen der Autoren nicht genannt; die in hebräischer Sprache gegebene Erklärung des Dokuments weiß nur von „zwei jungen slowakischen Juden". Besucher von Yad Vashem werden im übrigen vergeblich nach einer hebräischen Version des Berichts selbst suchen, da lediglich eine ungarische und eine deutsche Fassung verfügbar gemacht sind. Das Holocaust Memorial in Washington bietet keinen Hinweis auf die Flucht aus Auschwitz, und auch das Holocaust Center im Queensborough Community College (Queens, New York), das als Muster für ähnliche Einrichtungen an höheren Schulen in den USA dient, unterrichtet nicht über diesen wichtigen Akt des Widerstands. Sogar jene Historiker, die in Zusammenhang mit der Flucht aus Auschwitz Vrbas Namen nennen, weisen ihre Leser nicht auf seine publizierten Memoiren hin, die vielfach übersetzt und sowohl in Großbritannien und den USA wie in Kanada, Frankreich, Holland, der Tschechischen Republik und Deutschland veröffentlicht wurden.

Darüber hinaus wird die Glaubwürdigkeit des Berichts angefochten, die Genauigkeit der darin gemachten Angaben bestritten. Insbesondere halten viele israelische Historiker die sorgfältig berechnete Zahl jüdischer Opfer für stark übertrieben, obwohl sie bislang keine überzeugenden Beweise für ihre Behauptung vorlegen konnten. Vor allem aber: Vrbas völlig legitime Frage, ob eine weite Verbreitung der von ihm und Wetzler gelieferten Informationen über Auschwitz nicht geeignet gewesen wäre, die Deportationen zu unterbrechen oder doch erheblich zu stören, wird als unrealistisch vom Tisch gewischt. Und seine

[15] Neumann, Schatten, S. 178.
[16] Krasniansky, Declaration under Oath, S. 1.
[17] Yehuda Bauer, The Holocaust in Historical Perspective, Seattle 1978.
[18] Livia Rothkirchen, The Final solution in its last stages, in: Israel Gutman/Livia Rothkirchen (Hrsg.), The Catastrophe of European Jewry, Jerusalem 1976, S. 326.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anklage, daß die ungarischen Zionistenführer am Massenmord mitschuldig geworden seien, weil sie es versäumten, die Juden außerhalb Budapests zu warnen, gilt als empörende Verleumdung[19]. Aus diesen Gründen unternahm man energische Schritte, um mehr als dreißig Jahre lang zu verhindern, daß Vrbas Version des Geschehens in hebräischer Sprache erschien.

Wie Ruth Linn überzeugend darlegt[20], besteht ein schreiender Gegensatz zwischen der Behandlung Vrbas und der Behandlung etwa von Hanna Szenes, einer enthusiastischen jungen Pionierin, die noch vor Kriegsbeginn nach Palästina emigriert war und dort in einem zionistischen Kibbuz bei Cäsarea lebte. 1944 wurde sie für eine Mission rekrutiert, die im Falle einer deutschen Invasion in Ungarn Widerstand und Selbsthilfe organisieren sollte. Zu diesem Zweck sprang sie – unter britischen Auspizien – mit dem Fallschirm über Jugoslawien ab. Sie und ihr Kommando gelangten dann nach Ungarn, wurden aber nach wenigen Tagen festgenommen und schließlich von den ungarischen Behörden hingerichtet. In der israelischen Historiographie ist sie zu „einem Symbol von Mut, Standhaftigkeit und moralischer Stärke"[21] geworden. Straßen wurden nach ihr benannt, und sie ist als eine Heldin des Holocaust allenthalben bekannt. Ihre Vorstellung von Widerstand wird glorifiziert. Ihre Identität wird nicht verheimlicht, nie wird sie als „ein junges ungarisches Mädchen" abgetan. All dies trotz der Tatsache, daß ihre Mission ein völliger Fehlschlag und es ihr nicht vergönnt war, auch nur einen einzigen Juden zu retten.

Linn bietet folgenden Vergleich der zwei Fälle in Form einer Tabelle[22]:

Die gefeierte Heldin und der namenlose Held

Name	Hanna Szenes	Rudolf Vrba
Status in der Erinnerung	gefeierte Heldin	namenloser Held
Herkunft	Ungarn	Slowakei
Auftraggeber	zionistischer Yishuv	eigener Antrieb
Erfahrung mit NS-Methoden	keine	fünf Jahre
Ziel der Mission	Organisierung von Widerstand	Organisierung von Widerstand
Verbindung in Ungarn	Dr. Kastner	keine
Zahl geretteter Menschen	null	mindestens 100 000 Juden[23]
Schicksal	in Haft erschossen	als Partisan überlebt
Orientierung	zionistisch	nicht-zionistisch

[19] Siehe David Cesarini (Hrsg.), Genocide and Rescue. The Holocaust in Hungary 1944, Oxford 1997, S. 15.

[20] Vgl. Linn, Genocide, S. 577–579.

[21] Linn, Escaping Auschwitz, S. 90.

[22] Ebenda, S. 579.

[23] Diese Schätzungen bei Linn, Escaping Auschwitz, S. 33. Die Rettung war möglich geworden, da Admiral Miclós Horthy mit Befehl vom 9. 7. 1944 einen Stopp der Deportation anordnete, nachdem er über den Vrba-Wetzler-Bericht informiert worden war. Vgl. dazu Yehuda Bauer, Rethinking the Holocaust, New Haven 2001, S. 239: "[...] an important factor in stopping the deportations".

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausgangspunkt der Mission	Palästina	Auschwitz
moralische Überzeugung	Juden sollten nicht in die Vernichtungslager geführt werden wie Schafe zur Schlachtbank	Juden sollten nicht in die Vernichtungslager geführt werden wie Schafe zur Schlachtbank
Reaktion der jüdischen Führung während des Krieges	sie tat, was sie konnte	sie hätte mehr tun können

Der Vergleich zwischen Szenes und Vrba macht deutlich, daß es hier um mehr geht als um die besonderen und tragischen Ereignisse in Ungarn. Die Bereitschaft der israelischen Historiker, die Mission von Szenes zu würdigen, jedoch über die Geschichte von Vrba und Wetzler hinwegzugehen, muß in einem größeren Zusammenhang gesehen werden. So bleibt es eine unbestreitbare Tatsache, daß beider Flucht aus Auschwitz auf eigenen Antrieb erfolgte und nicht auf Grund der Entscheidung einer Organisation[24]. Sie kann nicht zu einer zionistischen Initiative im Lager selbst zurückverfolgt werden, und der Bericht der Flüchtlinge war nicht späteren zionistischen Zwecken dienstbar zu machen. Die offene Kritik, die Vrba in seinen Memoiren an den zionistischen Führern in Ungarn übte, widersprach der gängigen Lesart, jene Funktionäre seien effektiv und in bester Absicht für die Gesamtheit der ungarischen Juden tätig gewesen. Wie Ruth Linn mit Recht fragt: „Wie sollte eine solch individualistische Position zu einer Zeit toleriert werden, da eine historische Darstellung zum kollektiven Klima zu passen hatte, das den Staat Israel beherrschte?"[25]

Außerdem – und das war von nicht geringerer Bedeutung – trachtete das israelische Historiker-„Establishment" danach, Ansichten, die den herrschenden Lehren widersprachen, zu marginalisieren. Daher sind wiederholt Anstrengungen unternommen worden, das zentrale Argument einfach abzutun, das Vrba in seinen Memoiren vorgetragen hat, nämlich daß noch viele tausende ungarischer Juden mehr sich niemals wie Schafe zur Schlachtbank hätten führen lassen, wäre ihnen gesagt worden, was in Auschwitz auf sie wartete. Den Inhalt des Auschwitz-Berichts der großen Mehrheit der ungarischen Juden nicht bekannt gemacht zu haben, weshalb diese problemlos zusammengetrieben und in den Tod geschickt werden konnten, bleibt die eigentliche Anklage gegen die Führer der Juden Ungarns. In Vrbas Augen hat eine kleine Gruppe Informierter mit ihrem Schweigen andere der Möglichkeit oder des Vorzugs beraubt, angesichts tödlicher Gefahr ihre eigenen Entscheidungen zu treffen[26].

Yehuda Bauer ist einer solchen Sicht der Dinge bei zahllosen Gelegenheiten entgegengetreten. Er vertritt die Meinung, daß die Information über Auschwitz schon da gewesen, aber von denen, die ihrer am dringendsten bedurften, nicht

[24] Vgl. Hermann Langbein, Menschen in Auschwitz, Wien 1972. Langbein, ein Führer der Widerstandsgruppen in Auschwitz und Birkenau, hat darin Vrba und Wetzler erwähnt, aber nicht den Anspruch erhoben, deren Flucht sei von seiner oder einer anderen Gruppe organisiert worden.

[25] Linn, Genocide, S. 582.

[26] Vrba, Die mißachtete Warnung, S. 23.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geglaubt worden sei. Nachdem aber gezeigt worden war, daß einer derartigen Auffassung die Glaubwürdigkeit fehlt, mußte der Angriff auf den Verfechter der Anklage, Vrba, einsetzen. So war es kein Wunder, daß israelische Historiker auch persönliche Attacken gegen Vrba nicht unterließen, wenn sie ihm eine Rolle am Rande zuweisen wollten. Zum Beispiel charakterisierte Yehuda Bauer die Memoiren Vrbas als Ergebnis eines psychologischen Verteidigungsmechanismuses zur Bewältigung seiner unangenehmen Erlebnisse in der Kriegszeit, von richtigen Historikern seien sie nicht ernst zu nehmen[27]. Der Angriff auf die Integrität der jüdischen Führer wird von Bauer als eine übersteigerte Verschwörungstheorie abqualifiziert und mit der Behauptung „widerlegt", Vrbas Interpretation sei das Produkt eines verbitterten Überlebenden. Aber, wie Vrba selbst bemerkt hat: „Die Frage ist nicht, ob meine Erinnerungen bitter oder süß sind. Es geht darum, ob sie richtig oder falsch sind."[28] Auch diejenigen, die sich Vrbas Version der Ereignisse anschlossen, sahen sich persönlichen Attacken ausgesetzt und mit dem Vorwurf konfrontiert, sie hätten sich von Vrbas Argumentation verführen oder verwirren lassen[29].

Ruth Linn konstatiert mit Recht, daß das Verschwinden der Auschwitz-Flüchtlinge aus dem dominanten Strom der israelischen Geschichtsschreibung als ein signifikanter Fall historiographischer Manipulation anzusehen ist. Nicht weniger interessant sei jedoch, daß in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts Vrbas Name in einigen englischsprachigen Werken eben jener Historiographie dann doch auftaucht. 1994 hat Bauer Vrba tatsächlich namentlich genannt, und zwar in seinem Buch „Jews for Sale?"[30]. In der Folgezeit hat Bauer sogar erklärt, bei Vrba handle es sich um „einen echten jüdischen Helden des Holocaust, der sehr zuverlässig ist, wenn er über seine Erfahrungen spricht"[31]. Linn stellt dazu fest, daß Yehuda Bauer nicht erklärt, warum er viele Jahre lang den „unbedingten Heroismus" Vrbas und Wetzlers nur in der anonymen Wendung „zwei junge slowakische Juden" erwähnt, Vrbas Memoiren nicht zitiert und die Flucht aus Auschwitz reserviert behandelt hat[32]. Auch ist keine überzeugende Antwort auf

[27] Bauer, Anmerkungen, S. 297.

[28] Zit. in: „Auschwitz and the Allies", einem zweistündigen Film, der in Zusammenarbeit mit Sir Martin Gilbert entstand (London 1982).

[29] Zum Beispiel Gila Fatran, The „Working Group", in: Holocaust and Genocide Studies 8 (1994), S. 164–201, eine Doktorandin Professor Bauers, die dem Verfasser dieses Kommentars (J. S. Conway) vorwarf, „Anklagen" zu erheben, „die in eklatantem Gegensatz zur historischen Wahrheit stehen". Sie fuhr fort (S. 187): „Es ist schwer zu verstehen, wie er von einem einzigen Zeugnis irregeführt wurde, das er leider nicht auf seine Zuverlässigkeit prüfte." In einem der folgenden Hefte (Holocaust and Genocide Studies 9 (1995), S. 269) entschuldigte sich Yehuda Bauer, der Herausgeber der Zeitschrift, dafür, daß er „diesen Aufsatz mit Formulierungen erscheinen ließ, die als an der Grenze zu einem persönlichen Angriff stehend verstanden werden konnten".

[30] Vgl. Yehuda Bauer, Jews for Sale? The Nazi-Jewish Negotiations 1933–1945, New Haven 1994, und ders., Rethinking the Holocaust, New Haven 2001.

[31] Vgl. seinen Brief an den Herausgeber mit der Überschrift „Auschwitz Review" vom 22. 10. 2004, abgedruckt in: Jewish Journal of Greater Los Angeles, November 2004.

[32] Linn, Escaping Auschwitz, S. 116.

VfZ 3
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Frage gegeben worden, warum Bauer und seine Kollegen ihre Meinung über die Rolle jener beiden „Burschen" im Holocaust zu einem solch späten Zeitpunkt geändert haben.

Nicht weniger bedeutungsvoll ist die Weigerung jener Historiker, einen weiteren zentralen Punkt in Vrbas Kritik an ihren Interpretationen zu akzeptieren, nämlich seine These, daß die Bemühungen sowohl des slowakischen wie des ungarischen Judenrats, mit den NS-Schergen zu verhandeln, ihnen Geld anzubieten und Intrigen zur Rettung einer großen Anzahl Juden auszuhecken, völlig unrealistisch waren und nie hätten unternommen werden dürfen. Solche weit hergeholten Pläne, sagt Vrba, seien das Produkt törichten Wunschdenkens gewesen, dem ein krasses Fehlurteil über die Absichten und die Taktik der Nationalsozialisten zugrunde gelegen habe; im Ergebnis sei das auf Kollaboration hinausgelaufen[33].

Zahlreiche israelische Historiker, insbesondere Yehuda Bauer, haben wiederholt Bücher veröffentlicht, in denen sie jene Versuche verteidigten und erklärten, diese hätten Erfolg haben können, wären nur die Alliierten kooperativ gewesen[34]. Seine Position zwingt Bauer zu der Behauptung, Vrbas Tadel an der jüdischen Führung sei grundlos. Jene Männer hätten das Beste getan, was ihnen in einer unmöglichen Situation möglich gewesen sei. Gewiß seien die Rettungspläne fehlgeschlagen. Doch bezeugten sie den Eifer ihrer zionistischen Urheber, das Überleben möglichst vieler Juden zu erreichen. Wer anderes sage, gebe sich dem Glauben hin, daß die Geschichte einen anderen Verlauf hätte nehmen können. Diejenigen, die sich, wie Ruth Linn, vom Zorn ergreifen ließen, drückten eine zwar verständliche, doch bedauerliche jüdische Reaktion aus: Sie wollten einfach nicht zugeben, daß die in der Tragödie des Holocaust gefangenen Juden macht- und hilflos waren.

Nun wird niemand das schreckliche Dilemma verkennen wollen, in dem sich damals die jüdischen Führer befanden. Aber Ruth Linn weist darauf hin, daß die herrschende israelische Version jenes Geschehens nur den halb gefüllten Becher in den Blick nimmt. Alternative Versionen, ebenso alternative Strategien, Ideen und moralische Optionen werden nicht geprüft, geschweige denn als begründet anerkannt[35]. Und all dies ist Teil des größeren Unternehmens, an dem israelische Historiker zu evidenten politischen Zwecken mitwirken. Vrba selbst sagt, er sehe sich gezwungen, „derartige Interpretationen als Produkte von Wissenschaftlern zu verstehen, die nicht allein die jüdische Zukunft, sondern auch die jüdische Vergangenheit schöner machen möchten"[36].

Ruth Linns Arbeit ist ein längst überfälliger Akt der Wiedergutmachung, der Berichtigung einer historiographischen Ungerechtigkeit. Doch sie wirft auch die größere Frage auf, wie die konkurrierenden Interpretationen einzuschätzen sind, auf der einen Seite die der professionellen Historiker, auf der anderen Seite die

[33] Vgl. Vrba, Die mißachtete Warnung, S. 21.
[34] Vgl. vor allem Bauer, Jews for Sale?.
[35] Vgl. Linn, Genocide, S. 582.
[36] Vrba, Die mißachtete Warnung, S. 20.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Überlebenden, deren Aussagen darauf beruhen, daß sie Augenzeugen des organisierten Massenmords in Auschwitz waren. Ebenso und mit Recht übt sie Kritik daran, wie das israelische Historiker-„Establishment" Schicht um Schicht nationaler Mythen aufgebaut hat. Es sei gelungen, das Gewicht auf bestimmte Ereignisse und Personen zu verlagern, und andererseits eine Kultur des Vergessens zu schaffen, in der Männer wie Vrba, deren Zeugenschaft unbequem ist, verschwinden. Aus diesem Grunde hat sie ihrem Buch den Untertitel gegeben: „A culture of forgetting".

Im Schlußkapitel kehrt Linn zu dem Thema zurück, das implizit im ganzen Buch gegenwärtig ist: zum Verhältnis zwischen historischer „Wahrheit" und der Macht von Historikern, das Bild der Vergangenheit im öffentlichen Bewußtsein zu formen und zu gestalten. Sie wirft die gleiche Frage auf wie Dominick LaCapra in seiner Studie „History and Memory after Auschwitz": „Welche Aspekte der Vergangenheit sollten in Erinnerung bleiben und wie sollte man sich an sie erinnern? [...] Kann – oder sollte – sich Historiographie in einer rein wissenschaftlichen und professionellen Weise definieren, die Distanz zum öffentlichen Gedächtnis und zu ethischen Implikationen schafft?"[37] Ihre Antwort fällt deutlich aus: Der öffentliche Diskurs darf nicht allein jenen überlassen werden, die für die Nation entscheiden wollen, wer der Held oder der Märtyrer ist und wer als unwürdig zu verwerfen und der Vergessenheit zu überantworten ist.

Daß Ruth Linn für eine Veröffentlichung der Schriften und der Erinnerungen Vrbas in hebräischer Sprache sorgte, hat nur hebräisch lesenden Israelis ein Tor zu neuen Einsichten geöffnet. Die Vorgänge, die sie in ihrem knappen, doch höchst anregenden Buch analysiert, werden zweifellos dazu beitragen, daß eine breitere Leserschaft sich eines bislang namenlosen Helden und der Notwendigkeit einer fairen Historiographie bewußt wird. Mit solchen Mitteln will sie einem unerschrockenen Betroffenen der Tragödie des ungarischen Holocaust Tribut zollen. Zugleich können wir dem zustimmen, was Stephen Feinstein, Direktor des Zentrums für Holocaust- und Genozid-Studien an der Universität von Minnesota, über Linns Buch gesagt hat: Es sei „eine erstrangige Behandlung eines entscheidend wichtigen Ereignisses [...], das zu einem schwarzen Loch zu werden drohte: Vrbas Flucht aus Auschwitz und deren Nachwirkung im Rahmen der Geschichte des Holocaust. Das Buch ist von außerordentlicher Bedeutung mit seiner Erörterung der Frage, wie ein Land sich kritisch mit einer moralisch problematischen Vergangenheit auseinandersetzen kann, und mit seiner Analyse der politischen Kräfte, die das Verständnis jener Vergangenheit zu kontrollieren suchen."[38]

---

[37] Dominick LaCapra, History and Memory after Auschwitz, Ithaca 1998, S. 1.

[38] Presseverlautbarung der Cornell University Press, abgedruckt auf dem Schutzumschlag von Linn, Escaping Auschwitz.

VfZ 3 Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion war für die dort lebenden Menschen eine einzige Katastrophe. Vernichtung, Tod oder bestenfalls Ausbeutung waren gewöhnlich die Folgen der deutschen Okkupation. Doch gab es Ausnahmen, wenn auch begrenzte. Eine solche war der Kaukasus. Welche Ziele verfolgten hier die deutschen Besatzer? Gab es tatsächlich eine entsprechende Weisung Hitlers? Und welche Personen und Kräfte aus dem deutschen Militär- und Besatzungsapparat versuchten hier, die deutsche Besatzungsherrschaft im Osten anders zu gestalten als bisher?

Manfred Zeidler

Das „kaukasische Experiment"

Gab es eine Weisung Hitlers zur deutschen Besatzungspolitik im Kaukasus?[1]

I. Einführung

„Es gehört zu den vielen Paradoxien des Zweiten Weltkrieges, daß die Verwendung von Angehörigen kaukasischer und turkotatarischer Völkerschaften in offiziellen Funktionen eine Zusammenarbeit mit Nationalitäten darstellte, die nach der nazistischen Rassenideologie eine besondere Feindgruppe hätten bedeuten müssen. Sie symbolisierten für die Nazi-Rassisten das ‚Asiatisch-Minderwertige' und wurden in der charakteristischen rassenideologischen Werteskala noch unter den slawischen Völkern eingestuft. [...] Begriffe wie ‚Tataren', ‚Kirgisen' und ‚Mongolen' waren oftmals Synonyme für den folgenschweren Ausdruck ‚Untermensch', der zu trauriger Berühmtheit gelangen sollte."

Diese Feststellung traf Patrick von zur Mühlen vor gut dreißig Jahren in seiner heute noch lesenswerten Studie über den Nationalismus der sowjetischen Orientvölker im Zweiten Weltkrieg und das damalige Verhalten der deutschen Politik ihnen gegenüber[2].

[1] Die vorliegende Dokumentation verdankt ihre Entstehung einer Initiative von einigen noch lebenden Angehörigen des einstigen Sonderverbandes Bergmann, jener im weiteren Text erwähnten Spezialeinheit aus Angehörigen der Kaukasusvölker mit deutschem Rahmenpersonal. Die noch existierende „Kameradschaft Bergmann" war bei der Aufarbeitung der Geschichte ihres Verbandes den von Alexander Dallin in seinem Standardwerk zur deutschen Besatzungspolitik im Osten (Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958; englische Fassung: German Rule in Russia, 1941–1945. A Study of Occupation Policies, London/New York 1957) gemachten Angaben zum Kaukasus nachgegangen und hatte in diesem Zusammenhang über einen Kontakt zum Deutschen Historischen Institut in Washington eine Mikrofilmkopie der von Dallin erwähnten und ausführlich zitierten „Führerweisung" vom 8. September 1942 aus den US National Archives besorgt. Stellvertretend für die Traditionsgemeinschaft sei hier Dr. Ehrenfried Schütte, München, genannt, der bereits in den fünfziger Jahren Dallin für Zeitzeugenauskünfte zur Verfügung gestanden und noch im Mai 2001 kurz vor dessen Tod bezüglich der besagten „Führerweisung" mit ihm Kontakt aufgenommen hatte. Der Autor möchte sich an dieser Stelle für die angenehme und überaus interessante Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Schütte herzlich bedanken.

[2] Patrick von zur Mühlen, Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern. Der Nationalismus der sowjetischen Orientvölker im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1971, Zitat S. 46.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dieser Logik zufolge hätte die Behandlung dieser nichtrussischen Ethnien des Vielvölkerstaates Sowjetunion, sowohl was die Behandlung kriegsgefangener Rotarmisten aus diesen Völkerschaften, als auch die Besatzungspolitik in den von ihnen bewohnten Territorien betraf, in puncto Pressions- und Dezimierungswillen das gegenüber den beiden slawischen Hauptgruppen, Russen und Ukrainern, geübte Verhalten noch übertreffen müssen.

Was geschah, war jedoch das gerade Gegenteil. Obwohl auch die nichtslawischen Sowjetsoldaten dem Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener in den Wintermonaten der Jahre 1941/42 nicht entronnen sind, gab die deutsche Seite mit der im Herbst 1941 begonnenen Erfassung und Aussonderung vor allem moslemisch-turkstämmiger Gefangener für den Zweck der Formierung eigener nichtrussischer Freiwilligenverbände zu erkennen, daß sie diese Völker im Kampf gegen die Sowjetunion zumindest als potentielle Verbündete betrachtete[3]. Das Motiv, den Angehörigen dieser Freiwilligenverbände auf deutscher Seite ein politisches Kriegsziel zu bieten, forcierte Überlegungen hinsichtlich der Zukunft dieser Völker nach einem deutschen Sieg über die UdSSR. Im Spätherbst 1941 geriet durch die Eroberung der Halbinsel Krim erstmals eine turkotatarische Volksgruppe, die Krimtataren, unter die territoriale Kontrolle deutscher Instanzen. Auch jetzt demonstrierte die deutsche Besatzungsmacht durch eine differenzierte Behandlung im Vergleich zur russischen und ukrainischen Bevölkerung, daß sie zugunsten der nichtslawischen Volksgruppen Unterschiede zu machen bereit war, die dem Autonomiegedanken einen gewissen Raum gaben[4].

Ein neues Stadium wurde erreicht, als im Zuge der deutschen Sommeroffensive von 1942 die Heeresgruppe A Teile der nördlichen Kaukasusregion mit einer Reihe moslemisch-turkstämmiger Bevölkerungsgruppen besetzte[5]. „Von allen besetzten Gebieten der UdSSR", urteilte Alexander Dallin in seiner großangelegten und zum Klassiker gewordenen Studie über die deutsche Besatzungspolitik in der Sowjetunion aus den fünfziger Jahren, „kam der Nordkaukasus am besten davon"[6]. Die Gründe dafür sah Dallin wesentlich in den folgenden vier Punkten:

1. In der nichtslawischen Bevölkerung, die im offiziellen pseudowissenschaftlich-rassenideologischen Schema als überwiegend „arisch" galt[7].

---

[3] Vgl. dazu allgemein Joachim Hoffmann, Die Ostlegionen 1941–1943. Turkotataren, Kaukasier und Wolgafinnen im deutschen Heer, Freiburg 1976.

[4] Zur deutschen Besatzungspolitik auf der Krim vgl. ebenda, S. 39 ff.; Manfred Oldenburg, Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942, Köln 2004, S. 119 ff.

[5] Außer den drei südlich des Hauptkammes lebenden größeren Nationen der Armenier, Georgier und Aserbeidschaner mit jeweils ca. zwei bis drei Millionen Angehörigen existierte vor allem am Nordhang des Gebirges im Übergang zur Steppenregion rund ein Dutzend kleiner Völkerschaften mit einer Kopfzahl von oft nur wenigen Zehntausend.

[6] Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland, S. 250.

[7] Soll eigentlich heißen: indogermanisch. Der führende Rassentheoretiker des Dritten Reiches, Hans F. K. Günther, Rassenkunde des deutschen Volkes, München 1937, S. 109, benutzte den Oberbegriff der „vorderasiatischen Rasse", die gegenwärtig räumlich in zwei Ausprägungen (Zweigrassen) auftrete, der dinarischen Rasse im Donau- und Alpenraum und der „kau-

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. In der Tatsache, daß für den Kaukasus, anders als für die Krim, deutscherseits keine Umsiedlungspläne existierten, und Hitler selbst diese Region mehr unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten der Rohstoffsicherung als unter herrschaftspolitischen Aspekten betrachtete.
3. In der außenpolitischen Rücksichtnahme auf die als Bündnispartner umworbene Türkei, die eine Art Schutzmachtrolle für die außerhalb ihrer Staatsgrenzen lebenden turkstämmigen Völker beanspruchte.
4. In der Tatsache, daß die Region in der vergleichsweise kurzen Zeit ihrer Besetzung unter Militärverwaltung blieb, wodurch im wesentlichen OKH-Instanzen das Sagen hatten und damit im Gegensatz zu den vom ideologischen Doktrinarismus der Parteiinstanzen geprägten Zivilverwaltungen pragmatische Gesichtspunkte das Übergewicht behielten[8].

II. Der Kaukasus im deutsch-türkischen Verhältnis

Einer eingehenderen Betrachtung sind vor allem die beiden letzten Punkte wert. Beginnen wir mit dem außenpolitischen Aspekt, dem komplizierten Verhältnis zwischen Berlin und Ankara.

Mit dem Abschluß des deutsch-türkischen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrages vom 18. Juni 1941, wenige Tage vor Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion, begann jene Phase der türkischen Außenpolitik, die mit dem Begriff der „aktiven Neutralität" beschrieben worden ist und die sich bis zum Sommer 1942, dem Höhepunkt der militärischen Expansion der Achsenmächte, zunehmend ausprägte. Sie war bestimmt durch eine wohlwollende Haltung gegenüber dem Deutschen Reich und erweckte auf deutscher Seite die Hoffnung, Ankara werde sich über kurz oder lang als militärischer Bündnispartner der Achse anschließen. Im türkischen Verständnis hieß „aktive Neutralität" jedoch in erster Linie, die in Europa entstandene politisch-militärische Lage dafür zu nutzen, durch eine aktive Außenpolitik, die die offene Kriegsteilnahme auf Seiten eines der beiden Lager vermied, „in die politischen Ereignisse außerhalb des Landes soweit korrigierend [einzugreifen], wie es für die eigenen Interessen nützlich war"[9]. Dazu zählte nicht zuletzt das Schicksal der außerhalb der

kasischen Rasse", die „heute im armenischen Volk sehr stark vertreten" sei. Beide Rassen, so ders., in: Kleine Rassenkunde Europas, München 1925, S. 64, „haben so viele Merkmale gemeinsam, daß man auch beide schon als eine einheitliche Menschengruppe angesehen hat". Die Bezeichnung „arisch" lehnte Günther damals noch als „wissenschaftlich unbrauchbar" ab, ihrer „Anwendung [sei] zu widerraten, zumal sich in nichtwissenschaftlichen Kreisen das Wort arisch in noch mehr Bedeutungen herumtreibt, meist in einer ganz verschwommenen Anwendung auf die Völker, die nichtsemitische Sprachen sprechen". Ebenda, S. 199. Für die allgemeine Auffassung innerhalb der deutschen politischen und militärischen Entscheidungsträger auf dem östlichen Kriegsschauplatz war letztlich wesentlich, daß es sich bei den autochtonen Völkern des Kaukasus weder um Semiten, noch um Slawen handelte.

8 Vgl. Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland, S. 250 f.

9 Klaus Schönherr, Die Türkei im Schatten Stalingrads. Von der „aktiven Neutralität" zum Kriegseintritt, in: Stalingrad. Ereignis – Wirkung – Symbol, im Auftrag des Militärgeschichtli-

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Türkei, vor allem im Kaukasus und in Sowjetisch-Turkestan beheimateten Turkvölker. Bereits Anfang August 1941, sechs Wochen nach Beginn des deutschen Angriffs auf die UdSSR, lenkte der türkische Botschafter in Berlin, Hüsrev Gerede, in einer Unterredung mit Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker, wie dieser in einer Aufzeichnung für den Reichsaußenminister notierte, „das Gespräch auf die sowjetrussischen Randvölker türkischen Geblüts". In diesem Zusammenhang sprach er „dann ziemlich unverblümt davon, daß sich die Kaukasus-Völker später zu einem Pufferstaat zusammenfassen ließen und deutete an, daß auch im Osten des Kaspischen Meeres ein selbstständiger turanischer Staat entstehen könnte"[10]. Keine drei Wochen später bestätigte der deutsche Gesandte in Ankara, Hans Kroll, jene Überzeugung, wie sie sich in seinen Gesprächen mit Joachim von Ribbentrop und der OKW-Spitze in Hitlers Sonderzug ergeben hatte: Deutschland müsse, „um der Türkei zu zeigen, daß wir es ehrlich meinen und daß wir auf lange Sicht mit ihr arbeiten wollen", gewisse türkische „Sicherungswünsche" unterstützen. Unter den in diesem Zusammenhang formulierten Einzelpunkten war auch der folgende: „Schaffung von unter türkischem Einfluß stehenden Pufferstaaten im Kaukasus."[11]

Damit begann die deutsche Seite, in ihrem politischen Werben sowohl um die Türkei wie um die über Europa verstreute kaukasische Emigration das Spiel mit der panturanischen Karte. Obwohl dem politischen Vermächtnis ihres Staatsgründers Atatürk gemäß die offizielle türkische Politik alle diesbezüglichen Ambitionen strikt verleugnete und panturanische Strömungen im eigenen Land bekämpfte, gewannen diese mit Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges sowohl innerhalb wie außerhalb der Türkei spürbar an Boden.

Im September 1941 erschien mit Nuri Pascha, der im Jahre 1918 an der Spitze eines türkischen Heeresverbandes das aserbeidschanische Baku erobert hatte[12], ein Hauptvertreter der panturanischen Ideologie in Berlin und führte Gespräche mit Vertretern des Auswärtigen Amts. Staatssekretär von Weizsäcker erklärte ihm gleich zu Beginn der Unterredungen am 10. September, daß „in den Gebieten, welchen er sein besonderes Interesse zuwende, das Deutsche Reich keine politi-

---

chen Forschungsamtes hrsg. von Jürgen Förster, München/Zürich ²1993, S. 397–415, Zitat S. 398. Zur türkischen Außenpolitik im Vorfeld des deutsch-sowjetischen Krieges siehe Klaus Schönherr, Neutralität, „Nonbelligerence" oder Krieg: Die Türkei im Spannungsfeld der europäischen Mächte 1939 bis 1941, in: Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa", im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Bernd Wegner, München/Zürich 1991, S. 501–518.

[10] Akten zur deutschen Auswärtigen Politik (künftig: ADAP), Serie D: 1937–1941, Bd. XIII, Göttingen 1970, Dok. 179, S. 236. Vgl. allgemein dazu Lothar Krecker, Deutschland und die Türkei im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1964, S. 209 ff.; Zehra Önder, Die türkische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1977, S. 145 ff.

[11] Aufzeichnung Smends vom 24. 8. 1941, in: ADAP, Serie D, Bd. XIII, Dok. 236, S. 303.

[12] Vgl. Krecker, Deutschland und die Türkei, S. 210. Nuri Pascha war der Bruder von Atatürks großem Gegenspieler, Enver Pascha, dem türkischen Kriegsminister des Ersten Weltkriegs, „der wohl bedeutendste Panturanist der osmanischen Führungselite" (Önder, Die türkische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg, S. 145), der im August 1922 im Kampf mit der Roten Armee in Sowjetisch-Turkestan gefallen war.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen, sondern nur wirtschaftliche Interessen [habe]. Was die Türkei dort erstrebe, werde von vornherein des deutschen Beifalls sicher sein."[13]

Am 26. September notierte der Leiter der politischen Abteilung, Unterstaatssekretär Ernst Woermann, in einer Aufzeichnung für Ribbentrop, Näheres zu Nuris Gedankengängen und insbesondere seinen territorialen Vorstellungen. Danach erstrebe die panturanische Bewegung, „für die außerhalb des Gebiets der heutigen Türkei liegenden Turkvölker selbstständige Staatsgebilde [zu] schaffen", die, „von gewissen Grenzkorrekturen abgesehen", nicht von der Türkei annektiert, „wohl aber ihre politische Ausrichtung von der Türkei erhalten" sollten, wobei es sich „in erster Linie um Völkerschaften, die auf dem Gebiet der bisherigen Sowjetunion wohnen", handele. Weiter hieß es:

> „Von bisher sowjetischen Gebieten werden in erster Linie Aserbeidschan und das nördlich davon gelegene Daghestan beansprucht, also nicht ganz Transkaukasien, ferner die Krim sowie im großen und ganzen das Gebiet zwischen Wolga und Ural, und zwar nördlich hinaufgehend bis zur Sowjetrepublik Tatarien [...]. Weiter wird zu dem Gebiete im wesentlichen der ganze alte Turkestan gerechnet, und zwar einschließlich des westlichen Teiles des formell zu China gehörigen, jetzt unter Sowjeteinfluß stehenden früheren Ost-Turkestan, jetzt Sinkiang."[14]

Auf die Einwände seines Gesprächspartners, Ambitionen solcher Art widersprächen eindeutig der von der offiziellen Politik Ankaras verfolgten und auf Atatürk gründenden Linie, wonach die Türkei ein reiner Nationalstaat bleiben wolle, entgegnete Nuri, „daß dies im Sinne Atatürks nur eine Zweckmäßigkeitspolitik gewesen sei, deren Motiv Angst vor der Sowjetunion gewesen sei. Mit Deutschland zusammen und gerade bei der jetzigen Aussicht, die Sowjetunion zu zerschlagen, falle dieses Motiv weg." Im übrigen betonte Nuri, daß er „nicht hinter dem Rükken der türkischen Regierung handele, vielmehr vor seiner Abreise nach Berlin den Ministerpräsidenten unterrichtet habe".

Abschließend wertete Woermann das Gehörte im Lichte der deutschen Interessenlage und kam zu dem Schluß, es sei „offensichtlich, daß die Türkei die panturanischen Ideen nur im Bundesverhältnis mit Deutschland verwirklichen [könne], so daß eine panturanisch orientierte Türkei zwangsläufig eine prodeutsch orientierte Türkei sein müßte". Gleichzeitig bedeuteten diese Ideen „einen türkischen Imperialismus auf Kosten der Sowjetunion, so daß auch insofern unser Spiel gespielt würde". Dies alles spräche dafür, „die panturanischen Ideen mit der gebotenen Rücksicht auf die abweichende Haltung der gegenwärtigen türkischen Regierung jedenfalls im Augenblick pfleglich zu behandeln"[15].

Die zunehmend zwiespältige Haltung der türkischen Regierung demonstrierte am 10. Oktober 1941 Unterstaatssekretär Numan Menemencioglu, der in einem

[13] ADAP, Serie D, Bd. XIII, Dok. 298, S. 387.
[14] Ebenda, Dok. 361, S. 467 f.
[15] Ebenda, S. 468. Dessenungeachtet plädierte Woermann entschieden dafür, die Erdölregion um Baku aufgrund ihrer überragenden strategischen Bedeutung unter keinen Umständen „in türkische Hände zu geben".

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gespräch mit dem deutschen Diplomaten Clodius bemerkte, die Türkei, die auf einen schnellen deutschen Sieg hoffe, könne an dem Schicksal von 40 Millionen Türken in Rußland nicht desinteressiert sein, habe aber keine Aspirationen außerhalb ihrer Grenzen. Vielleicht, so Numan weiter, könnten die betreffenden Gebiete eine „Verwaltungsautonomie erhalten mit starker kultureller Anlehnung an die Türkei"[16]. Kurz zuvor hatte Botschafter Franz von Papen von Außenminister Sücru Saracoglu persönlich erfahren, die Türkei habe zwar ein vitales Interesse an der Vernichtung des Bolschewismus, wolle aber abwarten, bis die deutschen Operationen fortgeschritten seien. Papen empfahl daraufhin seiner Regierung die Förderung pantürkischer Ziele im deutschen Interesse[17]. Im November unternahmen zwei türkische Generäle, darunter der erklärte Panturanist Hussein Erkilet, von Berlin aus kommend, in Begleitung des Vertreters des Auswärtigen Amts bei der 11. Armee, Otto von Hentig, eine Frontreise in die gerade eroberten Teile der Krim, um an Ort und Stelle Näheres zum dortigen Besatzungsregime und zu den deutschen Absichten im Hinblick auf die russischen Turkvölker im allgemeinen zu erfahren[18]. Ebenso interessierten sie die Fortschritte bei der Rekrutierung und Formierung von Freiwilligenverbänden aus turkstämmigen Kriegsgefangenen der Roten Armee[19]. Zur gleichen Zeit erwog man im Auswärtigen Amt die „Einrichtung einer panturanischen Propagandastelle in Berlin unter Leitung oder Beteiligung Nuri Paschas"[20].

All diese Aktivitäten in den Herbstmonaten 1941 mußten letztlich Zukunftsmusik bleiben, solange die deutsche Wehrmacht nicht wenigstens eines der wichtigen sowjetischen Randgebiete mit turkethnischer Bevölkerung unter ihre Kontrolle gebracht hatte. Dies änderte sich im darauffolgenden Sommer mit dem Beginn der Offensive der deutschen Heeresgruppe Süd in die nördliche Kaukasusregion, wodurch die Kontakte zwischen Ankara und Berlin intensiver und in der Sache konkreter wurden. Am 27. August 1942, als die Spitzen der deutschen Angriffsverbände gerade den oberen Terek und den nördlichen Zugang zur grusinischen Heerstraße erreichten, hatte Botschafter von Papen eine ausführliche Unterredung mit dem neuernannten Ministerpräsidenten, dem bisherigen Außenminister Saracoglu, aus der er entnahm, daß dieser „mit der stärksten Anteilnahme die Entwicklung in Rußland, insbesondere im Kaukasus verfolgt"[21]. Da diese Gebiete „einen überwiegenden Bestandteil türkischen Volkstums [aufwiesen], habe die Türkei ein legitimes Interesse an der Lösung dieser Frage". Saracoglu warnte die deutsche Seite davor, „den Ländern mit türkstämmigen Minderheiten ein eigenständiges Leben" zu verweigern und „aus ihnen unter

[16] Ebenda, Dok. 393, S. 517.
[17] Vgl. Önder, Die türkische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg, S. 146.
[18] Vgl. Johannes Hürter, Nachrichten aus dem „Zweiten Krimkrieg" (1941/42). Werner Otto v. Hentig als Vertreter des Auswärtigen Amts bei der 11. Armee, in: Wolfgang Elz/Sönke Neitzel, Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag, Paderborn u. a. 2003, S. 361–387.
[19] Vgl. Werner Otto von Hentig, Mein Leben – eine Dienstreise, Göttingen ²1963, S. 351 f.
[20] Aufzeichnung Woermanns vom 28. 10. 1941, in: ADAP, Serie D, Bd. XIII, Dok. 431, S. 578 f.
[21] ADAP, Serie E: 1941–1945, Bd. III, Göttingen 1974, Dok. 238, S. 413.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutscher Leitung, Verwaltung und Polizei stehende Staaten zu machen". Deutschland würde nach einem Zusammenbruch Rußlands die Erfahrung machen, „daß die fraglichen Länder mit ihren nichtrussischen Minderheiten [von ihm] Freiheit und Wiederaufbau erwarteten", eine Hoffnung, die nicht enttäuscht werden dürfe. In seinen abschließenden „Schlußfolgerungen" aus der Unterredung bekräftigte Papen seine völlige Übereinstimmung mit der türkischen Haltung, „daß eine dauerhafte Lösung des russischen Problems nur möglich sein wird, wenn man die in den verschiedenen Landesteilen vorhandenen Minderheiten zu aktiver Mitarbeit erzieht und ihnen im Rahmen der selbstverständlichen deutschen geistigen, wirtschaftlichen und militärischen Lenkung das Gefühl der Selbständigkeit einimpft"[22].

III. Die zivilen Instanzen und das „kaukasische Experiment"

Damit waren von der diplomatischen Seite her starke Motive gegeben, die deutsche Besatzungspolitik in der Kaukasusregion anders, also vernünftiger und konstruktiver zu gestalten, als dies bis dahin unter dem Regime der beiden NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse und Erich Koch in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine geschehen war. Doch waren die Diplomaten des Auswärtigen Amts nur eine unter den Gruppen, die Einfluß auf das für diese Region geplante deutsche Besatzungsregime nahmen. Alexander Dallin sprach von „drei Elementen", die sich zusammenfanden, „um für eine rücksichtsvollere Haltung gegenüber dem Kaukasus und seinen im Ausland lebenden nationalistischen Sprechern einzutreten"[23], und nannte:

1. die Rußlandexperten der Unterabteilungen des Ostministeriums,
2. deren Pendants im Auswärtigen Amt,
3. und ähnlich Gesinnte in der Wehrmacht, sowohl im OKH als auch in der betreffenden, d. h. im Kaukasus operierenden Heeresgruppe A.

Im Zusammenspiel dieser Instanzen, zu denen man auch das OKW-Amt Ausland/Abwehr unter Admiral Wilhelm Canaris wird zählen müssen, entstand das, was später in Anlehnung an eine Begriffsbildung Hans von Herwarths aus der unmittelbaren Nachkriegszeit das „kaukasische Experiment" der Wehrmacht vom Sommer 1942 genannt worden ist[24].

---

[22] Ebenda, S. 412 f. Da trotz der deutschen militärischen Erfolge im Kaukasus sich die türkische Regierung entgegen den Erwartungen Berlins nicht bereit fand, von ihrem erklärten Neutralitätsstandpunkt abzurücken, wurde Botschafter Papen Mitte September 1942 von Berlin aus ermahnt, in der Frage der turkstämmigen Sowjetvölker stärkere Zurückhaltung zu üben und „keine inopportunen Gespräche aufzunehmen". Notiz von Legationsrat Sonnleithner für Hitler vom 12. 9. 1942, am 17. 9. als Weisung Ribbentrops an die Botschaft in Ankara abgeschickt, in: ADAP, Serie E, Bd. III, Dok. 284, S. 486 f.

[23] Hier wie im folgenden Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland, S. 248 f.

[24] Joachim Hoffmann, Kaukasien 1942/43. Das deutsche Heer und die Orientvölker der Sowjetunion, Freiburg 1991, S. 430 ff; vgl. auch Oldenburg, Ideologie, S. 259 ff.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Damit wären wir beim zweiten wichtigen Komplex, der einer näheren Betrachtung wert erscheint, den an der Formulierung der deutschen Besatzungsrichtlinien für den Kaukasus beteiligten Institutionen.

Zur Rolle des Auswärtigen Amts ist bereits in bezug auf die Rücksichten gegenüber der Türkei Wesentliches gesagt worden. Seine Berufsdiplomaten, nicht wenige von ihnen frühere Rußland- oder Orientexperten, plädierten schon deswegen für das Konzept einer weitgehenden Selbständigkeit der Kaukasusvölker, allenfalls unter einem deutschen Protektorat, um ihre fachliche Zuständigkeit für diese wichtige Region zu sichern, die im Falle einer deutschen Zivilverwaltung nach dem Muster der Reichskommissariate an Rosenbergs „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete" übergegangen wäre[25]. Deshalb wie auch aufgrund sachlicher Erwägungen im Hinblick auf die ethnischen Besonderheiten dieser Region kam für sie eine deutsche Verwaltung nach dem Beispiel der Ukraine nicht in Frage[26].

Alfred Rosenberg hatte für den Fall eines künftigen Reichskommissariats Kaukasien mit Sitz in Tiflis in der Person des baltendeutschen Journalisten Arno Schickedanz bereits einen Reichskommissar designiert und in seinem Ministerium einen „Aufbaustab Kaukasus" eingerichtet[27]. Des Ministers eigentlicher Chefberater in Kaukasusfragen war der georgische Emigrant Alexander Nikuradse, dessen Vorstellungen von einer politischen Suprematie des georgischen Volkes über die gesamte Region sich nicht mit der autonomistisch-protürkischen Haltung des Auswärtigen Amtes vertrugen[28]. Immerhin hatte auch Rosenberg noch unmittelbar vor Beginn des Rußlandkrieges den Kaukasus betreffend von einer „konföderativen Lösung" gesprochen sowie „große Umsicht und vorsichtigen Umgang mit den verschiedenen Völkerschaften" gefordert, desgleichen ein sich Einstellen „auf die vielleicht uns sonderbar anmutenden Eigenschaften"[29]. Die dort wartenden Aufgaben, so hieß es an anderer Stelle, müßten „künftig weitgehend mit Hilfe politischer Mittel gelöst werden, nicht durch unmittelbare Militär- und Polizeimethoden"[30]. Auch Rosenberg wollte kein kaukasisches Reichskommissariat nach dem Muster der Ukraine unter seinem Intimfeind Erich Koch, weshalb der Vertreter des Reiches dort offiziell „Reichsresident" und die Generalkommissariate „Länder" heißen soll-

[25] Vgl. dazu die Aufzeichnung Botschafter Graf von der Schulenburgs für Ribbentrop vom 27. 7. 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. III, Dok. 135, S. 230 f.

[26] Vgl. Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland, S. 249.

[27] Vgl. von zur Mühlen, Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern, S. 77. Die Aktenüberlieferung des „Aufbaustabes Kaukasus" sowie Erfahrungsberichte zur Tätigkeit des „Sonderkommandos Kaukasien" befinden sich im Überlieferungsbestand des Ostministeriums im Bundesarchiv Berlin. Siehe Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (Bestand R 6), bearb. von Hartmut Hagner, Koblenz 1987 (Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Bd. 26), S. 33 f.

[28] Von zur Mühlen, Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern, S. 240 f. u. S. 99 f. Eine gewisse, aus seinen Erfahrungen während des Ersten Weltkriegs bedingte progeorgische Orientierung vertrat auch der frühere deutsche Botschafter in Moskau, Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg; vgl. ebenda, S. 70 f.

[29] Rede Rosenbergs vor den engsten Beteiligten am Ostproblem vom 20. 6. 1941, abgedruckt in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. XXVI, Amtlicher Text, deutsche Ausgabe, Nürnberg 1947, S. 610–627, hier S. 620 f.

[30] Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland, S. 242.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten[31]. Auf der Linie dieser wohl als „Scheinautonomie" zu kennzeichnenden Konzeption des Ostministeriums lagen auch die im Februar 1942 erlassenen „Richtlinien für die Propaganda unter den kaukasischen Völkern", die der Leiter der Unterabteilung Allgemeine Politik, Generalkonsul Otto Bräutigam, am 10. April 1942 als „vom Führer genehmigt" dem Auswärtigen Amt übersandte[32].

Sie umfaßten insgesamt sieben Punkte, deren Kern neben der allgemeinen Feststellung, es handele sich um „befreundete Völker", deren Schutz und „Befreiung vom bolschewistischen Joch" Deutschland unternehme, die Zusage einer „selbstständigen nationalen und kulturellen Entwicklung" mit freiem Gebrauch der jeweiligen Muttersprache und eigenem Schulwesen bildete. Ebenso werde „allen Kaukasusvölkern und allen religiösen Bekenntnissen, ob Christen, Mohammedanern oder anderen, völlige Freiheit gewährt", das sowjetische „Kollektivsystem" den „Lebensnotwendigkeiten der kaukasischen Völker entsprechend" aufgehoben sowie „durch Schaffung einer weitgehenden Selbstverwaltung [...] die nationale Entwicklung unter deutsche Garantie gestellt"[33].

Der erwähnte Otto Bräutigam, gelernter Diplomat und als früherer deutscher Generalkonsul in Batum ein ausgewiesener Kenner der Region, lehnte die Vorstellungen Rosenbergs ab und favorisierte vielmehr diejenigen des Auswärtigen Amts[34]. Dies entsprach auch der Position des Leiters der Kaukasus-Abteilung des Ostministeriums, des baltendeutschen Turkologen Professor Gerhard von Mende, dessen Dienststelle vielfache Aktivitäten entwickelte, darunter auch Reisen in die Türkei. Wegen seiner engen Kontakte zur kaukasischen Emigration wurde Mende mehr und mehr zum „Protektor der kleineren Nationalitäten"[35].

---

[31] Ebenda, S. 243, Anm. 4.

[32] ADAP, Serie E, Bd. II, Göttingen 1972, Dok. 127, S. 216 f. Andrej Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943, Hamburg 2003, S. 597, urteilt zum Thema Scheinautonomie: „Der Sonderstatus des Kaukasus manifestierte sich [...] nicht in der Art des ihm zugedachten Verwaltungs- und Organisationsaufbaus, sondern in der Menschenbehandlung." Hans Umbreit spricht dagegen von „eine[r] keinesfalls fiktive[n] Autonomie" für die nordkaukasische Region. Siehe Hans Umbreit, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942–1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (künftig: DRZW), Bd. 5: Bernhard R. Kroener/Rolf-Dieter Müller/Hans Umbreit, Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Zweiter Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/45, Stuttgart 1999, S. 42.

[33] Zur Verbreitung dieser Propagandarichtlinien sowie zur Flugblattpropaganda der Wehrmacht sowohl gegenüber kaukasischen Sowjetsoldaten als auch der dortigen Zivilbevölkerung siehe Ortwin Buchbender, Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978, S. 191–198.

[34] Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland, S. 249 f. Zu Bräutigam und seiner Tätigkeit im Rosenberg-Ministerium siehe die nicht unproblematischen Lebenserinnerungen: Otto Bräutigam, So hat es sich zugetragen. Ein Leben als Soldat und Diplomat, Würzburg 1968, S. 446 ff.; vgl. ferner Das Kriegstagebuch des Diplomaten Otto Bräutigam, eingeleitet und kommentiert von H.D. Heilmann, in: Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie, Berlin 1987, S. 123–187.

[35] Von zur Mühlen, Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern, S. 76. Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland, S. 573, charakterisierte ihn als „Schirmherr der separatistischen Sprecher für die nichtrussischen Nationalitäten im O[st]Mi[nisterium]".

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Zuständigkeitskonflikt zwischen den beiden Ministerien mußte schließlich, wie so häufig im „Führerstaat", der Diktator selbst die Klärung vornehmen. Die von Hitler in Anwesenheit Rosenbergs am 10. Juli 1942 formulierte Regelung läßt erkennen, daß er zu diesem Zeitpunkt im Hinblick auf die politische Zukunft der Kaukasusregion nach einer deutschen Besetzung selber noch unentschieden war und sich eine spätere definitive Entscheidung offenhalten wollte. „Würden aus den kaukasischen Völkern", so notierte der Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers die Worte Hitlers, „später mehr oder minder vom Deutschen Reich abhängige Gebiete geschaffen, so habe das Auswärtige Amt mit diesen nicht das geringste zu tun", ebensowenig sei „die Vorbereitung der Schaffung solcher Gebilde [...] Sache des Auswärtigen Amts, sondern Sache des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete. Sollten indessen", so hieß es weiter, „aus den kaukasischen Gebieten späterhin unabhängige Staaten entstehen, so könne das Auswärtige Amt alsdann mit ihnen diplomatische Beziehungen aufnehmen." Unabhängig davon, stehe hinsichtlich der kaukasischen Gebiete eines außer Zweifel: „Nach der Eroberung dieser Gebiete habe der zuständige Militärbefehlshaber für sie die volle Verantwortung nach den vom Führer gegebenen Richtlinien."[36] Immerhin konzedierte Hitler Rosenberg in einer am 28. Juli 1942 erlassenen ergänzenden Anordnung, daß „vorbereitende Maßnahmen zur politischen Führung und Gestaltung derjenigen Gebiete, die noch nicht der deutschen Zivilverwaltung unterliegen, aber für eine Unterstellung unter deutsche Zivilverwaltung oder deutsche Oberhoheit in Aussicht genommen werden, der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete zu treffen" habe, soweit es sich „um das Staatsgebiet oder das ehemalige Staatsgebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken handelt"[37].

---

[36] Brief von Lammers an Ribbentrop vom 12. 7. 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. III, Dok. 83, S. 138 f. Vgl. auch „Führer-Erlasse" 1939–1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, zusammengestellt und eingeleitet von Martin Moll, Stuttgart 1997, Dok. 179. Hitlers Haltung zur kaukasischen Frage in den Monaten davor erscheint etwas widersprüchlich. Picker überliefert vom 9. 5. 1942 die folgende Äußerung: „Der Kaukasus spiele in unseren Erwägungen insofern eine besonders bedeutsame Rolle, als er der große Ölspender sei. Wir müßten den Kaukasus, wenn wir sein Öl erhalten wollten, in straffste Aufsicht nehmen, da sonst in diesem von Blutrache geschwängerten Raum die Feindschaft zwischen den Stämmen jede lohnende Ausbeute unmöglich mache." Zit. nach Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuausgabe, Wiesbaden 1983, S. 274. Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland, S. 251, Anm. 3, zitiert aus der englischen Ausgabe der „Tischgespräche" von 1953 den Satz: „Der Süden für uns ist die Krim. Weiter zu gehen ist Unsinn." Damit habe Hitler, so Dallin, festgelegt, „daß der Kaukasus nicht im Bereich der deutschen Siedlungspläne liege", im Unterschied zur Krim, wohin er, einem Vorschlag des früheren Wiener Gauleiters und Generalkommissars für die Krim, Eduard Frauenfeld, folgend, „die Südtiroler geschlossen [...] zu verbringen und dort anzusiedeln" trachtete. Picker, Hitlers Tischgespräche, S. 406, Aufzeichnung vom 2. 7. 1942.

[37] Bundesarchiv Berlin (künftig: BA), R 6/66, Bl. 32; vgl. auch Moll, „Führer-Erlasse" 1939–1945, Dok. 179, S. 270 f.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV. Die Wehrmacht

Mit dieser Entscheidung Hitlers wurde praktisch die dritte der beteiligten Institutionen, die Wehrmacht, noch vor dem Ostministerium für die im Kaukasus betriebene Besatzungspolitik zur ausschlaggebenden Instanz[38]. Innerhalb der Wehrmacht waren es, wie bereits erwähnt, im wesentlichen vier militärische Organe, die seit langem schon im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen die im Osten geübte Besatzungspraxis opponierten und das „kaukasische Experiment" des Sommers 1942 möglich machten. Innerhalb des zentralen Führungsorgans des Heeres, dem OKH, waren es wesentlich zwei Dienststellen:

1. Die Generalquartiermeistersabteilung unter General Eduard Wagner mit ihrer für die Kriegsverwaltung zuständigen Gruppe Qu 2 unter Oberstleutnant Hans Georg Schmidt von Altenstadt.
2. Die von Oberstleutnant i. G. Burkhart Müller-Hillebrand und ab dem Oktober 1942 von Oberst i. G. Hellmuth Stieff geführte Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres mit seiner u. a. für die Aufstellung und Ausrüstung der Freiwilligenverbände zuständigen Gruppe II unter Major i. G. Claus Graf Schenk von Stauffenberg.

Innerhalb des Heeres kam hinzu der Stab der ab dem Sommer 1942 im Kaukasus operierenden Heeresgruppe A unter ihrem Chef Generalleutnant Hans von Greiffenberg und einer Reihe anderer Offiziere.

Als vierte und letzte militärische Institution ist aus dem Bereich der Wehrmachtsführung (OKW) das Amt Ausland/Abwehr unter Admiral Wilhelm Canaris zu nennen mit seiner für Kommandounternehmen zuständigen Abteilung II (Sabotage und Zersetzung) unter dem Österreicher Erwin von Lahousen-Vivremont.

Parallel zum OKH betrieb auch die Abwehr seit Herbst 1941 die Aufstellung von Freiwilligenverbänden aus kriegsgefangenen Rotarmisten und Überläufern nichtrussischer Herkunft. Eine solche für spezielle Aufgaben wie die Besetzung der wichtigsten Kaukasus-Pässe und die Gewinnung von Überläufern aus der Region vorgesehene Einheit war der Sonderverband Bergmann, der aus Angehörigen fast aller kaukasischen Völker zusammengestellt und nach einer Hochgebirgsausbildung im bayerischen Übungslager von Luttensee bei Mittenwald im August 1942 zum Fronteinsatz in das Kaukasusgebiet verbracht worden war[39].

---

[38] Vgl. Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland, S. 250.

[39] Siehe die eigene Darstellung Oberländers zur Geschichte seines kaukasischen Verbandes in: Roland Kaltenegger, Gebirgsjäger im Kaukasus. Die Operation „Edelweiß" 1942/43, Graz/Stuttgart 1997, S. 138–148; vgl. auch Rudolf Heinz Beher, Erinnerungen an den Sonderverband und das Bataillon Bergmann, Krailling 1983; Albert Jeloschek u. a., Freiwillige vom Kaukasus. Georgier, Armenier, Aserbaidschaner, Tschetschenen u. a. auf deutscher Seite. Der „Sonderverband Bergmann" und sein Gründer Theodor Oberländer, Graz/Stuttgart 2003. Oberländers „Konkurrenzverband" war die vom OKH aufgestellte 162. Turkdivision unter Generalmajor Oskar Ritter von Niedermayer und seinem Nachfolger Ralph von Heygendorff. Vgl. Franz W. Seidler, Oskar Ritter von Niedermayer im Zweiten Weltkrieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Ostlegionen, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 20 (1970), S. 168–174 u. S. 193–208; ders., Zur Führung der Osttruppen in der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, in: Ebenda, S. 683–

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sein Kommandeur war Professor Theodor Oberländer, der nach seinen im Sommer 1941 mit dem ukrainischen Freiwilligenbataillon „Nachtigall" gemachten Erfahrungen nunmehr im Kaukasus ein neues Betätigungsfeld gefunden hatte[40]. Der Umgang mit Freiwilligen und das Problem ihrer Motivierung und Verwendung für künftige Besatzungsaufgaben evozierte zwangsläufig die Frage nach der politischen Zukunft des Kaukasus. Bereits Ende Oktober 1941 hatte Oberländer in einer ersten Denkschrift unter dem Titel „Deutschland und der Kaukasus" im Falle einer deutschen Besetzung dieser Region den „Aufbau der politischen Selbstverwaltung" großteils unter Heranziehung des „örtlichen Volkstums" gefordert („Wenn der bolschewistische Grundsatz sagte, ‚National in der Form, bolschewistisch im Inhalt', so muß gemäß unserer Weltanschauung, auch der Inhalt national sein."). Alles hänge „von der Güte der militärischen und zivilen Verwaltung ab", um das „dauernde Vertrauen der befreiten Völker [zu] sichern"[41]. Ganz ähnliche Gedankengänge präsentierte Major i. G. von Stauffenberg in einer Richtlinie seiner Dienststelle vom 2. Juni 1942 zur Behandlung turkestanischer und kaukasischer Soldaten, in der es unter anderem hieß:

> „Auf den Sturz des Bolschewismus folgt die freie Entwicklung der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte. Auflösung der Kolchosenwirtschaft, Wiedereröffnung der Gotteshäuser und Achtung der Bekenntnisse, Sitten und Gebräuche sind eine Selbstverständlichkeit [...]. Je größer der Anteil der einzelnen Völker im Befreiungskampf ist, desto schneller werden sie in den Genuß einer selbständigen, friedlichen Entwicklung kommen und durch Zusammenarbeit mit dem neugeordneten Europa ihren Ländern den verdienten Wohlstand wiedergeben."[42]

Damit waren im Prinzip bereits die wesentlichen Grundsätze formuliert, die das „kaukasische Experiment" trugen und in einem undatierten Heeresgruppenbefehl „An alle im Kaukasus eingesetzten Truppen" (Dokument 1) ihren Ausdruck fanden. Der Befehl, der starke Anklänge an die Diktion des Ostministeriums erkennen läßt, forderte „die kaukasische Bevölkerung [...] wie befreundete Völker zu behandeln", dem Wunsch der Gebirgsbevölkerung, „das Kollektiv-System aufzuheben und die Kolchoswirtschaft abzuschaffen", keinen Widerstand zu leisten und die „Wiedereröffnung der Gotteshäuser jeglicher Konfession und die Pflege der Gottesdienste, Sitten und Gebräuche zu erlauben". Ferner müsse gefordert werden, „das Eigentum zu achten und requirierte Güter zu bezahlen" sowie „alle notwendigen harten Kriegsmaßnahmen der Bevölkerung gegenüber zu begründen". Generell gelte es, „durch vorbildliches Verhalten das Vertrauen

702. Neuerdings Hans-Ulrich Seidt, Berlin, Kabul, Moskau. Oskar Ritter von Niedermayer und Deutschlands Geopolitik, München 2002, S. 329–338.

[40] Zu Oberländers diversen Verwendungen im Kriege siehe Phillipp-Christian Wachs, Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt a. M./New York 2000, S. 51–147.

[41] Hier wie im vorhergehenden zit. nach Theodor Oberländer, Der Osten und die deutsche Wehrmacht, sechs Denkschriften aus den Jahren 1941–43 gegen die NS-Kolonialthese, Asendorf 1987, S. 47 f.

[42] Hoffmann, Kaukasien, S. 467 (Anlage 1).

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer Bevölkerung zu gewinnen, deren Mitarbeit [...] militärisch von großer Bedeutung ist und das weitere Vordringen der deutschen Truppen wesentlich erleichtern" könne. Ein abschließender Punkt betonte im besonderen die Notwendigkeit, „die Ehre der kaukasischen Frauen zu achten"[43].

Inwieweit diese Prinzipien, die, wenngleich sie direkte politische Zusagen vermieden, doch wenigstens die Konturen einer künftigen Besatzungspolitik auf der Grundlage einer weitgehenden Autonomie erkennen ließen, in den wenigen Monaten der deutschen Herrschaft im nördlichen Kaukasus zwischen September und Dezember 1942 auch durchgehend praktiziert wurden, soll an dieser Stelle nicht näher erörtert werden. Untersuchungen darüber bestätigen zumindest den signifikanten Unterschied im Vergleich zu anderen Regionen mit deutscher Besatzungsherrschaft im Osten, erwähnt sei u. a. nur der fast gänzliche Verzicht auf die Zwangsrekrutierung einheimischer Arbeitskräfte[44].

V. Die „Führerweisung" vom 8. September 1942

Den im „Führerstaat" Adolf Hitlers geltenden Regeln gemäß hätte ein Vorgang der geschilderten Art der grundsätzlichen Einwilligung des Diktators selber in der Form einer verbindlichen „Führerweisung" bedurft.

Damit wären wir bei jenem Dokument vom 8. September 1942, dessen Inhalt Alexander Dallin in seiner erwähnten großen Studie zur deutschen Besatzungspolitik erstmals ausführlich zitiert hat[45] und das seitdem in der deutschen wie der internationalen Literatur über den Zweiten Weltkrieg vielfache Erwähnung gefunden hat[46], dessen Originaltext aber bislang weder publiziert worden ist, noch in

[43] Siehe Dokument 1. Abschriften befinden sich in der Aktenüberlieferung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, in: BA, R 6/65, Bl. 83, und R 6/66, Bl. 15. Vgl. dazu auch Hans Umbreit, Die deutsche Herrschaft, in: DRZW, Bd. 5.2., S. 42.

[44] Vgl. Hoffmann, Kaukasien, S. 436 ff.; Alex Alexiev, Soviet Nationalities in German Wartime Strategy, 1941–1945, Santa Monica 1982, S. 21–24. Zu deutschen Kriegs- und Besatzungsverbrechen im Kaukasus und insbesondere zur Tätigkeit der Sipo- und SD-Kommandos der Einsatzgruppe D im Rücken der Heeresgruppe A schreibt Andrej Angrick, daß „an dem grundsätzlichen Mordauftrag und seiner unwidersprochenen Durchführung [...] sich jedoch auch mit der Eroberung der Vorkaukasusregion und der Einnahme der Hochgebirgsstädte" nichts geändert habe. Andrej Angrick, Die Einsatzgruppe D, in: Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, hrsg. von Peter Klein, Berlin 1997, S. 88–109, hier S. 102 f. Angrick verweist in diesem Zusammenhang (S. 109, Anm. 46) auf den als Nürnberger Anklagedokument USSR-1 vorgelegten Bericht der sowjetischen „Außerordentlichen Staatskommission" über die deutschen Verbrechen im Stavropoler Gebiet. Der Kommissionsbericht wurde am 7. 8. 1943 in der englischsprachigen „Soviet War News" veröffentlicht; ebenso in der Sammlung: Soviet Government Statements on Nazi Atrocities, Hutchinson & Co., London u. a. o. J., S. 82–90. Zum Verhalten des Heeres vgl. auch Oldenburg, Ideologie, S. 262 f.

[45] Vgl. Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland, S. 253.

[46] Vgl. Hoffmann, Kaukasien, S. 37 u. S. 41; Norman Rich, Hitlers War Aims, Bd. 2: The Establishment of the New Order, London 1974, S. 390; Hans Umbreit, Die deutsche Herrschaft, in: DRZW, Bd. 5.2., S. 42. Zuletzt noch Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord, S. 600, und Oldenburg, Ideologie, S. 261.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem der in Frage kommenden deutschen Archive aufzufinden war[47]. Dallin, der noch zu Lebzeiten sein gesamtes Material der Hoover Foundation übergab, hatte das Dokument unter einer der Aktensignaturen jener ab 1953 in Alexandria/Virginia aufbewahrten amerikanischen Beutebestände, der Captured Record Section, zitiert, die im Jahre 1958 als Military Record Branch vom Nationalarchiv der Vereinigten Staaten übernommen wurde[48]. Der Traditionsgemeinschaft des Sonderverbandes Bergmann[49], die bei der Aufarbeitung der Geschichte ihrer Einheit den Angaben Dallins nachgegangen war, ist es gelungen, eine Mikrofilmkopie dieses Dokuments aus dem Washingtoner Nationalarchiv zu beschaffen[50]. Leider ließ diese Kopie handschriftliche Bearbeitungsspuren auf dem Dokument allenfalls erkennen, aber nicht lesen. Eine Anfrage beim Politischen Archiv des Auswärtigen Amts ergab, daß sich das Original entgegen den in den sechziger Jahren von George Kent gemachten Angaben nicht in den Beständen der Politischen Abteilung I (M – Militär), „Besetzte Gebiete Ost", sondern in den Handakten Hasso von Etzdorfs, des damaligen Vertreters des Auswärtigen Amts beim OKH, befindet[51]. Auf diesem läßt sich ein handschriftlicher Zusatz am oberen Rand der ersten Seite zweifelsfrei lesen. Er lautet: „Entwurf Gen.Qu.". Demnach handelt es sich um einen offensichtlich innerhalb der Dienststelle des Generalquartiermeisters beim OKH entstandenen oder zumindest dort bearbeiteten Entwurf für eine Weisung Adolf Hitlers aus seinem damaligen Hauptquartier „Eichenhain" („Werwolf"), das Hitler während der deutschen Sommeroffensive der Heeresgruppe Süd am 16. Juli 1942 einige Kilometer nördlich der ukrainischen Stadt Vinnica bezogen hatte[52].

Die unmittelbare Vorgeschichte des Dokuments beginnt offenbar mit einem Schreiben Rosenbergs an Generalfeldmarschal Keitel vom 12. August, in dem er dem OKW „angesichts der verwickelten politischen Verhältnisse im Kaukasus und der Wichtigkeit des kaukasischen Problems" vorschlug, „bei der Militärverwaltung im Kaukasus nicht nur einen Verbindungsoffizier zu benennen, sondern einen unmittelbaren Beauftragten des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete". Ein solcher würde „in der Lage sein, dauernd den politischen Standpunkt, wie er

[47] Moll, „Führer-Erlasse" 1939–1945, S. 510, erwähnt die Weisung mit Verweis auf Dallins Angaben in seiner Aufstellung der archivalisch nicht ermittelbaren Erlasse („ohne heute erschließbaren Fundort") im Anhang seiner Sammlung und charakterisiert sie als „Befehl des Führers" (BdF).

[48] Vgl. Josef Henke, Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme – Rückführung – Verbleib, in: VfZ 30 (1980), S. 557–620, hier S. 578; Wilhelm Rohr, Mikroverfilmung und Verzeichnung deutscher Akten in Alexandria, USA, in: Der Archivar 19 (1966), Sp. 252–260.

[49] Vgl. Anm. 1.

[50] Nach Auskunft der National Archives handelte es sich um ein Dokument aus den Beständen des Auswärtigen Amts, serial 1083, frames 316940 f., mikroverfilmt auf roll 695, in: National Archives, Microcopy T-120.

[51] Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, HA Etzdorf, Aktenzeichen 23, Bd. R 27358. Schriftliche Auskunft von 5. 8. 2002 durch Dr. Peter Grupp.

[52] Vgl. Bernd Wegner, Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43, in: DRZW, Bd. 6: Der Globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative, Stuttgart 1990, S. 893, Anm. 87.

VfZ 3 Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich von Berlin aus ergibt, zu vertreten, damit der Wehrmachtsbefehlshaber Kaukasien alle Schritte abzustimmen in der Lage ist, um die Überleitung von der Militärverwaltung zur Zivilverwaltung in einer für beide Teile gewünschten Weise vorzubereiten"[53]. Keitels Antwort an den Ostminister vom 27. August 1942 bestand in der lapidaren Mitteilung, daß „die Erwägungen über die Einsetzung eines Militärbefehlshabers Kaukasus noch nicht zum Abschluß gekommen sind", der Generalstab des Heeres – Generalquartiermeister – aber „den Auftrag entgegengenommen [habe], sich rechtzeitig mit Ihnen [...] wegen der Verwendung geeigneter Persönlichkeiten in der Militärverwaltung in Verbindung zu setzen"[54].

Damit begann, nunmehr auch höchst offiziell, die Zusammenarbeit jener für die Kaukasuspolitik der folgenden Wochen und Monate wichtigsten Institutionen, Ostministerium und OKH/Generalquartiermeister. Sie fand ihren Niederschlag in einer von Otto Bräutigam gezeichneten Besprechungsniederschrift vom 13. September 1942, bei der neben drei Vertretern des Ostministeriums, u. a. Professor von Mende, auch je ein Vertreter des OKW (Wehrmachtspropagandaabteilung) und der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres (Major i. G. v. Stauffenberg) teilnahmen – den Generalquartiermeister vertrat Oberstleutnant i. G. Schmidt von Altenstadt. Man verständigte sich darüber, daß der zur Heeresgruppe A zu entsendende bevollmächtigte Vertreter des Ostministeriums, „mit dem die militärischen Dienststellen alle Fragen der Politik und Verwaltung abzustimmen hätten", nicht gehalten sei, „stets in Berlin zurückzufragen, sondern [...] an Ort und Stelle die Entscheidung treffen könne". Dadurch sei gewährleistet, „daß die Militärverwaltung und überhaupt die politische Gestaltung des Kaukasus von vornherein nach den Plänen und Absichten der späteren Zivilverwaltung ausgerichtet würden"[55]. Schmidt von Altenstadt erklärte in diesem Zusammenhang u. a.:

> „Es sei aber selbstverständlich, daß von Seiten der militärischen Stellen auf diesen Gebieten nichts erfolge, das nicht die Zustimmung des Ostministeriums gefunden habe. Erwünscht wäre ein Aufruf des Ministers, oder – wenn dies zu erreichen sei – eine Erklärung des Führers über die künftige Gestaltung der Gebiete. Das Wort ‚Schutz' soll möglichst vermieden werden, da schon oft in der Geschichte unter dem Vorwand, Völker schützen zu müssen, die Gebiete annektiert worden seien. Begriffe wie ‚Freiheit', ‚Selbständigkeit', ‚Zusammenarbeit' seien zu verwenden. Landesregierungen seien nicht erforderlich, dagegen könnten einzelne Leute herausgestellt werden."[56]

Abschließend erwähnt Bräutigams Aufzeichnung eine Besprechung vom gleichen Tag beim Generalquartiermeister selbst, in der dieser die durch Schmidt von

[53] BA, R 6/66, Bl. 50. Siehe auch das umfangreiche Schreiben der politischen Abteilung (I) des Ostministeriums an die Quartiermeisterabteilung des Wehrmachtsführungsstabes (Oberst v. Tippelskirch) vom 20. 8. 1942 betreffend „Richtlinien für die Behandlung der Völker Kaukasiens", in: Ebenda, Bl. 54–58.

[54] Ebenda, Bl. 66.

[55] Ebenda, Bl. 69. Zu dieser Unterredung siehe auch Bräutigam, So hat es sich zugetragen, S. 506 f.

[56] BA, R 6/66, Bl. 70.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Altenstadt abgegebene Erklärung voll gebilligt habe. „Es sei selbstverständlich", so zitiert die Aufzeichnung General Wagner, „daß die gesamte politische Linie in den besetzten Ostgebieten vom Reichsminister Rosenberg bestimmt werde." Der Generalquartiermeister begrüße „daher seinerseits noch einmal ausdrücklich die vom Ostministerium hinsichtlich der Heeresgruppe A vorgeschlagene Regelung"[57]. In einer weiteren vom 22. September datierten Notiz erwähnt Bräutigam eine Aussage Schmidt von Altenstadts ihm gegenüber, wonach Hitler selbst Wagner nach einer Persönlichkeit gefragt habe, die für den Posten des Bevollmächtigten des Ostministeriums beim Oberkommando der Heeresgruppe A geeignet sei. Wagner habe „daraufhin dem Führer meinen Namen genannt, woraufhin der Führer zugestimmt hätte"; eine Wahl, mit der das OKW einverstanden sei[58].

General Wagner selbst vermerkte in seinen eigenen mit dem handschriftlichen Zusatz „September 1942" versehenen „Notizen für Führer-Vortrag" (Dokument 2), daß die deutschen Truppen im Kaukasus bisher zwar überall „mit betonter Freundschaft" begrüßt worden seien, sich aber schon bei „geringfügigen Übergriffen der Truppe" eine im „kaukasischen Volkscharakter" begründete „ausgeprägte Empfindlichkeit" gezeigt habe, die in einzelnen Fällen ein völliges Umschlagen der Bevölkerungsstimmung bewirkt habe. Die bisherigen Erfahrungen würden folgende Maßnahmen erforderlich machen:

> „Eine öffentliche Erklärung über die politischen Absichten[59] im Kaukasus, Garantie voller politischer Selbständigkeit in enger Zusammenarbeit mit dem Großdeutschen Reich auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet. Die ‚Zusammenarbeit' erscheint wirksamer als der ‚Schutz', sie läßt jedes Maß eigenen Einflusses zu. Für die Dauer der Operationen keine Einsetzung eigener Regierungen [...]. Der Anspruch auf Selbständigkeit muß erst durch bedingungslosen vollen Kampfeinsatz auf deutscher Seite erworben werden. Das Maß der Selbständigkeit wird nach der Leistung bemessen werden."

Im weiteren wandte sich der Generalquartiermeister des Heeres entschieden gegen den Einsatz „verbündeter Truppen" in dieser Region („mit diesen allerschlechteste Erfahrungen: Plünderungen, Schändungen an der Tagesordnung, insbesondere bei Rumänen"), da besonders bei den mohammedanischen Volksgruppen des Kaukasus selbst Geringfügigkeiten „stärkste Rückwirkungen" auslösen könnten. Ebenso müsse die Anwerbung von Arbeitskräften für das Reich unterbleiben, da sie „angesichts der fanatischen Heimatliebe nur mit Zwangsmaßnahmen durchführbar" wäre. Des weiteren müßten „Maßnahmen gegen Juden zweckmäßig ausgesetzt [werden], bis eine volle Beherrschung des Kaukasus erreicht ist". Auch hier seien aufgrund der Tatsache, daß der mosaische Glaube auch unter einigen nichtsemitischen Bevölkerungsgruppen Verbreitung gefunden habe, „Fehlgriffe zu erwarten"[60]. Wagners Resümee lautete:

---

[57] Ebenda, Bl. 71.

[58] Ebenda, Bl. 77.

[59] Dokument 2, Unterstreichung im Original.

[60] Gemeint waren hier wohl jene wegen ihrer iranischen Sprache, des Tatischen, auch als „Taten" bezeichnete Bergjuden, die vorwiegend in Daghestan und einigen Regionen Aserbaid-

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Befriedung und Gewinnung der kaukasischen Völker kann nur gelingen, wenn Maßnahmen aller Dienststellen auf strikte Durchführung der Führer-Weisung ausgerichtet werden. Daher ausschließliche Befehlsgewalt der militärischen Befehlshaber notwendig. Sie müssen hierzu unbeschränkte Wehrmachtsbefugnis zur Sicherstellung des Willens der obersten Führung erhalten. Nur so können Störungen ausgeschaltet werden. Sehr störende Maßnahmen verschiedener Dienststellen durch willkürliches Quartiermachen, Einsatz eigener La-Führer, Wegnahme von Beute usw. sind vorgekommen."

Wagners zitierte Notizen[61] befinden sich in den Etzdorfschen Handakten unmittelbar vor dem auf den 8. September 1942 datierten Entwurf für die Führerweisung und bilden dem Aktenzusammenhang nach mit diesem zweifellos eine Einheit.

Das zweiseitige maschinenschriftliche Dokument (Dokument 3) trägt im linken Kopfteil unter der Adressantenzeile mit der Titulatur („Der Führer")[62] das Organisationskürzel von Hitlers persönlichem militärischem Führungsorgan, dem Wehrmachtsführungsstab, Quartiermeisterabteilung, Gruppe Verwaltung (WFSt/Qu (Verw.))[63] und entspricht damit formal einer Reihe anderer Führerweisungen, die im selben Zeitraum aus dem Hauptquartier von Vinnica ergangen sind[64]. Zeitlich steht es im Kontext der großen Führungskrise, die nach Alfred Jodls Rückkehr aus dem Hauptquartier der Heeresgruppe A am 7. September 1942 entstanden war und in der Entbindung Generalfeldmarschall Lists vom Heeresgruppenkommando zwei Tage später sowie der zwei Wochen darauf erfolgten Ablösung Halders als Chef des Generalstabs des Heeres gipfelte[65]. Der Text erwähnt noch List als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A, der

schans lebten. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch die jüdische Sekte der Karaimen (Karäer), die neben dem Baltikum u. a. auch in der Krimregion ansässig war. Vgl. Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord, S. 612.

[61] Sie tragen auf der ersten Seite oben den Stempelvermerk: „Vertr. d. Ausw. Amts b. OKH (Generalstab des Heeres), Nr. 2166/42, 24/9 42". Eine handschriftliche, wohl von Etzdorf stammende Datierung lautet: „23/9"; siehe Dokument 2.

[62] Zu den unterschiedlichen Titulaturen der rein militärischen Führerweisungen siehe Walter Hubatsch, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Koblenz ²1983, S. 10; Moll, „Führer-Erlasse" 1939–1945, S. 49. Gemäß eines OKW-Erlasses vom 1. 5. 1942 lautete die offizielle Dienststellenbezeichnung Adolf Hitlers, die auch als amtliche Titulatur bei allen seiner „Willensäußerungen und Entscheidungen" zu verwenden war, „Der Führer"; vgl. Rudolf Absolon, Die Wehrmacht im Dritten Reich, Bd. VI: 19. Dezember 1941 bis 9. Mai 1945, Boppard 1995, S. 171.

[63] Zur Struktur des Wehrmachtsführungsstabes vgl. Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab), hrsg. von Percy E. Schramm, Bd. 8 (Studienausgabe), Bonn 1982, S. 1747 ff.; Walter Warlimont, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht [19]39–45. Grundlagen, Formen, Gestalten, München 1978, S. 229 f.

[64] Vgl. dazu die bei Moll, „Führer-Erlasse" 1939–1945, wiedergegebenen Führererlasse vom Sommer und Herbst 1942 unter den Nummern 184, 209 u. 226.

[65] Zur Krise in Vinnica im September 1942 vgl. Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel, hrsg. u. kommentiert von Hildegard von Kotze, Stuttgart 1974, S. 125 f.; Christian Hartmann, Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, Paderborn 1991, S. 329 ff.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gleichzeitig zum „Oberfehlshaber des Kaukasus (ObdKauk.)" ernannt und für die „Durchführung aller der Befriedung und Nutzbarmachung des Kaukasus dienenden Maßnahmen" verantwortlich gemacht wird. Offenkundig erscheint der Versuch, Hitler, der sich in bezug auf die Besatzungsherrschaft nur in der Form grober Rahmenrichtlinien zu binden pflegte und ansonsten eine „Besatzungspolitik der verschleierten Zielsetzung" (Dieter Rebentisch)[66] favorisierte, durch vergleichsweise konkrete Anweisungen für die deutsche Besatzungspolitik einer ganz bestimmten Region in der Sache festzulegen. Der Kerngedanke ist, die wirtschaftliche Nutzung der Kaukasusregion zugunsten der deutschen Kriegsanstrengungen auch über die Dauer der laufenden Operationen hinaus unbedingt sicherzustellen („rasche Befriedung und planmäßige Nutzbarmachung des Landes"). Wendungen wie „Zusammenarbeit mit den befreundeten Ländern des Nordkaukasus und Transkaukasiens" und Förderung der „nationale[n], kulturelle[n] und wirtschaftliche[n] Entwicklung" lassen klar die Diktion Wagners, Stauffenbergs und des Ostministeriums erkennen und repräsentieren damit ein Gedankengut, das Hitler reichlich fremd war. Dasselbe gilt für den „Aufbau landeseigener Sicherungsverbände der kaukasischen Völker zum Schutz ihres Heimatgebiets", die Beachtung der „überkommenen völkischen Grenzen" bei der Gebietseinteilung sowie den Einsatz „landeseigener Kräfte [...] für die Verwaltung und Wirtschaft". Daß für die aktuellen Verwaltungsaufgaben zumindest auf der Sachbearbeiterebene „Kenner des Landes" heranzuziehen sind, war geradezu ein Affront gegen die bekannte Aversion Hitlers gegenüber jeder Form eines etablierten Expertentums. Obwohl für die Zeit der laufenden Operationen die „Einsetzung selbstständiger Regierungen" nicht in Betracht komme, wird doch immerhin die Möglichkeit einer „spätere[n] Selbständigkeit in Zusammenarbeit und unter dem Schutz des Großdeutschen Reiches" in Aussicht gestellt und ganz den Gedanken Stauffenbergs und Wagners entsprechend von der „Leistung der verschiedenen Völker zugunsten der gemeinsamen Kriegführung", mit anderen Worten, von der militärischen Bewährung der Freiwilligenverbände abhängig gemacht. Auffällig ist auch, daß unter den vier institutionellen „Säulen"[67] der deutschen Besatzungspolitik im Osten, Heer, Vierjahresplanbehörde und Ostministerium, sich eine aus gutem Grunde nicht erwähnt findet: die SS[68].

Was geschah nun mit diesem Entwurf? Hat Wagner ihn bei der erwähnten Besprechung, in der er Otto Bräutigam als Bevollmächtigten des Ostministeriums bei der Heeresgruppe A empfahl, Hitler zur Unterzeichnung vorgelegt oder zumindest dem Inhalt nach vorgetragen? Hat ihn das im Zuge der Vinnica-Krise gespannte Klima zwischen Hitler und seiner militärischen Umgebung vorsichtig

[66] Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945, Stuttgart 1989, S. 313.

[67] Vgl. Umbreit, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: DRZW, Bd. 5: Bernhard R. Kroener/Rolf-Dieter Müller/Hans Umbreit, Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988, S. 79 f.; Hans Umbreit, Strukturen deutscher Besatzungspolitik in der Anfangsphase des deutsch-sowjetischen Krieges, in: Wegner (Hrsg.), Zwei Wege nach Moskau, S. 237–250.

[68] Zur Rolle der SS und speziell ihrer Einsatzgruppe D in der Kuban- und Kaukasusregion siehe neuerdings Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord, S. 545–669.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden lassen, den Diktator mit Vorschlägen zu konfrontieren, die nur dessen entschiedene Ablehnung provozieren konnten? Die Antwort gibt möglicherweise die Abschrift eines Befehls des Chefs des OKW vom 14. September 1942 („Betreff: Kaukasus") aus den Akten von Rosenbergs Ministerium. Der von Keitel gezeichnete und als „geheime Kommandosache" ausgewiesene Befehl betont eingangs ganz im Sinne des Wagnerschen Konzepts die Notwendigkeit einer „einheitliche[n] Befehlsführung bei allen Maßnahmen, die auf eine rasche Befriedung, Sicherung und wirtschaftliche Ausnutzung des Operationsgebietes hinzielen", und überträgt die „für die Verwaltung des Operationsgebietes geltenden Befugnisse [...] den Oberbefehlshabern der Armeen und dem Befehlshaber des Heeresgebietes A unter verantwortlicher Leitung des Gen[eral]St[abs] d[es] H[eeres]/Gen. Qu." Letzterer stelle, so heißt es weiter, „in allen einschlägigen Fragen das Einvernehmen mit dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete sicher". Die abschließende Passage des Befehls lautet:

> „Alle im Operationsgebiet eingesetzten Dienststellen – auch die zivilen – sind an die den vorgenannten Befehlshabern im Operationsgebiet zustehenden Befehlsbefugnisse gebunden. Auf allen wirtschaftlichen Gebieten bleibt das Weisungsrecht des Beauftragten für den Vierjahresplan und des Wirtschaftsführungsstabes Ost unverändert bestehen. Die Einsetzung eines Militärbefehlshabers ist bis auf weiteres nicht beabsichtigt."[69]

Damit waren zwar eine Reihe jener Forderungen erfüllt worden, die Wagner in seinem Entwurf einer Führerweisung aufgeführt hatte, jedoch waren zwei wesentliche Punkte unberücksichtigt geblieben: die Ernennung eines eigenen Militärbefehlshabers für den Kaukasus und eine bindende Erklärung Hitlers über die politischen Absichten Deutschlands in dieser Region.

Mag sein, daß Wagner und andere Teile des OKH mit der Ernennung eines eigenen Territorialbefehlshabers die Absicht betrieben, im kaukasischen Operationsgebiet eine eigene Militärverwaltung nach dem Muster Belgiens, Frankreichs oder des Balkan zu installieren[70], während Alfred Rosenberg durch frühzeitige und enge Kooperation mit den militärischen Stellen darum bemüht war, anders als etwa in der Ukraine, wo ihm die Zügel früh entglitten waren, die kaukasischen Besatzungsfragen von Anfang an in seinem Sinne zu gestalten. Wie auch immer,

[69] BA, R 6/66, Bl. 115. Vgl. dazu auch den ergänzenden und von Wagner gezeichneten Befehl des OKH, Gen.St.d.H/Gen. Qu. vom Vortag: „Betreffend: Einrichtung der Dienststelle eines Bevollmächtigten des RM.f.d.b. O. beim Ob.Kdo. der H.Gr. A.", in: Ebenda, Bl. 58, sowie die Abschrift vom 31. 10. 1942, Bl. 114.

[70] Etwa gemäß dem Erlaß Hitlers vom 25. 6. 1941 „über die Ernennung von Wehrmachtsbefehlshabern in den neu besetzten Ostgebieten"; vgl. Moll, „Führer-Erlasse" 1939–1945, Dok. 92. Vgl. allgemein Hans Umbreit, Die deutsche Besatzungsverwaltung: Konzept und Typisierung, in: Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, S. 710–727, insbesondere S. 720. Über General Wagners Rolle im Hinblick auf den Kaukasus berichtet, wenngleich unter ausschließlicher Verwendung der Dallinschen Angaben Elisabeth Wagner (Hrsg.), Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres, General der Artillerie Eduard Wagner, München/Wien 1963, S. 222 f.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Frage erledigte sich mit dem Rückzug der Heeresgruppe A aus der Region ab dem 1. Januar 1943 im Zuge der Auswirkungen der Stalingrad-Katastrophe bei der benachbarten Heeresgruppe B, wodurch auch das „kaukasische Experiment" nach höchstens viermonatiger Dauer sein Ende fand[71].

Was bleibt, ist die Frage, beruhte dieses Experiment auf einer Weisung Hitlers, wie Alexander Dallin in seinem Standardwerk von 1958 behauptet hat[72] und wie es seitdem in der zeitgeschichtlichen Literatur bis heute ungeprüft übernommen worden ist[73]? Über den geschilderten Sachzusammenhang hinaus zeigt das beschriebene Dokument neben dem angeführten handschriftlichen Vermerk auch ansonsten, vielleicht mit Ausnahme seiner Datierung auf den 8. September 1942, alle typischen Anzeichen eines Entwurfs. Dazu gehört die unvollständige Aktennummer (00/42) des Wehrmachtsführungsstabes, die fehlende Unterzeichnung durch Hitler selbst oder eine andere Abzeichnung (etwa f. d.R., i. A. oder ähnliches) und der gleichfalls nicht vorhandene Adressat oder Verteiler. Darüber hinaus bietet der Text, insgesamt gesehen, eine politischen Diktion, die in dieser Form wohl schwerlich die Billigung Hitlers gefunden hätte[74]. Ebensowenig finden sich ausführende oder bestätigende Dokumente für eine solche Weisung anderswo, noch Einträge im Kriegstagebuch des OKW, im Tagebuch Halders oder an anderer Stelle. Ganz offensichtlich hat Dallin das Dokument, in welcher Form es ihm auch immer vorgelegen haben mag – als Mikrofilmkopie oder als Original –, für den Beleg einer „Führerweisung" gehalten, die wohl beabsichtigt war, aber nicht zur Unterzeichnung gelangte und somit als eine solche weder zum Zeitpunkt des 8. September 1942 noch später existiert haben dürfte[75].

---

[71] Der im vorletzten Punkt (V) der Weisung erwähnte, vom Rosenberg-Ministerium zum „ObdKauk" abzustellende Beauftragte traf erst gut zwei Monate später, am 22. 11. 1942, beim Stab der Heeresgruppe A in Stavropol, dem damaligen Vorošilovsk, ein. Es war der bereits mehrfach erwähnte Berufsdiplomat Otto Bräutigam, der seine offizielle Bestallung durch Rosenberg mitsamt „Dienstanweisungen" am 27. 10. 1942 erhielt; vgl. BA, R 6/18, Bl. 129–135; Bräutigam, So hat es sich zugetragen, S. 520 f. Etwa zur selben Zeit wurde vor allem auf Betreiben Stauffenbergs vom OKH ein „Beauftragter General für Kaukasusfragen beim Oberkommando der Heeresgruppe A" berufen und mit dem früheren Militärattaché an der deutschen Botschaft in Moskau, General Ernst Köstring, besetzt. Sein Adjutant wurde sein alter Bekannter aus Moskauer Botschaftstagen, der Oberleutnant der Reserve Hans von Herwarth. Vgl. Hans von Herwarth, Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931 bis 1945, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1982, S. 261 ff.; General Ernst Köstring. Der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1921–1941, bearb. von Hermann Teske, Frankfurt a. M. 1966, S. 323 f.

[72] Im englischen Original, German Rule in Russia, S. 240, heißt es: „Hitler issued a directive [...]".

[73] Letztens noch durch Umbreit, Die deutsche Herrschaft, in: DRZW, Bd. 5.2., S. 42, und Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord, S. 600.

[74] An dieser Stelle sei Herrn Dr. Martin Moll, Graz, für seine diesbezüglichen Auskünfte in der Sache gedankt.

[75] Im Widerspruch dazu mag eine Aufzeichnung unter der Überschrift „Schlußbemerkungen des Oberbefehlshabers Generaloberst v. Kleists im Anschluß an den Vortrag des Stabsoffiziers für Propagandaeinsatz" vom 15. 12. 1942 erscheinen, die mit dem Satz beginnt: „Der Herr Oberbefehlshaber ging von dem Befehl des Führers aus, daß sich die deutsche Wehrmacht die Bevölkerung Kaukasiens zum Freund machen solle", in: BA, R 6/65, Bl. 177, auch zit. bei Dal-

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das deutsche Besatzungsregime in dieser Region beruhte offensichtlich allein auf Initiativen des Heeres, allen voran des Heeresgruppenkommandos A sowie der genannten Dienststellen im OKH in sachlicher Abstimmung mit dem Ostministerium Alfred Rosenbergs[76]. Dem nördlichen Kaukasus widerfuhr ein Geschick nicht unähnlich den Verhältnissen im Baltikum, wo gleichfalls vor dem Aktivwerden einer Zivilverwaltung die Wehrmachtsbefehlshaber ohne besondere Weisungen der politischen Führung ein „System scheinbarer Selbstverwaltung" ins Leben gerufen hatten[77]. Im Unterschied zu den baltischen Ländern, für die gleichfalls von verschiedener Seite Autonomiepläne erwogen, am Ende aber von Hitler selbst verworfen wurden[78], entging der Kaukasus aufgrund der rasanten militärischen Entwicklung nach Stalingrad dem Schicksal einer deutschen Zivilverwaltung unter der Führung nationalsozialistischer Parteifunktionäre.

„Occupation policies in the Caucasus", so resümierte eine amerikanische Studie, „were qualitatively different from those practiced elsewhere and were carried out with a clear cognizance of their political implications. The Germans' conduct in this region was the closest they ever came to a conscious attempt to use the ethnic factor in political warefare. The results were indicative of the potential of such an approach."[79] In diesem Sinne bedeutete die in den wenigen Monaten deutscher Besatzungsherrschaft im Kaukasus geübte Praxis gewissermaßen die Rückkehr zu dem im Ersten Weltkriegs verfolgten Prinzip, den „ethnischen Faktor", unbehindert durch ideologische Vorbehalte, als ein politisch-taktisches Instrument zur Schwächung und Zersplitterung der Kriegsgegner Deutschlands zu verwenden[80]. Auch darin zeigt sich der vielbeschworene polykratische Charakter des nationalsozialistischen „Führerstaats", der den traditionellen Eliten wenigstens phasenweise gewisse politische Spielräume eröffnete, solange diese nicht mit der Politik der nationalsozialistischen Machthaber kollidierten[81].

---

lin, Deutsche Herrschaft in Rußland, S. 253. Jedoch könnte der erst am 22. 11. 1942 zum Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A berufene Kleist hierbei den angeführten Heeresgruppenbefehl (Dokument 1) gemeint haben.

[76] An dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, daß erst durch die Initiative der Traditionsgemeinschaft Bergmann, der Behauptung Alexander Dallins von der Existenz einer Führerweisung für den Kaukasus und ihres quellenmäßigen Belegs nachzugehen, die Korrektur des bisherigen Forschungsstandes angestoßen worden ist.

[77] Vgl. Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland, S. 199–201.

[78] Vgl. ebenda, S. 205 f.

[79] Alexiev, Soviet Nationalities, S. 24. Im Urteil ähnlich Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord, S. 591 („Fortsetzung der traditionellen Ostpolitik Ludendorffscher Prägung"). An dieser Stelle sei auch auf die Studie von Timothy P. Mulligans, The Politics of Illusion and Empire: German Occupation Policy in the Soviet Union, 1942–1943, New York 1988, hingewiesen.

[80] Siehe dazu Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1967, S. 109 ff. u. S. 316 ff.

[81] Vgl. neuerdings Bernhard Chiari, Grenzen deutscher Herrschaft. Voraussetzungen und Folgen der Besatzung in der Sowjetunion, in: DRZW, Bd. 9: Jörg Echternkamp (Hrsg.), Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939–1945, Zweiter Halbband: Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung, München 2005, S. 955–962.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

Befehl der Heeresgruppe „An alle im Kaukasus eingesetzten Truppen" (August/September? 1942)

Fundort: Record of the Reich Ministry for the Occupied Eastern Territories, 1941–1945, Serial 16, Roll 16, Frame 947 (Guides to German Records Microfilmed at Alexandria, VA., No. 28); Bundesarchiv, Bestand R 6 (Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete), 66, Bl. 15.

Befehl

An alle im Kaukasus eingesetzten Truppen

(Bekanntzugeben bis zu den Kompanien.)

Die in den Kaukasus einrückenden Truppen haben

1. die kaukasische Bevölkerung, außer wenn sie sich deutschfeindlich zeigt, wie befreundete Völker zu behandeln,
2. den Bestrebungen der Gebirgsbevölkerung, das Kollektiv-System aufzuheben und die Kolchose-Wirtschaft abzuschaffen, keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen,
3. die Wiedereröffnung der Gotteshäuser jeglicher Konfession und die Pflege der Gottesdienste, Sitten und Gebräuche zu erlauben,
4. das Eigentum zu achten und requirierte Güter zu bezahlen,
5. durch vorbildliches Verhalten das Vertrauen einer Bevölkerung zu gewinnen, deren Mitarbeit in einem schwer zu kontrollierenden Gebirge militärisch von großer Bedeutung ist und das weitere Vorrücken der deutschen Truppen wesentlich erleichtern kann,
6. alle notwendigen harten Kriegsmaßnahmen der Bevölkerung gegenüber zu begründen,
7. insbesondere die Ehre der kaukasischen Frauen zu achten.

Für die Durchführung dieses Befehls
sind alle Offiziere verantwortlich

Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 2

Notizen für Führer-Vortrag, Generalleutnant Eduard Wagner, September 1942

Fundort: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Bonn, HA Etzdorf, Az. 23, Bd. 27358, Bl. 316942 f.

Vertr. d. Ausw. Amts b. OKH
(Generalstab des Heeres)
Nr. 2166/42 24/9 42
Anl. 1 Kopp.

z.d.A.

Notizen für Führer-Vortrag.

Die für den Kaukasus gegebenen Richtlinien haben sich bisher voll bewährt. Die deutschen Truppen sind überall mit betonter Freundschaft begrüßt worden. Bei geringfügigen Übergriffen der Truppe hat sich eine ausgeprägte Empfindlichkeit, die im kaukasischen Volkscharakter liegt, gezeigt. Bei Beschlagnahme von Vieh z.B. ist in einem Fall die vorher sehr freundliche Bevölkerung mit einem Schlag von allen Straßen verschwunden, in einem Dorf, das die gleiche Begeisterung beim Einmarsch gezeigt hat, ein Pkw. überfallen und die Insassen niedergemacht worden.

Folgende Massnahmen erscheinen erforderlich:

1.) Eine öffentliche Erklärung über die politischen Absichten im Kaukasus, Garantie voller politischer Selbstständigkeit in enger Zusammenarbeit mit dem Grossdeutschen Reich auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet. Die „ Zusammenarbeit " erscheint wirksamer als der „ Schutz ", sie lässt jedes Maß eigenen Einflusses zu. Für die Dauer der Operationen keine Einsetzung eigener Regierungen, die erst organisch gebildet werden müssen. Der Anspruch auf Selbstständigkeit muss erst durch bedingungslosen vollen Kampfeinsatz auf deutscher Seite erworben werden. Das Maß der Selbstständigkeit wird nach der Leistung bemessen werden.

2.) Einsetzung einer landeseigenen fachlichen Verwaltung unter dem Befehl deutscher Kommandanturen. Die eingesetzten Rayonchefs, Bürgermeister usw. haften für die ihnen auferlegten Maßnahmen und verbürgen Ruhe und Ordnung.

3.) Erweiterung der aufgestellten Legionen zu Sicherungs- und Polizei - Verbänden für eine ausreichende Sicherung des eigenen Heimatgebiets. Verstärkung der georgischen, aserbajdshanischen und turkestanischen Legionen zum Kampfeinsatz ausserhalb des Heimatgebiets. Erstere müssen mehr leisten als die kleinen Bergvölker, letztere können ihre Heimat gegebenenfalls südl. des Kaspischen Meeres erreichen.

4.) Kein Einsatz verbündeter Truppen für Sicherungsaufgaben in Gebieten kaukasischer Völker, mit diesen allerschlechteste Erfahrungen: Plünderungen, Schändungen an der Tagesordnung, insbesondere bei Rumänen und trotz scharfer Gegenmassnahmen weiterhin zu erwarten. Auch geringfügige Übergriffe können stärkste Rückwirkungen auslösen. Bevölkerung gerade hierin äusserst empfindlich, besonders die Mohammedaner.

5.) Befriedigung und Gewinnung der kaukasischen Völker kann nur gelingen, wenn Maßnahmen aller Dienststellen auf strikte Durchführung der Führer - Weisung ausgerichtet werden. Daher

- 2 -

316942

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daher ausschliessliche Befehlsgewalt der militärischen Befehlshaber notwendig. Sie müssen hierzu unbeschränkte Wehrmachtsbefugnis zur Sicherstellung des Willens der obersten Führung erhalten. Nur so können Störungen ausgeschaltet werden. Sehr störende Massnahmen verschiedener Dienststellen durch willkürliches Quartiermachen, Einsatz eigener Le-Führer, Wegnahme von Beute usw. sind vorgekommen.

6.) Die Ernährung der Völker Transkaukasiens, die erheblichen Zuschussbedarf haben, muß sichergestellt werden. Die sofortige Durchführung der befohlenen agrar - politischen Massnahmen wird eine der stärksten propagandistisch wirksamsten Massnahmen sein.

7.) Die Belassung einzelner Schusswaffen muss angesichts der fanatischen Vorliebe der kriegerischen Bergvölker für ihre Waffe erwogen werden. Die Abgabe konnte auch von den Sowjets nicht voll erzwungen werden, Sie soll derart durchgeführt werden, dass die Belassung der Waffen in jedem Fall persönlich beantragt werden muss. Nach Überprüfung auf Zuverlässigkeit wird der Antragsteller zum Ordnungsdienst verpflichtet und erhält hierzu seine eigene Waffe. Haftbar sind die Bürgermeister. Die sogenannten kalten Waffen sollen belassen werden.

8.) Die Anwerbung von Arbeitskräften für das Reich muss in den dünn besiedelten kaukasischen Ländern unterbleiben. Sie wäre angesichts der fanatischen Heimatliebe nur mit Zwangsmassnahmen durchführbar. Gegen die Arbeiter - Anwerbung in den übrigen Gebieten südlich des Don bestehen keine Bedenken.

9.) Die Durchführung der Massnahmen gegen Juden wird zweckmässig ausgesetzt, bis eine volle Beherrschung des Kaukasus erreicht ist. Fehlgriffe sind angesichts der Tatsache, daß Teile der Bevölkerung zwar mosaischen Glaubens, nicht aber semitischer Rasse sind (jüdische Missionartätigkeit), zu erwarten.

10.) Bevorzugte Behandlung der Kosaken unter Einschluss der zu Kosaken gewordenen, prozentual überwiegenden grossrussischen Teile, kann im Gebiet des Don, Kuban und Terek eine erhebliche Entlastung der eigenen Sicherungskräfte zur Folge haben. Vorzuschlagen ist planmässige Aufstellung von Sicherungsverbänden und Ordnungsdienst, Anpassung der landeseigenen Verwaltung und Agrarpolitik an das Atamanen - System, Zubilligung kultureller und richterlicher Sonderrechte.

Wagner

316943

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 3

Führerweisung vom 8. September 1942 (Entwurf)

Fundort: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, HA Etzdorf, Az. 23, Bd. 27358, Bl. 314940 f.; National Archives Washington, Serial 1083, Frames 316940 f., NA Microcopy T-120, Roll 695.

Abschrift

D e r F ü h r e r

Nr.00/ 42 WFSt/Qu (Verw.) F.H.Qu.,den 8.September 1942.

I. Die Beherrschung und wirtschaftliche Erschließung des Kaukasus ist von entscheidender Bedeutung für die Fortsetzung des Krieges. Sie erfolgt auf der Grundlage der Zusammenarbeit mit den befreundeten Ländern des Nordkaukasus und Transkaukasiens. Die nationale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der kaukasischen Völker ist zu fördern. Die zur Mitarbeit bereiten einheimischen Kräfte können hierzu herangezogen werden. Die Einsetzung selbständiger Regierungen kommt vorläufig nicht in Betracht. Es kommt zunächst darauf an, die Grundlagen für die Fortführung der Operationen in jeder Hinsicht sicherzustellen. Diesem Zweck sind alle Maßnahmen unterzuordnen. Die Bewährung der Turklegionen im Kampfeinsatz für die Befreiung und Sicherung ihres Heimatgebiets und die Leistung der verschiedenen Völker zugunsten der gemeinsamen Kriegführung ist die Voraussetzung für die spätere Selbständigkeit in Zusammenarbeit und unter dem Schutz des Großdeutschen Reiches.

II. Ich ernenne den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A, Generalfeldmarschall L i s t , zum Oberbefehlshaber des Kaukasus (ObdKauk.) Unbeschadet seiner Stellung als Obd.H.Gr.A ist er mir für die Durchführung aller der Befriedung und Nutzbarmachung des Kaukasus dienenden Maßnahmen verantwortlich. E r hat hierzu folgende Aufgaben:

1.) Militärische Sicherung und Befriedung unter weitgehendem Ausbau landeseigner Sicherungsverbände der kaukasischen Völker zum Schutz ihres Heimatgebiets.
2.) Sicherung und Unterstützung der von den Wirtschaftsdienststellen nach den Weisungen des Reichsmarschalls zu treffenden wirtschaftlichen Maßnahmen.
3.) Durchführung der nach meinen Weisungen vom Reichsminister

für

316940

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für die besetzten Ostgebiete an ihn ergehenden Richtlinien für die politische Gestaltung der Kaukasusländer.

4) Ausrichtung der Maßnahmen und des Verhaltens der Dienststellen aller Wehrmachtteile, der obersten Reichsbehörden und Sonderbeauftragten sowie der verbündeten Truppen auf eine rasche Befriedung und planmässige Nutzbarmachung des Landes.

III. Hierzu hat der ObdKauk Wehrmachtsbefügnis gegenüber allen militärischen und zivilen Dienststellen im Rahmen des ihm gestellten Auftrages.

IV. Das Gebiet des ObdKauk wird begrenzt im Norden durch die Nordgrenze der Oblasten Krasnodar und Woroschilowsk. Es umfaßt jeweils das Operationsgebiet der Heeresgruppe A südlich dieser Linie.

V. Die Einteilung der Gebiete kaukasischer Länder ist möglichst den überkommenen völkischen Grenzen anzupassen. Landeseigene Kräfte sind unter Befehl deutscher militärischer Dienststellen für die Verwaltung und Wirtschaft des Landes einzusetzen. In die militärische territoriale Organisation sind im Einvernehmen mit den obersten Reichsbehörden Kenner des Landes als Sachbearbeiter einzubauen. Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ordnet einen Beauftragten zum ObdKauk ab, der zugleich Sachbearbeiter im Stabe des ObdKauk für die Verwaltung ist.

VI. Die Durchführungsbestimmungen erläßt der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

316941

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Emigration und Akkulturation

Zum Gedenken an Herbert A. Strauss

Am 11. März 2005 ist Prof. Dr. Herbert A. Strauss, Gründer und bis 1990 acht Jahre lang Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, sechsundachtzigjährig in New York gestorben. Über viele Jahre hinweg war Herbert A. Strauss dem Institut für Zeitgeschichte eng verbunden, unter anderem hat er gemeinsam mit dem Institut ein bedeutendes Forschungsprojekt, das 1980 bis 1983 in vier Bänden veröffentlichte „Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933", durchgeführt.

„Man bekommt seine Jugend über den Kopf gestülpt, und dann läuft sie ein Leben lang an einem herunter": Mit diesem Bild versuchte Heimito von Doderer in seinem großen zeitgeschichtlichen Roman „Die Dämonen" das individuelle Schicksal des Menschen zu beschreiben. Welche Erfahrungen waren es, die Herbert A. Strauss prägten und sein Schicksal bestimmten? Als Zwanzigjähriger stand er, der in Würzburg geborene deutsche Jude, vor der brennenden Synagoge seiner Heimatstadt – die Menge schwieg. War den Umstehenden der Grund ihrer Passivität anzusehen, war Opportunismus, Angst oder auch Zustimmung das Motiv? Wie konnte ein zivilisiertes Volk das am 9. November 1938 inszenierte Verbrechen an einer Minderheit seiner Mitbürger mehr oder weniger schweigend hinnehmen? Wie konnte es hinnehmen, dass immer mehr jüdische Mitbürger verschleppt wurden und schließlich Millionen in so genannten Konzentrationslagern ums Leben kamen, bzw. systematisch, ja geradezu fabrikmäßig ermordet wurden? Unter diesen Opfern waren Herbert A. Strauss' Vater und dessen Geschwister.

Das Grauen von Treblinka, Auschwitz, Majdanek kannten die meisten Deutschen zu Beginn der 1940er Jahre wohl kaum, was aber 1938 geschah, geschah vor aller Augen – und das gibt diesem Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland, obwohl es in der schrecklichen Liste der nationalsozialistischen Gräueltaten erst ein Anfang war, seine eigene düstere Symbolik. Herbert A. Strauss, erst Augenzeuge und dann mit seiner Familie Opfer, zählte selbst zu den Verfolgten. Und in Berlin, wo sich die Zentralen des NS-Terrors befanden, machte er bald noch eine andere prägende Erfahrung: Neun Monate lang halfen ihm und seiner künftigen Frau Lotte nichtjüdische Deutsche, im Untergrund versteckt zu leben und die Flucht in die Schweiz vorzubereiten. Sie gelang ihm 1943 mit Hilfe eines gefälschten Passes, auf dem die Berufsbezeichnung „Ministerialdirigent" eingetragen war, die ihn angesichts seines Alters von 25 Jahren beim Grenzübertritt ihrerseits gefährden konnte, weil jeder Grenzbeamte – wenn er wollte! – bei einer solch steilen Karriere misstrauisch werden musste.

Zur Erfahrung der Verbrechen kam für Herbert und Lotte Strauss also auch die Erfahrung menschlichen Anstands der Helfer, die ihr eigenes Leben riskierten. Kollektivurteilen zu misstrauen wurde aufgrund dieser frühen doppelten Lebenserfahrung eine Lebensmaxime. Seine Schlussfolgerungen waren konsequent: So erklärte er 1982 bei der Gründung des Zentrums für Antisemitismusforschung in einem Interview, es sei „die moralische Pflicht eines Überlebenden,

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich nicht nur mit dem Antisemitismus zu befassen, sondern [...] überhaupt Vorurteile zu mildern, Gruppenbeziehungen zu bessern und zum Wissen um diese Dinge beizutragen".

Und eine weitere Maxime schloss sich an: Sie entwickelte sich aus der Erforschung und Erklärung des Ungeheuerlichen und Unfassbaren, das der Holocaust trotz intensiver Auseinandersetzung bleibt. Der Historiker steht hier immer wieder vor seiner schwierigsten Aufgabe, vor deren Lösung die klassische hermeneutische Kategorie des „Verstehens" versagt: „Wir brauchen rationale Maßstäbe, um mit dem Irrationalen fertig zu werden." Jenseits der „verantwortlichen Traurigkeit", von der Herbert A. Strauss sprach, zwingt diese Einsicht stets zu dem paradoxen Versuch, auch das Ungeheuerliche rational zu erklären, um seine Wurzeln bloßzulegen und aus dieser rationalen Analyse irrationaler Vorurteilsstrukturen nicht allein Aufklärung über die Vergangenheit zu gewinnen, sondern zugleich der gesellschaftlich vergiftenden Wirkung kollektiver Vorurteile und Psychosen entgegenzuarbeiten.

Wie schwierig, wie unendlich schwierig muss es gerade für einen Menschen mit dem individuellen und kollektiven Lebensschicksal von Herbert A. Strauss gewesen sein, einer solchen Forderung gerecht zu werden, ein Ziel zu erreichen, das der große französische Sozialhistoriker Fernand Braudel in der klassischen Tradition der Geschichtswissenschaft folgendermaßen formuliert hat: „Als möglichst distanzierter ‚Beobachter' muß sich der Historiker als Person zum Schweigen verpflichten [...]. Es gilt also, sich von den Leidenschaften frei zu machen, die mit unserem Sein, unserer sozialen Stellung, unseren Erfahrungen, unseren Entrüstungs- oder Begeisterungsausbrüchen verbunden sind; wir müssen uns von unseren ganz persönlichen ‚Gleichungen', von unserer ganzen Lebensgeschichte befreien."

So sicher die Distanzierung des Interpreten von seinem Forschungsgegenstand ein notwendiger Schritt des historischen Erkennens ist, so bedeutsam die Objektivität als „regulatives Prinzip" der Erkenntnis im Sinne Max Webers bleibt, angesichts des Holocaust ist dies – für einen persönlich Betroffenen zumal – eine schier übermenschliche Aufgabe. Es ist deshalb kein Zufall, dass die Krise des Historismus nicht allein eine methodologische Krise unseres Fachs im engeren Sinne war, sondern zugleich eine umfassende Kulturkrise angesichts der historischen Erfahrungen der Weltkriege und der totalitären Diktaturen unseres Jahrhunderts sein musste.

Und trotzdem: Herbert A. Strauss gewann aus seiner gesellschaftlichen Verantwortung als Historiker die täglich neu praktizierte Einsicht, dass Klage und Trauer allein nicht ausreichen, die moralischen, wissenschaftlichen und politischen Konsequenzen aus den mörderischen ideologischen Verblendungen und ihren die Massen hysterisierenden Kollektivpsychosen zu ziehen. Klage und Trauer sind humane Reaktionen auf die institutionalisierte Inhumanität, auf sie können und dürfen Menschen nicht verzichten. Aber sie bleiben ohnmächtig, wenn sie sich nicht in objektivierende Analysen umsetzen lassen, die auch späteren Generationen als rationale Einsichten zu vermitteln sind. In der Tat gibt es eine ritualisierte Form moralischer Empörung, die eine solche Einsicht nicht för-

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dert, sondern behindert. So müssen alle Interpretationsansätze, die zu einer rationalen Erklärung beitragen können, diskutiert werden, und der Streit darüber darf nicht zum probaten Mittel wissenschaftspolitischer Richtungskämpfe verkommen.

Eine weitere Einsicht ist wichtig, die Herbert A. Strauss leitete: „Man kann mit Schuldgefühlen ebenso wenig leben, wie man auf Bajonetten sitzen kann. Da muß Schuld sich verwandeln in Aktivität, und eine der wichtigsten Aktivitäten unseres Zentrums ist es, dass wir Einsichten schaffen, um mit den Dingen besser fertig zu werden."

Zweifellos bildete das eigene Schicksal den Ausgangspunkt des Lebenswerks von Herbert A. Strauss, es prägte auch die von ihm definierte Verantwortlichkeit des Historikers. Man kann diese Verantwortlichkeit auch von dem anderen Pol der Spannung her definieren, in der Herbert A. Strauss stand. So haben französische Historiker, die dem erwähnten Fernand Braudel methodisch sonst keineswegs fern stehen, eine gegensätzliche Position bezogen und versucht, eine „ego-histoire" zu begründen, die sich bewusst von den bloß trügerischen und „vergeblichen Beteuerungen der Objektivität" absetzt. Pierre Nora, der Herausgeber eines Bandes mit einschlägigen Essays zur „ego-histoire", erklärt klipp und klar: „Die Entschleierung und Analyse des existentiellen Engagements stehen einer ungetrübten Forschung nicht mehr im Wege, sie werden vielmehr zu Instrument und Hebel des Verständnisses." Hier handelt es sich freilich nicht um die bei uns zuweilen so beliebte „Entlarvung" des wissenschaftspolitischen Gegners, sondern um die Bloßlegung der individuellen Antriebe, Leitfragen und Interessen, die einen Menschen zur Historie führen. Dies zeigt sich etwa in der lakonischen Bemerkung des bedeutenden französischen Frühneuzeithistorikers Pierre Chaunu: „Ich bin Historiker, weil ich der Sohn einer Toten bin und weil mich seit meiner Kindheit das Rätsel der Zeit umtreibt."

Doch so unbefangen kann ein deutscher, ein jüdischer Zeithistoriker sein Interesse an der Geschichte kaum ausdrücken, definiert sich Zeitgeschichte doch nicht zuletzt aus der existentiellen Betroffenheit ganzer Generationen, was immer sonst ihre Definitionen noch sein mögen. In diesem Sinne waren die Arbeitsgebiete von Herbert A. Strauss, die gleichberechtigt neben der Antisemitismusforschung standen, nämlich Emigration und Akkulturation, zugleich Ergebnisse individueller Lebenserfahrung und der von ihr zwar ausgehenden, aber sich doch ständig abstrahierenden und distanzierenden Wissenschaftlichkeit.

Es begann mit einem Umweg, wie denn nach einem Wort Hegels der Weg des Geistes der Umweg ist. Herbert A. Strauss, der von 1936 bis 1942 die berühmte Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums in Berlin besucht und mit dem Abitur auch das Examen als Rabbiner und Religionslehrer abgelegt hatte, widmete sich nach der Flucht in die Schweiz, die der Zwangsarbeit und dem Untergrund in Berlin folgte, nach anfänglicher Internierung seit 1943 an der Universität Bern einem Geschichtsstudium: Er schloss es 1946 mit einer Summa-cum-laude-Promotion bei Werner Näf, dem berühmten Historiker des europäischen Staatensystems, ab. Das Thema seiner 1947 publizierten Dissertation hat nichts mit seinen späteren Forschungen, nichts auch mit der Geschichte des Judentums

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu tun, und gewann doch eine indirekte Bedeutung für seinen wissenschaftlichen Lebensweg. Es lautete: „Staat, Bürger, Mensch: Die Grundrechtsdebatten der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt 1848–1849".

Der negativen, erschütternden Gegenwartserfahrung der fortgesetzten und extremen Verletzung der Menschenrechte setzte Herbert A. Strauss zunächst den ins Positive gewendeten geschichtswissenschaftlichen Rekurs auf die sich in der Frankfurter Nationalversammlung manifestierende Verankerung von Menschenrechten in der deutschen Verfassungsordnung entgegen: Hier die Erfahrung eines selbst zum Instrument des Verbrechens werdenden, letztlich der Partei untergeordneten und so pervertierten Staates, dort die Idee des Staates als Rechtsordnung, die kollektiv und individuell die Rechte ihrer Bürger garantiert, weil sie vom Postulat der Menschenrechte als höchstem und unveräußerlichem Gut ausgeht.

Diese dem Terror entgegengesetzte, geschichtswissenschaftlich fundierte persönliche Haltung fand ihre alltägliche Bewährung im Engagement für das Schicksal anderer. So war Herbert A. Strauss schon seit 1944 Mitglied verschiedener jüdischer Flüchtlingsorganisationen in der Schweiz und 1946 Mitglied der Schweizer Delegation der Conference of World Union for Progressive Judaism in London. Auch nach seiner 1946 erfolgten weiteren Emigration in die USA hat er sich über Jahrzehnte hinweg, zum Teil an maßgeblicher Stelle, in jüdischen Wohlfahrtsorganisationen engagiert, wohl wissend, dass der Einzelne die Hilfe der anderen und oft auch der institutionalisierten Hilfe bedarf. Dies galt um so mehr für die Hunderttausenden von Emigranten, die zum größeren Teil ohne jegliche Vorbereitung, ohne ausreichende Sprachkenntnisse, ohne Beruf und Wohnung, ohne Geld oder gar geregeltes Einkommen in fremde Staaten emigrierten.

Viele dieser Staaten nahmen die Immigranten in der Regel nicht mit offenen Armen auf. Im Gegenteil. Aufgrund eigener sozialer Probleme blieben sie oft restriktiv, manchmal sogar feindselig-misstrauisch, weil sie die Immigranten als Angehörige eines Regimes betrachteten, mit dem man im Krieg war, die doch aber tatsächlich zu den ersten Opfern dieses Regimes gehörten. Diese paradoxe Erfahrung mussten auch Herbert und Lotte Strauss machen, und deshalb kann die Bedeutung der zahlreichen Flüchtlingsorganisationen, der zahlreichen anonymen Helfer, kaum überschätzt werden. Denn darin lag nicht allein die Voraussetzung für das praktische Überleben, sondern die erneute positive Erfahrung mitmenschlicher Solidarität. Das Gute ist möglich, wenn man es selbst tut, so wie das Verbrechen möglich ist, wenn man es nicht hindert.

In den Vereinigten Staaten war Herbert A. Strauss zunächst als Religionslehrer tätig, bevor er seit 1948 als Lecturer, seit 1964 als Associated und seit 1971 als Full Professor am City College bzw. der City University New York lehrte. Die Familie Strauss fand in den USA schließlich nach Jahren der Ungewissheit und Unbehaustheit, als Menschen, die von 1943 bis 1952 staatenlos und entrechtet waren, eine neue Heimat. Auch diese Lebenserfahrung prägte, vielleicht noch stärker als die des NS-Regimes, die Persönlichkeit, aber auch das wissenschaftliche Werk von Herbert A. Strauss.

Die neue Welt mochte viele Probleme haben, aber ein entscheidendes gesellschaftliches Prinzip hatte sie der alten mit Sicherheit voraus: Die Vereinigten

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Staaten als Einwanderungsland hatten es in ihrer fast zweihundertjährigen Geschichte wie wohl kein anderes Land dieser Erde gelernt, eine gesellschaftliche Koexistenz ethnisch, sozial, religiös und kulturell ganz unterschiedlicher Gruppen zu praktizieren. Selbst eine multikulturelle Gesellschaft par excellence, wurde es zum Lebensgesetz der USA, aus Minderheiten zu bestehen und daraus einen Optimismus, eine Zukunftsorientierung zu gewinnen, die dem Individuum im Prinzip jeden Aufstieg, dem Einwanderer im Prinzip jede Integrationsmöglichkeit lässt.

Nun wissen wir zwar, nicht zuletzt aufgrund der Probleme der schwarzen Bevölkerung, dass dieses Ideal einer multikulturellen Gesellschaft auch in den USA keineswegs zu einer umfassenden Toleranz und faktischen Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen geführt hat. Doch macht es einen entscheidenden Unterschied, ob diese Ziele zu den Rechtsprinzipien einer Gesellschaft gehören oder nicht, ob ein Staat sie im Prinzip anstrebt oder ablehnt. Für die persönlichen Erfahrungen von Herbert A. Strauss und deren Umsetzung in der Forschung ergaben sich daraus wesentliche Schlussfolgerungen. Seine erste Konsequenz lautete: Die Erforschung des Antisemitismus muss in die umfassendere Thematik einer zwar historisch fundierten, doch bis in die Gegenwart reichenden allgemeinen Erforschung ethnisch, religiös oder sozial motivierter Vorurteile einbezogen werden. Ziel ist also, die gesellschaftliche Situation diskriminierter Minderheiten zur Darstellung zu bringen. Damit begnügte sich Herbert A. Strauss jedoch nicht. Als verantwortungsbewusster sozialpsychologisch arbeitender Historiker ging es ihm immer auch um die Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse; politische Pädagogik scheute er nicht, so dass die von ihm begründeten „Lerntage" des Zentrums für Antisemitismusforschung schon bald zu einer bewährten Einrichtung wurden.

Herbert A. Strauss befasste sich keineswegs ausschließlich mit der Geschichte des Judentums und des Antisemitismus. Schon in New York hielt er zahlreiche Lehrveranstaltungen auch über andere Themen der deutschen und europäischen Geschichte. So publizierte er beispielsweise 1957 eine zweibändige Sammlung der „Botschaften der Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zur Außenpolitik 1793 bis 1974" und stellte immer wieder spezifische Themen in allgemeinere Zusammenhänge. Diese Öffnung, die für die Forschungen zur Geschichte des Judentums und insbesondere des Antisemitismus keineswegs die Regel ist, erwies sich in den Studien, die Herbert A. Strauss selbst durchführte, und in den von ihm initiierten Untersuchungen als außerordentlich fruchtbar. Und ebenso erwies es sich als bedeutsam, dass sich seine wissenschaftlichen Arbeiten bei allem brennenden Interesse an der Zeitgeschichte, die zum eigentlichen Schwerpunkt seiner Tätigkeit wurde, doch in ihr nie erschöpften. Deshalb konnte er, sinnvoll und notwendig zugleich, die Wurzeln des Antisemitismus, der unter allen europäischen Staaten nur in Deutschland nach 1933 dieses extreme Ausmaß annahm, in weitere historische Perspektiven stellen. So untersuchte er bereits 1966 die preußische Politik gegenüber den Juden in der Restaurationsepoche und veröffentlichte 1973 eine Abhandlung über den jüdischen Journalismus in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine zweite methodische Konsequenz der eigenen Integration, aber auch der wachen Beobachtung der Situation von Einwanderern in der amerikanischen Gesellschaft, ergab sich für Herbert A. Strauss aus der beglückenden Erfahrung, die nach allem Schrecken und allen Problemen des Übergangs hieß: Integration in die Gesellschaft eines anderen Landes ist auch für Immigranten möglich. Doch reicht für den sozialwissenschaftlich arbeitenden Historiker diese Einsicht keineswegs aus, vielmehr beginnen erst mit ihr die Fragen: Unter welchen Voraussetzungen, in welchen Formen, mit welchen Konsequenzen erfolgt eine Akkulturation?

Für die meisten der mehr als einer halben Million Emigranten aus dem deutschsprachigen Kulturraum, die in insgesamt ungefähr 75 Länder gingen, erwiesen sich in der Regel die ersten Aufnahmeländer nur als Durchgangsstationen; allein an dieser Tatsache kann man die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten einer Akkulturation ermessen. Auswanderung konnte für die meisten Emigranten zunächst wohl nur den Verlust von Heimat bedeuten, nicht aber schon die Gewinnung einer neuen Heimat, die, wenn überhaupt, meist erst nach vielen Jahren erfolgte.

Die Forschungen von Herbert A. Strauss, der stärker als die meisten anderen Emigrationsforscher das Problem der Akkulturation ins Zentrum rückte, konzentrierten sich vor allem auf die USA, in die schließlich ungefähr 48 Prozent aller Emigranten aus dem deutschsprachigen Raum einwanderten. Auch in diesen Untersuchungen begnügte er sich nie mit einer isolierenden Darstellung der jüdischen Geschichte, sondern weitete sie zu einer Migrationsforschung aus, die Emigration und Akkulturation in den sozialen Wandel einbettete, der die immigrierenden Bevölkerungsgruppen, aber auch die aufnehmenden Gesellschaften betraf. Einige der wegweisenden Abhandlungen, in denen Herbert A. Strauss diese Probleme eindrucksvoll behandelt hat, seien hier genannt: 1970 veröffentlichte er eine Studie über „Die kulturelle Anpassung der deutschen Juden in den Vereinigten Staaten von Amerika", 1976 „Einwanderung und Radikalismus in der politischen Kultur der Vereinigten Staaten von Amerika", 1981 einen Aufsatz „Zur sozialen und organisatorischen Akkulturation deutsch-jüdischer Einwanderer der NS-Zeit in den US". Aber auch sein stattliches Werk „Essays on the History, Persecution and Emigration of German Jews", das bis in die Vorgeschichte der Emanzipation zurückgreift und Themen und Methoden der Forschungsarbeit von Herbert A. Strauss bündelt, enthält, ohne dass der Titel dies vermuten ließe, grundlegende Abschnitte zur Akkulturationsproblematik. Dieser Band erschien in der von Herbert A. Strauss inspirierten und herausgegebenen, 6 Bände umfassenden Serie „Jewish Immigrants of the Nazi Period in the USA", die im Saur Verlag veröffentlicht wurde (1979–1987).

Wir sind hier an einem Punkt, der für das Lebenswerk von Herbert A. Strauss charakteristisch ist: die Verbindung eigener Forschungen mit der Inspiration und Organisation der Forschungen anderer. So übte Herbert A. Strauss neben seinem Amt als Professor, neben seiner Tätigkeit als Executive Vice President of the American Federation of Jews from Central Europe seit 1962, von 1972 an auch noch das Amt des Generaldirektors und Forschungsleiters der Research Foundation of Jewish Immigration in New York aus, als deren Veröffentlichung die erwähnte

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Serie erschien. In dieser Eigenschaft wirkte er auch als einer der maßgeblichen Leiter an dem wohl wichtigsten Grundlagen-Werk der Emigrationsforschung mit, dem gemeinsam vom Institut für Zeitgeschichte in München und der Research Foundation erarbeiteten „Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933", das in vier monumentalen Bänden von 1980 bis 1983 nach vieljährigen Forschungen von über 80 Mitarbeitern in New York und München entstand. Gemeinsam mit Werner Röder, dem früheren Archivleiter des Instituts für Zeitgeschichte, war Herbert A. Strauss der entscheidende Inspirator und Motor des Werkes, bei dessen Vorbereitung wir uns kennen lernten, als wir einige Jahre gemeinsam das schwierige Projekt leiteten.

In diesem Werk sind, auf der Basis von mehr als 18.000 Fragebogen und zahllosen anderen Recherchen über 25.000 Emigranten, ungefähr 9.000 biographische Eintragungen über Personen enthalten, die im öffentlichen Leben, in Politik, Künsten, Literatur, Wissenschaften und Wirtschaft eine Rolle spielten: Einzelschicksale, die in ihrer Gesamtheit einen wesentlichen sozialgeschichtlichen Ausschnitt der erzwungenen oder aus politisch-humanitären Gründen erfolgten Emigration aus der nationalsozialistischen Diktatur und ihrem sich ständig erweiternden Herrschaftsbereich bilden. Dieses Werk dokumentiert nicht nur die Angehörigen der politischen und kulturellen Elite, und gerade hierin lag eine der besonderen Schwierigkeiten, aber auch der außerordentliche Ertrag. Über Albert Einstein, Thomas Mann, Bert Brecht, Heinrich Brüning, Willy Brandt, Herbert Wehner ließ sich Material vergleichsweise leicht finden, auch wenn die wissenschaftlich zureichende Umsetzung bei der Vielfalt der repräsentierten Disziplinen besondere Probleme aufwarf. Aber über die Tausende weniger berühmter Emigranten, über die man in keinem biographischen Nachschlagewerk außer in diesem etwas findet?

So entstand also ein Grundlagenwerk, von dem seit seinem Erscheinen alle Emigrationsforschung ausging. Aber, auch das muss betont werden, ein biographisches Grundlagenwerk, in dem sich auch eine Fülle unentbehrlichen Materials zur politischen, zur Kulturgeschichte und zur Wissenschaftsgeschichte findet. Von der erstmals in diesen Bänden umfassend dokumentierten Internationalisierung der Wissenschaft aufgrund erzwungener Emigration ausgehend, hat Herbert A. Strauss denn auch konsequent einen neuen Anlauf gemacht, um im Rahmen eines eigenständigen Projekts den Wissenschaftstransfer, insbesondere der Naturwissenschaften, erforschen zu lassen, und er hat dieses Projekt in Berlin angesiedelt. Eine Frucht dieser Forschungen ist der 1991 von ihm gemeinsam mit anderen veröffentliche Band „Die Emigration der Wissenschaften nach 1933. Disziplingeschichtliche Studien".

Das „Biographische Handbuch" ist zweifellos ein Werk immenser Gelehrsamkeit vieler, nach einer von den Herausgebern entwickelten Konzeption arbeitender Mitarbeiter, aber es ist zugleich auf implizite Weise ein Werk des Andenkens an die zahllosen Verfolgten der nationalsozialistischen Diktatur; des Andenkens auch an die sich in der politischen Emigration kundtuende Form des Widerstands gegen ein barbarisches Regime; des Andenkens vor allem an den außerordentlich hohen Anteil der Juden an der kulturellen Elite im deutschsprachigen Raum.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herbert A. Strauss, dessen eigene Biographie mit dem wissenschaftlichen Thema dieser weitgespannten Forschungen unauflöslich verbunden ist, musste auch in diesem Fall der ständige Zwang zur Objektivierung oft schwer werden. Und dies aus einem doppelten Grund: Zum einen bedeutete die Vielfalt der Fragestellungen zwangsläufig, dass in diesem Handbuch nicht allein wirkliche Opfer des NS-Regimes enthalten sind, sondern – wenngleich natürlich vereinzelt – auch solche, die, spät zur Einsicht kommend, selbst mitschuldig waren, in wenigen Fällen sogar ehemalige Nationalsozialisten. Diese Personen neben den in ihrer überwältigenden Mehrzahl jüdischen Emigranten aufzunehmen fiel nicht allein Herbert A. Strauss schwer.

Aber wichtiger noch: Die unendliche Wanderungsbewegung durch viele Staaten dieser Erde, die Anläufe zur Akkulturation, ihr oftmaliges Scheitern, ihr schließliches Gelingen in einer nicht bloß im Rechtssinne neu gewonnenen Staatsangehörigkeit, dies alles stellte immer wieder die Frage nach der jüdischen Identität. Die uralte Frage: Wer ist Jude? Was bedeutet es, Jude zu sein? wurde durch den Holocaust auf schrecklichste Weise aktualisiert. Zwingt die Bedrohung durch die Mörder die eigene Identität neu zu bestimmen? Schließlich die Frage: Welche Identität lassen die zahlreichen Formen unterschiedlicher nationaler Akkulturation zu?

Dieses Handbuch, so nüchtern es also daherzukommen scheint – und unter dem Gesichtspunkt der wissenschaftlichen Aufgabenstellung auch muss –, ist also ein Werk, in dem für einen Emigranten, der seinen Weg mit stets wacher Reflexion, mit einer geradezu gegen sich selbst gewandten wissenschaftlichen Neugier geht, eine ständige existentielle Herausforderung liegt. So konnten sich weder die Leiter noch die Mitarbeiter an diesem Projekt immer problemlos einigen: zu unterschiedlich waren die persönlichen Lebenserfahrungen und die wissenschaftlichen Interessen, die dieses Projekt zunächst prägten. Ich will deshalb auch nicht verhehlen, dass Herbert A. Strauss, Werner Röder und ich bei aller Freundschaft doch auch manche wissenschaftliche Auseinandersetzung hatten. Mein Briefwechsel, der dieses Projekt betraf, umfasste 1982 nach knapp vier Jahren mehr als drei prallvolle Leitz-Ordner, und wenn Herbert A. Strauss oder ich Briefe mit der Formel „mit freundlichem Gruß" beendeten, dann waren sie im Ton keineswegs immer freundlich. Dieser häufige wissenschaftliche Disput galt beispielsweise der Frage der jüdischen Identität; beispielsweise der Frage, wie weit ein erklärter Atheist jüdischer Herkunft zum Judentum zu zählen ist oder nicht. Der Disput erstreckte sich aber auch auf die Berechnungsweise des Rückkehreranteils nach 1945.

Entscheidend aber ist: Keine dieser Streitfragen trübte unsere freundschaftliche Zusammenarbeit und die über Jahrzehnte anhaltende freundschaftliche Verbindung. Dies demonstriert ein weiteres Verdienst von Herbert A. Strauss: Wie wenige konnte er Kontroversen austragen und doch integrieren. Wie kein anderer verstand er es, in New York zahlreiche junge Mitarbeiter zu motivieren, die überwiegend der zweiten oder dritten Generation der Emigrantenfamilien entstammten, und sie mit den Münchener Mitarbeitern, die wiederum einen anderen Lebenshintergrund hatten, zu fruchtbarer Arbeit zusammenzuführen. Inso-

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fern stellt dieses natürlich auch in organisatorischer Hinsicht schwierige Werk einer transatlantischen, zweisprachigen Zusammenarbeit mit vielen unterschiedlichen Mittelgebern nicht zuletzt eine außerordentliche Integrationsleistung vor allem auch von Herbert A. Strauss dar. Ich muss gestehen: Ich selbst habe sehr viel bei der gemeinsamen Arbeit gelernt, obwohl ich anfangs dem Forschungsthema fern stand, als ich im Januar 1979 nach München kam. An keinem Forschungsprojekt habe ich mich mit größerer innerer Anteilnahme beteiligt als an diesem. Es bedeutete nicht allein einen wissenschaftlichen, sondern zugleich einen menschlichen Gewinn. Unter den Einleitungen zu den Bänden sind im Übrigen auch zwei sehr umfangreiche aus der Feder von Herbert A. Strauss, die gleichsam die Summe seiner Forschungen zur Immigration und Akkulturation ziehen.

In den 1990er Jahren hat er seine Forschungsperspektiven nochmals erweitert und mit Werner Bergmann eine Reihe herausgegeben, die den Titel trägt „Current Research on Antisemitism". Dabei setzte er einen doppelten Akzent, in dem er zum einen die Modernisierungsforschung und zum andern die Komparatistik einbezog. So enthält diese Reihe Länderstudien unter dem Titel: „Hostages of Modernization. Studies on Modern Antisemitism 1870–1933/39" (Berlin u.a. 1993).

Herbert A. Strauss war nicht nur einer der herausragenden Emigrationsforscher, sondern auch ein Wissenschaftsorganisator großen Stils. Beide Eigenschaften fallen keineswegs selbstverständlich zusammen. Aber die Verbindung beider ist es, die das Lebenswerk von Herbert A. Strauss charakterisiert. Schon 1987 wurde ihm eine Festschrift gewidmet, die auch eine Bibliographie seiner Veröffentlichungen enthält: „Antisemitismus und jüdische Geschichte. Studien zu Ehren von Herbert A. Strauss", hrsg. von Rainer Erb und Michael Schmidt (Berlin 1987).

In seinen letzten Jahren hat Strauss, von seiner zweiten Berliner Lebensphase nach New York zurückgekehrt, seine Erinnerungen geschrieben. Der erste 1997 unter dem Titel „Über dem Abgrund" erschienene Band schildert „Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943". Der zweite, an dem er bis zuletzt arbeitete, dürfte für die Emigration, Akkulturation und die Wissenschaftsgeschichte sehr aufschlussreich sein. Hoffen wir, dass er ihn noch hat abschließen können. Der Tod von Herbert A. Strauss ist ein unersetzlicher menschlicher Verlust und gibt Anlass, seine bedeutende Lebensleistung historiographisch zu reflektieren.

Horst Möller

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oldenbourg

Akten der Reichskanzlei, Regierung Hitler 1933–1945
Band IV: 1937

Bearbeitet von Friedrich Hartmannsgruber

2005.
LXXII, 895 Seiten, Ln.
€ 94,80
ISBN 3-486-57667-4

zum Inhalt Der Band dokumentiert in repräsentativer Auswahl die Politik der Regierung Hitlers im Jahr 1937. 208 aufwändig kommentierte Aktenstücke führen zu den Problemen, die sich dem Regime stellten, hellen Entscheidungsabläufe im Vorfeld wichtiger Gesetze und Erlasse, ihre Hintergründe und Intentionen auf. Mit einbezogen sind auch unvollendete Projekte, welche die Ziele des Nationalsozialismus oft besonders charakterisieren. Der Fassade nach war 1937 ein ruhiges Jahr in Prosperität und Vollbeschäftigung, das letzte vor dem aggressiven Griff über die deutschen Grenzen. Die amtlichen Akten aber zeigen ein anderes Bild: Die wirtschaftlichen Probleme – Konsumgütermangel, überhitzte Rüstungskonjunktur, Rohstoffmangel und Devisenknappheit – ließen sich nur noch mühsam kaschieren, im Reichshaushalt klaffte ein Riesendefizit. Nicht von ungefähr enthüllte Hitler in diesem Rahmen seinen Vorsatz, durch einen Raubzug in Europa dieser Probleme Herr zu werden. Die Judenverfolgung schien gemäßigt, in den Plänen der Ressorts aber kündigten sich bereits neue verbrecherische Maßnahmen an. Und der Absolutheitsanspruch der NS-»Weltanschauung« prallte mit dem Selbstbehauptungswillen der christlichen Kirchen so heftig aneinander wie noch nie.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an Ihren Fachbuchhändler oder direkt an: verkauf-f@oldenbourg.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

... von der Redaktion betreut
(April–Juni 2005)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehepunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern in zweifacher Weise auch in den Vierteljahrsheften selbst:

- In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.
- Jedem Aprilheft wird kostenlos eine CD-ROM mit allen Besprechungen beigelegt, die im Jahr zuvor unter der Betreuung der VfZ-Redaktion in den *sehepunkten* veröffentlicht worden sind.

*

Thomas Adam (ed.), Philanthropy, Patronage, and Civil Society. Experiences from Germany, Great Britain, and North America, Bloomington, IN 2004.
Rezensiert von: Andrea Geddes Poole (Department of History, University of Toronto) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 5
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/05/7307.html

Steffen Alisch, „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!". Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, München 2004.
Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 6
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/06/7841.html

Debra J. Allen, The Oder-Neisse Line. The United States, Poland, and Germany in the Cold War, Westport, CT 2003.
Rezensiert von: Dieter Pohl (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 5
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/05/5277.html

Jörg Baberowski, Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus, München 2003.
Rezensiert von: Jürgen Zarusky (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/8301.html

Jörg Baberowski, Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2003.
Rezensiert von: Jürgen Zarusky (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/8301.html

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Walther L. Bernecker, Europa zwischen den Weltkriegen 1914–1945, Stuttgart 2002.
Rezensiert von: Johannes Hürter (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 5
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/05/5003.html

Edwin Black, War Against the Weak. Eugenics and America's Campaign to Create a Master Race, New York 2004.
Rezensiert von: Kiran Klaus Patel (Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/5824.html

Kate Brown, A Biography of No Place. From Ethnic Borderland to Soviet Heartland, Cambridge, Mass./London 2004.
Rezensiert von: Dieter Pohl (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 6
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/06/5990.html

Yitzhak Brudny/Jonathan Frankel/Stefani Hoffman (ed.), Restructuring Post-Communist Russia, Cambridge 2004.
Rezensiert von: Hans-Henning Schröder (Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/7098.html

Norman Davies, Aufstand der Verlorenen. Der Kampf um Warschau 1944. Aus dem Englischen von Thomas Bertram, München 2004.
Rezensiert von: Lars Jockheck (Seminar für Geschichtswissenschaft, Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/6762.html

Hermann Düringer/Jochen-Christoph Kaiser (Hrsg.), Kirchliches Leben im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 2005.
Rezensiert von: Christoph Kösters (Kommission für Zeitgeschichte, Bonn) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 6
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/06/8202.html

Frank Ebbinghaus, Ausnutzung und Verdrängung. Steuerungsprobleme der SED-Mittelstandspolitik 1955–1972, Berlin 2003.
Rezensiert von: Dierk Hoffmann (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/7085.html

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Friedrich-Ebert-Stiftung/Institut für Sozialgeschichte Braunschweig-Bonn (Hrsg.), Die Siebzigerjahre. Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland, Bonn 2004.
Rezensiert von: Patrick Bernhard (München) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 5
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/05/7397.html

Agostino Giovagnoli, Il caso Moro. Una tragedia repubblicana, Bologna 2005.
Rezensiert von: Amedeo Osti Guerrazzi (Universität „La Sapienza", Rom) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 5
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/05/8489.html

Raul Hilberg, The Destruction of the European Jews, New Haven/London 2003.
Rezensiert von: Dieter Pohl (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/7716.html

Tomasz Kizny, Gulag. Vorworte von Norman Davies/Sergej Kowaljow/Jorge Semprun. Aus dem Französischen von Michael Tillmann, Hamburg 2004.
Rezensiert von: Jürgen Zarusky (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 6
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/06/7215.html

Axel Kuhn, Die deutsche Arbeiterbewegung, Stuttgart 2004.
Rezensiert von: Thomas Welskopp (Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie, Universität Bielefeld) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 6
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/06/8397.html

Hanns Jürgen Küsters/Monika Kaiser/Hans-Heinrich Jansen/Daniel Hoffmann (Bearb.), Dokumente zur Deutschlandpolitik VI/2. 1. Januar 1971 bis 31. Dezember 1972. Die Bahr-Kohl-Gespräche 1970–1973, München 2004.
Rezensiert von: Torsten Oppelland (Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/5438.html

Stephan Loos/Holger Zaborowsi (Hrsg.), Leben, Tod und Entscheidung. Studien zur Geistesgeschichte der Weimarer Republik, Berlin 2003.
Rezensiert von: Hans-Christoph Kraus (Ludwig-Maximilians-Universität München) in Sehepunkte 5 (2005), Nr. 6
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/06/5112.html

Klaus-Michael Mallmann/Bogdan Musial (Hrsg.), Genesis des Genozids. Polen 1939–1941, Darmstadt 2004.
Rezensiert von: Stephan Lehnstaedt (München) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 5
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/05/6896.html

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rolf-Dieter Müller, Der letzte deutsche Krieg 1939–1945, Stuttgart 2005.
Rezensiert von: Dieter Pohl (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/8302.html

Rolf-Dieter Müller, Der Zweite Weltkrieg, Stuttgart 2004.
Rezensiert von: Dieter Pohl (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/8302.html

Siarhei Ja. Novikaŭ: Belarus' u kantèksce hermanskaj histaryjahrafii historyi druhoj susvetnaj vajny. [Weißrußland im Kontext der deutschen Geschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg], Minsk 2004.
Rezensiert von: Bernhard Chiari (Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/8303.html

Michael Parak, Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen. Elitenaustausch an sächsischen Hochschulen 1933–1952, Köln/Weimar/Wien 2004.
Rezensiert von: Andreas Malycha (Institut für Geschichte der Medizin, Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 5
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/05/7381.html

Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive, Göttingen 2004.
Rezensiert von: Stephen G. Fritz (Department of History, East Tennessee State University, Johnson City, TN, USA) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/7073.html

Thomas Schaarschmidt, Regionalkultur und Diktatur. Sächsische Heimatbewegung und Heimat-Propaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR, Köln/Weimar/Wien 2004.
Rezensiert von: Clemens Vollnhals (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 6
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/06/6370.html

Daniel C. Schmid, Dreiecksgeschichten. Die Schweizer Diplomatie, das „Dritte Reich" und die böhmischen Länder 1938–1945, Zürich 2004.
Rezensiert von: Hermann Graml (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 5
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/05/5435.html

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch". Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972, Düsseldorf 2004.
Rezensiert von: Manfred Kittel (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 5
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/05/7149.html

Matthias Willing, Das Bewahrungsgesetz (1918–1967). Eine rechtshistorische Studie zur Geschichte der deutschen Fürsorge, Tübingen 2003.
Rezensiert von: Annette Eberle (Dachau) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 6
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/06/7765.html

Rezensionen zu Publikationen aus den Reihen des IfZ (April–Juni 2005):

Diese Rezension wurde von der Redaktion der *sehepunkte* betreut:

Dorothee Hochstetter, Motorisierung und „Volksgemeinschaft". Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) 1931–1945, München 2005.
Rezensiert von: Armin Nolzen (Warburg) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 4
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/04/6877.html

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eckart Conze, **A culture of security. Some thoughts on a "modern political history" of the Federal Republic of Germany**

This essay suggests testing the term "security" as a category of analysis in a "modern political history" of the Federal Republic of Germany. The author shows that and how "security" as a central category of analysis could open new perspectives on the history of the Federal Republic as a whole. This new category could overcome discrepancies between the policies of different governments and decades, and even the epochal threshold of 1989/90. The author tries to integrate his conceptional considerations with the historical development by using empirical methods, in order to demonstrate the feasibility of the scheme suggested. The article deals with the quest for security in the Adenauer years and with the belief in security and progress in the 1960s and early 1970s. It interprets the 1970s as a decade of "inner security", and also looks at the 1980s, for which important developments in the history of the Federal Republic can be analysed under the heading "security", not least with regard to the international security policies of these years and their effect on German society and politics.

Britta Scheideler, **Democratic and elitist thinking in Albert Einstein. On the political biography of a moralist in the Weimar Republic**

This essay looks at how Einstein thought and behaved in the political sector and how he understood his own role. It investigates the reasons for his thoughts and actions, and compares them to the general tendencies in academic circles and in the contemporary intellectual movement. The inconsistency of both elitist and democratic aspects in Einstein's political thinking explains itself when we look at the way he saw himself: as a scientist, and, therefore, a member of a moral elite. The fact that he regarded himself as a moral authority and his fixation on the moral individual and an harmonious society as central aims coined his non-pluralist idea of democracy, his attitude towards politics, and his commitment as an intellectual in the Weimar republic, which was limited to exerting moral influence on political questions.

Katrin Boekh, **Jewish life in the Ukraine after World War II. The persecution of a religious community in late Stalinism (1945–1953)**

Religious Jews in the Soviet Union were doubly persecuted: first, because of the anti-Semitic attitudes of the Soviet population and regime, second, because of their faith which the atheist ideology did not tolerate. After World War II, the Stalinist system began to agitate openly against Jews again in several campaigns. Whereas these events have often been described, this article tries to draw the attention to the religious persecution of the Jewish communities in the Ukraine. These institutions were the only legal possibility for Jews to help their brothers-in-

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

faith during the hard times after the holocaust or to receive community support, as the Soviet state denied they had been victims of the Nazi murders during the occupation in the World War. The Stalinist state, always keen to demonstrate freedom of creed and conscience, found various and flexible methods to repress Jewish communities. First, they had to register with the state. Then they stood under permanent surveillance of state officials, who attended synagogues, controlled the leaders of the communities as well as the believers, and allowed only little room for religious expression. Social and cultural activities supporting the Jewish population were strictly forbidden. The systematic closure of synagogues finally led to the destruction of many communities.

When Stalin died in 1953, the small number of Jewish believers had been reduced to a minimum. Many of them no longer risked their religious identity by attending services in public. Although Stalin's successors did not stop discrimination against the Jews, the Jewish religion was passed on to the next generation, in strictest secrecy, invisible to the Soviet organs, but in permanent fear of detection. The Jewish renaissance after the Ukraine's national independence in 1991 demonstrated that persecution during the communist era had failed its aim.

Felix Römer, **The command of Army Group *Mitte* and the war of extermination in summer 1941. A reply to Gerhard Ringshausen**

Not only with regards to content, but also methodologically Ringshausen's criticism of Hürter's results does not stand up to closer examination. Even in its central points, Ringshausen's argumentation is barely based on sources, but it echoes retrospective accounts of members of the military opposition who survived the war uncritically. Contemporary sources, however, disprove those memories and confirm Hürter's findings. The cooperation of the command of Army Group *Mitte* in realizing the war of extermination against the Soviet Union also reveals itself in its concurrent behaviour when dealing with the "criminal orders", as a new source has now shown once again. Like these sources, Hürter's findings show that the "path to military opposition" evolved slowly and that the conspirators around Henning von Tresckow are not done justice by just idealizing and elating them.

John Conway, **Escape from Auschwitz: Sixty years after**

In April 1944, two Jewish prisoners, Rudolf Vrba and Alfred Wetzler successfully escaped from Auschwitz, and brought back to the Jewish council in America a detailed report of the mass murders being carried out there, along with a warning of the impending fate of Hungarian Jewry. Unfortunately, because of negotiations proceeding between Eichmann and the Hungarian Jewish leaders, this warning never reached the intended victims, over 400 000 of whom were murdered by the Nazis in the next few months. The reasons for this failure, and the

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

subsequent total silence in Israeli historiography about this significant event, have now been re-examined in the book *Escaping Auschwitz*, written by the Israeli scholar Ruth Linn, and published in the United States. She deplores the fact that the unique actions of these Auschwitz escapees remained completely unfamiliar to the average Hebrew reader for more than fifty years. Her book is an act of reparation on behalf of a critical and inconvenient witness, and challenges the ideologically-conditioned Israeli national mythology of the Holocaust as systematically propagated for the past fifty years.

Manfred Zeidler, **The Caucasian experiment. Did Hitler give instructions on the German policy of occupation in the Caucasus region?**

The German policy of occupation in the northern Caucasus region in autumn 1942 followed standards that distinguished it markedly from the policy of occupation in other regions of Eastern Europe. This was above all due to the complicated ethnic character of the region with its mostly non-Slavic population, but also to certain expectations for an alliance with the local peoples and to a special consideration for Turkey, where pan-Turanic ambitions had been revived since 1941, fuelled by the hope for a collapse of the Soviet Union. Who, however, formulated the basic outlines of this policy of occupation, and who gave it a binding direction? With reference to the fundamental study by Alexander Dallin on the German policy of occupation in the Soviet Union written in the 1950s, academic research into the topic has up to know assumed that this was done by Adolf Hitler himself, namely in the form of an order by Hitler (*"Führerweisung"*) dated September 8th, 1942, to the then commander-in chief of Army Group A, Field Marshall Wilhelm List. In this order, Hitler appointed List "Commander-in-Chief of the Caucasus" and made him personally responsible for "carrying out all measures that served the goal to bring peace to the region and to exploit its resources".

This documentation intends to correct the current opinion and to look at the character and the importance of the order of September 8th 1942 that has always been regarded as a *"Führerweisung"* in the general context of the German Caucasus policy of the time.

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dr. **Eckart Conze**, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Philipps-Universität Marburg (Wilhelm-Röpke-Straße 6 C III, 35032 Marburg/Lahn); veröffentlichte u.a.: „Die gaullistische Herausforderung. Deutsch-französische Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik" (München 1995); „Von deutschem Adel. Die Grafen von Bernstorff im 20. Jahrhundert" (Stuttgart/München 2000); als Herausgeber zusammen mit Gabriele Metzler „50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Daten und Diskussionen" (Stuttgart 1999); zusammen mit Ulrich Lappenküper und Guido Müller „Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin" (Köln 2004); „Eine bürgerliche Republik? Bürgertum und Bürgerlichkeit in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft", in: Geschichte und Gesellschaft 29 (2004), S. 527–542.

Dr. **Britta Scheideler**, Referentin für die geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächer in der Hochschulentwicklungsplanung der Universität Osnabrück (Neuer Graben/Schloss, 49069 Osnabrück); veröffentlichte u.a.: „Zwischen Beruf und Berufung. Zur Sozialgeschichte der deutschen Schriftsteller von 1880 bis 1933" (München 1997); „Von Konsens zu Kritik: Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels", in: Stephan Füssel (Hrsg.), 50 Jahre Frankfurter Buchmesse, 1949–1999 (Frankfurt a.M. 1999), S. 46–88; „Albert Einstein – ein politischer Intellektueller?", in: Sven Hanuschek u.a. (Hrsg.), Schriftsteller als Intellektuelle. Politik und Literatur im Kalten Krieg (Tübingen 2000), S. 69–89; „Kunst als Politik – Politik als Kunst. ‚Literatenpolitik' in der Revolution 1918/19", in: Thomas Hertfelder/Gangolf Hübinger (Hrsg.), Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik (Stuttgart 2000), S. 126–146 u. S. 323–329.

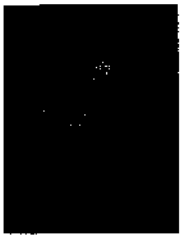
Dr. **Katrin Boeckh**, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut München (Schreinerstraße 11, 81679 München) und Redakteurin der „Jahrbücher für Geschichte Osteuropas"; veröffentlichte u.a.: „Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatenpolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan" (München 1996); „‚Völlig normal, entsprechend den Prinzipien der Gewissensfreiheit, garantiert durch die Stalin-Verfassung'. Die Verfolgung der Kirchen in Galizien unter Stalin im Vergleich (1944–1953)", in: Historische Zeitschrift 278 (2004), S. 55–100; „Rumänisierung und Repression. Zur

Jahrgang 53 (2005), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kirchenpolitik im Raum Odessa/Transnistrien 1941–1944", in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 45 (1997), S. 64–84.



Felix Römer, M.A., Doktorand am Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Stipendiat der Gerda-Henkel-Stiftung (Dreikönigstraße 25, 79102 Freiburg i. Br.); arbeitet derzeit an seiner Dissertation zur Geschichte des Kommissarbefehls („Besondere Maßnahmen". Weitergabe, Ausführung und Akzeptanz des Kommissarbefehls im Ostheer 1941/42).

Dr. **John S. Conway**, emeritierter Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen an der University of British Columbia (Department of History, 1297–1873 East Mall, Vancouver, B.C., V6T 1Z1, Canada); veröffentlichte u.a.: „Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933–1945. Ihre Ziele, Widersprüche und Fehlschläge" (München 1969); „Der deutsche Kirchenkampf. Tendenzen und Probleme seiner Erforschung an Hand neuerer Literatur", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), S. 423–449; „Frühe Augenzeugenberichte aus Auschwitz. Glaubwürdigkeit und Wirkungsgeschichte", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27 (1979), S. 260–284; „Der Holocaust in Ungarn. Neue Kontroversen und Überlegungen", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32 (1984), S. 179–212.

Dr. **Manfred Zeidler**, Historiker (Böttgerstraße 2, 60389 Frankfurt a.M.); veröffentlichte u.a.: „Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit" (München ²1994); „Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45" (München 1996); „Stalinjustiz contra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR in den Jahren 1943–1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme" (Dresden 1996); „Das Sondergericht Freiberg. Zu Justiz und Repression in Sachsen 1933–1940" (Dresden 1998); „Der Minsker Kriegsverbrecherprozeß vom Januar 1946. Kritische Anmerkungen zu einem sowjetischen Schauprozeß gegen deutsche Kriegsgefangene", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004), S. 211–244.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte